



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

G E S C H Ä F T S B E R I C H T 1 9 9 8





001



EURO EURO EURO
EURO EURO EURO
EURO EURO EURO
EURO EURO EURO



BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 1998
MIT JAHRESABSCHLUSS 1998



Während die europäische Wirtschaftspolitik 1998 völlig im Zeichen des Übergangs in die Europäische Währungsunion stand, ist nahezu ohne Beachtung geblieben, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Europa gleichzeitig das erfolgreichste Jahr in diesem Jahrzehnt verzeichnete.

Auch die österreichische Wirtschaftspolitik kann mit einem Wachstum von über 3%, der niedrigsten Inflationsrate in mehr als drei Jahrzehnten, und einem Beschäftigungswachstum von 1% einen Zielerreichungsgrad im Policy Mix vorweisen, wie er in den letzten Jahrzehnten unerreicht dasteht.

Dieses Ergebnis erscheint in zweifacher Hinsicht besonders bemerkenswert: Zum einen wurde dadurch ein weiteres Mal unterstrichen, daß der österreichische Weg eines Konsenses der Wirtschaftspolitik zwischen den bestimmten sozialen Gruppen unverändert gut geeignet erscheint, günstige gesamtwirtschaftliche Ergebnisse sicherzustellen. Andererseits ist hervorzuheben, daß sich Europa damit generell bereits im Vorfeld der Währungsunion und in einem Umfeld wirtschaftlicher Krisen – von Asien über Rußland bis Lateinamerika – als Hort der Stabilität und der wirtschaftspolitischen Kontinuität bestätigt hat.

Eindrucksvoller als das zu erwarten war, hat der Euro in den Turbulenzen der Finanzmärkte dieses Jahres seine erste Bewährungsprobe bereits bestanden, bevor er tatsächlich das Licht der Welt erblickt hat. Die gute Vorbereitung und das gemeinsame Ziel einer vertieften europäischen Integration haben schließlich auch den Beginn der Währungsunion zu einem uneingeschränkten Erfolg werden lassen.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der österreichischen Bevölkerung. Wie schon beim Beitritt zur Europäischen Union hat sie eindrucksvoll Weitblick und ökonomisches Verständnis bewiesen und diesen entscheidenden Schritt der europäischen Integration selbstbewußt mitgetragen. Gerade für ein kleines Land – geographisch in der Mitte Europas gelegen, mit einem hohen Grad an Außenhandelsverflechtung und einer großen Bedeutung des Tourismus – stellt die Teilnahme am

ökonomischen Zusammenrücken Europas eine wichtige Voraussetzung zur Sicherung seines Wohlstands dar.

Freilich erscheint es durchaus verständlich, daß den Österreichern und Österreicherinnen angesichts der offensichtlichen Erfolgsgeschichte des Schillings der Weg in die neue Währung nicht leicht fallen konnte. Letztendlich überzeugend gewirkt hat jedoch das hohe Vertrauen, das der österreichischen Währungspolitik entgegengebracht wurde und wird. Die Oesterreichische Nationalbank hätte niemals ein Konzept der Währungsunion akzeptiert, das nicht eine Fortsetzung des erfolgreichen österreichischen Weges auf europäischer Ebene garantiert hätte. Mit der Währungsunion sind diese Vorstellungen von Stabilität und Vertrauen heute breiter in Europa verankert, als das jemals in der Vergangenheit der Fall war. Darin bestätigt sich die österreichische Position, von Beginn an für die Einbindung einer möglichst großen Zahl an Teilnehmerländern in die Währungsunion und gegen ein Europa der zwei Geschwindigkeiten zu optieren.

Auch wenn mit der erfolgreichen Einführung des Euro viele langfristige Zielsetzungen überzeugend umgesetzt werden konnten, die Realisierung dieser neuen Rahmenbedingungen europäischer Wirtschaftspolitik stellt vor allem eine Herausforderung dar, diese Chancen überzeugend zu nutzen. Die Währungsunion ist ein Projekt für die Zukunft Europas, das erst mit Leben erfüllt seine eigentliche Attraktivität entfalten kann.

Im Interesse Österreichs und seiner Bevölkerung wirkt die Oesterreichische Nationalbank heute und in Zukunft gemeinsam mit den anderen Notenbanken an der Verwirklichung der langfristigen Vorteile der gemeinsamen Währung mit. So wie in der Vergangenheit stehen dabei Stabilität und Vertrauen in die Geldpolitik im Mittelpunkt. Auf gemeinsamer europäischer Ebene gilt es nun, in einer immer stärkeren Veränderungen unterworfenen Welt die erreichten Erfolge langfristig abzusichern und auszubauen.

Präsident
Adolf Wala

Das Jahr 1998 stellt einen Markstein in der österreichischen Währungsgeschichte dar. Mit dem Ende der Schillingära und mit dem Übergang zu einer einheitlichen europäischen Währung ist eine erfolgreiche währungspolitische Strategie und ein Prozeß intensiver und detaillierter Vorbereitungen zu Ende gegangen. Gleichzeitig hat – im europäischen Kontext gesehen – ein jahrzehntelanger Zeitraum ökonomischer Integrationsbemühungen seinen Höhepunkt erreicht. Obwohl die europäische Integration noch lange nicht abgeschlossen ist, sind die erwähnten Vorgänge doch von historischer Tragweite.

Die entscheidenden Eckpunkte auf diesem Weg waren im Berichtsjahr die Anfang Mai erfolgten Entscheidungen über die Teilnehmerländer an der Währungsunion und über die Vorankündigung bilateraler Wechselkursrelationen. Die darauf folgende, weitere Konvergenz der Zinssätze sowie die ruhige Verfassung der betroffenen europäischen Finanzmärkte spiegelten die hohe Glaubwürdigkeit sowohl der Wechselkurse als auch des neuen, unabhängigen Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) und seiner strategischen Zielsetzung – nämlich Erhaltung der Preisstabilität – wider. Mit Jahresbeginn 1999 hat das Eurosystem – das heißt die Europäische Zentralbank (EZB) und die Zentralbanken jener elf EU-Mitgliedstaaten, die an der Währungsunion teilnehmen – die geldpolitische Verantwortung im Eurowährungsgebiet übernommen. Die nationalen Zentralbanken haben in diesem dezentral operierenden System vielfältige operative Aufgaben durchzuführen. Ihre Gouverneure sind mit Sitz und Stimme im EZB-Rat, dem geldpolitischen Entscheidungsgremium des Eurosystems, vertreten. Für die Oesterreichische Nationalbank resultiert daraus eine hohe Mitverantwortung für die Glaubwürdigkeit der einheitlichen europäischen Geldpolitik und damit für einen stabilen Euro.

Das für Österreich relevante konjunkturelle Umfeld war im Berichtsjahr außergewöhnlich günstig. Der anhaltende Trend zur Preisstabilität, das lebhafteste, im größten Teil des Jahres von der Exportdynamik getragene Wirtschaftswachstum

und fallende Zinssätze können als markante Faktoren angeführt werden.

Die zu koordinierende Wirtschaftspolitik im Euroraum steht in der nächsten Zeit vor der großen Herausforderung, die Balance zwischen regional-volkswirtschaftlichen Zielen und den EU-weiten Konsequenzen der jeweiligen nationalen, wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu finden. Im Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung einer möglichst hohen Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sei vor allem auf die Notwendigkeit einer disziplinierten Budgetpolitik der öffentlichen Haushalte verwiesen. Weitere strukturelle Reformen werden nicht zu vermeiden sein, damit der konjunkturpolitische Spielraum der Budgetpolitik und ihre Effizienz als wirtschaftspolitisches Instrument vergrößert werden können.

Darüber hinaus müssen wir uns bewußt sein, daß die Reformfähigkeit unseres sozialökonomischen Systems sowohl durch die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion als auch durch die Herausforderungen einer in weiten Teilen globalisierten Wirtschaft auf die Probe gestellt wird. Österreich kann hier von jenen Vorleistungen und Erfahrungen profitieren, die zu einem wesentlichen Teil mit den Anpassungserfordernissen des bisherigen wechselkursorientierten Konzepts der OeNB (das heißt der langjährigen Anbindung des Schillings an die D-Mark) in Zusammenhang standen. Die hohe Akzeptanz des Euro in unserem Land läßt sich nicht zuletzt aus dieser Tradition erklären.

Der Schilling war – gemessen an zentralen Kriterien wie Wohlstand und Stabilität – als Währung außergewöhnlich erfolgreich. Der in jeder Hinsicht problemlose Übergang in die neue Ära der europäischen Währungspolitik ist eine gute Voraussetzung für die Kontinuität stabiler monetärer Rahmenbedingungen. Damit wird die OeNB – nunmehr als Mitglied des Eurosystems – eine Tradition fortsetzen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten als Grundbedingung für wirtschaftliche Stabilität, Prosperität, Wachstum und Beschäftigung in Österreich erwiesen hat.

Gouverneur
Dr. Klaus Liebscher



Zeichenerklärung

–	=	Zahlenwert ist Null
..	=	Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
×	=	Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
0	=	Eine Größe, die kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit ist
∅	=	Durchschnitt
–	=	Neue Reihe

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Abkürzungsverzeichnis

AGB	Austrian Government Bond	HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
AktG	Aktiengesetz	IDA	International Development Association
APSS	Austrian Payments System Services	IWF	Internationaler Währungsfonds
ARGE SZS	Arbeitsgemeinschaft Sicherheit in Zahlungssystemen	JVI	Joint Vienna Institute
ARTIS	Austrian Real Time Interbank Settlement	KAG	Kapitalanlagegesellschaften
ASFINAG	Autobahn- und Schnellstraßenfinanzierungsgesellschaft	KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	MAI	Multilaterales Abkommen über Investitionen
ATX	Austrian Traded Index	MFIs	Monetäre Finanzinstitute
BGBL	Bundesgesetzblatt	MONSTAT	Monetäre Statistik
BIP	Bruttoinlandsprodukt	NAB	New Arrangements to Borrow
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich	NAP	Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung
BMF	Bundesministerium für Finanzen	NBG	Nationalbankgesetz
BVA	Bundesvoranschlag	NZBen	Nationale Zentralbanken
BWA	Bundeswertpapieraufsicht	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
BWG	Bankwesengesetz	OeBS	Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH
CEEC	Central and Eastern European Countries	OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
DAX	Deutscher Aktienindex	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
DfW	Druckerei für Wertpapiere	ÖIAG	Österreichische Industrie Aktiengesellschaft
DV	Datenverarbeitung	ÖSTAT	Österreichisches Statistisches Zentralamt
EBA	ECU-Banking Association	ÖTOB	Österreichische Termin- und Optionenbörse
EBK	Elektronische Bankkommunikation	PHARE	Poland-Hungarian Aid for Reconstruction of the Economy
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development	REGOM	Liquiditätsabschöpfende Offenmarktgeschäfte
ECU	European Currency Unit	RTGS	Real Time Gross Settlement System
ECOFIN-Rat	Economic and Finance Ministers Council	SSS	Securities Settlement System
ECSDA	European Central Securities Depository Association	SDDS	Special Data Dissemination Standard
EDIFACT	Electronic Data Interchange for Administration, Commerce and Trade	STF	Systemtransformationsfazilität
EFF	Erweiterte Fondsfazilität	STUZZA	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr
EFTA	European Free Trade Association	S.W.I.F.T.	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
EG	Europäische Gemeinschaft	SZR	Sonderziehungsrecht
EG-V	EG-Vertrag	TACIS	Technical Assistance to the New Independent States and Mongolia
EQOS	Electronic Quote and Order Driven System	TARGET	Trans European Automated Real Time Gross Settlement Express Transfer System
ESAF	Erweiterte Strukturanpassungsfazilität	VaR	Value at Risk
ESVG	Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	VIBOR	Vienna Interbank Offered Rate
EU	Europäische Union	VPI	Verbraucherpreisindex
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate	WBI	Wiener Börse Index
EUROSTAT	Statistisches Amt der EU	WFA	Wirtschafts- und Finanzausschuß
EWI	Europäisches Währungsinstitut	WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	WKM	Wechselkursmechanismus
EWS	Europäisches Währungssystem	WTO	World Trade Organization
EZB	Europäische Zentralbank	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
GAB	General Arrangements to Borrow		
GFR	Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung		
GOMEX	Zinssatz für kurzfristige Geldmarkt-Offenmarktgeschäfte		

GENERALRAT, STAATSKOMMISSÄR, DIREKTORIUM UND PERSONELLE VERÄNDERUNGEN, ORGANISATION DER BANK

Generalrat, Staatskommissär	10
Direktorium, Personelle Veränderungen	11
Organisationsplan	12

BERICHT DES DIREKTORIUMS ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 1998

Vom Schilling zum Euro	16
<i>Währungspolitische Integration Österreichs in Europa</i>	16
<i>Vorbereitungsarbeiten für die Währungsunion auf europäischer Ebene</i>	22
<i>Vorbereitungsarbeiten für die Währungsunion in Österreich</i>	27
<i>Euroeinführung und Öffentlichkeitsarbeit</i>	29
Die Geldpolitik im ESZB	32
<i>Geldpolitische Strategie</i>	32
<i>Geldpolitische Instrumente</i>	34
Die OeNB im ESZB – institutionelle und funktionale Änderungen	36
<i>Aufgabenteilung zwischen EZB und nationalen Zentralbanken</i>	36
<i>Novellierung des Nationalbankgesetzes (NBG)</i>	39
<i>Änderungen und Aufgaben in den einzelnen Geschäftsfeldern</i>	41
Währungspolitik in Österreich im Übergang zur WWU	46
<i>Rahmenbedingungen der österreichischen Währungspolitik</i>	46
<i>Politik des stabilen Schillings im Übergang zur WWU</i>	63
<i>Zins- und Liquiditätspolitik</i>	64
<i>Entwicklung der monetären Aggregate</i>	65
Zahlungsverkehrspolitik, Zahlungssysteme, Zahlungsmittel	67
Finanzmärkte und Finanzintermediäre	72
<i>Gesänderte gesetzliche und ökonomische Rahmenbedingungen</i>	72
<i>Kreditinstitute</i>	76
<i>Versicherungen, Pensionskassen, Investmentfonds, Bausparkassen</i>	79
<i>Aktien- und Rentenmarkt</i>	82
<i>Derivative</i>	85
Internationale Aktivitäten	86
<i>Entwicklungen in der Europäischen Union</i>	86
<i>Entwicklungen in internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen</i>	86
Entwicklungen in mittel- und osteuropäischen Ländern und in der Russischen Föderation	89
<i>Wirtschaftliche und währungspolitische Entwicklung in ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern</i>	89
<i>Russische Föderation</i>	94
<i>Kooperation der OeNB mit mittel- und osteuropäischen Ländern</i>	96
Organisatorische und betriebliche Entwicklungen der OeNB	97

JAHRESABSCHLUSS 1998 DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK

Bilanz zum 31. Dezember 1998	102
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1998	105
Anhang zum Jahresabschluss 1998	109
<i>Allgemeine Bemerkungen</i>	109
<i>Erläuterungen zur Bilanz</i>	110
<i>Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung</i>	129
<i>Direktorium, Generalrat</i>	133
<i>Bestätigungsvermerk der Abschlußprüfer</i>	134
<i>Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag</i>	135

BERICHT DES GENERALRATS ZUM GESCHÄFTSBERICHT UND JAHRESABSCHLUSS 1998

137

TABELLENTEIL

Verzeichnis	3*
-------------	----

Redaktionsschluß: 15. April 1999

PROJEKT EKP 2001

EURO EURO EURO
EURO EURO EURO
EURO EURO EURO
EURO EURO EURO





Generalrat, Staatskommissär,
Direktorium
und personelle Veränderungen,
Organisation der Bank

Generalrat, Staatskommissär

Stand per 31. Dezember 1998

Adolf Wala
Präsident

Herbert Schimetschek
1. Vizepräsident
Generaldirektor der Bundesländerversicherung
und Austria-Collegialität Versicherungen

Dipl.-Ing. Karl Werner Rüschi
2. Vizepräsident
Landesrat a. D.

Dipl.-Ing. August Astl
Generalsekretär der Präsidentenkonferenz
der Landwirtschaftskammern Österreichs

Dkfm. Lorenz R. Fritz
Generalsekretär
der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Mag. Werner Muhm
Direktor-Stellvertreter der Kammer
für Arbeiter und Angestellte für Wien

Dr. Norbert Beinkofer
Vizepräsident a. D. der Kammer der
gewerblichen Wirtschaft für Oberösterreich

Dr. Rene Alfons Haiden
Generaldirektor i. P.
der Bank Austria AG

Mag. Dr. Walter Rothensteiner
Generaldirektor
der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG

Helmut Elsner
Generaldirektor
der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG

Dr. Robert Launsky-Tieffenthal
Präsident der Austropapier
Vereinigung der Österreichischen Papierindustrie

Dkfm. Dr. Siegfried Sellitsch
Generaldirektor
der Wiener Städtischen Allgemeinen Versicherung AG

Univ.-Prof. DDr. Helmut Frisch
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Österreichischen Postsparkasse AG

Dr. Richard Leutner
Sekretär
des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Gemäß § 22 Abs. 5 des Nationalbankgesetzes 1984 vom Zentralbetriebsrat
bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:

Gerhard Valenta
Vorsitzender des Zentralbetriebsrats

Mag. Thomas Reindl
Vorsitzender-Stellvertreter des Zentralbetriebsrats

Staatskommissär
a. o. Univ.-Prof. Dr. Anton Stanzel
Sektionschef
im Bundesministerium für Finanzen

Staatskommissär-Stellvertreter
Dr. Walter Ruess
Ministerialrat
im Bundesministerium für Finanzen

Direktorium

Stand per 31. Dezember 1998

Dr. Klaus Liebscher
Gouverneur

Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell
Vize-Gouverneurin

Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek
Direktor

Mag. Dr. Peter Zöllner
Direktor

Personelle Veränderungen

vom 26. März 1998 bis 15. April 1999

Mit der regelmäßigen Generalversammlung vom 28. April 1998 endete die Funktionsperiode von Generalrat Walter *Flöttl*. An seiner Stelle wurde in derselben Sitzung der Generaldirektor der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG, Helmut *Elsner*, zum Mitglied des Generalrats gewählt. Ferner wurde das Mitglied des Generalrats, Univ.-Prof. DDr. Helmut *Frisch*, dessen Funktionsperiode mit der Generalversammlung 1998 ausgelaufen ist, wiedergewählt.

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am 9. Juli 1998 beschlossen, Herbert *Schimetschek*, Generaldirektor der Bundesländerversicherung und Austria-Collegialität Versicherungen, mit Wirkung vom 8. September 1998 zum 1. Vizepräsidenten der OeNB zu ernennen. Er folgte damit Dkfm. Dr. Erich *Göttlicher* nach, dessen Funktionsperiode am 7. September 1998 endete und der mit 8. September 1998 einvernehmlich in den dauernden Ruhestand versetzt wurde.

Ferner hat die Bundesregierung in ihrer Sitzung vom 9. Juli 1998 Dipl.-Ing. August *Astl*, Generalsekretär der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, mit Wirkung vom 8. September 1998 zum Mitglied des Generalrats der OeNB ernannt.

Der Bundespräsident hat mit Entschließung vom 14. Juli 1998 die Ernennung von Dr. Klaus *Liebscher* zum Gouverneur und von Mag. Dr. Gertrude *Tumpel-Gugerell* zur Vize-Gouverneurin – beide mit Wirkung vom 1. September 1998 – sowie von Mag. Dr. Peter *Zöllner* – mit Wirkung vom 15. Juli 1998 – zum Mitglied des Direktoriums der OeNB ausgesprochen. Die Verträge haben eine Laufzeit von fünf Jahren.

Dr. Klaus *Liebscher* – zuletzt Präsident der OeNB – leitet nun das Ressort „Notenbankpolitik“, Mag. Dr. Gertrude *Tumpel-Gugerell* ist weiterhin mit der Leitung des Ressorts „Volkswirtschaft und Finanzmärkte“ und Mag. Dr. Peter *Zöllner* mit der Leitung des Ressorts „Investitionspolitik und Interne Dienste“ betraut.

Die Funktionsperiode von Direktor Erwin *Tischler* – zuletzt Leiter des Ressorts „Informationsverarbeitung und Geldwesen“ – endete mit 14. Juli 1998.

Direktor Mag. Dr. Wolfgang *Duchatzek* – zuletzt Leiter des Ressorts „Liquiditäts- und Portefeuillemanagement und Interne Dienste“ sowie in der Funktion der Vertretung des Generaldirektors – wurde ab 15. Juli 1998 für seine restliche Funktionsdauer mit der Leitung des Ressorts „Informationsverarbeitung und Geldwesen“ betraut.

Mit Entschließung vom 3. August 1998 wurde Generaldirektor Adolf *Wala* – zuletzt als Generaldirektor mit der Leitung des Ressorts „Notenbankpolitik“ betraut – vom Bundespräsidenten mit Wirkung vom 1. September 1998 für eine Laufzeit von fünf Jahren zum Präsidenten der OeNB ernannt.

Das Präsidium setzt sich gemäß § 22 (1) NBG ab 1. Jänner 1999 aus dem Präsidenten und einem Vizepräsidenten zusammen. Dipl.-Ing. Karl Werner *Rüsch* schied mit diesem Zeitpunkt aus der Funktion des 2. Vizepräsidenten aus. Er ist ab 1. Jänner 1999 weiterhin Generalratsmitglied.

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1999 wurde Sektionsleiter Univ.-Doz. Dr. Heinz *Handler* vom Bundesminister für Finanzen anstelle von Ministerialrat Dr. Walter *Ruess* zum Staatskommissär-Stellvertreter bestellt.

Sektionschef a. o. Univ.-Prof. Dr. Anton *Stanzel* wurde mit Wirkung vom 31. März 1999 als Staatskommissär bei der OeNB abberufen.

Präsident Adolf Wala	Vizepräsident Herbert Schimetschek
Referat des Präsidenten L DDr. Richard Mader	
Direktorium	
Ressort Notenbankpolitik Gouverneur Dr. Klaus Liebscher	Ressort Volkswirtschaft und Finanzmärkte Vize-Gouverneurin Mag. Dr. Gertrude Tümpel-Gugerell
Referat des Gouverneurs L Mag. Dr. Wolfgang Ippisch	Hauptabteilung
Innenrevision AL Wolfgang Winter	Volkswirtschaft HAL Mag. Dr. Peter Mooslechner
Hauptabteilung	Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen AL Dr. Ernest Gnan
Generalsekretariat HAL Mag. Peter Achleitner	Abteilung für volkswirtschaftliche Studien AL DRR Mag. Dr. Eduard Hochreiter
Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit L Mag. Wolfdietrich Grau	Abt. f. Integrationsangelegenheiten u. Internat. Finanzorganisationen AL DRR Dkfm. Alexander Dörfel
Abteilung für Planung und Controlling AL Mag. Gerhard Hohäuser	Abteilung für die Analyse wirtschaftl. Entwicklungen im Ausland AL Mag. Olga Radzyner
Jubiläumsfonds L Dr. Wolfgang Höritsch	Repräsentanz Brüssel Mag. Dr. Daniela Bankier
Visitors Office AL Elisabeth Minichsdorfer	Repräsentanz Paris Dr. Norbert Schuh
Münzensammlung	Hauptabteilung
Hauptabteilung	Analyse und Revision HAL Mag. Andreas Ittner
Rechnungswesen DHA Michael Wolf	Abteilung für Finanzmarktanalyse AL Dkfm. Helga Mramor
Abteilung Bilanzierung AL Friedrich Karrer	Abteilung für Bankenanalyse und -revision AL DRR Peter Mayerhofer
Abteilung Zentralbuchhaltung AL Otto Panholzer	Kreditabteilung AL Mag. Dr. Franz Richter
Hauptabteilung	
Recht und Beteiligungen DHA Dr. Bruno Gruber	
Rechtsabteilung AL Dr. Hubert Mölzer	
Beteiligungsmanagement	

- AL Abteilungsleiter
- DHA Direktor der Hauptabteilung
- DRR Direktionsrat
- DZA Direktor und Leiter der Zweiganstalt
- HAL Hauptabteilungsleiter
- L Leiter
- LZA Leiter der Zweiganstalt
- TL Technischer Leiter

Ressort Informationsverarbeitung und Geldwesen Direktor Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek	Ressort Investitionspolitik und Interne Dienste Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner
Hausdruckerei TL Gerhard Habitzl	Personalabteilung AL DRR Dkfm. Maria Zojer
Hauptabteilung	Hauptabteilung
Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr HAL Wolfgang Pernkopf	Treasury HAL Mag. Dr. Rudolf Trink
Abteilung für DV-Entwicklung AL Dr. Reinhard Auer	Abteilung für Veranlagungsstrategie und -risiko AL Mag. Rudolf Kreuz
Abteilung für den Betrieb des Rechenzentrums AL Rudolf Kulda	Treasury – Front Office AL Mag. Walter Sevcik
Zahlungsverkehrsabteilung AL DRR Rudolf Terlecki	Treasury – Back Office AL DRR Dr. Gerhard Bertagnoli
Hauptabteilung	Repräsentanz New York Mag. Robert Reinwald
Hauptkasse und Zweiganstalten DHA Alfred Scherz	Hauptabteilung
Banknoten- und Münzenkasse AL Mag. Erich Vogel	Organisation und Interne Dienste HAL Mag. Albert Slavik
Zweiganstalten-Koordination AL Peter Weihs	Organisationsabteilung AL Dr. Norbert Weiß ¹⁾
Bregenz DZA Johann Jäger	Administrationsabteilung AL Dipl.-Ing. Roland Kontrus
Eisenstadt DZA Mag. Friedrich Fasching	Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten AL Bruno Hollborn
Graz DZA Gerhard Lakner	Abteilung für Post- und Aktenwesen AL Alfred Tomek
Innsbruck DZA Dr. Günther Federer	Hauptabteilung
Klagenfurt DZA Günter Willegger	Statistik HAL Mag. Dr. Aurel Schubert
Linz DZA Rudolf Grüger	Abteilung für Bankenstatistik und Mindestreserve AL Mag. Dr. Alfred Rosteck
Salzburg DZA Elisabeth Kollarz	Abteilung für Zahlungsbilanzangelegenheiten AL Josef Slama
St. Pölten LZA Horst Walka	

¹⁾ Umweltbeauftragter.

Stand per 15. April 1999



EURO EURO EURO
EURO EURO EURO
EURO EURO EURO
EURO EURO EURO



A vertical photograph of a building facade with a grid of windows and decorative elements, running along the left edge of the page. The facade is light-colored with a grid of small, dark, square decorative elements. Two windows are visible, one above the other, with white frames and sills.

Bericht des Direktoriums
über das Geschäftsjahr 1998

Währungspolitische Integration Österreichs in Europa

Seit 1. Jänner 1999 ist der Euro die Währung von elf Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter auch von Österreich. Während mit dem Euro ein neues Kapitel der Währungsgeschichte aufgeschlagen wurde, neigt sich die Geschichte des Schillings ihrem Ende zu; ein Anlaß, die wichtigsten Ereignisse rückblickend – mit Schwerpunkt seit 1945 – zu skizzieren.

Der Schilling wurde durch das Schillingrechnungsgesetz vom 20. Dezember 1924 am 1. Jänner 1925 in Österreich als Währung eingeführt. Er löste die Krone ab, die ihrerseits 1892 eingeführt und am 1. Jänner 1900 endgültig an die Stelle des Gulden getreten war. Die Umrechnung von Kronen in Schilling erfolgte im Verhältnis 10.000 K = 1 S. Schon 1922 wurde durch zwei Bundesgesetze die neue Oesterreichische Nationalbank¹⁾ (OeNB) gegründet, die am 1. Jänner 1923 ihre Tätigkeit aufnahm. Mit der Annexion Österreichs im Jahr 1938 trat die Reichsmark an die Stelle des Schillings (Umrechnungsverhältnis: 1:50 S = 1 Reichsmark), und die Liquidation der OeNB wurde eingeleitet.

Am 3. Juli 1945 wurde die OeNB wieder errichtet (Notenbank-Überleitungsgesetz) und wenig später der Schilling als gesetzliches Zahlungsmittel in Österreich wieder eingeführt (Schillinggesetz). Reichsmarknoten und von den Besatzungsmächten ausgegebene Alliierte Militär-Schillingnoten wurden im Verhältnis 1:1 in Schilling umgetauscht. Allerdings unterlag der Umtausch zahlreichen Bedingungen und Beschränkungen. Die desolaten wirtschaftlichen

Verhältnisse nach dem Zweiten Weltkrieg waren auf monetärer Ebene von einem massiven Geldüberhang gekennzeichnet. Die Einführung der Schillingwährung mußte somit von der Abschöpfung des Geldüberhangs und darüber hinaus von der Schaffung einer funktionsfähigen Geldordnung begleitet werden, also von einer durchgreifenden Währungsreform. Ziel der Notenbankpolitik war von Beginn an, die monetären Verhältnisse grundlegend und auf Dauer zu stabilisieren. Diese Aufgabe wurde schrittweise und unter Einsatz verschiedener währungs- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen – dafür war auch die Verabschiedung mehrerer Gesetze notwendig – bewältigt. Um den bestehenden Geldüberhang zu beseitigen, wurden im November 1947 die Banknoten eingezogen und in neue Schillingnoten im Verhältnis 3:1 umgetauscht. Des Weiteren wurden die Sperrguthaben abgebucht und dem Bundessektor gutgeschrieben. Die endgültige Stabilisierung der Schillingwährung wurde jedoch erst Mitte der fünfziger Jahre abgeschlossen.

Wichtige Instrumente der Stabilisierung waren Zinserhöhungen, Kreditrestriktionen und eine restriktive Budgetpolitik. Nicht nur aus historischen Gründen sind in diesem Zusammenhang auch die Lohn- und Preisabkommen hervorzuheben. Diese Aktivitäten waren eine wesentliche institutionelle Errungenschaft, aus der sich in den folgenden Jahrzehnten die sozialpartnerschaftliche „Konsenspolitik“ etablierte, die schließlich zu einem Markenzeichen der österreichischen Wirtschaftspolitik wurde. Die

¹⁾ Die Geschichte der Schillingwährung und der OeNB begann zwar 1925 bzw. 1923, die österreichische Währungspolitik bzw. die Geschichte der Erfahrungen mit einem zweistufigen Bankensystem (Notenbank und Geschäftsbanken) auf österreichischem Territorium reicht jedoch bis 1816 zurück, dem Jahr der Gründung der „Privilegierten oesterreichischen Nationalbank“.

makroökonomische Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft ging mit der rechtlichen Neuordnung des Finanz- und Währungswesens einher.

Das 1955 verabschiedete Nationalbankgesetz ordnete die Rechtsverhältnisse der OeNB neu und stattete sie mit einem modernen geldpolitischen Instrumentarium aus. Neben der Diskont- und Devisenpolitik wurden auch die

Offenmarkt- und Mindestreservepolitik eingeführt. Damit konnte die OeNB dem im Gesetz festgelegten Stabilitätsauftrag, nämlich „... mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß der Wert des österreichischen Geldes in seiner Kaufkraft im Inland sowie in seinem Verhältnis zu den wertbeständigen Währungen des Auslands erhalten bleibt“, nachkommen.

Zeittafel zum Schilling

und zur österreichischen Währungspolitik seit 1925

- 1925 Schillingwährung (10.000 Kronen = 1 Schilling): 1 Schilling zu 100 Groschen
- 1938 Gewaltsamer Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich; Reichsmarkwährung (1 Reichsmark = 1'50 Schilling)
- 1945 Notenbank-Überleitungsgesetz: Wiedererrichtung der OeNB
Schillinggesetz (1 Schilling = 1 Reichsmark)
- 1946 Devisengesetz betraut OeNB mit der Devisenbewirtschaftung: 1 US-\$ = 10 S
- 1947 Währungsschutzgesetz (endgültige Beseitigung des Geldüberhangs durch Umtausch im Verhältnis 3 : 1)
- 1953 1 US-\$ = 26 S
- 1955 Nationalbankgesetz
- 1959 Schilling wird frei konvertibel (für Ausländer)
- 1962 Übernahme der Konvertibilitätsverpflichtung des IWF
- 1971 Beginn des Zusammenbruchs des Bretton-Woods-Systems der festen Wechselkurse, Schillingaufwertungen
- 1973 Ende des Bretton-Woods-Systems, Orientierung des Schillings an einem Währungskorb („Wechselkursindikator“)
- 1976 Übergang zur verstärkten D-Mark-Orientierung
- 1980 Verfolgung einer „stabilitätsorientierten Wechselkurspolitik“ durch eine fixe Anbindung des Schillings an die D-Mark
- 1991 Letzter Liberalisierungsschritt des Kapitalverkehrs mit dem Ausland
- 1992 Spekulative Attacken auf Pfund Sterling und italienische Lira spalten europäische Währungen in einen Hart- und einen Weichwährungsblock; der Schilling bleibt im Hartwährungsblock
- 1993 Der Schilling übersteht eine spekulative Attacke im August unbeschadet
- 1995 Österreich wird Mitglied der Europäischen Union (EU); Teilnahme am EWS und an dessen Wechselkurs- und Interventionsmechanismus
- 1998 Novelle zum Nationalbankgesetz zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Teilnahme Österreichs an der dritten Stufe der WWU (April 1998); Festlegung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die ab 1. Jänner 1999 den Euro als einheitliche Währung einführen (Mai 1998); Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB, Juni 1998), Fixierung der Umrechnungskurse der Währungen am 31. Dezember 1998 (1 € = 13'7603 S)
- 1999 Beginn der dritten Stufe der WWU mit der Einführung des Euro als einheitliche Währung in Österreich und zehn anderen Mitgliedstaaten der EU (1. Jänner 1999)

Die günstige Entwicklung des Außenhandels in den beginnenden sechziger Jahren führte zu einem beträchtlichen Anstieg der Währungsreserven. Im Jahr 1962 – inzwischen war Österreich der EFTA beigetreten – konnten die Konvertibilitätsverpflichtungen des IWF – Österreich gehört seit 1948 dem IWF an – ohne Einschränkungen übernommen werden: Der Schilling wurde für In- und Ausländer im Bereich des Handels- und Dienstleistungsverkehrs zur konvertiblen Währung, womit ein erster wichtiger monetärer Integrationsschritt vollzogen wurde.

Im Jahr 1971 kam es – aufgrund der fundamentalen Schwäche des US-Dollars als Leitwährung – zu einer Abwertung des US-Dollars und im Jahr 1973 zum endgültigen Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods, das seit 1945 einen relativ hohen Grad an internationaler Wechselkursstabilität gewährleistete, gegen Ende der sechziger Jahre jedoch immer größere Risse aufwies. Die OeNB ist der von internationalen Organisationen forcierten Empfehlung einer verstärkten Geldmengenorientierung und flexibler Wechselkurse nicht gefolgt. Vielmehr wurde die Wechselkursstabilisierung gegenüber den wichtigsten Handelspartnern als notwendig erachtet, aus der sich nach und nach die Strategie der D-Mark-Orientierung herausbildete. Die wissenschaftlichen Fundierungen dieses zunächst auf pragmatischer Ebene entwickelten währungspolitischen Konzepts können in den Theorien zur optimalen Währungszone und zur Wirtschaftspolitik in kleinen offenen Volkswirtschaften gefunden werden. Bei einem hohen Grad an außenwirtschaftlicher Verflechtung

mit Handels- und Kapitalverkehrsstrukturen, die eine Konzentration auf wenige Länder zeigt, sowie bei steigender Mobilität der Produktionsfaktoren und Reallohnflexibilität erweisen sich demnach feste Wechselkurse gegenüber diesen Partnerländern als vorteilhaft. Der Nutzen einer solchen Strategie erhöht sich, wenn die Wechselkursanbindung an eine Ankerwährung erfolgt, die auf einer stabilitätsorientierten Wirtschafts- und Währungspolitik basiert. Die Vorteile dieses Ansatzes zeigten sich bald: Über den Wechselkurseffekt und gedämpfte Importpreise kam es zu einem wirksamen „Stabilitätsimport“. Die institutionelle Voraussetzung der Sozialpartnerschaft ermöglichte eine Berücksichtigung der moderaten Preisentwicklung bei den einkommenspolitischen Entscheidungen. Sie wurden im wesentlichen auf eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik abgestellt, die zu einer markanten Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs führte. Gleichzeitig kam es zu einer Verbesserung der Industriestruktur, die vor allem nach dem EU-Beitritt im Jahr 1995 zu verzeichnen war.

Gegen Ende der siebziger sowie in der ersten Hälfte der achtziger Jahre erlangte die Wechselkursstabilität durch Änderungen auf den Finanzmärkten – Liberalisierungstendenzen, erhöhte Sensibilität der Marktteilnehmer gegenüber Zinsänderungen und Entwicklung neuer Finanzprodukte – noch größere Bedeutung. Die Stabilisierung positiver Erwartungen und vor allem die Glaubwürdigkeit der Währungspolitik wurden zu entscheidenden Voraussetzungen für die Bewertung einer Währung auf den internatio-

nalen Finanzmärkten. Die Glaubwürdigkeit hängt wiederum von einer überzeugenden wirtschaftspolitischen Problemlösungskapazität und günstigen Fundamentaldaten (im internationalen Vergleich) ab. Vor allem das reale Wirtschaftswachstum, die Preis- und Einkommensentwicklung, die Leistungsbilanz und die Gebarung der öffentlichen Haushalte wurden zu wichtigen makroökonomischen Bestimmungsfaktoren. Die OeNB hat in dieser Zeit die neuen Rahmenbedingungen in ihr währungspolitisches Konzept integriert und der Stabilisierung des Wechselkurses des Schillings gegenüber der D-Mark oberste Priorität eingeräumt. Die Verfolgung dieser Strategie, von der nach und nach auch die wirtschaftspolitisch maßgebenden Kräfte des Landes überzeugt wurden, ermöglichte nicht nur die Reduktion von Wechselkursunsicherheit und niedrige Zinsen, sondern auch die stufenweise Kapitalverkehrsliberalisierung, die im November 1991 endgültig vollzogen wurde. Gleichzeitig wurden aber sowohl die rechtlichen als auch die markttechnischen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der österreichische Finanzmarkt (von den Banken bis zur Wertpapierbörse) einen internationalen Qualitätsstandard erreichte.

Das geldpolitische Instrumentarium der OeNB ist an neue Marktverhältnisse stets angepaßt worden. Zinspolitische Maßnahmen erfolgten meist in einer koordinierten Vorgangsweise im Rahmen der europäischen Stabilitätszone, wobei die Geldpolitik des Ankerwährungslandes Deutschland die Richtung vorgab. Trotz der durch die Wechselkursstrategie eingeschränkten Zinsautonomie eröffneten sich

durch relativ günstige Fundamentaldaten zinspolitische Spielräume.

Seit Anfang der neunziger Jahre war die monetäre Integration Österreichs mit dem Rest der Welt in einem hohen Ausmaß realisiert. Die rasante Expansion der internationalen Finanzmärkte stellte verstärkte Anforderungen an die Wechselkurspolitik, änderte jedoch nichts an der Stabilität des Schillingwechselkurses. Selbst die Währungsturbulenzen im EWS in den Jahren 1992 und 1993 blieben ohne Auswirkungen auf die Schilling-D-Mark-Relation.

Durch die EU-Mitgliedschaft per 1. Jänner 1995 und den Beitritt zum EWS sowie kurz danach zum Wechselkurs- und Interventionsmechanismus (WKM) konnte Österreich die Wechselkursstabilität in einen institutionellen Rahmen betten und an den Vorbereitungen zur Einführung einer gemeinsamen Währung mitwirken. Diese Schritte sind als logische Folge einer Währungspolitik zu sehen, die auf Stabilität, Systemsicherheit und Integration abzielt und damit gleichzeitig optimale Rahmenbedingungen für das Funktionieren des Kapital-, Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmarktes bereitstellt.

Eine neue Dimension der währungspolitischen Integration Österreichs ist die Teilnahme an der WWU. Dadurch hat sich zwar der Rahmen für die OeNB geändert, die Prinzipien, nach denen sie agiert, sind jedoch gleich geblieben: Glaubwürdigkeit, Erwartungsstabilisierung, mittelfristige Orientierung, Fokus auf die Preisstabilität, Unabhängigkeit sowie der Dialog mit den anderen wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern bleiben unverändert die Grundlagen des währungspolitischen Verständnisses der OeNB.

Die WWU war seit den späten sechziger Jahren zu einem Anliegen der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geworden. Ein engeres Zusammenrücken Europas auf währungspolitischem Gebiet wurde nach dem endgültigen Zerfall des Bretton-Woods-Systems für notwendig erachtet, konnte jedoch aufgrund mangelnder volkswirtschaftlicher Konvergenz und unzureichendem politischen Willen nicht realisiert werden. Selbst institutionelle Vereinbarungen wie die Währungsschlange konnten nicht verdecken, daß ein breiter Stabilitätskonsens zum damaligen Zeitpunkt noch nicht bestand.

Es dauerte bis zum Jahr 1979, als mit dem EWS, einem System fester, aber anpaßbarer Wechselkurse, ein letztlich fast zwei Jahrzehnte bestehender monetärer Kooperationsrahmen gefunden wurde, der dazu beitrug, den Preisauftrieb zu verringern. Von der Erfahrung im EWS ausgehend und im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes 1993 wurde ein neuerlicher Anlauf für eine Währungsunion unternommen. Er mündete zunächst im Delors-Bericht (benannt nach dem Vorsitzenden der Expertengruppe, dem damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors), dessen Empfehlungen maßgeblich in den Vertrag über die Europäische Union (Maastricht-Vertrag) einflossen. Der im Vertrag enthaltene dreistufige Prozeß zur Realisierung der WWU wurde planmäßig umgesetzt (siehe auch Kasten „Meilensteine auf dem Weg zur WWU“).

Nachhaltigen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik im Euroraum haben aber vor allem die Konvergenzkriterien ausgeübt, deren Vorgaben zu einer raschen Annähe-

rung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung in der EU geführt haben. Sie wurden zu einem Maßstab für die Stabilitätsorientierung der Wirtschafts- und Währungspolitik eines Landes auf den internationalen Finanzmärkten und wirken im Stabilitäts- und Wachstumspakt fort.

Die österreichische Stabilitätspolitik findet in der WWU ihre Fortsetzung – es besteht Kontinuität vom Schilling zum Euro. Die neue Währung basiert auf einer in den vergangenen Jahren aufgebauten Stabilitätskultur in Europa, zu der die OeNB und die österreichische Wirtschaftspolitik beigetragen haben. Sie eröffnet die Chance, durch monetäre Stabilität in einem größeren Rahmen einen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung zu leisten.

Meilensteine auf dem Weg zur WWU

1969: 1./2. Dezember	Einrichtung einer Arbeitsgruppe durch den Gipfel von Den Haag, die – unter dem Vorsitz des luxemburgischen Premierministers Pierre Werner – einen Bericht zur Verwirklichung einer WWU bis 1980 erstellen soll. Der Bericht (Werner-Plan) wird 1971 vorgelegt und schlägt einen Drei-Stufen-Plan zur vollständigen Verwirklichung der WWU innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren vor.
1971: 15. August	Die USA heben die Goldkonvertibilität des Dollars auf, was zu einer Welle der Währungsinstabilität führt. Die Energiekrise 1973 zerstört die Hoffnungen auf mehr Wechselkursstabilität zwischen den Währungen der Gemeinschaft.
1979: 13. März	Das EWS unter Beteiligung aller EG-Mitgliedstaaten tritt in Kraft, obwohl das Pfund Sterling nicht am Mechanismus zur Wechselkursstabilisierung teilnahm. Zwischen 1979 und 1985 halbierten sich die Wechselkursschwankungen im Vergleich zu den Jahren 1975 bis 1979. Zwischen 1986 und 1989 gingen sie nochmals um die Hälfte zurück.
1985: 28./29. Juni	Das Weißbuch der EG-Kommission zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes wird veröffentlicht.
1988: 27./28. Juni	Beim Europäischen Rat in Hannover wird ein Komitee für die Begutachtung der WWU unter dem Vorsitz des Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, eingesetzt. Im April 1989 wird der Abschlußbericht (Delors-Bericht) vorgelegt. Es wird ein Drei-Stufen-Plan für die Verwirklichung der WWU vorgeschlagen, der eine engere wirtschaftliche und währungspolitische Koordinierung sowie eine europäische Zentralbank vorsieht.
1992: 7. Februar	Der Vertrag über die Europäische Union wird in Maastricht unterzeichnet, die Errichtung der WWU wird festgeschrieben. Die Empfehlungen des Delors-Berichts flossen maßgeblich in den Vertrag ein. Die WWU soll in drei Stufen verwirklicht werden. Stufe 1: Abbau aller Einschränkungen des Kapitalverkehrs, größere wirtschaftliche Konvergenz; Inkrafttreten rückwirkend mit 1. Juli 1990.
1994: 1. Jänner	Stufe 2: Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI); die Aufgaben des EWI liegen primär in der Vorbereitung der WWU.
1995: 15./16. Dezember	Beim Europäischen Rat von Madrid wird der endgültige Zeitplan des Übergangs zur einheitlichen Währung und deren Name „Euro“ festgelegt.
1997: 16./17. Juni	Beim Europäischen Rat von Amsterdam werden die Verordnungen zum Stabilitäts- und Wachstumspakt beschlossen.
1998: 1. bis 3. Mai	Der Rat in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs entscheidet, daß elf Länder (Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland) die Bedingungen zur Teilnahme an der WWU erfüllen. Das Direktorium der EZB wird nominiert, die bilateralen Umrechnungskurse werden zur Stabilisierung der Erwartungen der Finanzmärkte angekündigt.
1. Juni	Das EWI wird aufgelöst, die EZB errichtet und das Direktorium der EZB unter dem Vorsitz von Präsident Willem F. Duisenberg offiziell eingesetzt.
31. Dezember	Unwiderrufliche Festsetzung der Umrechnungskurse zwischen Euro und Währungen der Länder, die an der WWU teilnehmen.
1999: 1. Jänner	Stufe 3: Der Euro entsteht als eigenständige Währung, das ESZB übernimmt die Verantwortung für die Geldpolitik im Eurosystem.

Vorbereitungsarbeiten für die Währungsunion auf europäischer Ebene

Das historische Mai-Weekend

Vom 1. bis 3. Mai 1998 fanden in Brüssel Treffen der EU-Finanzminister und der EU-Staats- und -Regierungschefs statt, bei denen die definitiven Entscheidungen hinsichtlich des Übergangs zum Euro getroffen wurden: Auswahl der Teilnehmerländer, Einigung über das EZB-Direktorium und über die Vorankündigung der bilateralen Umrechnungskurse der teilnehmenden Währungen.

Auf Empfehlung des ECOFIN-Rats (Wirtschafts- und Finanzminister der EU) und nach einer positiven Stellungnahme des Europäischen Parlaments entschied der Europäische Rat in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs einstimmig, daß elf Mitgliedstaaten – nämlich Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland – die notwendigen Voraussetzungen für die Einführung des Euro am 1. Jänner 1999 erfüllen.¹⁾ Die genannten Länder qualifizierten sich aufgrund der Erfüllung folgender rechtlicher und ökonomischer Kriterien:

- Die innerstaatlichen Rechtsvorschriften, einschließlich des jeweiligen Notenbankstatuts, stehen mit dem EG-Vertrag (EG-V) und dem EZB/EZB-Statut im Einklang bzw. wurden Schritte gesetzt, um dies spätestens zum Zeitpunkt der Errichtung des EZB sicherzustellen.
- Im Zwölfmonatszeitraum bis einschließlich Jänner 1998 lag die durchschnittliche Inflations-

rate unter dem Referenzwert von 2,7%.

- Es lag keine Ratsentscheidung vor, daß ein übermäßiges Budgetdefizit besteht.
- Die Währungen dieser elf Länder nahmen innerhalb der zwei Jahre vor der Beurteilung am EWS-Wechselkursmechanismus teil²⁾ und waren dabei keinen starken Spannungen ausgesetzt.
- Im Zwölfmonatszeitraum bis einschließlich Jänner 1998 lag der durchschnittliche langfristige Zinssatz in diesen Ländern unter dem Referenzwert von 7,8%.

Griechenland ist den rechtlichen Anforderungen zwar nachgekommen, erfüllte aber noch keines der ökonomischen Konvergenzkriterien. Schweden erfüllte die notwendigen Voraussetzungen aufgrund fehlender rechtlicher Konvergenz und der Nichtteilnahme am WKM des EWS nicht. Hinsichtlich des Vereinigten Königreichs und Dänemarks hat der Rat keine Prüfung vorgenommen, da diese Länder – im Einklang mit Sonderregelungen des EG-V – nicht an der WWU teilnehmen.

Dem Anfang Mai abgelaufenen Beschlußverfahren ist eine ausführliche Erörterung der wirtschaftlichen und rechtlichen Konvergenz in den Berichten der Kommission und des EWI vom 25. März 1998 vorangegangen. Dabei betonte vor allem das EWI, daß in den öffentlichen Haushalten weitere Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich sind, um die hohen Schuldenquoten zu reduzieren und den Zielsetzungen des Stabilitäts- und Wachstums-

¹ Weiters billigte er eine Erklärung zu Griechenland, in der auf die Konvergenzfortschritte und das Ziel Griechenlands, per 1. Jänner 2001 dem Eurogebiet beizutreten, hingewiesen wird.

² Die italienische Lira und die finnische Markka sind dem Wechselkursmechanismus erst im Oktober bzw. November 1996 beigetreten und waren seither keinen starken Spannungen ausgesetzt.

pakts zu entsprechen. In einer Zusatzerklärung zur Empfehlung über die Auswahl der Euroteilnehmer haben sich die Finanzminister dazu bekannt, die Haushaltskonsolidierung zu verstärken, sollte sich die Konjunktur besser als erwartet entwickeln.

Nach der Auswahl der Teilnehmerländer einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf die Mitglieder des EZB-Direktoriums und ein Verfahren, das ermöglicht, daß nach und nach Persönlichkeiten aus allen teilnehmenden Mitgliedstaaten im EZB-Direktorium berücksichtigt werden.

Um den Wirtschaftsakteuren Gewißheit hinsichtlich der ab 1. Jänner 1999 geltenden bilateralen Umrechnungskurse zwischen den teilnehmenden Währungen zu geben, wurde weiters in einem Gemeinsamen Kommuniqué der Finanzminister und Notenbankgouverneure des Eurogebiets sowie der EU-Kommission und des EWU angekündigt, die bilateralen Leitkurse des EWS-Wechselkursmechanismus als Grundlage für die Festlegung der Euroumrechnungskurse heranzuziehen.¹⁾ Davon ausgehend und unter Beachtung der Vorgabe des EG-V hinsichtlich der Kontinuität des Außenwerts von

ECU und Euro zum Zeitpunkt des Übergangs legte der ECOFIN-Rat am 31. Dezember 1998 die Umrechnungskurse der teilnehmenden Währungen zum Euro unwiderruflich fest.

Verabschiedung des Eurowährungsrechts und sekundärrechtliche Bestimmungen

Am 1. Jänner 1999 trat die sogenannte „große“ Euro-Verordnung gemäß Art. 109 I (4) EG-V in Kraft. Sie enthält den größten Teil der für die teilnehmenden Mitgliedstaaten geltenden währungsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Festlegung des Euro als einheitliche Währung und die Definition der teilnehmenden Währungen als bloße Untereinheiten des Euro während der Übergangszeit vom 1. Jänner 1999 bis 31. Dezember 2001.²⁾ Der ECOFIN-Rat hatte diese Euro-Verordnung am 3. Mai 1998 beschlossen, nachdem er am 17. Juni 1997 bereits die sogenannte „kleine“ Euro-Verordnung verabschiedet hatte, die Bestimmungen enthält, für die aus Gründen der Rechtssicherheit besonderer Bedarf bestand.³⁾ Weiters wurde die Verordnung über die technische Harmonisierung der Euromünzen verabschiedet sowie ein Beschluß über die Zulassung von Eurosammlermünzen⁴⁾ ab 1. Jänner 2002 gefaßt.

Darüber hinaus wurden durch den ECOFIN-Rat unter anderem folgende Bereiche geregelt:

- die Festlegung der Basis für die Mindestreserve, eine Bandbreite für die Mindestreservesätze sowie Obergrenzen für Sanktionen, die bei Nichteinhaltung anzuwenden sind; darauf aufbauend beschloß die

- 1 Im ECU-Währungskorb waren nicht nur Währungen von Euroteilnehmerländern, sondern auch von Ländern, die sich zunächst nicht an der Währungsunion beteiligen (Pfund Sterling, dänische Krone und griechische Drachme) enthalten. Der Wert der ECU unterlag daher auch Einflüssen außerhalb des Bereichs der Euroteilnehmerländer, sodaß zu diesem Zeitpunkt nur bilaterale Austauschverhältnisse der Teilnehmerwährungen untereinander, nicht jedoch solche gegenüber dem Euro festgelegt werden konnten.
- 2 Nach diesem Zeitpunkt werden Schillingbanknoten und -münzen in Eurobanknoten und -münzen umgetauscht. Schillingbanknoten und -münzen behalten die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels noch für längstens 6 Monate nach Beendigung der Übergangszeit. Danach können sie bei der OeNB unbefristet zum festgesetzten Umrechnungskurs in Euro umgetauscht werden.
- 3 Nämlich den Grundsatz der Kontinuität von Verträgen, die 1 : 1-Ersetzung von ECU durch Euro und die Umrechnungs- und Rundungsregeln.
- 4 Diese Sammlermünzen werden jeweils in dem Mitgliedstaat, in dem sie ausgegeben werden (und nur in diesem), den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels haben. Sie dürfen erst ab 1. Jänner 2002 ausgegeben werden, und ihre Gestaltung bleibt den Mitgliedstaaten überlassen.

Unwiderrufliche Euroumrechnungskurse

		1 EUR =
Belgien	BEF	40'3399
Deutschland	DEM	1'95583
Spanien	ESP	166'386
Frankreich	FRF	6'55957
Irland	IEP	0'787564
Italien	ITL	1.936'27
Luxemburg	LUF	40'3399
Niederlande	NLG	2'20371
Österreich	ATS	13'7603
Portugal	PTE	200'482
Finnland	FIM	5'94573

Quelle: EZB.

- EZB die konkrete Ausgestaltung ihres Mindestreservesystems (siehe auch Kapitel „Die Geldpolitik im ESZB“);
- die Erfassung statistischer Daten durch die EZB;
- die Festlegung des Schlüssels für die Zeichnung des Kapitals der EZB;
- die Anhörung der EZB durch nationale Behörden im Gesetzgebungsverfahren.

Wie schon in den Jahren zuvor bereitete der Währungsausschuß auch im Berichtsjahr die Sitzungen für den ECOFIN-Rat vor. Gemäß EG-V wurde der Währungsausschuß am 1. Jänner 1999 vom Wirtschafts- und Finanzausschuß (WFA) abgelöst. Der WFA setzt sich aus jeweils zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern der 15 Mitgliedstaaten, der Kommission sowie der EZB zusammen.¹⁾ Er wirkt – ähnlich wie der Währungsausschuß – an wichtigen wirtschaftspolitischen Aufgaben des ECOFIN-Rats mit.

Errichtung von ESZB und EZB und wichtige Beschlüsse

Der sichtbarste Schritt im Zuge der Vorbereitung auf die WWU war die Errichtung der EZB am 1. Juni 1998. Gleichzeitig mit der Gründung der EZB, die ihren Sitz in Frankfurt hat, wurde das ESZB errichtet, das die EZB und die 15 Zentralbanken (nationale Zentralbanken, in der Folge NZBen abgekürzt) der Mitgliedstaaten der Europäischen Union umfaßt. Seit 1. Jänner 1999 hat das ESZB die volle Verantwortung für die ihr übertragenen Aufgaben.

Bei der Vorbereitung auf den Übergang zum Euro konnte die EZB auf die Vorarbeiten des EW

¹ Jene zwei Mitglieder, die von den Mitgliedstaaten entsandt werden, kommen aus den Reihen hoher Beamter der Ministerien und der NZBen.

Das Eurosystem in Abgrenzung zum ESZB

Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank übertragen dem ESZB verschiedene Aufgaben, die von der EZB und den NZBen auszuführen sind (siehe auch Kapitel „Die OeNB im ESZB – institutionelle und funktionale Änderungen“).

Um die Transparenz zu erhöhen und die sehr komplexe Struktur des europäischen Zentralbankwesens leichter verständlich zu machen, hat der EZB-Rat beschlossen, den Begriff „Eurosystem“ als benutzerfreundlichen Ausdruck einzuführen. Das Eurosystem umfaßt die EZB und die NZBen der Mitgliedstaaten, die den Euro in der dritten Stufe der WWU eingeführt haben. Zur Zeit gehören dem Eurosystem 11 NZBen an. Sobald alle 15 Mitgliedstaaten der EU dem Eurowährungsgebiet angehören, wird der Begriff „Eurosystem“ ein Synonym für das ESZB.

Das ESZB setzt sich aus der EZB und den NZBen aller 15 Mitgliedstaaten zusammen, das heißt, es umfaßt neben den Mitgliedern des Eurosystems auch die NZBen der Mitgliedstaaten, die den Euro nicht mit Beginn der dritten Stufe der WWU eingeführt haben.¹⁾

¹ Im Geschäftsbericht wird daher entweder Eurosystem (wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die die NZBen der 11 Teilnehmerländer betreffen) oder ESZB (wenn alle 15 NZBen davon tangiert sind) verwendet.

(endgültige Liquidation am 31. Dezember 1998) zurückgreifen. Die von den NZBen beschickten Arbeitsgruppen, die bereits im Rahmen des EWI ihre Expertise einbrachten, finden sich in abgewandelter Form auch im ESZB wieder.

Wichtigste Aufgabe der EZB nach ihrer Errichtung war die Umsetzung der Vorbereitungsarbeiten des EWI in verbindliche Beschlüsse sowie die Durchführung der notwendigen Tests im Hinblick auf eine reibungslose Gestaltung und Umsetzung der einheitlichen Geld- und Währungspolitik ab 1. Jänner 1999 im Rahmen eines föderal aufgebauten Notenbanksystems.

Hingewiesen sei vor allem auf die im Oktober und Dezember 1998 vom EZB-Rat beschlossene und der Öffentlichkeit vorgestellte geldpolitische Strategie der EZB für die dritte Stufe der WWU (siehe

Die Europäische Zentralbank wird von folgenden Ausschüssen unterstützt:

Quelle: EZB.

auch Kapitel „Die Geldpolitik im ESZB“) sowie auf das im September 1998 zwischen der EZB und den NZBen der nicht dem Eurogebiet angehörigen EU-Mitgliedstaaten geschlossene Abkommen über die Funktionsweise eines Wechselkursmechanismus in der dritten Stufe der WWU (WKM-II-Abkommen). Der WKM II sieht Bandbreiten von $\pm 15\%$ ¹⁾ zum Euroleitkurs vor und enthält Vorkehrungen, die verhindern sollen, daß die stabilitätsorientierte Geldpolitik der EZB durch Interventionsverpflichtungen zugunsten der Währung eines Pre-Ins (EU-Mitgliedstaaten, die noch nicht zur WWU gehören) beeinträchtigt wird. Demnach ist die EZB berechtigt, eine Überprüfung der Währungsparitäten in Gang zu setzen und Interventionen auszusetzen, wenn das Ziel der Preisstabilität gefährdet ist.²⁾

Ende September 1998 legte die EZB weiters einen Prüfbericht über die EU-Wertpapierabwicklungssysteme vor, wonach alle 29 überprüften Systeme mit Beginn der dritten Stufe der

WWU genutzt werden können (siehe auch Kapitel „Zahlungsverkehrspolitik, Zahlungssysteme, Zahlungsmittel“).

Anfang November 1998 verabschiedete der EZB-Rat eine Leitlinie, in der die Betragsgrenzen festgelegt werden, bei deren Überschreiten die NZBen die Genehmigung der EZB einholen müssen, wenn sie Transaktionen mit den ihnen verbleibenden Währungsreserven – einschließlich Gold – durchführen.

Wirtschaftspolitische Koordinierung

Mit dem Übergang in die dritte Stufe der WWU gibt es im Euroraum eine einheitliche Geldpolitik, während die Verantwortung für die übrige Wirtschaftspolitik weitgehend bei den einzelnen Mitgliedstaaten verbleibt. Dies sowie die zunehmende wirtschaftliche Interdependenz haben eine Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der teilnehmenden Staaten nahegelegt.

Die wichtigsten Instrumente des kontinuierlich stattfindenden

¹ Für Dänemark wurde die Bandbreite mit $\pm 2,25\%$ festgelegt.

² Nähere Erläuterungen zum WKM II finden sich im Geschäftsbericht 1997, Seite 18.

Koordinierungsprozesses sind die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und deren multilaterale Überwachung gemäß Art. 103 EG-V sowie der Stabilitäts- und Wachstumspakt¹⁾, in dessen Zentrum die Sicherstellung der fiskalischen Disziplin steht. Ergänzt werden diese Instrumente durch die nationalen Aktionspläne für Beschäftigung (NAP), die während des Berichtsjahres erstmals erstellt worden sind, sowie durch ein neu eingeführtes Verfahren, nach dem die Mitgliedstaaten und die Kommission in ihrem Zuständigkeitsbereich kurze Jahresendberichte über die Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte erstellen. Sie dienen dem Austausch bewährter Praktiken und ergänzen die Angaben, die in den NAP oder den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen enthalten sind.

Der Europäische Rat stellte auf seiner Tagung in Wien (11./12. Dezember 1998) fest, daß der ECOFIN-Rat nunmehr über einen vollständig entwickelten jährlichen Koordinierungsprozeß verfügt, betonte aber gleichzeitig, daß die wirtschaftspolitische Koordinierung innerhalb des vereinbarten Rahmens sowohl vertieft als auch verstärkt werden müsse, um den Erfolg der WWU zu sichern und ein nachhaltiges, beschäftigungswirksames Wachstum zu unterstützen.

Die wirtschaftspolitische Koordinierung umfaßt die Fiskal- und die Strukturpolitik. Sie berücksichtigt die Geldpolitik und die Lohnentwicklung und basiert auf der Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung in den Mitgliedstaaten. Darüber hinaus soll die Wechselkursentwicklung des Euro und der Währungen der anderen EU-Staaten beobachtet werden,

wobei die Wechselkursentwicklung „generell als das Ergebnis aller anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu betrachten“²⁾ ist. Das heißt, daß der Eurowechselkurs nur unter außergewöhnlichen Umständen durch wechselkurspolitische Maßnahmen direkt beeinflußt werden soll.

Die wesentlichen Inhalte und Modalitäten der wirtschaftspolitischen Koordination wurden bereits im Jahr 1997 weitgehend festgelegt, das Berichtsjahr stand im Zeichen ihrer Umsetzung: Stabilitäts- und Konvergenzprogramme wurden im Einklang mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik und den Erfordernissen des Stabilitäts- und Wachstumspakts vorgelegt und vom ECOFIN-Rat geprüft, die NAP auf ihre Vereinbarkeit mit den beschäftigungspolitischen Leitlinien überprüft und der Dialog zwischen dem ECOFIN-Rat (bzw. der Euro-11-Gruppe) und der EZB begonnen.

Die informelle Euro-11-Gruppe, die Ende 1997 auf dem Gipfel von Luxemburg ins Leben gerufen wurde und die Finanzminister der Euroländer umfaßt, hat – unter österreichischem Vorsitz – im Juni 1998 ihre Arbeit aufgenommen. Sie kann zwar – im Gegensatz zum ECOFIN-Rat – keine Rechtsakte verabschieden, trägt jedoch dem besonderen Koordinierungsbedarf der zum Eurogebiet gehörenden Mitgliedstaaten Rechnung und kann so insbesondere zu einer effizienten Überwachung der fiskalischen Disziplin im Euroraum beitragen.

Außenvertretung der WWU

Hinsichtlich der Frage der Außenvertretung hat sich der Europäische Rat in Wien auf pragmatische Lösungsvorschläge geeinigt. Für die

1 Nähere Erläuterungen zum Stabilitäts- und Wachstumspakt finden sich im Geschäftsbericht 1997, Seite 18.

2 Bericht des ECOFIN-Rats an den Europäischen Rat in Wien über die wirtschaftspolitische Koordinierung.

G-7-Gruppe der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten haben die Nicht-EU-G-7-Mitglieder bereits zugestimmt, daß der EZB-Präsident bei den die WWU betreffenden Erörterungen an den Sitzungen der Gruppe teilnimmt. Hinsichtlich der Vertretung auf Ministerebene ist noch eine Einigung ausständig.

Im IWF wurde der EZB per 1. Jänner 1999 Beobachterstatus im IWF-Exekutivdirektorium einge-

räumt. Der EZB-Beobachter wird automatisch an jenen Sitzungen des Exekutivdirektoriums teilnehmen, bei denen es um die Überwachung der Geld- und Währungspolitik des Euroraums geht bzw. die Rolle des Euro im multilateralen Zusammenhang angesprochen wird.¹⁾ Die Auffassungen der WWU werden vom Vertreter jenes Euro-11-Mitgliedslands im IWF dargelegt, das die Euro-11-Präsidentschaft innehat.

Vorbereitungsarbeiten für die Währungsunion in Österreich

Die Vorbereitungsaktivitäten für die Einführung des Euro sind 1998 in ihre letzte Phase getreten. Durch die Festlegung des Teilnehmerkreises an der Währungsunion und die Vorankündigung der bilateralen Wechselkurse zur Stabilisierung der Erwartungen der Finanzmärkte wurden Anfang Mai die letzten Unsicherheiten über den Beginn der WWU ausgeräumt.

Das Koordinationsgremium der WWU-Arbeitsgruppen, in dem die OeNB und das BMF gemeinsam den Vorsitz haben und in dem die Bundesministerien, die Länder und Gemeinden, das Österreichische Statistische Zentralamt (ÖSTAT), die Sozialversicherungsträger und die Sozialpartner vertreten sind, hat seine Arbeit, nämlich die Abstimmung der innerstaatlichen Vorbereitungen, im Berichtsjahr fortgesetzt. Schwerpunkte waren dabei unter anderem die Organisation des Währungsumstellungs („Changeover“)-Wochenendes, die Information der Bevölkerung, eine koordinierte Vorgehensweise bei der Einführung der Info-Zeile (das heißt der wichtigste Betrag – z. B. in einem Bescheid – wird nicht nur in Schilling, sondern

auch in Euro ausgewiesen) und die Umsetzung der Eurooption in der Verwaltung. Letzteres bedeutet, daß Finanzämter auch Steuererklärungen in Euro entgegennehmen, die Finanzbuchhaltung in Euro geführt werden kann und Bilanzen in Euro erstellt werden dürfen. Auch das ÖSTAT nimmt statistische Meldungen der Unternehmen bereits seit 1. Jänner 1999 in Euro entgegen. Damit wird sichergestellt, daß jeder, der den Euro in der dreijährigen Übergangsphase bereits im bargeldlosen Verkehr verwenden will, das auch tun kann (nach dem Prinzip: kein Zwang, kein Verbot).

Insgesamt fünf Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit den Themenkreisen „Informationsarbeit“, „Legistik“, „Verwaltung“, „Wirtschaftspolitik“ sowie „Banken und Finanzmarkt“. Letztere war angesichts der vollständigen Umstellung im Kapitalmarktbereich per 1. Jänner 1999 besonders gefordert. Darüber hinaus haben sich die Banken darauf geeinigt, in der dreijährigen Übergangsphase alle Bankdienstleistungen flächendeckend auch in Euro anzubieten. Zur Gewöhnung der

¹ Über die Teilnahme bei der Diskussion anderer Punkte wird zwischen IWF und EZB im Einzelfall entschieden.

Kunden wird auf sämtlichen Belegen der Saldo nicht nur in nationaler Währung, sondern auch in Euro ausgewiesen.

Auf der legislativen Ebene wurden die Rahmenbedingungen für die Einführung des Euro fixiert (siehe auch Kapitel „Finanzmärkte und Finanzintermediäre“). Das Nationalbankgesetz (NBG) wurde durch die am 24. April 1998 im Bundesgesetzblatt I Nr. 60 kundgemachte NBG-Novelle 1998 an die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben angepaßt (siehe auch Kapitel „Die OeNB im ESZB – institutionelle und funktionale Änderungen“). Am 17. Juni 1998 beschloß der Nationalrat das 1. Euro-Finanzbegleitgesetz. Es regelt unter anderem die Umstellung von Bundesanleihen und von Anleihen privater Emittenten auf den Euro und sieht diverse technische Anpassungen im Steuerrecht vor. Das 1. Euro-Justiz-Begleitgesetz wurde am 9. Juli 1998 vom Nationalrat verabschiedet und regelt unter anderem Änderungen im Handels- und Gesellschaftsrecht, die doppelte Währungsangabe in langfristigen Verträgen und den Ersatz der bisherigen Referenzzinssätze.

Die Regierungsvorlage für ein Euro-Währungsangabengesetz, das Bestimmungen über die doppelte Preisauszeichnung enthält, wurde Mitte Februar 1999 vom Ministerrat beschlossen. Der Entwurf legt fest, daß zwischen 1. Oktober 2001 und längstens 30. Juni 2002 Preise verpflichtend sowohl in Schilling als auch in Euro auszuzeichnen sind. Für Kleinbetriebe sieht die Regierungsvorlage Ausnahmen bzw. Erleichterungen vor.

In Anlehnung an den im November 1997 veröffentlichten Aktionsplan des Bundes (darüber

wurde im Geschäftsbericht 1997, Seite 26, berichtet) wurde gegen Jahresmitte 1998 ein bundesweit einheitlicher Aktionsplan der Länder erstellt. Darüber hinaus haben einige Länder und Gemeinden weitere Aktivitäten gesetzt und länderspezifische Umstellungskonzepte entworfen. Die vom Bund verfolgte Strategie der Eurooption wurde von den Ländern und Gemeinden weitgehend übernommen.

In der OeNB hatten die Vorbereitungen für den Start der Währungsunion in allen Arbeitsbereichen höchste Priorität. Die anfängliche Einführung des Euro als Buchgeld bzw. die Umstellung der Kapitalmärkte brachte einen besonders hohen Umstellungsbedarf in den Abteilungen des Treasury-Bereichs, des Zahlungsverkehrs, des Rechnungswesens und der Informationsverarbeitung mit sich. Dabei stand die Entwicklung von Konvertierungsprogrammen für die einzelnen Software-Systeme im Vordergrund. Vor allem betrifft dies das österreichische RTGS (Real Time Gross Settlement System) als Schnittstelle zu TARGET (Trans European Automated Real Time Gross Settlement Express Transfer System) sowie ein OeNB-internes System, das im wesentlichen zur Abwicklung von Wertpapier-, Devisenhandels- und Geldmarkttransaktionen (einschließlich der Rechnungswesensfunktionalität) dient. Aber auch die Analyse-, Statistik- und Berichtsaktivitäten haben an Intensität zugenommen und eine Reihe von Umstellungen notwendig gemacht.

Gegen Jahresende konzentrierten sich die Aktivitäten auf das Umstellungswochenende, das heißt den Zeitraum unmittelbar nach der Bekanntgabe der Eurowechselkurse

am 31. Dezember 1998 und dem 4. Jänner 1999, dem ersten Banköffnungstag mit der neuen Währung. In diesem Zeitraum stellten nicht nur der Zahlungsverkehr, sondern insbesondere auch die Finanzmärkte auf den Euro um. Bis auf wenige Ausnahmen wurden sämtliche an der Börse zum Handel zugelassene Wertpapiere redenominiert.

Im Vorfeld des Umstellungswochenendes hat die EZB eine Arbeitsgruppe, das Changeover Weekend Committee, installiert. Diese Arbeitsgruppe definierte sogenannte „Meilensteine“ für das Wochenende, analysierte mögliche Systemausfälle und bereitete ent-

sprechende Maßnahmen vor. Am Umstellungswochenende selbst wurde in der OeNB eine zentrale Kommunikationsstelle installiert, von der aus die Umstellungsarbeiten in der OeNB und am österreichischen Finanzplatz überwacht wurden. Parallel dazu hielt sie rund um die Uhr Kontakt mit den anderen Teilnehmern des ESZB. Insgesamt waren in der OeNB an diesem historischen Wochenende etwa 150 Mitarbeiter tätig, weitere 50 befanden sich in Rufbereitschaft.

Die Umstellung auf die neue Währung erfolgte nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa nahezu reibungslos.

Euroeinführung und Öffentlichkeitsarbeit

Der bereits 1997 registrierte Meinungsumschwung in der österreichischen Bevölkerung in bezug auf die gemeinsame europäische Währung setzte sich auch 1998 fort; im Verlauf des Jahres wurde erstmals eine stabile Mehrheit für die Euroeinführung erreicht. Zugleich machten die Umfragen deutlich, daß die Bevölkerung zu diesem Thema weiterhin eine kontinuierliche Information wünscht. Unter den Institutionen, von denen eine solche Information erwartet wird, steht die OeNB an erster Stelle. Das – bereits sehr hohe – Vertrauen in die Arbeit der Notenbank ist im vergangenen Jahr weiter gewachsen.

Die OeNB sieht in dieser positiven Erwartungshaltung auch einen Erfolg ihrer Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Euro, mit der sie – als erste Notenbank im EU-Raum – bereits im Herbst 1995 auf Basis des Konzepts „Eine neue Währung

für Europa“ begonnen hat. Die Informationstätigkeit gehört zu den Kernfunktionen der nationalen Zentralbanken im Eurosystem, denn die gemeinsame Geldpolitik wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie von der Bevölkerung akzeptiert wird. Darüber hinaus benötigen die Bevölkerung und die Wirtschaft praktische Unterstützung bei der Umstellung, insbesondere im Hinblick auf die kommende Eurobargeldeinführung.

Aufgrund der verstärkten Anforderungen der nächsten Jahre hat die OeNB im Frühjahr 1998 ein aktualisiertes strategisches Kommunikationskonzept „Die OeNB als Nationale Zentralbank im ESZB – von der Behörde zum Informationsdienstleister“ entwickelt. Die darin vorgesehenen Aktivitäten, mit deren Umsetzung unverzüglich begonnen wurde, gliedern sich in drei Bereiche:

1. Information der Bevölkerung

Im Einklang mit den Erwartungen der Öffentlichkeit wurde im Frühjahr und Herbst 1998 – erstmals zu diesem Themenbereich – eine breitgestreute Inseratenkampagne eingesetzt, um die Kernthemen der Euroumstellung authentisch und in verstärkter Form zu kommunizieren: „Stabilitätspolitik und WWU-Teilnehmerländer“, „Die neue Rolle der OeNB im ESZB“, „Der WWU-Fahrplan“, „Die Umrechnungskurse“ sowie „Der Euro als Buchgeld“. Diese Kampagne wird – mit Bezug auf die jeweils aktuellen Themen – in den kommenden Jahren fortgesetzt. Ebenfalls fortgeführt wird die Reihe der Informationsfolder für die breite Öffentlichkeit, die in hoher Auflage über die Bank-schalter an die Konsumenten verteilt werden.

Die Mitarbeiter der OeNB haben 1998 im Rahmen von 50 Eigenveranstaltungen und rund 700 Vorträgen insgesamt ca. 60.000 Menschen direkt über aktuelle Themen und die „Zukunft des Geldes“ informiert. Über die Einbindung der OeNB-Zweiganstalten konnte diese Tätigkeit flächen-deckend durchgeführt werden.

Auch die Medienarbeit wurde im Hinblick auf die kommende Euroeinführung verstärkt. Dem Management der OeNB fällt dabei die Aufgabe zu, der Bevölkerung durch Pressekonferenzen und Vorträge die Funktionsweise des ESZB zu erläutern und die in Frankfurt gemeinsam getroffenen währungspolitischen Entscheidungen näherzubringen. Im Herbst 1998 wurde gemeinsam mit der „Schilling“-Redaktion des ORF der dreiteilige TV-Film „Das neue Geld“ produziert.

Ein weiterer Schwerpunkt der Informationsarbeit liegt im Bildungsbereich. Zu Beginn 1998 wurde das neue OeNB-Unterrichtspaket allen Schulen kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Schulkoffer, der verschiedene Unterrichtsbroschüren und eine CD-ROM zum Thema „Geld und Währung“ sowie eine Schulversion der TV-Serie „Das Geld von morgen“ enthält, soll auch in den kommenden Jahren mit aktuellen Materialien und didaktischen Unterlagen ergänzt werden.

Das OeNB-Servicetelefon wurde mit dem Näherrücken der Euroeinführung verstärkt in Anspruch genommen, die Zahl der Zugriffe auf die Internet-Homepage hat sich im Berichtszeitraum mit ca. 3,5 Mio vervielfacht.

2. Information der Fachöffentlichkeit über die einheitliche Geldpolitik

Der interessierten Fachöffentlichkeit im allgemeinen sowie dem Banken- und Finanzsektor im besonderen stellt die OeNB Informationen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung. Im Hinblick auf die dritte Stufe der WWU lag der Schwerpunkt 1998 auf den Umsetzungsmaßnahmen der einheitlichen Geldpolitik des ESZB durch die OeNB. In den Fachpublikationen der Notenbank wurde ausführlich über Themen wie das geldpolitische Instrumentarium, volkswirtschaftliche Expertisen und die Harmonisierungsfortschritte bei Statistiken berichtet. Darüber hinaus ist ein Folder über die devisenstatistische Meldepflicht in der Währungsunion entstanden; zu Jahresende wurden spezifische Informationsmaterialien über das Zahlungsverkehrssystem ARTIS/TARGET

und den neuen ESZB-Wochen-
ausweis vorbereitet.

Die Volkswirtschaftliche Tagung fand im Mai 1998 zum Thema „Wirtschaftspolitik 2000 – die Rolle der Wirtschaftspolitik und nationaler Notenbanken in der WWU“ statt.¹⁾ Die OeNB veranstaltete ferner im Jänner 1999 einen Workshop zum Thema „Challenges for Economic Policy Coordination within the EMU“.

Im Zuge des Informationsaustausches mit dem Parlament fand am 15. September 1998 ein Besuch von Mitgliedern des Finanz- und des Budgetausschusses des Nationalrats in der OeNB statt. Dabei erhielten die Parlamentarier eine umfassende Darstellung der österreichischen Währungspolitik am Übergang zur einheitlichen europäischen Währung.

Im Zuge der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft war die OeNB am 26. September 1998 Gastgeberin einer Veranstaltung für die Teilnehmer am informellen ECOFIN-Rat in Wien.

3. Koordination mit anderen an der Euroeinführung mitwirkenden Institutionen

Innerhalb des ESZB wurde 1998 eine Arbeitsgruppe gegründet, um die Öffentlichkeitsarbeit der EZB und der NZBen zu koordinieren und die inhaltliche Konsistenz der in den einzelnen Ländern durchgeführten Maßnahmen sicherzustellen.

In Österreich erfolgte der Informationsaustausch mit der Euroinitiative der Bundesregierung, anderen offiziellen Stellen und den Sozialpartnern im Rahmen des Koordinationsgremiums der WWU-Arbeitsgruppen. Mit den Banken werden die Euroaktivitäten über die Geld- und Kreditsektion in der Wirtschaftskammer Österreich koordiniert. Schließlich nimmt die OeNB regelmäßig an den Koordinationssitzungen der Vertretung der EU-Kommission in Österreich teil und unterstützte 1998 – wie schon in den Vorjahren – zahlreiche Aktivitäten.

¹ Siehe dazu auch
den Tagungsband,
der in der OeNB kostenlos
bezogen werden kann.

Geldpolitische Strategie

Definition von Preisstabilität, Heranziehung einer Reihe von Indikatoren für die künftige Preisentwicklung. Prominente Rolle von Geldmengenaggregaten (Referenzwert für M3). Hauptrefinanzierung über wöchentliche 14-Tage-Tendergeschäfte, ständige Fazilitäten. Mindestreservesystem.

Der Vertrag von Maastricht gibt dem ESZB die Zielsetzung in der Geldpolitik vor, läßt die Wahl der geldpolitischen Strategie jedoch offen.

Der Art. 105 Abs. 1 des EG-V legt als vorrangiges Ziel des ESZB fest, „Preisstabilität zu gewährleisten“. Die Statuten verpflichten das ESZB somit vorrangig zur Wahrung der Preisstabilität, schließen jedoch einen geldpolitischen Beitrag zur konjunkturellen Stabilisierung nicht aus: „Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft, um zur Verwirklichung der in Art. 2 festgelegten Ziele der Gemeinschaft beizutragen.“

Der EZB-Rat legte in der Sitzung vom 13. Oktober 1998 die geldpolitische Strategie des ESZB fest:

- Das ESZB definiert einen Anstieg des HVPI für das Euro-Währungsgebiet um weniger als 2% gegenüber dem Vorjahr als Preisstabilität. Preisstabilität ist mittelfristig zu sichern.
- Das ESZB hebt die besondere Rolle der Geldmenge hervor, indem es einen quantitativen Referenzwert für das Wachstum eines breiten monetären Aggregats bekanntgibt, der der Erreichung von Preisstabilität dient. Das ESZB wird jedoch bei Abweichungen der aktuellen Geldmengenentwicklung vom Referenzwert nicht automatisch reagieren.
- Weiters stützt sich das ESZB auf ein breites Spektrum wirtschaftlicher und monetärer

Indikatoren zur Beurteilung der künftigen Preisentwicklung.

Der erste Referenzwert für die Veränderungsrate der Geldmenge M3 wurde mit $+4\frac{1}{2}\%$ festgelegt (siehe Kasten „Ableitung des Referenzwerts für das Geldmengenwachstum“). Das ESZB beobachtet den Referenzwert anhand gleitender Dreimonatsdurchschnitte der jährlichen Veränderungsrate von M3. Die Angemessenheit des Referenzwerts soll im Dezember 1999 erstmals überprüft werden.

Ableitung des Referenzwerts für das Geldmengenwachstum

Der Referenzwert für das Geldmengenwachstum basiert auf den drei gesamtwirtschaftlichen Kennzahlen Wirtschaftswachstum, Preisentwicklung und Zahlungsverhalten. Der Berechnung liegt die Quantitätsgleichung zugrunde (in Veränderungsrate, Δ):

$$\Delta m = \Delta p + \Delta y - \Delta v.$$

Der Referenzwert für die Veränderung der Geldmenge (Δm) ergibt sich somit aus Annahmen bzw. Prognosen der Inflationsrate Δp , der Veränderungsrate des realen BIP Δy und der Änderung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes Δv .

Die Berechnung jenes Geldmengenwachstums, das konsistent mit Preisstabilität ist bzw. der Erreichung von Preisstabilität dient, basiert auf der Annahme eines mittelfristigen realen Trendwachstums des realen BIP von 2 bis $2\frac{1}{2}\%$ pro Jahr und einer Annahme über die Preisentwicklung, die sich an der Definition für Preisstabilität orientiert (jährliche Preissteigerung um weniger als 2%). Weiters wurde angenommen, daß der Trend der Umlaufgeschwindigkeit jährlich um 0,5 bis 1% sinkt.

Die Geldmenge M3 ist definiert als Summe von

- Bargeldumlauf und
- bestimmten Verbindlichkeiten der im Eurowährungsgebiet ansässigen Monetären Finanzinstitute (MFIs) und – im Fall von Einlagen – Verbindlichkeiten einiger zum Zentralstaat gehörender Institute (z. B. Post- und Schatzämter).

Diese in M3 enthaltenen Verbindlichkeiten umfassen:

- täglich fällige Einlagen,
- Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren,
- Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten,
- Repo-Geschäfte,
- Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von bis zu 2 Jahren,
- Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere.

Das Konzept des Referenzwerts beinhaltet keine Verpflichtung seitens des Eurosystems, kurzfristige Abweichungen des Geldmengenwachstums vom Referenzwert zu korrigieren. Die Zinsen werden nicht „mechanistisch“ als Reaktion auf solche Abweichungen angepaßt, um das Geldmengenwachstum auf den Referenzwert zurückzuführen. Daher muß das monetäre Aggregat für das Eurowährungsgebiet, für das der Referenzwert angekündigt wird, nicht auf kurze Sicht anhand eines kurzfristigen nominalen Zinssatzes, der vom Eurosystem sehr genau beeinflußt wird, steuerbar sein. Dies ist einer der wesentlichen Unterschiede in den Voraussetzungen zwischen der Festlegung eines Referenzwerts und der Ankündigung eines geldpolitischen Zwischenziels.¹⁾

Die wichtige Rolle des Referenzwerts der Geldmenge ist die eine Säule der geldpolitischen Strategie, die zweite Säule basiert auf einer fundierten Beurteilung der Aussichten der Preisentwicklung. Zu

diesem Zweck wird eine breite Palette von Konjunkturindikatoren analysiert. Dabei handelt es sich um Parameter, die Vorlaufeigenschaften für zukünftige Preisentwicklungen besitzen, wie Löhne, den Wechselkurs, die Anleihekurse und die Zinsstrukturkurve, verschiedene Meßgrößen für die reale Wirtschaftstätigkeit, fiskalpolitische Indikatoren, Preis- und Kostenindizes sowie Branchen- und Verbraucherumfragen.

Angesichts der währungspolitischen Veränderungen durch den Übergang zur dritten Stufe der WWU und der Daten- und Prognoseunsicherheiten hat das ESZB somit eine pragmatische, den besonderen Rahmenbedingungen angemessene Strategie gewählt. Auf dieser Grundlage erläutert der EZB-Rat gegenüber der Öffentlichkeit seine Einschätzung der Inflationsaussichten und der gesamtwirtschaftlichen Lage sowie die daraus resultierenden geldpolitischen Entscheidungen.

¹ Siehe ausführlicher im Monatsbericht der EZB, Januar 1999, Seite 50 ff.

Geldpolitische Instrumente

Die im EZB-Rat getroffenen geldpolitischen Entscheidungen werden weitgehend dezentral durch die NZBen des Eurosystems ausgeführt. Die nationalen Notenbanken verfügen über eine größere Marktkennntnis und Marktnähe und sind damit die natürlichen Geschäfts- und Ansprechpartner der Banken auf den jeweiligen Finanzmärkten.

Die bisherige Refinanzierungspolitik der OeNB basierte im wesentlichen auf dem Diskont- und dem Lombardgeschäft sowie auf Offenmarktgeschäften in Form von Wertpapierpensionsgeschäften. Im ESZB fällt das Diskontgeschäft, also der Wechselankauf zum Diskontsatz, weg. Der Handelswechsel bleibt aber als Kreditsicherheit erhalten. Die geldpolitischen Instrumente

des ESZB umfassen die Offenmarktgeschäfte und die ständigen Fazilitäten.

Offenmarktgeschäfte

Wichtigstes Liquiditätssteuerungsinstrument sind die Hauptrefinanzierungsgeschäfte in Form von regelmäßigen wöchentlichen Standardtendern (Zins- oder Mengentender) mit jeweils 14tägiger Laufzeit. Diese Geschäfte entsprechen den bisherigen Tendergeschäften der OeNB. Die im bisherigen Jahresverlauf 1999 durchgeführten Hauptrefinanzierungsoperationen des ESZB im Mengentenderverfahren erfolgten zu einem Fixzinssatz von 3%.

Parallel zu diesen Hauptrefinanzierungsgeschäften erfolgen längerfristige Refinanzierungsgeschäfte,

Geldpolitische Instrumente des Eurosystems

Geldpolitische Geschäfte	Transaktionsart		Laufzeit	Rhythmus	Verfahren
	Liquiditätsbereitstellung	Liquiditätsabschöpfung			
Offenmarktgeschäfte					
Hauptrefinanzierungsinstrument	– Befristete Transaktionen		– Zwei Wochen	– Wöchentlich	– Standardtender
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	– Befristete Transaktionen		– Drei Monate	– Monatlich	– Standardtender
Feinststeuerungsoperationen	– Befristete Transaktionen	– Befristete Transaktionen	– Nicht standardisiert	– Unregelmäßig	– Schnelltender
	– Devisenswaps	– Devisenswaps			– Bilaterale Geschäfte
		– Hereinnahme von Termineinlagen			
Strukturelle Operationen	– Definitive Käufe	– Definitive Verkäufe	– Standardisiert/ nicht standardisiert	– Unregelmäßig	– Bilaterale Geschäfte
	– Befristete Transaktionen	– Emission von Schuldverschreibungen			– Regelmäßig und unregelmäßig
	– Definitive Käufe	– Definitive Verkäufe			– Unregelmäßig
Ständige Fazilitäten					
Spitzenrefinanzierungsfazilität	– Befristete Transaktionen		– Über Nacht	– Inanspruchnahme auf Initiative der Geschäftspartner	
Einlagefazilität		– Einlagenannahme	– Über Nacht	– Inanspruchnahme auf Initiative der Geschäftspartner	

Quelle: EZB.

die in einem monatlichen Rhythmus erneuert werden und jeweils eine dreimonatige Laufzeit haben. Von der längeren Laufzeit her wirken sie wie die bisherigen Diskontkredite und tragen zur Verstetigung der Bedingungen auf dem Geldmarkt bei.

Ständige Fazilitäten

Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität¹⁾ wurde zu Beginn der Währungsunion mit 4,5% und der Zinssatz für die Einlagefazilität²⁾ mit 2% festgesetzt. Mit Wirkung vom 9. April 1999 wurden die entsprechenden Zinssätze auf 3,5 bzw. 1,5% zurückgenommen. Die in der Zeit vom 4. bis 21. Jänner 1999 geltende Übergangsregelung zielte darauf ab, den Marktteilnehmern die Umstellung auf den integrierten Eurogeldmarkt zu Beginn der Währungsunion zu erleichtern. Für diesen Zeitraum betrug der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität 3,25% und jener für die Einlagefazilität 2,75%.

Mindestreserve

Im ESZB kommt ein Mindestreservesystem zur Anwendung. Das heißt, daß die im Eurogebiet niedergelassenen Kreditinstitute Mindestreserven bei der nationalen Notenbank jenes Mitgliedstaates halten, in dem die Niederlassung liegt. Da in Österreich die Mindestreserve ein seit Jahren verwendetes Notenbankinstrument ist, hat die OeNB im Vergleich zu anderen europäischen Notenbanken, die dieses Instrument vorher nicht eingesetzt haben, auf vorhandene technische Grundvoraussetzungen zurückgreifen können.

Der EZB-Rat hat die Einzelheiten zum Mindestreservesystem festgelegt. Diese definieren

- die Mindestreservebasis³⁾,
- die Mindestreservesätze⁴⁾,
- die Freibeträge⁵⁾ und
- die Verzinsung der Mindestreserveguthaben⁶⁾.

Vor dem 1. Jänner 1999 wurde die Mindestreserve in Österreich nicht verzinst, zudem unterlagen die verschiedenen Einlagekategorien verschiedenen Mindestreservesätzen.

Zugang zur Notenbankrefinanzierung haben alle Institute, die der Mindestreservepflicht unterliegen. Die Geschäftspartner müssen zumindest einer Form der auf EU- bzw. EWR-Ebene harmonisierten Aufsicht durch die nationalen Behörden unterliegen und die technischen Voraussetzungen für den Notenbankrefinanzierungszugang erfüllen.

Refinanzierungsfähige Sicherheiten

Für die Refinanzierung des ESZB sind ausreichende Sicherheiten, die bestimmte Kriterien erfüllen müssen, zu stellen. Für geldpolitische Operationen im ESZB gibt es zwei Kategorien von Sicherheiten, die Kategorie-1- und Kategorie-2-Sicherheiten. Unter Kategorie 1 sind alle Sicherheiten zusammengefaßt, die von der EZB für den gesamten Euroraum festgelegte Kriterien erfüllen. Darüber hinaus können die NZBen andere Sicherheiten (Kategorie 2) als zentralbankfähig anerkennen, die für ihre nationalen Finanzmärkte und Bankensysteme von besonderer Bedeutung sind (siehe auch das nachfolgende Kapitel „Die OeNB im ESZB – institutionelle und funktionale Änderungen“).

- 1 Ständige Fazilität des ESZB, die die Banken nutzen können, um Übernachtskredite zu dem im voraus festgesetzten Zinssatz zu erhalten.
- 2 Ständige Fazilität des ESZB, die den Banken die Möglichkeit bietet, Guthaben bis zum nächsten Geschäftstag zu einem vorher festgesetzten Zinssatz anzulegen.
- 3 Einlagen, eigene Emissionen von Schuldverschreibungen, begebene Geldmarktpapiere mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren. Von der Basis ausgenommen sind Verbindlichkeiten gegenüber EZB und NZBen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen ESZB-mindestreservepflichtigen Instituten.
- 4 Einheitlicher Prozentsatz für alle Verpflichtungen in Höhe von 2%; Nullsatz für bestimmte Kategorien von Verpflichtungen: Repos, Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von über zwei Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von über zwei Jahren sowie Emissionen eigener Schuldverschreibungen mit vereinbarter Laufzeit von über zwei Jahren.
- 5 Jedes Institut kann 100.000 € von seinem Reserve-Soll abziehen, woraus sich ergibt, daß kleinere Institute keine Mindestreserve halten müssen.
- 6 Die Mindestreserve wird mit dem Durchschnitt der in der Mindestreserveperiode angewendeten 14-Tage-Tendersätze verzinst.

Die OeNB im ESZB – institutionelle und funktionale Änderungen

Aufgabenteilung zwischen EZB und nationalen Zentralbanken

**Aufgabenteilung
im ESZB.
Neuer rechtlicher
Rahmen.
Institutionelle
Auswirkungen.
Veränderungen
in einzelnen
Geschäftsfeldern
der OeNB.**

Mit der Teilnahme Österreichs an der dritten Stufe der WWU ist die OeNB zu einem integralen Bestandteil des ESZB geworden, das aus der EZB und den NZBen besteht und von den Beschlußorganen der EZB geleitet wird. Die EZB verfügt über ein eingezahltes Kapital von rund 4 Mrd €, das gezeichnete Kapital beträgt 5 Mrd €. Die NZBen sind die einzigen Aktionäre der EZB. Die Kapitalanteile der NZBen errechnen sich aus einem Schlüssel, der je zur Hälfte aus dem Anteil der Bevölkerung und des BIP der EU-Länder besteht. Auf die OeNB entfällt ein Anteil von 2'3594% des Kapitals oder 118 Mio €.

teilnehmenden Ländern neu definiert. Die institutionellen Veränderungen vollzogen sich vor dem Hintergrund der unveränderten Zielsetzung der EU-Zentralbanken, nämlich der Preisstabilität. Die Gewährleistung von Preisstabilität ist das vorrangige Ziel des ESZB. Zu diesem Zweck nimmt das ESZB gemäß Art. 105 Abs. 2 EG-V folgende grundlegende Aufgaben wahr:

- die Festlegung und Durchführung der Geldpolitik der Gemeinschaft;
- die Durchführung von Devisengeschäften;
- die Haltung und Verwaltung der offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten;
- die Förderung des reibungslosen Funktionierens der Zahlungssysteme.

Die Erfüllung dieser Aufgaben erfolgt im Zusammenwirken der Beschlußorgane der EZB – EZB-Rat und EZB-Direktorium – und der NZBen. Die Aufgaben der Beschlußorgane der EZB sind in Art. 12 des ESZB/EZB-Statuts beschrieben. Demnach legt der EZB-Rat die Geldpolitik der Gemeinschaft fest und erläßt die für ihre Ausführung notwendigen Leitlinien. Darüber hinaus genehmigt der EZB-Rat die Ausgabe von Banknoten und den Umfang der Ausgabe von Münzen, gibt Stellungnahmen zu Vorschlägen für Rechtsakte im Zuständigkeitsbereich der EZB ab und holt – mit Unterstützung der NZBen – die erforderlichen statistischen Daten ein.

Der EZB-Rat setzt sich aus dem EZB-Direktorium und den Gouverneuren der Zentralbanken des Euro-

Kapitalanteile der NZBen an der EZB

	in %
Banque Nationale de Belgique	2'8658
Deutsche Bundesbank	24'4935
Banco de España	8'8935
Banque de France	16'8337
Central Bank of Ireland	0'8496
Banca d'Italia	14'8950
Banque Centrale du Luxembourg	0'1492
De Nederlandsche Bank	4'2780
Oesterreichische Nationalbank	2'3594
Banco de Portugal	1'9232
Suomen Pankki	1'3970
Bank of Greece	2'0564
Danmarks Nationalbank	1'6709
Sveriges Riksbank	2'6537
Bank of England	14'6811

Quelle: EZB.

Durch die Aufgabe der formalen Souveränität der Mitgliedstaaten im Bereich der Geld- und Währungspolitik und die Schaffung der EZB wurde die Rolle der NZBen im Sinne einer Mitwirkung an der geldpolitischen Entscheidungsfindung auf Gemeinschaftsebene und der dezentralen Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen in den

gebiets zusammen. Neben dem EZB-Rat gibt es als drittes Beschlußorgan der EZB den Erweiterten Rat, dessen wichtigste Aufgabe darin besteht, die Vorbereitungen der Pre-Ins auf eine künftige Teilnahme an der einheitlichen Währung konsultativ zu begleiten. Der Erweiterte Rat besteht aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der EZB sowie den Gouverneuren der NZBen der EU-Mitgliedstaaten.

Das Direktorium der EZB, dessen Aufgabe die Führung der laufenden Geschäfte ist, führt die Geldpolitik gemäß den Leitlinien und Entscheidungen des EZB-Rats aus. Die Umsetzung erfolgt durch die nationalen Notenbanken. Ferner können dem Direktorium durch Beschluß des EZB-Rats bestimmte Befugnisse übertragen werden. Das Direktorium der EZB besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und zwei bis vier weiteren Mitgliedern (derzeit sind es vier Direktoren).

Im Zusammenwirken zwischen EZB und den NZBen kommt den Gouverneuren der NZBen eine entscheidende Rolle zu. Als Mitglieder des EZB-Rats bestimmen sie gemeinsam mit den Mitgliedern des EZB-Direktoriums die Geldpolitik des Euroraums; jeder der Notenbankgouverneure hat im Rat eine Stimme. Die Gouverneure agieren in diesem Bereich im EZB-Rat nicht als Vertreter der NZBen, sondern weisungsfrei und unabhängig.

Aus der Mitwirkung des Notenbankgouverneurs im EZB-Rat ergibt sich für die nationalen Zentralbanken eine wichtige Rolle im Hinblick auf die vom EZB-Rat festzulegende Geldpolitik. Da die Ratsmitglieder geldpolitische Entscheidungen für einen Währungs-

raum treffen müssen, der über die gewohnten nationalen Grenzen hinausgeht, ergeben sich unter anderem erhöhte Anforderungen in den Bereichen Analyse und Statistik der NZBen.

Neben der Mitwirkung an der gemeinschaftlichen Willensbildung ist die OeNB – ebenso wie die anderen NZBen – für die Umsetzung der im EZB-Rat gefällten Entscheidungen verantwortlich. Bei der Ausführung der Geldpolitik bedient sich das Direktorium der EZB und „... soweit dies möglich und sachgerecht erscheint ...“ (Art. 12 Abs. 1 letzter Satz ESZB/EZB-Statut) der NZBen. Folgende Aufgaben werden von den nationalen Zentralbanken im Rahmen des ESZB übernommen, wobei die Richtlinien der EZB zu beachten sind:

- die Abwicklung des Geschäftsverkehrs mit den Banken – aufgrund des Instrumenteneinsatzes im ESZB besteht die Hauptaufgabe in der Durchführung von Offenmarktgeschäften;
- die Interventionen auf den Devisenmärkten;
- die Verwaltung der Devisenreserven, einschließlich der an die EZB übertragenen Devisenreserven;
- die Ausgabe von Banknoten;
- die Sicherstellung der Geldversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft;
- das Führen der Mindestreservekonten von mindestreservepflichtigen Instituten;
- die Aufsicht über den Zahlungsverkehr (einschließlich innovativer elektronischer Karten- bzw. Internet-Systeme) und die Funktion als Systemträger beim großvolumigen Zahlungsverkehr (RTGS/ARTIS);
- die Erhebung statistischer Daten;

- die Mitwirkung an der internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit und die Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen.

Neben der dezentralen Umsetzung und der Mitwirkung an der zentralen Entscheidungsfindung sieht das ESZB/EZB-Statut darüber hinaus vor, daß die NZBen andere als die in dieser Satzung bezeichneten Aufgaben wahrnehmen können,

„es sei denn, der EZB-Rat stellt mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen fest, daß diese Aufgaben nicht mit den Zielen und Aufgaben des ESZB vereinbar sind. Derartige Aufgaben werden von den NZBen in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung wahrgenommen und gelten nicht als Aufgaben des ESZB“. In diesem Zusammenhang ist z. B. das Beteiligungswesen zu erwähnen.

Novellierung des Nationalbankgesetzes (NBG)

Gemäß Art. 108 EG-V bestand für jeden EU-Mitgliedstaat die Verpflichtung sicherzustellen, daß spätestens zum Zeitpunkt der Errichtung des ESZB (1. Juni 1998) die innerstaatlichen Rechtsvorschriften einschließlich der Satzung seiner Zentralbank mit diesem Vertrag sowie mit der Satzung des ESZB (ESZB/EZB-Statut) im Einklang stehen (Erfordernis der rechtlichen Konvergenz).

Das Nationalbankgesetz 1984 (NBG), BGBl. Nr. 50/1984 idF BGBl. Nr. 532/1993, erfüllte in einigen Punkten die Vorgaben des EG-V und des ESZB/EZB-Statuts in bezug auf die Integration der OeNB in das ESZB nicht vollständig. Es waren somit gesetzliche Regelungen für die uneingeschränkte Anwendung der in Art. 107 EG-V normierten Bestimmungen erforderlich. Dies betraf unter anderem die Änderung der die Staatsaufsicht regelnden Bestimmungen sowie die Weisungsfreiheit von Gouverneur und Vize-Gouverneur der OeNB bei Wahrnehmung der währungspolitischen Aufgaben im Rahmen des ESZB. Im Hinblick auf die Verlagerung der währungspolitischen Befugnisse zum EZB-Rat bedurfte es auch einer Anpassung der Kompetenzen der Organe der OeNB und der Aufgaben der OeNB. Des weiteren bestand zwecks Herstellung der rechtlichen Konvergenz für die dritte Stufe der WWU auch in einigen anderen, mit dem Notenbank- bzw. Währungsrecht zusammenhängenden Gesetzen ein punktueller Anpassungsbedarf (Scheidemünzen-, Schilling-, Devisen- und Kapitalmarktgesetz).

In Umsetzung der Verpflichtung zur Schaffung der rechtlichen Kon-

vergenz beschlossen der Nationalrat am 25. März 1998 und der Bundesrat am 17. April 1998 eine Sammelnovelle zum NBG, Devisen-, Scheidemünzen-, Schilling- und Kapitalmarktgesetz. Das Gesetz wurde am 24. April 1998 im Bundesgesetzblatt, Teil I, unter der Nummer 60 kundgemacht.

Bezüglich des Inkrafttretens der Novelle zum NBG ist festzuhalten, daß sie aufgrund EG-rechtlicher Notwendigkeiten unterschiedliche Inkrafttretenstermine enthält und zudem nationalen legislativen Erfordernissen Rechnung trägt: Jene, die unabhängige Stellung der OeNB betreffenden Vorschriften traten bereits mit Ablauf des Tages in Kraft, an dem der Rat in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs gemäß Art. 109 j Abs. 4 EG-V bestätigte, welche Mitgliedstaaten die notwendigen Voraussetzungen für die Einführung einer einheitlichen Währung erfüllen (3. Mai 1998). Als Termin für das Inkrafttreten für jene Bestimmungen, die im Zusammenhang mit der vollen Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse des ESZB durch die OeNB stehen, wurde der Tag der Teilnahme Österreichs an der dritten Stufe der WWU festgelegt; einige nicht EG-rechtlich bedingte Änderungen sind – rückwirkend – am 1. Jänner 1998 in Kraft getreten.

Für eine ausführliche Beschreibung der Novelle des NBG wird auf den Geschäftsbericht 1997, Seiten 58 bis 60, verwiesen. Die wesentlichsten Bestimmungen der NBG-Novelle sind im folgenden Kasten nach den Zeitpunkten ihres Inkrafttretens zusammengefaßt.

Wesentliche Änderungen durch die NBG-Novelle 1998**Inkrafttreten am 1. Jänner 1998:**

- Anhebung des Gewinnanteils des Bundes auf 90%; betrifft erstmals den Gewinn aus dem Geschäftsjahr 1997.
- Anpassung der Rechnungslegungsvorschriften des NBG an die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (mit Ausnahme der Bestimmungen über den Konzernabschluß).
- Verpflichtung zur Bildung und Auflösung der „Kursdifferenzreserve“ entsprechend der Risikoeinschätzung bei valutarischen Beständen; Reservaufösungen sind über das Gewinn- und Verlustkonto zu verrechnen.

Inkrafttreten am 3. Mai 1998:

- Die Anzahl der Direktoriumsmitglieder wurde fix mit vier festgelegt (Gouverneur, Vize-Gouverneur, zwei weitere Mitglieder); Entfall der Funktion des Direktorstellvertreters.
- Anpassung der Ernennungsvoraussetzungen, der Abberufungs- bzw. Entlassungsgründe für die Mitglieder des Generalrats und des Direktoriums an Art. 14 Abs. 2 ESZB/EZB-Statut.
- Verankerung einer fixen Amtsperiode von 5 Jahren für die Mitglieder des Direktoriums.
- Sämtliche Mitglieder des Direktoriums werden auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten ernannt, und zwar aufgrund eines unverbindlichen Dreivorschlags des Generalrats; der Generalrat hat für diese Funktionen auch die Ausschreibung durchzuführen (mit Übergangsbestimmung).
- Austausch der Bezeichnungen „Generaldirektor“ und „Generaldirektor-Stellvertreter“ durch die Bezeichnungen „Gouverneur“ und „Vize-Gouverneur“ (mit Übergangsbestimmung).
- Der Gouverneur ist Mitglied des EZB-Rats und des Erweiterten Rats der EZB (mit Übergangsbestimmung); der Gouverneur bzw. sein Stellvertreter sind bei Wahrnehmung dieser Funktionen weisungsfrei.
- Der Generalrat hat bei Wahrnehmung seiner bis 31. Dezember 1998 bestehenden währungspolitischen Aufgaben auf die von der EZB zur Aufnahme ihrer vollen Tätigkeit getroffenen Vorkehrungen Bedacht zu nehmen. Für die Durchführung von Vorbereitungsmaßnahmen der EZB ist das Direktorium zuständig.
- Festschreibung des ausschließlichen Rechts der OeNB und EZB, in Österreich Banknoten selbst herzustellen oder durch Dritte herstellen zu lassen; ferner Berechtigung der OeNB zur Herstellung von Wertpapieren, sonstigen Wertträgern und Formularen, die besonderen Sicherheitsanforderungen genügen müssen.

Inkrafttreten am 1. Jänner 1999:

- Neudefinition der Zielsetzungen der OeNB.
- Vollständige Anpassung des währungspolitischen Instrumentariums an die Vorgaben des ESZB/EZB-Statuts.
- Anhebung des OeNB-Grundkapitals auf 12 Mio € mit entsprechender Nachzahlungsverpflichtung für die Aktionäre.
- Neuregelung der Aufgaben des Generalrats im Hinblick auf die Verlagerung währungspolitischer Kompetenzen an den EZB-Rat unter Beibehaltung der sozialpartnerschaftlichen Zusammensetzung und der Anzahl der Mitglieder des Generalrats (jedoch Entfall der Funktion des zweiten Vizepräsidenten); Neufassung der Agenden, die einer Beschlußfassung des Generalrats vorbehalten sind, und Schaffung eines Zustimmungsrechts des Generalrats in bezug auf bestimmte Angelegenheiten der Geschäftsführung.
- Teilnahmerecht des Präsidenten und des Vizepräsidenten an den Sitzungen des Direktoriums mit beratender Stimme.
- Verpflichtung des Generalrats, das Direktorium in Angelegenheiten der Geschäftsführung und der Währungspolitik zu beraten (mindestens einmal im Vierteljahr gemeinsame Sitzung des Generalrats und des Direktoriums).
- Verpflichtung des Gouverneurs und Vize-Gouverneurs unter Wahrung des Berufsgeheimnisses nach Art. 38 ESZB-Statut dem Finanzausschuß des Nationalrats mindestens zweimal im Jahr über die geld- und währungspolitische Lage und Entwicklung zu berichten (Ex-post-Berichterstattung).
- Verpflichtung zur Berücksichtigung der EZB-Vorgaben für die Rechnungslegung im ESZB.
- Reduktion der Anzahl der Rechnungsprüfer von vier auf zwei.
- Umfassende Regelung der Verschwiegenheitsverpflichtung der OeNB-Aktionäre, Organe sowie Dienstnehmer und des Staatskommissärs Dritten gegenüber.

Übergangsbestimmungen:

- Festlegung, daß von der OeNB in der Übergangszeit noch Schillingbanknoten ausgegeben werden können.
- Abschaffung der Präklusivfrist und somit unbefristete Umtauschmöglichkeit für alle ab dem 1. Jänner 1999 von der OeNB zur Einziehung aufgerufenen Schillingbanknoten.

Änderungen und Aufgaben in den einzelnen Geschäftsfeldern

Geldpolitische Änderungen – Strategie und Instrumente

Für die OeNB bedeutet die Teilnahme an der WWU eine Fortsetzung des Stabilitätskurses, wenngleich sich die Rahmenbedingungen doch grundlegend geändert haben. Die geldpolitischen Entscheidungen für den Euroraum erfolgen im EZB-Rat, in dem die Gouverneure des Eurosystems mit Sitz und Stimme gleichberechtigt vertreten sind. Die Ausführung und Umsetzung erfolgen weitestgehend durch die NZBen, wodurch beim währungsrechtlichen Instrumentarium der OeNB Anpassungen erforderlich wurden.

Vom bisherigen in Österreich verwendeten Instrumentarium liefern bei den ständigen Fazilitäten der GOMEX und der Wechseleskont per 31. Dezember 1998 aus. Die OeNB akzeptiert jedoch weiterhin Wechsel, ergänzt um Bankforde-

rungen und Schuldverschreibungen, bei denen ein österreichisches Unternehmen als Schuldner verpflichtet ist, als Kategorie-2-Sicherheiten im Rahmen der Refinanzierung. Diese Sicherheiten müssen einen Mindestbetrag von 50.000 € oder Gegenwert, eine Laufzeit von mindestens einem Monat und höchstens zwei Jahren aufweisen, in Euro oder einer nationalen Währungseinheit eines teilnehmenden Landes denominated sein, in Österreich zahlbar – bzw. muß der Gerichtsstand in Österreich – sein und über eine von der EZB akzeptierte einwandfreie Bonität verfügen. Sie dienen als Ergänzung zu den Kategorie-1-Sicherheiten und sollen einen entsprechenden Mix zwischen Staats- und Privatpapieren garantieren.

Das Exportwechselverfahren wurde mit 31. Dezember 1998 endgültig an die OeKB und den

Mengentender im ESZB



Quelle: OeNB.

Nachfolgezinssätze für Diskont- und Lombardsatz

Das im August 1998 kundgemachte 1. Euro-Justiz-Begleitgesetz, BGBl. I Nr. 125/1998, sieht mit 1. Jänner 1999 den Ersatz des Diskontsatzes der OeNB durch den Basiszinssatz und den Ersatz des Lombardsatzes der OeNB durch den Referenzzinssatz vor, soweit diese OeNB-Leitzinssätze als Bezugsgrößen in Bundesgesetzen, Verordnungen (auf Bundesebene) oder Vereinbarungen Verwendung finden.

Zunächst, das heißt ab 1. Jänner 1999, entspricht der Basiszinssatz der Höhe nach dem letzten Diskontsatz des Jahres 1998 und der Referenzzinssatz dem letzten Lombardsatz des Jahres 1998. In der Folge verändern sich diese beiden Zinssätze jeweils in dem Maße, als sich der Zinssatz jeweils konkret bestimmter währungspolitischer Instrumente der EZB ab Anfang 1999 verändert, wobei Abweichungen von weniger als 0,5 Prozentpunkten außer Betracht bleiben.

Die Festlegung der betreffenden währungspolitischen Instrumente der EZB erfolgt gemäß dem 1. Euro-Justiz-Begleitgesetz durch eine Verordnung der Bundesregierung. Es sind dabei solche währungspolitischen Instrumente der EZB zu bestimmen, deren Zinssatz nach Funktion und voraussichtlicher Entwicklung am ehesten dem Diskont- bzw. Lombardsatz entspricht.

Die Verordnung der Bundesregierung (BGBl. II Nr. 27/1999, kundgemacht am 21. Jänner 1999) bestimmt, daß

- die Grundlage zur Feststellung von Veränderungen des Basiszinssatzes der Zinssatz für die Einlagefazilität und
- die Grundlage zur Feststellung von Veränderungen des Referenzzinssatzes der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität ist.

Gleichzeitig wird in der Verordnung sichergestellt, daß vorübergehende Maßnahmen der EZB, wie sie anlässlich der Euroeinführung aus markttechnischen Gründen beschlossen wurden und durch die der Zinssatz der jeweiligen EZB-Instrumente während eines bestimmten Zeitraums in einer anderen Höhe als der grundsätzlich festgelegten zu liegen kommt (Verengung des Zinssatzbandes zwischen den beiden genannten EZB-Fazilitäten vom 4. bis 21. Jänner 1999), außer Betracht bleiben.

Am 22. Dezember 1998 hat der EZB-Rat die Normalsätze für die Einlage- und die Spitzenrefinanzierungsfazilität mit 2 und 4,5% fixiert. Solange diese Sätze unverändert bleiben oder sich nur um weniger als 0,5 Prozentpunkte verändern, ändert sich auch das Niveau von Basis- und Referenzzinssatz nicht. Würden aber beispielsweise die Normalsätze um 1/2 Prozentpunkt angehoben oder gesenkt, so würden Basis- und Referenzzinssatz ebenfalls um 1/2 Prozentpunkt steigen oder sinken.

Der Basiszinssatz belief sich vom 1. Jänner bis 8. April 1999 auf 2,5% und der Referenzzinssatz auf 4,75% entsprechend der Höhe des Diskont- bzw. Lombardsatzes per Jahresende 1998. Mit Beschluß des EZB-Rats vom 8. April 1999 wurde der Zinssatz für die Einlagefazilität auf 1,5% und jener für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 3,5% gesenkt. Der Basiszinssatz beträgt demnach seit 9. April 1999 2,0% und der Referenzzinssatz 3,75%.

Exportfonds übertragen. Beim ERP-Kreditgeschäft wurde ab 1. Juli 1998 auf eine Bewechselung verzichtet. Die Kostgeschäfte mit der OeKB und dem Exportfonds wurden mit Oktober bzw. Dezember 1998 eingestellt. Sämtliche Refinanzierungsplafonds (GOMEX, Wechseleskont) liefen ebenfalls per Ende 1998 aus.

Im Rahmen der Offenmarktgeschäfte des ESZB sind die Hauptaufgaben der OeNB die Zusammenstellung der Gebote und deren Weiterleitung an die EZB, die Bekanntmachung des Zuteilungsergebnisses an die Kreditinstitute

sowie die Abwicklung der Transaktionen. Auch bei den ständigen Fazilitäten ist die OeNB für die Geschäftsabwicklung mit den Kreditinstituten verantwortlich.

Management der Währungsreserven

Die offiziellen Währungsreserven werden im Rahmen des ESZB verwaltet. Gemäß Art. 30 ESZB/EZB-Statut wird die EZB von den NZBen mit Währungsreserven bis zu einem Gegenwert von 50 Mrd € ausgestattet. Derzeit beträgt die Ausstattung der EZB mit Währungsreserven 39,471 Mrd € oder umgerechnet

543,1 Mrd S. Für diese Ausstattung können nur Währungen von Drittländern (insbesondere US-Dollar und Yen) bzw. Gold verwendet werden. Die Beiträge der einzelnen Mitglieder richten sich nach ihren Anteilen am Kapital der EZB. Die OeNB hält einen Kapitalanteil von 2,3594%. Daraus errechnet sich ein Beitrag der OeNB zu den Währungsreserven der EZB in Höhe von rund 16 Mrd S oder 1,1797 Mrd €. Der überwiegende Teil der Währungsreserven der OeNB verbleibt somit bei der OeNB und wird von ihr nach vom EZB-Rat festgelegten Regeln verwaltet. Auch die an die EZB übertragenen Währungsreserven werden für die EZB anteilmäßig von den NZBen treuhändig verwaltet. Die OeNB erhält für die übertragenen Währungsreserven im Gegenzug entsprechend verzinsten Euroforderungen an die EZB gutgeschrieben. Sie ist auch anteilmäßig an den Erträgen der Währungsreserven der EZB beteiligt.

Geldversorgung

Die Geldversorgung der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung bleibt weiterhin eine zentrale Aufgabe der OeNB. Die OeNB ist nach Maßgabe der Genehmigung der EZB berechtigt, auf Euro lautende Banknoten auszugeben.

Im Übergangszeitraum werden parallel zum Schillingumlauf Eurobanknoten und -münzen produziert. Für den österreichischen Erstbedarf müssen rund 350 Mio Stück Eurogeldscheine (Papiergewicht rund 400 t) gedruckt und 1,5 Mrd Stück Euro- und Centmünzen (7.500 t) geprägt werden. Im Jahr 1998 wurde die ehemalige Druckerei für Wertpapiere in eine selbständige Tochtergesellschaft der

OeNB – die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) – umgewandelt.

Als gesetzliches Zahlungsmittel werden Schillingbanknoten von der OeNB noch bis Ende 2001 in Umlauf gebracht. Alle Formen des Schillings, die derzeit gültiges Zahlungsmittel sind, werden danach unbefristet und kostenlos von der OeNB gegen Euro zum fixen Umrechnungskurs getauscht.

TARGET, RTGS und ARTIS

Die Abwicklung der Geldmarktoperationen innerhalb des Euro-raums erfordert ein schnelles, sicheres und flächendeckendes Zahlungsverkehrssystem. Das Zahlungsverkehrssystem TARGET stellt eine Vernetzung der nationalen RTGS-Systeme dar. Mit dem österreichischen RTGS-System, ARTIS, steht dem Finanzplatz Österreich bereits ein modernes Abwicklungsinstrument zur Verfügung, die Einbettung in das TARGET erfolgte per 1. Jänner 1999 (siehe auch Kapitel „Zahlungsverkehrspolitik, Zahlungssysteme, Zahlungsmittel“).

Bankenaufsicht im ESZB

Die Bankenaufsicht bleibt auch in der WWU im Zuständigkeitsbereich der nationalen Behörden. Die derzeitigen Kompetenzen der OeNB werden durch die Errichtung des ESZB nicht berührt. Jedoch bestimmt Art. 105 Abs. 5 EG-V, daß das ESZB zur reibungslosen Durchführung der von den zuständigen Behörden auf dem Gebiet der Aufsicht über die Kreditinstitute und der Stabilität des Finanzsystems ergriffenen Maßnahmen beiträgt, wobei das Hauptziel in einem effizienten Zusammenwirken von ESZB und nationalen Aufsichtsbehörden besteht. Auch wird das

ESZB die Kooperation im Wege gegenseitigen Informationsaustausches mit den EU-Aufsichtsbehörden fördern.

Für die OeNB ist es daher erforderlich, Analysen der Marktinfrastruktur, des Bankwesens und von Finanzprodukten sowie von Marktentwicklungen und Wettbewerbsbedingungen vorzunehmen, um etwaige Systemrisiken besser einschätzen zu können.

Analysen und Statistiken

Die Teilnahme an der Währungsunion erfordert von den NZBen eine Intensivierung der ökonomischen Analysen, die als Basis für die Positionen des Gouverneurs im EZB-Rat dienen sollen. In diesem Sinne verstärkten die Analyseabteilungen ihre Zusammenarbeit mit dem akademischen Bereich und mit diversen Forschungsinstitutionen. Im Berichtsjahr konzentrierten sich die Aktivitäten auf geld- und fiskalpolitische Fragestellungen im weitesten Sinn, Untersuchungen zur Stabilität der Geldnachfrage in der WWU, Fragen zu den Implikationen elektronischer Geldformen, zur monetären Transmission und zur Disinflation sowie auf ökonometrische und modelltheoretische Fragestellungen. Eine Reihe von Working Papers mit Forschungsergebnissen wurde herausgegeben.

Als Grundlage für geldpolitische Entscheidungen sowie zur effizienten Umsetzung der geldpolitischen Strategie benötigt das ESZB ein umfassendes Spektrum von Wirtschaftsprognosen. Bereits vor etwa zwei Jahren wurde vom EWU mit dem Aufbau eines entsprechenden prognostischen Apparats begonnen, der alle Mitgliedsländer umfaßte. Diese Arbeiten wurden im Sommer 1998 mit dem Vorliegen

funktionsfähiger, aber noch erweiterungsfähiger ökonometrischer Prognosemodelle der einzelnen Teilnehmerländer in einer ersten Runde abgeschlossen, und im Herbst 1998 konnte unter voller Teilnahme der OeNB mit einer eigenständigen Prognosetätigkeit begonnen werden.

Der Prognoseprozeß des ESZB vollzieht sich dabei auf zwei Ebenen, nämlich auf derjenigen von Konjunkturprognosen auf Basis von Quartalsdaten mit einem Horizont von 2 bis 3 Jahren (broad economic forecasting) und den Prognosen des HVPI und seiner Untergruppen auf Basis von Monatsdaten mit einem Horizont von 12 Monaten (narrow inflation forecasting). Das „broad economic forecasting“ wird zweimal, das „narrow inflation forecasting“ viermal jährlich durchgeführt, wobei im letzteren Fall auch zwischendurch monatliche Überprüfungen stattfinden.

Um sich innerhalb der WWU und EU auf gleichartige Basisinformationen stützen zu können, sind aufgrund der internationalen Handelsbeziehungen sowie der engen Verflechtung der Finanzmärkte auch die Anforderungen an Statistiken hinsichtlich Genauigkeit, Detaillierung und Aktualität gestiegen. Zusätzlich wurden auf internationaler und europäischer Ebene die diesbezüglichen Arbeiten unter dem Blickwinkel der Harmonisierung verstärkt. Aus der Vielzahl an statistischen Aktivitäten der OeNB im Berichtsjahr seien einige Bereiche herausgegriffen.

Seit dem Berichtstermin 30. Juni 1998 liefert die OeNB – wie auch alle anderen am Eurosystem teilnehmenden Notenbanken – monatlich monetärstatistische Daten (MONSTAT), wie sie seitens der

EZB im sogenannten „implementation package“ formuliert wurden, an die EZB. Auf Basis dieser Daten erstellt die EZB eine „Konsolidierte Bilanz der MFIs im Eurowährungsgebiet“ und berechnet die Geldmengenaggregate.

Im Verlauf 1998 hat die OeNB ein Konzept für die österreichische Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung (GFR) gemäß ESVG 95 entwickelt und die Daten für die Jahre 1995 bis 1997 berechnet. Die GFR für Österreich bildet die Bestände der finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten der einzelnen Sektoren der österreichischen Volkswirtschaft ab. Auf der Ebene des Euroraums ist die GFR ein wichtiges Instrument, um die (in den Mitgliedsländern teilweise recht unterschiedliche) Transmission von zinspolitischen Maßnahmen zu analysieren.

Mit Beginn des Jahres 1998 wurde auch die österreichische Zahlungsbilanzstatistik umgestellt. Der Schwerpunkt der Qualitätsverbesserung liegt in der Erstellung und Veröffentlichung neuer quartalsweiser Zahlungsbilanzstatistiken. Diese Darstellung der außenwirtschaftlichen Transaktionen ist periodengerecht. Verzerrungen durch Vorziehen und Aufschieben von Zahlungen werden vermieden und nachträgliche Meldungen sind periodenrichtig enthalten. Eine Rückrechnung der Vergangenheitsdaten nach dem neuen Konzept stellt sicher, daß Analysen nicht durch statistische Effekte wie Datenbrüche beeinträchtigt werden.

Das Eurosystem benötigt aber auch eine aktuelle monatliche Zahlungsbilanzstatistik, die aus den Daten der Mitgliedsländer errechnet wird. Diese Anforderung wird in Österreich durch die Erstellung einer zusätzlichen monatlichen Zahlungsbilanzstatistik erfüllt. Dabei handelt es sich um eine sogenannte Cash-Bilanz. Sie basiert weitgehend auf Zahlungsströmen und weist einen geringeren Detaillierungsgrad auf. Dies hat zur Folge, daß die Summe aus drei Monaten nicht den entsprechenden Quartalswert der Zahlungsbilanz ergibt (zur Notwendigkeit von Zahlungsbilanzstatistiken trotz Währungsunion siehe auch Kapitel „Währungspolitik in Österreich im Übergang zur WWU“).

Informationsinstrumente

Mit Beginn der dritten Stufe der WWU sind die Wochenausweise der NZBen durch Wochenausweise des Eurosystems ersetzt worden. Der konsolidierte Wochenausweis des Eurosystems wird wöchentlich neu über Internet (Zugriff über OeNB-Homepage oder EZB-Homepage) und in der Wiener Zeitung (jeweils Donnerstag) veröffentlicht.

Bedingt durch den Euro wurde auch eine inhaltliche Anpassung der Publikationen der OeNB vorgenommen. Eine umfangreiche Datensammlung findet sich – ergänzt um Indikatoren für den Euroraum – wie gewohnt in den „Statistischen Monatsheften“ der OeNB.

Währungspolitik in Österreich im Übergang zur WWU

Rahmenbedingungen der österreichischen Währungspolitik

Festigung
der Konjunktur,
jedoch Abschwächung
in der zweiten
Jahreshälfte 1998.
Inlandsnachfrage
dominierende
Wachstumskomponente.
Rückgang
der Arbeitslosenquote.
Wechselkursstabilität
der teilnehmenden
Währungen während
der Rußlandkrise
und Aufwertung
gegenüber US-Dollar
und Yen.
Verbesserung
der Budgetsituation
in fast allen Ländern.
Hohe Preisstabilität
und Konvergenz
der Geld- und
Kapitalmarktzinss.
Einführung
des Euro verlief
reibungslos.

Euroraum

Zwei Entwicklungen sind für das Berichtsjahr charakteristisch: zum einen die Festigung des wirtschaftlichen Aufschwungs im Euroraum, gestützt durch eine robuste Inlandsnachfrage, zum anderen die Verringerung des Weltwirtschaftswachstums (von 4,2% 1997 auf 2,5% 1998) durch die Rezession in Japan (-2,8%) und die Wirtschaftskrisen in Asien, Rußland und Lateinamerika. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung in den Krisenregionen und mögliche Ansteckungseffekte hat auch das wirtschaftliche Klima im Eurogebiet belastet, was sich gegen Ende des Jahres jedoch mehr an den sich verschlechternden Vertrauensindikatoren und nach unten revidierten Wachstumsprognosen als an den makroökonomischen Indikatoren für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung zeigte.

Zwar hat sich das Wirtschaftswachstum im Euroraum in der zweiten Jahreshälfte abgeschwächt, mit einem Jahreswert von +3,0% lag es aber höher als 1997 (+2,5%). Seit dem zweiten Quartal war für das Wirtschaftswachstum die robuste inländische Nachfrage, vor allem der private Konsum, verantwortlich, während vom Außenhandel dämpfende Effekte ausgingen. Innerhalb des Euroraums verzeichneten Irland, Finnland, die Niederlande, Portugal und Spanien überdurchschnittliche Wachstumsraten, während in Italien das Wirtschaftswachstum am niedrigsten war.

Auf dem Arbeitsmarkt kam es im Berichtsjahr zu einem Anstieg der Gesamtbeschäftigung um 1,2% und einem weiteren Rückgang der

Arbeitslosenquote auf 10,9% (von 11,9% 1997). In der EU-15 fiel die Arbeitslosenquote im September erstmals seit sechs Jahren unter die 10-Prozent-Marke (9,9%) und verharrte bis Jahresende unter diesem Niveau. Der allgemeine Anstieg der Beschäftigung ist vor allem auf eine Zunahme von Teilzeitarbeitsverhältnissen zurückzuführen.

Die am HVPI gemessene Inflationsrate hat sich im Euroraum – ausgehend von dem sehr niedrigen Niveau des Jahres 1997 (1,6%) – weiter auf durchschnittlich 0,9% verringert. Im Dezember wurde mit einer Inflationsrate von 0,8% ein Jahrestiefstand erzielt. Die Bandbreite der Inflationsraten im Jahresdurchschnitt betrug während des Berichtsjahres 1,6 Prozentpunkte. Die niedrigsten Inflationsraten im Euroraum verzeichneten Deutschland und Frankreich (0,6 bzw. 0,7%), die höchsten Irland und Portugal (2,1 bzw. 2,2%). Die generell günstige Preisentwicklung ist sowohl das Ergebnis einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik, einer moderaten Entwicklung der Lohnstückkosten als auch günstiger externer Faktoren, wie sinkender Energiepreise und des stärkeren Außenwerts der Währungen des Eurogebiets. Die während des Berichtszeitraums verzeichneten monatlichen Inflationsraten (gemessen im Jahresabstand) entsprechen der vom EZB-Rat vorgenommenen Definition von Preisstabilität von unter 2%.

Die Geldmengenentwicklung lag im Berichtsjahr in der Nähe des Anfang Dezember 1998 vom EZB-Rat festgelegten Referenzwerts für M3 von 4^{1/2}%. Der gleitende Drei-

	Bruttoinlandsprodukt real			Arbeitslosenquote			Inflationsrate (HVPI) ¹⁾		
	Veränderung zum Vorjahr			Jahresdurchschnitt			Veränderung des Jahresdurchschnitts		
	in %			in %			in %		
	1996	1997	1998	1996	1997	1998	1996	1997	1998
Belgien	+1'3	+ 3'0	+ 2'9	9'7	9'2	8'8	+1'8	+1'6	+0'9
Deutschland	+1'3	+ 2'2	+ 2'8	8'9	10'0	9'4	+1'2	+1'5	+0'6
Spanien	+2'4	+ 3'5	+ 3'8	22'2	20'8	18'8	+3'6	+1'9	+1'8
Frankreich	+1'6	+ 2'3	+ 3'2	12'4	12'4	11'9	+2'1	+1'3	+0'7
Irland	+8'3	+10'7	+11'9	11'6	10'1	7'8	+2'2	+1'2	+2'1
Italien	+0'7	+ 1'5	+ 1'4	12'0	12'1	12'2	+4'0	+1'9	+2'0
Luxemburg	+3'5	+ 4'8	+ 5'7	3'0	2'6	2'8	+1'2	+1'4	+1'0
Niederlande	+3'1	+ 3'6	+ 3'7	6'3	5'2	4'0	+1'4	+1'9	+1'8
Österreich	+2'0	+ 2'5	+ 3'3	4'3	4'4	4'4	+1'8	+1'2	+0'8
Portugal	+3'2	+ 3'5	+ 4'0	7'3	6'8	4'9	+2'9	+1'9	+2'2
Finnland	+3'6	+ 6'0	+ 5'3	15'3	13'1	11'4	+1'1	+1'2	+1'4
EU-11	+1'6	+ 2'5	+ 3'0	11'8	11'9	10'9	+2'2	+1'6	+1'1
Dänemark	+3'3	+ 3'1	+ 2'8	6'8	5'5	5'1	+2'1	+1'9	+1'3
Griechenland	+2'7	+ 3'5	+ 3'7	7'5	7'9	9'9	+7'9	+5'4	+4'5
Schweden	+1'3	+ 1'8	+ 2'9	9'6	9'9	8'2	+0'8	+1'8	+1'0
Vereinigtes Königreich	+2'6	+ 3'5	+ 2'3	8'2	7'0	6'3	+2'5	+1'8	+1'5
EU-15	+1'8	+ 2'7	+ 2'9	10'9	10'6	10'0	+2'4	+1'7	+1'3
USA	+3'5	+ 3'9	+ 3'9	5'4	4'9	4'5	+2'9	+2'3	+1'6
Japan	+5'2	+ 1'4	- 2'8	3'4	3'4	4'1	-0'1	+1'7	+0'7

Quelle: EZB, EUROSTAT, IWF, OECD, nationale Quellen.

¹⁾ EU-15: Europäischer Verbraucherpreisindex (EVPI); USA, Japan: VPI.

Monatsdurchschnitt der Jahresveränderungsraten von M3 für die Monate September, Oktober und November betrug 4'6%.

Die Geldpolitik der NZBen war im Berichtszeitraum darauf ausgerichtet, eine Konvergenz der Leitzinsen herbeizuführen. Die Anpassungsschritte wurden von Jänner bis Dezember durch die Notenbanken von Spanien, Portugal, Irland, Finnland und Italien gesetzt, also jener Länder, die vom Niveau der Länder mit den niedrigsten Notenbankzinsen noch relativ weit entfernt waren. Am 3. Dezember 1998 senkten in einer konzertierten Aktion alle Notenbanken des Eurosystems – mit Ausnahme der Banca d'Italia – ihre Leitzinsen auf 3'0%. In Belgien, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden wurde der Repo-Satz von jeweils 3'30% gesenkt, in Finnland von 3'40%, in Spanien von 3'50%, in

Irland von 3'69%, in Portugal von 3'75% und in Österreich von 3'20%. Die Banca d'Italia ermäßigte den als Leitzins fungierenden Diskontsatz von 4'0 auf 3'50%, am 23. Dezember dann weiter auf 3'0%.

Vor dem Hintergrund einer reichlich vorhandenen Liquidität auf dem Geldmarkt und einer ruhigen Preisentwicklung ist der synthetische Drei-Monats-Euro-Zinssatz der EU-11 von knapp 4'3% zu Jahresbeginn auf 3'2% zu Jahresende gesunken. Während diese Entwicklung bis Anfang Dezember relativ kontinuierlich verlief, bewirkte die koordinierte Zinssenkung der NZBen eine Beschleunigung dieses Trends (allein im Dezember um 35 Basispunkte). Bei sinkenden Zinsen in allen Mitgliedstaaten war die Zinsanpassung in Spanien, Irland, Italien und Portugal besonders ausgeprägt.

Während sich im Jahr 1997 die Zinskonvergenz auf das lange Ende beschränkte, war 1998 bedingt durch die herannahende Euroeinführung und die Konvergenz der Geldpolitik auch am kurzen Ende eine deutliche Zinskonvergenz festzustellen.

Die Zinsentwicklung auf dem Kapitalmarkt spiegelte zum einen die wichtigste politische Entscheidung des Berichtsjahres, nämlich jene über die Auswahl der am Euro teilnehmenden Länder Anfang Mai, zum anderen die Verstärkung der weltwirtschaftlichen Turbulenzen durch den Ausbruch der Rußlandkrise wider. Im ersten Quartal sank die synthetische Eurorendite zehnjähriger Staatsanleihen nur mäßig und stieg im April sogar leicht an. Nach der Entscheidung über die am Euro teilnehmenden Staaten kam es zu einem kontinuierlichen Rückgang der Renditen, der sich ab August bis Anfang Oktober – bedingt durch die Rußlandkrise und eine Fluchtbewegung in Anleihen – deutlich akzentuierte. Die synthetische langfristige Eurorendite sank im letztgenannten Zeitraum um rund 0,7 Prozentpunkte auf rund 4%. Gleichzeitig kam es – bedingt durch die hohe Nachfrage nach deutschen Staatsanleihen – zu einer deutlichen Ausweitung der Zinsdifferenzen am langen Ende zu Deutschland, die in den Kernländern bis zu 0,3 Prozentpunkte und in den übrigen Euroländern bis zu 0,5 Prozentpunkte ausmachte.

Auf den Aktienmärkten führte das kurzzeitig sehr risikoaverse Verhalten der Investoren zu einer Reduktion der Engagements in Aktien und zu entsprechend markanten Rückgängen der Aktienindizes. Der EURO STOXX 325¹⁾ sank zwischen Ende Juli/Anfang

August und 8. Oktober um fast 30%, der DAX um rund 32%. Ähnlich verhielten sich die Aktienindizes anderer internationaler Börsen (Nikkei –20%, Dow Jones –14%).

Ab Anfang Oktober 1998 kehrten die Investoren in risikoreichere Anlageformen zurück, wodurch die langfristige Rendite im Euroraum relativ sprunghaft um rund 0,4 Prozentpunkte auf rund 4,4% (12. Oktober) anstieg. Seit diesem Zeitpunkt kam es hingegen wieder zu einem deutlichen Rückgang auf ein Niveau von rund 3,9%. Parallel dazu bildeten sich die Zinsdifferenzen gegenüber Deutschland zurück, besonders deutlich in Spanien, Finnland, Italien und Portugal. Dem Kurssturz an den internationalen Börsen von August bis Anfang Oktober folgte bis Jahresende wieder eine deutliche Aufwärtsbewegung. Unter anderem wirkten die drei Zinssenkungen in den USA positiv auf die internationalen Aktienkurse. Bis Jahresende legte der EURO STOXX 325 deutlich zu und schloß mit einem Plus von fast 30% gegenüber dem Jahresanfang (der Dow Jones mit +16%, der DAX mit +19%). Der Nikkei und der ATX blieben per Jahresende um 9 bzw. 13% unter ihren Werten vom Jahresanfang.

Vor allem aufgrund der günstigen Konjunktur und des niedrigen Zinsniveaus hat sich im Euroraum in allen Ländern eine Verbesserung der Budgetsituation ergeben. Die Defizitquote der EU-11, die 1997 noch 2,5% des BIP betragen hatte, ist im Berichtsjahr auf 2,1% gefallen. Finnland, Irland und Luxemburg wiesen 1998 einen Budgetüberschuß auf. Aufgrund der geringeren Konsolidierungsintensität im Berichtsjahr ging von der Fiskal-

¹⁾ Umfaßt 325 wichtige an Börsen im Euroraum notierte Unternehmen.

politik keine restriktive Wirkung mehr aus, nach Berechnungen der EU-Kommission wirkte sie 1998 weitgehend neutral. Um den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu entsprechen, sind in den meisten Staaten noch Fortschritte notwendig. Die Schuldenquote im Euro-Raum ging von 1997 auf 1998 von 74,6 auf 73,8% des BIP zurück.

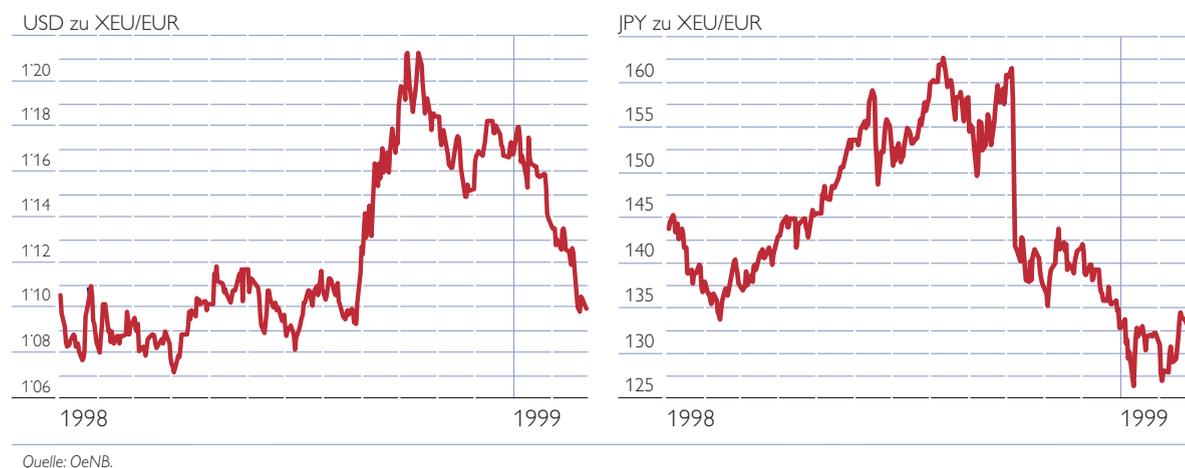
Die Entwicklung der Wechselkurse spiegelt die unterschiedliche Konjunktorentwicklung in Europa, den USA und Japan, die finanziellen Krisenerscheinungen in einigen Teilen der Welt sowie das bevorstehende Inkrafttreten des Euro wider.

Im Lichte der Euroeinführung zeigte sich ein hoher Grad an Wechselkursstabilität zwischen den teilnehmenden Währungen, die auch durch die Rußlandkrise und ihre internationalen Auswirkungen nicht in Frage gestellt wurde. Bereits Monate vor der Ankündigung der bilateralen Umrechnungskurse waren die Wechselkurse der Mehrzahl der Währungen (Deutsche Mark, französischer Franc, belgischer Franc, österreichischer Schilling, finnische Mark, holländischer Gulden, spanische Peseta, portugiesischer Escudo) mit den angekündig-

ten Umrechnungskursen (entsprechend den bilateralen EWS-Leitkursen) de facto identisch bzw. erreichten bis spätestens gegen Ende Oktober auf sanftem Wege diese Kurse (italienische Lira, irisches Punt). Im März 1998 war im EWS der Leitkurs des irischen Punt um 3% angehoben worden, wodurch eine Annäherung des Leitkurses an den Marktkurs erzielt wurde.

Aufgrund der Stabilität der Wechselkurse der teilnehmenden Währungen untereinander schwankten die Währungen des Eurogebiets gemeinsam gegenüber Drittwährungen. Gegenüber der ECU schloß der US-Dollar als Ergebnis eines steigenden Leistungsbilanzdefizits und der Erwartung einer Abschwächung der US-Konjunktur mit rund 5 1/2% unter seinem Wert zu Jahresbeginn. Aufgrund der rezessiven Wirtschaftslage in Asien und der Unsicherheit über die weitere Entwicklung war der japanische Yen während der ersten drei Quartale 1998 sehr volatil und verlor gegenüber der ECU bis Anfang Oktober fast 12 1/2% seines Werts. Infolge des Konjunkturankebelungs- und Bankensanierungspakets der japani-

Wechselkursentwicklung von ECU/Euro gegenüber Yen und US-Dollar



Strukturelle Kennziffern des Euroraums

		Euroraum	USA	Japan
Bevölkerung 1998	<i>in Mio</i>	292	270	127
Wirtschaftliche Performance				
Nominelles BIP 1998	<i>in Mrd XEU</i>	5.774'00	7.592'00	3.327'00
Reales BIP-Wachstum 1998	<i>in %</i>	+ 3'00	+ 3'90	- 2'80
BIP 1997	<i>in % des Welt-BIP</i>	15'0	20'2	7'7
Arbeitslosenquote (Nov. 1998)	<i>in % der Erwerbspers.</i>	10'80	4'40	4'40
Inflationsrate (VPI) 1998	<i>in %</i>	+ 1'10	+ 1'60	+ 0'70
Wirtschaftssektoren 1993				
Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	<i>in % des BIP</i>	2'40	1'70	2'10
Industrie (inkl. Bauwirtschaft)	<i>in % des BIP</i>	30'90	26'00	39'20
Dienstleistungen	<i>in % des BIP</i>	66'70	72'30	58'70
Außenwirtschaft 1997				
Warenexporte	<i>in % des BIP</i>	13'60	8'50	10'00
Warenimporte	<i>in % des BIP</i>	12'00	11'10	8'10
Exporte	<i>in % der Weltexporte</i>	15'70	12'60	7'70
Leistungsbilanzsaldo	<i>in % des BIP</i>	+ 1'10	- 1'70	+ 2'30
Staatshaushalt 1998				
Ausgaben, insgesamt	<i>in % des BIP</i>	49'10	34'50	38'60
Einnahmen, insgesamt	<i>in % des BIP</i>	46'90	35'90	33'00
Budgetsaldo	<i>in % des BIP</i>	- 2'10	+ 1'40	- 5'50
Bruttoverschuldung	<i>in % des BIP</i>	73'40	59'30	115'60
Finanzmärkte 1998				
Kurzfristige Zinsen (3 Monate, Ende 1998)	<i>in %</i>	3'25	5	0'18
Langfristige Zinsen (Ende 1998)	<i>in %</i>	3'94	4'7	2'02
Breites Geldmengenwachstum (3. Quartal 1998)	<i>in %</i>	+ 4'40	+ 7'40	+ 3'30
Schuldverschreibungen (Ende 1997)	<i>in Mrd XEU</i>	5.002	11.364	4.015
	<i>in % des BIP</i>	90'2	164'7	108'5
Börsenkapitalisierung (Okt. 1998)	<i>in Mrd XEU</i>	3.191	9.680	3.301
Bankeinlagen (Ende 1997)	<i>in Mrd XEU</i>	4.658	3.953	3.663
	<i>in % des BIP</i>	83'9	55'3	98'8

Quelle: EZB.

schon Regierung legte der Yen danach sprunghaft zu und notierte zu Jahresende gegenüber der ECU rund 5¹/₂% höher als zu Jahresanfang.

EU-Staaten außerhalb des Euroraums

Die Wirtschaftsentwicklung in den EU-Staaten außerhalb des Euroraums verlief uneinheitlich. Während das Vereinigte Königreich und – wenn auch in geringerem Ausmaß – Dänemark eine sich deutlich verlangsamen konjunkturelle Dynamik aufwiesen, blieb in Schweden und Griechenland – trotz des generell schwieriger werdenden inter-

nationalen Umfelds ab der zweiten Jahreshälfte 1998 – das Wirtschaftswachstum auf einem relativ hohen Niveau. Im Vereinigten Königreich wurde der Basiszinssatz, der bis Oktober 1998 sukzessive auf 7'5% erhöht wurde, in der Folge bis Jahresende in mehreren Schritten wieder auf 6'25% gesenkt. Zwischen Anfang Oktober und Jahresende 1998 nahm die dänische Notenbank den Leitzinssatz auf 3'95%, die schwedische Notenbank auf 3'40% und die griechische Notenbank auf 12'25% zurück. Im Vereinigten Königreich und in Schweden vollzog sich die Zinspolitik vor dem Hintergrund eines

Unterschiedliches
Wirtschaftswachstum.
Zinssenkungen.
Beitritt der Drachme
zum WKM des EWS
und per 1. Jänner 1999 –
gleichzeitig mit der
dänischen Krone –
zum WKM II.

direkten Inflationsziels, in Dänemark und Griechenland vor jenem einer Wechselkursstrategie im Rahmen des Wechselkursmechanismus des EWS. Die griechische Drachme trat im März des Berichtsjahres, verbunden mit einer Abwertung von rund 12% gegenüber der ECU, in den Wechselkursmechanismus des EWS ein und wertete ab diesem Zeitpunkt bis Jahresende tendenziell auf (+6% gegenüber der ECU). Per 1. Jänner 1999 sind die griechische Drachme und die dänische Krone Teil des Nachfolgesystems des EWS, dem WKM II, geworden, mit einer jeweiligen Schwankungsbreite um den jeweiligen Euroleitkurs von ± 15 bzw. $\pm 2,25\%$. Die dänische Krone blieb während des Berichtsjahres stabil, die schwedische Krone und das Pfund Sterling waren hingegen volatil. Beim Pfund Sterling setzte im zweiten Quartal bei der seit Sommer 1996 bestehenden tendenziellen Aufwertungsbewegung eine Umkehrtendenz ein, zu Jahresende hatte es gegenüber Jahresbeginn rund 5% seines Werts gegenüber der ECU eingebüßt. Die schwedische Krone verlor im Vergleich zum Jahresanfang rund 9% ihres Werts gegenüber der ECU.

Griechenland hat sich im Jahresverlauf weiter dem Ziel der Preisstabilität genähert (1998: 4,5%), die anderen Pre-Ins verzeichneten – gemessen am HVPI – wie der Euroraum Preisstabilität. In allen Pre-Ins hat sich 1998 der Trend sinkender langfristiger Zinsen fortgesetzt, im Zuge der Rußlandkrise haben sich die Zinsabstände in Schweden, Dänemark und Griechenland zu Deutschland jedoch deutlich ausgeweitet, sich danach jedoch wieder

weitgehend rückgebildet. Auch die Zinsabstände bei den Geldmarktzinsen haben sich gegen Jahresende verringert, lagen jedoch beispielsweise im Vereinigten Königreich noch immer deutlich mehr als 2 Prozentpunkte über dem Niveau des Eurogebiets.

USA und Kanada, Asien, Lateinamerika USA und Kanada

Die konjunkturelle Dynamik in den USA war mit einem realen BIP-Zuwachs von insgesamt 3,9% im Berichtsjahr überaus kräftig. Der Motor dieses Wachstums war die inländische Konsumnachfrage, die durch die günstige Beschäftigungslage und hohe Lohnzuwächse Auftrieb erhielt. Hingegen zeigten sich bei den Investitionen deutliche Abschwächungstendenzen. Trotz der insgesamt kräftigen Nachfrage und der dynamischen Lohnentwicklung gab es keine Anzeichen für Inflationsdruck. Die Jahresteuierung erreichte 1998 vor allem wegen gesunkener Energiepreise (1998: –8,8%) mit 1,6% den tiefsten Wert seit 1986.

Günstig entwickelte sich auch die Arbeitsmarktlage mit einer Arbeitslosenquote von 4,5% im Jahresdurchschnitt 1998 – das ist der niedrigste Wert seit 29 Jahren – und einer Fortdauer der Beschäftigungsausweitung.

Der Budgetsaldo wies im mit Ende September 1998 abgelaufenen Fiskaljahr einen höher als erwarteten Überschuß von 70 Mrd US-\$ aus. Dies ist vor allem auf eine vorsichtige Ausgabenpolitik während des Konjunkturaufschwungs zurückzuführen. Hingegen stieg aufgrund der internationalen Krisen das Außenhandelsdefizit auf mehr als 200 Mrd US-\$.

Fortsetzung des
Wirtschaftsaufschwungs
in den USA und Kanada,
Verschärfung der
Rezession in Japan,
anhaltende
BIP-Kontraktion
in den asiatischen
Krisenländern,
Ansteckung von Teilen
Lateinamerikas.

Die Geldpolitik verhielt sich bis Mitte des Jahres abwartend. Die Sorge der US-Notenbank, daß sich die Übertragungseffekte der globalen Krise auf die US-Wirtschaft in Zukunft verstärken werden, spiegelte sich in den – trotz günstiger konjunktureller Lage vorgenommenen – Zinssenkungsschritten im Herbst des vergangenen Jahres um insgesamt 75 Basispunkte auf einen Taggeldsatz von 4,75% wider. Der Vertrauensverlust seitens der internationalen Investoren durch die Währungs- und Finanzmarkt-turbulenzen wurde als so gravierend betrachtet, daß ein deutliches positives Signal von der US-Notenbank für notwendig erachtet wurde.

Als der brasilianische Real Mitte Jänner 1999 abwertete, fiel der Dow Jones Index – im Gegensatz zu vielen anderen Börsen weltweit – nur marginal. Dies dürfte unter anderem auf den in den USA herrschenden Optimismus bezüglich der Robustheit des amerikanischen Finanzsystems und der Stabilität der US-Wirtschaft zurückzuführen sein.

In Kanada setzte sich die bereits seit sieben Jahren andauernde Expansion der Wirtschaft auch 1998 mit 3,3% fort; für 1999 erwartet die OECD eine leichte Abschwächung der Dynamik auf 3,1%. Bremsend wirkt der Rückgang der Terms of Trade aufgrund des starken Verfalls der Rohstoffpreise. In Anlehnung an die Zinssenkungen der US-Notenbank reduzierte auch Kanada den Diskontsatz um insgesamt 75 Basispunkte auf 5,25%.

1 Das „Emergency Economic Package“ setzt an zwei zentralen Schwachpunkten der japanischen Wirtschaft an: Beseitigung der angebotsseitigen Kreditverknappung durch eine Stabilisierung des Finanzsystems sowie Nachfragestimulierung durch eine deutliche Ausweitung der Staatsausgaben sowie Steuererleichterungen.

Japan

und die asiatischen Länder

Die Rezession der japanischen Wirtschaft hat sich im Sommer 1998 verschärft. Nach Schätzungen des IWF ist das reale BIP im Berichtsjahr – trotz Konjunkturankurbelungsprogrammen – um 2,8% zurückgegangen. Mitte Oktober beschloß die japanische Regierung die Stützung kapitalschwacher, angeschlagener Banken. Gleichzeitig wurde ein Nachtragshaushalt verabschiedet, mit dem der Finanzierungsrahmen für die Stabilisierung und Sanierung des Bankensystems verdoppelt wurde (auf rund 12% des BIP). Diese Maßnahme wurde – im Gegensatz zu vielen anderen Maßnahmen der japanischen Regierung – von den Finanzmärkten als glaubwürdig eingeschätzt, der japanische Yen gewann nach Beschluß durch das japanische Unterhaus gegenüber den europäischen Währungen innerhalb von zwei Tagen (7. und 8. Oktober) um nahezu 12% an Wert. Mitte November wurde ein Konjunkturimpuls-paket¹⁾ in Höhe von rund 4 1/2% des BIP vorgelegt, um zu verhindern, daß die Wirtschaft des Landes im dritten aufeinanderfolgenden Jahr schrumpft. Angesichts der Tiefe der Krise bzw. der Wirkungslosigkeit bisheriger Maßnahmen wurden auch ungewöhnliche Mittel wie z. B. die Ausgabe von Warengutscheinen eingesetzt, um den Konsum von Personen, die von der geplanten Steuerreform nicht profitieren würden, zu stimulieren. Unter Verweis auf die fiskalischen Kosten des Konjunkturpakts hat Moody's am 17. November das Länderrating Japans von Aaa auf Aa1 zurückgestuft.

Die Bank of Japan, die seit April 1998 eine höhere Unabhängigkeit

genießt, beschloß Mitte November eine deutliche Lockerung und Erweiterung ihrer Kreditvergabe an Banken. Im September hatte der Geldpolitische Rat entschieden, die Geldmarktkonditionen zu lockern, und die Notenbank unterstützte danach ein Absinken des Taggeldsatzes auf rund 0,25%. Am 12. Februar 1999 wurde dieser Zielsatz für Taggeld erneut auf 0,1% gesenkt. Der Diskontsatz liegt bereits seit mehr als drei Jahren bei 0,5%.

Der japanische Yen war im Berichtsjahr durch eine besonders hohe Volatilität gekennzeichnet. Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage wertete der Yen gegenüber der ECU von Anfang 1998 bis Anfang Oktober um rund 11 1/2% ab. Zu Jahresende notierte er hingegen in Relation zur ECU um rund 5 1/2% über dem Wert zu Jahresanfang.

Japan kämpft seit Ende 1997 mit einer angebotsseitigen Kreditverknappung. Nach Angaben der Bank of Japan lag das Kreditvolumen aller japanischer Geschäftsbanken im Dezember 1998 um 4,7% unter dem Vorjahreswert. Maßgeblich dazu beigetragen hat die Schwäche des Yen in den ersten drei Quartalen 1998, da die in Yen ausgedrückten Dollarpositionen der japanischen Banken stark stiegen und dadurch der Eigenkapitalunterlegungsbedarf deutlich zunahm. Von der daraus resultierenden starken Kontraktion des Kreditvolumens waren – je zur Hälfte – Japan selbst und andere asiatische Länder betroffen. Damit trug die japanische Kreditverknappung zu einer Vertiefung der Rezession im Inland, aber auch in anderen asiatischen Ländern bei. Zu einer weiteren Zuspitzung der Lage führten der dadurch ausgelöste Druck auf

die Aktienkurse und der als Folge notwendig gewordene Abschreibungsbedarf der Banken. Ende 1998 hat Standard & Poor's die Bonitätsbewertung für sieben japanische Banken zurückgenommen, da die erwarteten Verluste die Kapitalbasis der Institute schwächen.

Die asiatischen Krisenländer (Thailand, Indonesien, Malaysia, Südkorea) wiesen 1998 ein um rund 10 1/2% niedrigeres reales BIP als 1997 auf. Aufgrund ihrer starken außenwirtschaftlichen Verflechtung mit Japan litten diese Länder im Berichtsjahr stark unter dem Einbruch der japanischen Inlandsnachfrage und dem rückläufigen Tourismus aus Japan. Aber auch die Direktinvestitionen Japans und die Kredite japanischer Banken, die eine der wichtigsten Kapitalquellen in dieser Region darstellen, waren 1998 rückläufig. Wegen des drastischen Rückgangs der Inlandsnachfrage ist 1998 das reale BIP in fast allen Ländern der Region geschrumpft, in Indonesien um mehr als 15%. Die Philippinen verzeichneten – trotz Ernteschäden in der Landwirtschaft (El Niño) – nur einen leichten Rückgang des realen BIP von 0,5%.

Die Entwicklung in den Ländern, die internationale Hilfe erhielten (Thailand, Indonesien, Südkorea), nahm ab dem Ende des dritten Quartals 1998 einen leicht positiven Verlauf. Notleidende Kredite und ein fragiler Bankensektor stellten jedoch nach wie vor ein Hindernis für die nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in diesen Ländern dar.

Malaysia hat seit Anfang September Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, um den Abfluß von ausländischem Kapital zu bremsen. Sie stellen für die Region ein gewis-

ses Risiko dar, weil die Verunsicherung der Investoren zu höheren Risikoprämien führt und die regionalen Märkte noch anfälliger für Schocks werden.

Trotz einiger positiver Signale blieben internationale Banken gegenüber den Ländern Südostasiens auf Distanz. 1998 haben private Kreditgeber 25 Mrd US-\$ aus diesen Ländern abgezogen. Hohe Finanzierungskosten infolge gestiegener Risikoprämien und Schwierigkeiten bei der Refinanzierung der Inlandsschulden stellen nach wie vor eine Quelle der Instabilität dar.

Lateinamerika

Die Länder Lateinamerikas, die in den vergangenen Jahren einen erfolgreichen wirtschaftspolitischen Reformkurs eingeschlagen haben und bis zum Ausbruch der Rußlandkrise im August 1998 als relativ sicher gegen eine Ansteckungsgefahr durch die Asienkrise galten, gerieten zunehmend in den Sog der Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten. Übertragungseffekte trafen die einzelnen Länder in unterschiedlichem Ausmaß, wie z. B. der deutliche Rückgang der Rohstoffpreise (vor allem bei Erdöl), die sinkende Nachfrage aus den asiatischen Krisenländern, eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den asiatischen Abwertungsländern, der Rückgang der Kapitalflüsse sowie die fallenden Aktien- und Anleihenindizes. Hinzu kamen widrige Wetterbedingungen (El Niño und Tropensturm Mitch).

Trotz des stark verschlechterten internationalen Umfelds wiesen die meisten Länder Lateinamerikas 1998 – aufgrund einer stabilitätsorientierten Makropolitik bei offe-

nen Kapitalmärkten und fortgesetzten Strukturreformen – ein positives Wirtschaftswachstum auf. Obwohl die Regierungen der lateinamerikanischen Länder bemüht sind, die Auswirkungen der Asien- und Rußlandkrise gering zu halten, werden die meisten Länder der Region höhere als geplante Leistungsbilanz- und Budgetdefizite aufweisen.

Am härtesten von der Krise betroffen war Brasilien, die größte Wirtschaft der Region. Bereits öfters in der Vergangenheit geriet die brasilianische Währung, vor allem aufgrund hoher Haushalts- und Außenhandelsdefizite, einer niedrigen Sparquote und der daraus resultierenden Abhängigkeit von ausländischem Kapital, unter Abwertungsdruck (Mexikokrise 1994/95, Asienkrise 1997, zuletzt Rußlandkrise August 1998); dies, obwohl seit der Währungsreform 1994 (Plano Real) eine konsequente Hartwährungspolitik betrieben wurde. Im Rahmen des nach Ausbruch der Asienkrise geschnürten Krisenpakets (vor allem Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen, Hinaufsetzung des Leitzinses) wurde durch rasche Anpassungsmaßnahmen ein Übergreifen der Krise auf die Landeswährung Real zunächst verhindert, es wurde jedoch verabsäumt, das Haushaltsdefizit nachhaltig zu reduzieren. Das Nachlassen des externen Drucks führte zu einer Lockerung der Fiskalpolitik, und der Primärsaldo hat sich im Berichtsjahr kaum verbessert. Die fiskalpolitische Lockerung trug auch zum weiterhin hohen Leistungsbilanzdefizit von über 4% des BIP im Jahr 1998 bei, trotz eines Rückgangs der privaten Inlandsnachfrage. Die Fortdauer des relativ hohen Zwillingsdefizits im

Umfeld volatiler internationaler Finanzmärkte erhöhte die Ansteckungsgefahr Brasiliens durch die russische Krise. Im Anschluß an die Rubelabwertung vom August 1998 zogen internationale Investoren massiv Kapital aus Brasilien ab, und die Währungsreserven sanken von ihrem Höchststand von über 73 Mrd US-\$ im April auf knapp 42 Mrd US-\$ Ende November 1998 (dies entsprach aber immer noch einer Importdeckung von fast sieben Monaten). Um den Kapitalabfluß zu stoppen, erhöhte die brasilianische Zentralbank am 10. September 1998 ihren Interventionsatz um 20 Prozentpunkte auf knapp 50%. Damit erreichte der Leitzins den höchsten Stand seit Inkrafttreten des Plano Real vor viereinhalb Jahren und übertraf die am Höhepunkt der Asienkrise im Oktober 1997 erreichte Spitze von 43,4%.

Um eine Zuspitzung der Krise in Brasilien zu verhindern, stellte die internationale Gemeinschaft unter Führung des IWF Ende 1998 ein Hilfspaket von 41,5 Mrd US-\$ zusammen, das vor allem an eine überzeugende Budgetkonsolidierung gebunden war. Da diese nur sehr schleppend vorankam, reagierten die durch die Asien- und Rußlandkrisen deutlich risikobewußteren internationalen Investoren auf die Erklärung eines internen Moratoriums des brasilianischen Bundesstaates Minas Gerais gegenüber der Zentralregierung am 6. Jänner 1999 mit erheblichen Kapitalabflüssen. Die Notenbank weitete zunächst das Fluktuationsband des Real zum US-Dollar aus, was einer Abwertung um 8,6% entsprach; aufgrund anhaltender Kapitalabflüsse sowie erfolgloser Devisenmarktinterventionen ließ die Notenbank

am 15. Jänner 1999 den Real freischwanken – eine als vorläufig intendierte Maßnahme. Am 18. Jänner 1999 wurde aufgrund positiver Reaktionen der Finanz- und Aktienmärkte entschieden, das Floating beizubehalten.

Von einer Zuspitzung der Lage in Brasilien wäre das Nachbar- und Mercosur-Partnerland Argentinien, dessen wichtigster Exportmarkt Brasilien (über 30% der Ausfuhren) ist, am unmittelbarsten betroffen. Nach der Abwertung des Real verzeichneten der argentinische Aktienindex Merval und die Brady Bonds kräftige Rückgänge. Argentinien's Fundamentaldaten dürften jedoch stark genug sein, um das Currency Board beizubehalten; die Währungsreserven erreichten Mitte Jänner 1999 eine Rekordhöhe von 27,7 Mrd US-\$.

Die der BIZ meldenden Banken haben an Brasilien mehr Kredite vergeben als an andere aufstrebende Volkswirtschaften, wie z. B. Südkorea oder Rußland. Falls internationale Kreditgeber größere Verluste in Brasilien erleiden, könnte dies die ohnehin seit den letzten Krisen verstärkte Risikoscheu der internationalen Investoren, die die Kreditflüsse in die Schwellenländer bremst, weiter verschärfen. Derartige Kreditrückgänge würden vor allem Ländern mit hoher Verschuldung schaden, die Kapitalzuflüsse benötigen, um ihr Wachstumspotential nachhaltig zu erhöhen.

Mittel- und Osteuropa, Russische Föderation

Die zunehmende Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in die internationale Arbeitsteilung und deren wirtschaftlicher Aufhol- bzw. Transformationsprozeß wird zu einer immer wichtigeren Rahmenbedingung für die österreichische Wirtschaftsentwicklung. Für Österreich war der Nutzen der Ostöffnung bisher beträchtlich. Nach Schätzungen des WIFO stieg das BIP durch zunehmende Präsenz auf diesen Märkten – sei es durch erhöhte Exporte oder verstärkte Direktinvestitionen – seit 1989 real um zusätzliche 3,3%. Allerdings scheint unvermeidbar, daß es – wie sich bei Rußland zeigt – von Zeit zu Zeit Rückschläge gibt, von denen dann alle anderen Länder, wenn nicht direkt so zumindest indirekt betroffen sind (siehe auch Kapitel „Entwicklungen in mittel- und osteuropäischen Ländern und in der Russischen Föderation“).

Österreich Konjunkturelle Entwicklung

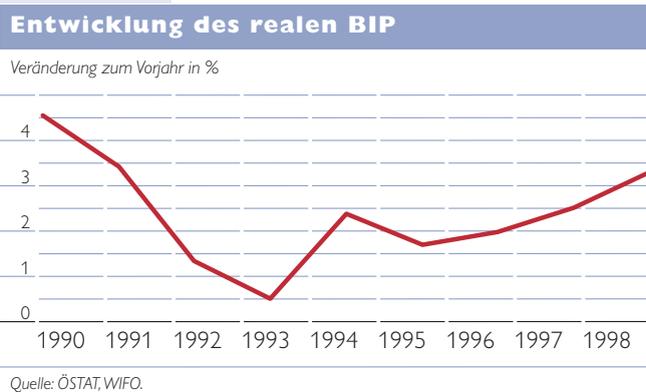
Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich im Berichtsjahr trotz ungünstiger werdender internationaler Rahmenbedingungen expansiv und hob sich von der Gesamtentwicklung der EU respektive des Euroraums positiv ab. Entscheidender Faktor war die deutlich bessere internationale Wettbewerbsposition, die zu mehr Beschäftigung führte, die wiederum die Inlandsnachfrage stimulierte. Die moderate Lohnpolitik und hohe Produktivitätssteigerungen stützten diesen Prozeß. Der Preisaufrtrieb fiel infolge des intensiven Wettbewerbs auf einen seit den fünfziger Jahren nicht mehr registrierten Tiefstwert,

und die Leistungsbilanz lag 1998 wieder etwas besser als in den Vorjahren.

Das Wirtschaftswachstum erreichte 1998 mit 3,3% den höchsten Wert seit 1991. Die unterjährige Entwicklung verlief jedoch divergent. Nach einer expansiven Phase im ersten Halbjahr 1998 verlor die Konjunktur infolge verzögerter Effekte der weltwirtschaftlichen Krisenherde im weiteren Jahresverlauf an Schwung. Dämpfender Einflußfaktor war dabei die nachlassende Auslandsnachfrage, die sich vor allem in den asiatischen, aber auch in osteuropäischen Staaten vollzog. Die Steigerungen der Warenexporte schwächten sich sukzessive von Quartal zu Quartal ab. Trotz der Nachfrageeinbußen gehörte der Außenhandel infolge der hohen Dynamik im ersten Halbjahr zu den Wachstumsträgern im Jahr 1998. Andererseits intensivierte sich bedingt durch steigende Beschäftigung und verbesserte Realeinkommen die Binnennachfrage. Niedrige Zinsen belebten die Investitionstätigkeit, von der wichtige Wachstumsimpulse ausgingen und die zu einer weiteren Erneuerung und Modernisierung des Kapitalstocks führten.

Innerhalb der Sektoren profitierte von der kräftigen Exportausweitung besonders der Sachgüterbereich, der 1998 um real 5% expandierte. Dabei erwiesen sich der Konsumgüter- und Fahrzeugbereich als konjunkturrobust, wogegen die Grundstoffindustrie und einige Branchen der technischen Verarbeitung unter dem Preisdruck der Asienkrise Produktions- und Ertragseinbußen hinnehmen mußten. Im Bausektor lief der Geschäftsgang infolge des florierenden Sanierungsbaus gut, die realen

Verbesserte Wettbewerbsfähigkeit stärkt Exportperformance. Außenhandel und Sachgüterproduktion sind Motoren des starken Wirtschaftswachstums. Hohe Preisstabilität, jedoch gespaltene Arbeitsmarktentwicklung. Kaum Fortschritte bei der Budgetkonsolidierung. Leistungsbilanz wird durch Erholung im Tourismus entlastet.



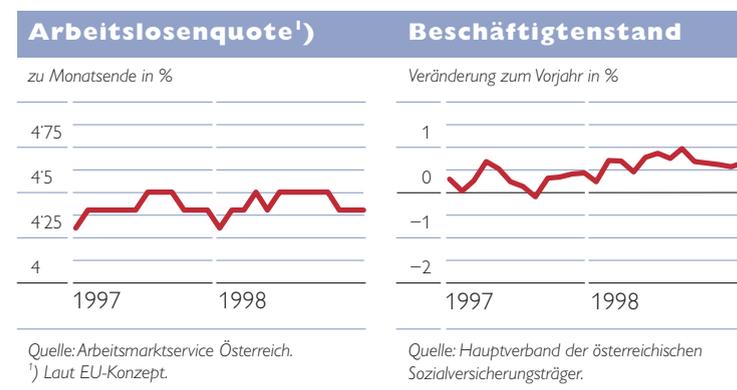
Umsätze lagen um rund 3% über dem Vorjahresniveau. Nach Jahren der Rezession kamen 1998 auch vom Fremdenverkehr wieder wichtige Impulse. Die Übernachtungen überschritten das Vorjahresniveau, womit auch entlastende Effekte für die österreichische Leistungsbilanz einhergingen. Das in den letzten Jahren immer geringer werdende Reiseverkehrsaktivum erhöhte sich 1998 wieder. Die positive Entwicklung im heimischen Tourismus sowie bessere Beschäftigungschancen und die Steigerung der verfügbaren Realeinkommen der österreichischen Haushalte haben 1998 auch den Einzel- und Großhandel deutlich belebt, der gesamte private Konsum wuchs real um rund 2%. Die in den Jahren 1996 und 1997 wirkenden dämpfenden Effekte durch die verminderte öffentliche Nachfrage kehrten sich 1998 wieder um, wenngleich die Wachstumsimpulse neuerlich gering blieben.

Arbeitsmarkt

Der wirtschaftliche Aufschwung wurde in Österreich von Beschäftigungszuwächsen begleitet. Damit bestätigt sich das Bild einer relativ hohen und in den letzten Jahren steigenden Beschäftigungsreagibilität auf Konjunkturschwankungen. Ebenso zeigte das Arbeitskräfte-

angebot eine hohe Elastizität, dies galt 1998 insbesondere für Frauen, die eine weit überdurchschnittliche Beschäftigungsausweitung – mehrheitlich Teilzeitjobs besetzt aus dem Reservoir der „stillen Reserve“ – verzeichneten. Die in den letzten Jahren gestiegene Flexibilität auf Österreichs Arbeitsmarkt äußerte sich aber auch in einer deutlichen Zunahme der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Der durch verschiedene Initiativen gekennzeichnete nationale Aktionsplan für Beschäftigung sollte diesen Prozeß zu höherer Flexibilität beschleunigen und damit zu einem weiteren Abbau von Rigiditäten auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren beitragen.

Die Entwicklung im Detail glich 1998 jedoch einem Arbeitsmarktparadoxon. Die Beschäftigung erhöhte sich relativ stark, gleichzeitig hat sich auch die Arbeitslosigkeit leicht ausgeweitet. Das ist damit zu erklären, daß – neben institutionellen Faktoren (z. B. Kürzung des Karenzgeldanspruchs von 2 auf 1 1/2 Jahre) – die freien Arbeitsplätze vorwiegend durch Neueintritte und nicht mit (den im Hinblick auf Arbeitszeit und -mobilität oftmals inflexiblen) Arbeitslosen besetzt wurden. Die starke Beschäftigtenaufstockung im Dienstleistungsbereich war ein gutes Indiz



dafür. Die Arbeitslosenquoten (7,2% nach nationaler bzw. 4,5% nach EU-Definition) verharrten auf dem relativ hohen Vorjahresniveau, obwohl international damit eine unverändert günstige Position erreicht werden konnte. Eine Trendwende vollzog sich auf dem Stellenmarkt, die Zahl offener Stellen stieg erstmals seit 1990 wieder kräftig.

Wettbewerbsfähigkeit und Inflation

Der wichtigste Erfolgsfaktor für die gute Außenhandelsentwicklung und das österreichische Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren war die deutlich verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Betriebe. Der strukturelle Anpassungsdruck infolge des EU-Beitritts zwang vorerst den exportierten Sektor zu Rationalisierungen und Kosteneffizienz, allmählich griff diese Entwicklung auch auf ehemals geschützte Sektoren und den Dienstleistungsbereich über. Die Lohnstückkosten als wichtigster Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sanken im Industriebereich zwischen 1995 und 1998 um fast 10% – damit wesentlich stärker als bei den Haupthandelspartnern – und ermöglichten Marktanteilsgewinne. Auch gesamtwirtschaftlich sind die Lohnstückkosten in diesem Zeit-

raum leicht zurückgegangen. Bestimmende Elemente für die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit waren die real-effektive Abwertung des Schillings sowie die moderate und produktivitätsorientierte Lohnpolitik. Auch die Herbstlohnrunde war 1998 von diesen Merkmalen gekennzeichnet, indem besonders die produktivitätsstärkeren Branchen auch höhere Lohnabschlüsse realisierten. Generell lagen infolge des günstigen Konjunkturgangs und der mäßigen Einkommenssituation in den Jahren 1996 und 1997 die

Wettbewerbsindikatoren für Österreich

	Veränderung zum Vorjahr in %			
	1995	1996	1997	1998 ¹⁾
Gesamtwirtschaftliche Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+2,0	+2,6	+2,4	+2,3
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	+3,7	+1,9	+0,7	+2,6
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	+1,8	-0,7	-1,3	+0,2
Verarbeitende Industrie	-0,6	-1,0	-5,0	-3,5
Effektiver Wechselkurs (Industriewaren)				
Nominell	+3,0	-1,2	-1,8	+0,6
Real	+2,6	-1,5	-2,6	-
Relative Lohnstückkosten ²⁾ der Industrie gegenüber den Handelspartnern der BRD	+2,2	-2,2	-4,9	-1,4
	-0,2	-0,6	-0,6	+0,1

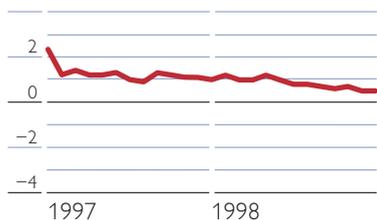
Quelle: OeNB, WIFO.

¹⁾ WIFO-Prognose vom März 1999.

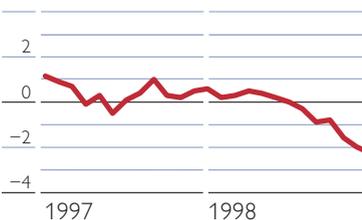
²⁾ In der verarbeitenden Industrie, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Harmonisierter VPI

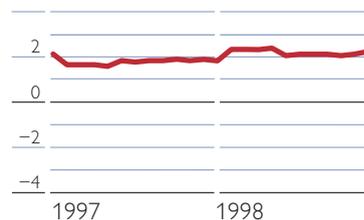
Veränderung zum Vorjahr in %



Großhandelspreisindex



Tariflohnindex



Quelle: ÖSTAT.

Bedeutung von effektiven Wechselkursen vor und in der Währungsunion

Von der Entwicklung der Wechselkurse gehen signifikante Effekte auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten aus. Die Betrachtung einzelner bilateraler Kursbewegungen zeichnet jedoch nur ein sehr eingeschränktes Bild. Der aus makroökonomischer Sicht interessante Gesamteffekt aller relevanten bilateralen Wechselkursveränderungen auf eine Volkswirtschaft wird durch effektive Wechselkursindizes zum Ausdruck gebracht, indem die bilateralen Wechselkurse zu einem Index zusammengefaßt werden und jeder Währung ein Anteil (Indexgewicht), der sich aus der unterschiedlichen Bedeutung der verschiedenen Länder (Währungen) im Außenhandel eines Landes ableitet, zugeordnet wird.

Der real-effektive Wechselkurs ist jener Indikator, der die Einflußfaktoren der kurzfristigen preislichen Wettbewerbsfähigkeit zusammenfaßt. Er zeigt, wie sich die nominellen Wechselkursänderungen, bereinigt um Preis- oder Kostendifferentiale zwischen einem Land und seinen Handelspartnern, innerhalb einer bestimmten Periode (bezogen auf ein Basisjahr) verändert haben. Dieser Index ermöglicht demnach, Preis- bzw. Produktionskostenveränderungen von Inlandswaren zu den Preisen bzw. Kosten der von den Konkurrenten hergestellten Waren in Beziehung zu setzen. Seine Aussagefähigkeit wird jedoch signifikant von der Wahl des jeweiligen Deflators (VPI, Lohnstückkosten, BIP-Deflator) beeinflußt.

Mit dem Beginn der Währungsunion wird der nominelle und real-effektive Wechselkurs des Euro zur Evaluierung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit des Eurowährungsgebiets herangezogen, der gegenwärtig – einheitlich für alle Teilnehmerländer der Währungsunion – durch die BIZ berechnet wird. Bilaterale Wechselkursänderungen zum Euro wirken sich auf die Realwirtschaften der Teilnehmerländer an der Währungsunion – entsprechend ihrer Außenhandelsverflechtung mit Nicht-WWU-Ländern – unterschiedlich aus. So schlagen sich etwa Paritätsänderungen zwischen Euro und US-Dollar auf die deutsche Wirtschaft viel stärker nieder als auf die österreichische, weil Deutschland eine vergleichsweise höhere Außenhandelsverflechtung mit den USA aufweist. Andererseits ist Österreichs Wettbewerbsfähigkeit von Paritätsänderungen des Euro zu den Währungen der ost- und südosteuropäischen Länder in einem viel stärkeren Ausmaß als die der anderen WWU-Länder betroffen.

Das bedeutet, daß aus Sicht der Teilnehmerländer an der Währungsunion nach wie vor ein Interesse besteht, die Entwicklung der nationalen preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu analysieren. Es werden demgemäß weiterhin Indikatoren der österreichischen Wirtschaft berechnet, wobei die Preis- und Kostenentwicklung in Österreich, ausgedrückt in einheitlicher Währung und gemessen am Verbraucherpreisindex oder den Lohnstückkosten, mit jener der wichtigen Handelspartner innerhalb und außerhalb des Euroraums verglichen wird.

Lohn- und Gehaltssteigerungen etwas höher. Eine zwischen den Sozialpartnern vereinbarte Optionsklausel für einige Bereiche weist neuerlich auf die Flexibilität bei den Lohnverhandlungen hin.

Der Verfall der Rohöl- und Rohwarenpreise, stagnierende Lohnstückkosten und Wettbewerbsdruck haben 1998 zu hoher Preisstabilität beigetragen. Die Inflationsrate gemäß HVPI lag bei 0,8%, jene auf Basis des VPI betrug 0,9% – der niedrigste Wert seit 1955. Auf der Großhandelsebene – wo keine Dienstleistungen eingehen – blieb das Preisniveau sogar um 1/2% unter dem Vorjahr. Neben den dämpfenden Effekten durch die Energie-

preise trug auch der deutlich nachlassende Preisauftrieb in Dienstleistungsbranchen zum günstigen Inflationsklima bei. Österreich gehörte innerhalb des Eurowährungsgebiets zu den drei preisstabilsten Ländern.

Öffentliche Finanzen

Der mit der gemeinsamen Verabschiedung der Budgets für 1996 und 1997 begonnene Konsolidierungskurs der Bundesregierung wurde mit der gemeinsamen Verhandlung der Haushalte 1998 und 1999 fortgesetzt. Mit dem Bundesvoranschlag 1998 sollte die Budgetkonsolidierung ohne einschneidende Maßnahmen stabilisiert

werden. Das Budgetjahr 1998 war durch die relativ gute konjunkturelle Lage begünstigt. Teilweise wirkten aber auch noch Konsolidierungseffekte der Vorjahre nach.

Wie 1997 konnte auch im Vorjahr das veranschlagte Netto-defizit des Bundes leicht unterschritten werden. Statt der sich aufgrund des Voranschlags ergebenden 67,3 Mrd S (4,9 Mrd €; 2,6% des BIP) wurden nach vorläufigen Berechnungen rund 66,0 Mrd S (4,8 Mrd €; 2,5% des BIP) erreicht. Insgesamt waren die Einnahmen um rund 24,8 Mrd S (1,8 Mrd €), die Ausgaben um 23,5 Mrd S (1,7 Mrd €) höher als präliminiert. Nicht erwartete Mehrausgaben ergaben sich vor allem beim Personalaufwand, für Beihilfen im Gesundheits- und Sozialbereich, bei der Arbeitsmarktverwaltung, im Rahmen des Finanzausgleichs sowie für Kapitalbeteiligungen. Der Überschuß des Familienlastenausgleichsfonds lag um rund 2 Mrd S (145 Mio €) über dem Voranschlag.

Der Bruttoabgabenerfolg (gesamter Steuerertrag vor Abzug der Überweisungen an die Fonds,

Länder und Gemeinden bzw. des Mitgliedsbeitrags an die EU) war um 2,6 Mrd S (186 Mio €) höher als die Schätzung des BVA (667,7 Mrd S oder 48,5 Mrd €). Besser als erwartet waren die Einnahmen bei der Lohnsteuer, der Körperschaftsteuer, bei der Mineralölsteuer und bei den Gebühren. Verfehlt wurde der veranschlagte Ertrag bei der Umsatzsteuer und bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen. Bedingt durch geringere Überweisungen gemäß Finanzausgleich und einem geringeren EU-Beitrag (-4,0 Mrd S oder -289 Mio €) war der budgetrelevante Nettoabgabenerfolg um rund 7,6 Mrd S (551 Mio €) besser als präliminiert. Der 1998 noch nicht überwiesene Teil des EU-Beitrags wird jedoch 1999 zu zusätzlichen Budgetbelastungen führen, für die allerdings vorgesorgt wurde.

Die Finanzschuld des Bundes (abzüglich Eigenbesitz an Bundestiteln) erreichte Ende 1998 1.535,7 Mrd S oder 111,6 Mrd € (+59,8 Mrd S oder +4,3 Mrd € gegenüber Ultimo 1997). Gemessen am BIP verringerte sich der Schuldenstand

Bundshaushalt

	Bundes- rechnungs- abschluß 1997 <i>in Mio ATS</i>	Bundes- voranschlag 1998	Vorläufiger Gebarungser- folg 1998	Unterschied vorläufiger Gebarungserfolg 1998 gegenüber			
				BRA 1997		BVA 1998	
				<i>in %</i>		<i>in Mio ATS</i>	<i>in %</i>
Allgemeiner Haushalt							
Ausgaben ¹⁾	749.937 ²⁾	754.110	777.594	+ 27.657	+ 3,7	+ 23.484	+ 3,1
Einnahmen ¹⁾	682.718 ²⁾	686.800	711.567	+ 28.849	+ 4,2	+ 24.767	+ 3,6
Abgang	67.219	67.310	66.027	- 1.192	- 1,8	- 1.283	- 1,9
Ausgleichshaushalt							
Ausgaben ¹⁾³⁾	167.334	232.021	342.448 ⁴⁾	+175.114	+104,6	+110.427	+47,6
Einnahmen ¹⁾³⁾	234.553	299.331	408.475 ⁴⁾	+173.922	+ 74,2	+109.144	+36,5
Überschuß	67.219	67.310	66.027	- 1.192	- 1,8	- 1.283	- 1,9

Quelle: BMF.

¹⁾ Währungstauschverträge in Bruttodarstellung.

²⁾ Die Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts wurden um die saldoneutralen Transaktionen im Zuge der ASFINAG-Ausgliederung um je 82.998 Mio ATS verringert.

³⁾ Davon für Kassenstärker-Kreditoperationen: BRA 1997: Ausgaben 52.886 Mio ATS und Einnahmen 52.888 Mio ATS; BVA 1998: Ausgaben 75.000 Mio ATS und Einnahmen 75.000 Mio ATS; vorläufiger Gebarungserfolg 1998: Ausgaben 51.095 Mio ATS und Einnahmen 51.281 Mio ATS.

⁴⁾ Inklusive 95.686 Mio ATS, die für öffentliche Rechtsträger (z. B. Schieneninfrastrukturgesellschaft) aufgenommen wurden (saldoneutral).

des Bundes von 58,7% im Jahr 1997 auf nunmehr 58,6%. Das niedrige Zinsniveau führte wie im Vorjahr zu einer weiteren Erhöhung der Anleihenfinanzierung mit fixer Verzinsung. Die ab 1999 vorgesehene Denominierung in Euro machte eine neue Definition des Fremdwährungsanteils erforderlich. Die neu definierte Fremdwährungsschuld (ohne die ursprünglich in Währungen des Euroraums denominierten Schulden) betrug unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen rund 188,0 Mrd S (13,7 Mrd €). Das sind 12,2% der gesamten Bundesschuld und somit etwas weniger als 1997 (12,4%).

Das „Normalszenario“¹⁾ des dem Wirtschafts- und Finanzausschuß vorgelegten österreichischen Stabilitätsprogramms geht von einer Reduktion des Defizits der öffentlichen Haushalte von 2,2% des BIP im Jahr 1998 (September-Notifikation 1998) auf 1,4% des BIP im Jahr 2002 aus. Gleichzeitig sollen weitere Konsolidierungsmaßnahmen auch zu einer Reduktion der Schuldenquote des öffentlichen Sektors von 64,5% (1998) des BIP auf knapp 60,0% des BIP im Jahr 2002 führen. Der tatsächliche Vollzug des Finanzjahres 1998 zeigt beim gesamtstaatlichen Defizit ein voraussichtliches Ergebnis von 2,1% des BIP und beim gesamtstaatlichen Schuldenstand ein solches von 63,1% des BIP. Damit konnten die Budgetziele des Stabilitätsprogramms für das Jahr 1998 im Vollzug übertroffen werden.

¹⁾ Im Stabilitätsprogramm wurden drei Szenarien ausgearbeitet: neben dem Normalszenario auch eine optimistische und pessimistische Variante, denen unterschiedliche Wachstumsannahmen in den nächsten Jahren zugrundeliegen. Die Normalvariante rechnet mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des realen BIP von 2,4%.

Zahlungsbilanz

Im Jahr 1998 war das Leistungsbilanzdefizit mit 54^{1/2} Mrd S (4 Mrd €) um fast 7 Mrd S (0,5 Mrd €) geringer als 1997.

Der Saldo der Gütertransaktionen hat sich im Vergleich zu 1997 um etwas über 1 Mrd S auf rund 51 Mrd S (3,7 Mrd €) verbessert. War die seit 1996 anhaltende Außenhandelskonjunktur anfangs

Beitrag zur Leistungsbilanzentwicklung



Quelle: OeNB, ÖSTAT.
¹⁾ Endgültige Daten.
²⁾ Revidierte Daten.
³⁾ Provisorische Daten.

von überdurchschnittlichen Zuwächsen des Warenverkehrs mit Drittländern getragen, wurde sie 1998 im wesentlichen durch den Warenverkehr mit der EU gestützt.

Der Überschuß der Dienstleistungen erhöhte sich um fast 21 Mrd S (1,5 Mrd €) auf rund 33¹/₂ Mrd S (2,4 Mrd €), wozu der Reiseverkehr mit rund 50% einen entscheidenden Beitrag leistete. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren brachte der Tourismus heuer deutlich höhere (+4%) Deviseneinnahmen als 1997; gleichzeitig gaben die Österreicher weniger (-4%) im Ausland aus. Der Reiseverkehr profitierte 1998 von den fortgesetzten Bemühungen um die Angebotsstruktur und den stabilen Preisen in Österreich. Auch die Verbesserung einer Reihe von anderen Dienstleistungspositionen – insbesondere der nicht aufteilbaren Leistungen, des Transports sowie der sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen – wirkte sich positiv auf das Leistungsbilanzergebnis aus.

Das Defizit aus der Teilbilanz Einkommen betrug im Jahr 1998 etwas über 13 Mrd S oder 1,0 Mrd € (1997 war die Bilanz der Einkommen fast ausgeglichen), wobei die Erwerbseinkommen mit einem Aktivum von netto rund 7 Mrd S (0,5 Mrd €) abschlossen, die Vermögenseinkommen jedoch eine Zunahme des Defizits auf 20 Mrd S (1,5 Mrd €) aufwiesen.

Der Abgang unter dem Titel laufende Transfers belief sich 1998 auf 24 Mrd S (1,7 Mrd €) gegenüber 21 Mrd S (1,5 Mrd €) 1997. Diese Verschlechterung ist im wesentlichen auf private Transfers, und zwar aus dem Bereich Steuerzahlungen, zurückzuführen. Darin enthalten ist nach wie vor der

größte Teil der Transaktionen mit der EU, nämlich die Mitgliedsbeiträge Österreichs in Höhe von rund 29 Mrd S (2,1 Mrd €) und Rückflüsse in Höhe von 15 Mrd S (1,1 Mrd €).

Zuschüsse der EU zu Infrastrukturmaßnahmen werden jedoch den Vermögensübertragungen zugerechnet; sie betragen 1998 rund 2 Mrd S (145 Mio €). Vor allem infolge von öffentlichen und privaten Schuldenerlässen war das gesamte Defizit der Position Vermögensübertragungen 1998 mit rund 2 Mrd S (166 Mio €) trotzdem um nicht ganz 2¹/₂ Mrd S (166 Mio €) höher als 1997.

Die Kapitalbilanz, die auch die Transaktionen im Zusammenhang mit den Währungsreserven umfaßt, schloß 1998 so wie 1997 mit einem Kapitalimport von rund 55 Mrd S (4,0 Mrd €).

Die Direktinvestitionen der Österreicher im Ausland waren mit nicht ganz 37¹/₂ Mrd S (2,7 Mrd €) um 13¹/₂ Mrd S (1,0 Mrd €) höher als 1997, die ausländischen Direktinvestitionen in Österreich fielen mit rund 73 Mrd S (5,3 Mrd €) um 44 Mrd S (3,2 Mrd €) höher aus. Bei den aktiven Direktinvestitionen war die Branchengliederung relativ breit gestreut. Bei den passiven Direktinvestitionen dominierten dagegen Beteiligungen in den Sektoren Telekommunikation, Energie sowie Kfz-Industrie.

Bedeutung der österreichischen Zahlungsbilanz im Euroraum

Mit der Teilnahme Österreichs an der WWU ist die Erstellung einer eigenen österreichischen Zahlungsbilanz nicht obsolet geworden. Aus währungspolitischer Sicht verlieren die Leistungsbilanzungleichgewichte einzelner Länder innerhalb des viel größeren Währungsraums zwar an Bedeutung, auf eine eigene nationale Zahlungsbilanzstatistik kann aber dennoch aus einer Reihe von Gründen nicht verzichtet werden.

- Österreich ist so wie die anderen Mitgliedsländer verpflichtet, den österreichischen Beitrag zur Zahlungsbilanz des Euroraums zu erstellen. Damit diese gemeinsame Zahlungsbilanz erstellt werden kann, wurden die Zahlungsbilanzen in Europa harmonisiert, was auch zu umfangreichen Änderungen des Konzepts und der Präsentation der österreichischen Zahlungsbilanz (siehe Kapitel „Die OeNB im ESZB – institutionelle und funktionale Änderungen“) geführt hat.
- Die Zahlungsbilanz ist nach wie vor die wesentliche Quelle für die Erstellung des Außenkontos der VGR. Diese ist eine unverzichtbare volkswirtschaftliche Basisinformation. Auch die Beiträge an die EU werden teilweise in Prozent des BIP festgelegt.
- Österreich ist durch völkerrechtlich verbindliche Verträge wie z. B. die Mitgliedschaft beim IWF verpflichtet, eine Zahlungsbilanz zu erstellen. Auch hat Österreich zugesagt, dem IWF im Rahmen des Special Data Dissemination Standards (SDDS) Zahlungsbilanzdaten termingerecht zur Verfügung zu stellen.
- Darüber hinaus ist die Zahlungsbilanz wesentliche Grundlage für die wirtschaftspolitische Detailanalyse wie z. B. die internationale Wettbewerbsfähigkeit, Strukturvergleiche, Marktanteilsberechnungen und die wirtschaftliche Integration.

Politik des stabilen Schillings im Übergang zur WWU

Das bewährte Stabilitätskonzept der OeNB ist auch im ESZB gewahrt. Es sichert einen reibungslosen Übergang zur WWU und zum Euro.

Die Geldpolitik war im Berichtsjahr von der bevorstehenden Teilnahme an der WWU geprägt. Damit einher ging eine Reihe von großen Veränderungen und Herausforderungen für die OeNB und die Geldpolitik, wobei die Gründung der EZB und des ESZB hervorzuheben sind. Durch die Fortsetzung des bewährten Konzepts der D-Mark-Orientierung wurde die monetäre Stabilität sichergestellt und ein wesentlicher Beitrag für den erfolgreichen Übergang zur einheitlichen Geldpolitik geleistet.

Die österreichische Konjunktur entwickelte sich trotz der internationalen Platz greifenden Finanzmarkturbulenzen besonders in der ersten Phase 1998 sehr günstig. Die moderate Lohnpolitik und stagnierende Lohnstückkosten waren Erfolgsfaktoren für eine weitere Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Dies trug zu einer guten

Außenhandelsentwicklung und einem dynamischen Wirtschaftswachstum sowie zu hoher Preisstabilität bei. Lediglich der Arbeitsmarkt war – auch aufgrund von Sonderfaktoren – angespannt, und die weitere Konsolidierung beim öffentlichen Budget war angesichts des starken Wirtschaftswachstums nur moderat. Die guten Fundamentaldaten und die hohe Konvergenz der Volkswirtschaft mit den anderen EU-Staaten sowie die gesicherte Teilnahme an der WWU rechtfertigten das Vertrauen der Finanzmärkte in den Schilling. Das lange Jahre praktizierte Stabilitätskonzept mit der D-Mark-Orientierung des Schillings konnte damit auch 1998 erfolgreich umgesetzt werden. Mit der in Abstimmung mit den Zentralbanken des Eurogebiets erfolgten Zinssenkung im Dezember 1998 wurden die letzten Weichen für einen reibungslosen

Übergang zum Euro und zur einheitlichen Geldpolitik im ESZB gestellt.

Der Übergang zum ESZB bedeutet eine Fortsetzung des Stabilitätskurses, hat aber aufgrund veränderter Rahmenbedingungen auch eine Neudefinition der Rolle der OeNB (siehe auch Kapitel „Vom Schilling zum Euro“ und „Die OeNB im ESZB – institutionelle und funktionale Änderungen“) zur

Folge. Sie sieht sich nunmehr als die Schnittstelle zwischen der gemeinsamen europäischen Geldpolitik sowie der österreichischen Wirtschaftspolitik und der Bevölkerung. Die Politik des stabilen Schillings war für die Teilnahme Österreichs eine wichtige Voraussetzung. Die seit Jahren praktizierte Stabilitätspolitik ist durch die vertragsmäßigen Grundsätze der EZB und des ESZB gewahrt.

Zins- und Liquiditätspolitik

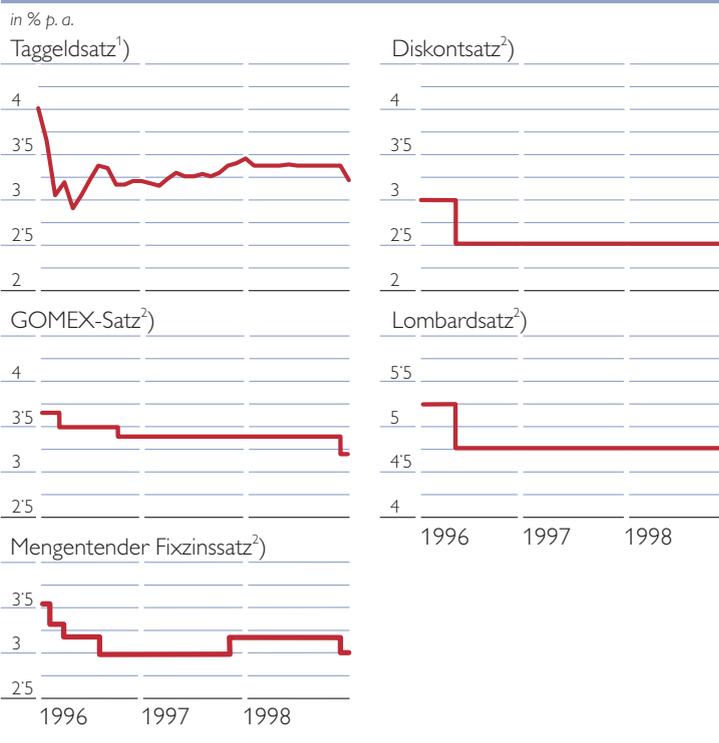
Liquider Geldmarkt, Geldmarktzinsen bewegen sich auf niedrigem Niveau und in engem Korridor. Leitzinssenkungen im Dezember.

Der österreichische Geldmarkt war 1998 sehr liquid. Die Ausnutzung der Refinanzierungsrahmen durch die Kreditinstitute war etwas höher als im Vorjahr, wobei sich die liquiditätssteuernde Refinanzierung auf den wöchentlichen Tender konzentrierte. Im ersten Quartal 1998 bewegten sich die Liquiditätszuteilungen durch die OeNB an der Obergrenze der vorgesehenen Tenderrahmen; dieses Zuteilungserfordernis reduzierte sich bis zum vierten Quartal infolge von Devisenzuflüssen seitens des Bundes kontinuierlich.

Das Niveau der Schillinggeldmarktzinsen war 1998 überaus konstant. Lediglich Ende Jänner/Anfang Februar erreichte der Taggeldsatz einen außergewöhnlichen Tiefpunkt unter dem Tendersatz bei 2,95%. Anschließend bewegte er sich in einem sehr engen Band zwischen 3,35 und 3,40%, bis die Leitzinssenkung im Dezember einen Rückgang auf 3,10% bewirkte. Damit war – abgesehen vom temporären Rückgang des Taggeldsatzes Ende Jänner sowie einigen kurzfristigen Ausschlägen der D-Mark-Zinsen jeweils zu Monats-

ende – das kurzfristige Zinsniveau in Österreich über den gesamten Zeitraum etwas höher als die vergleichbaren Euro-D-Mark-Sätze. Auch nach der Vorankündigung der bilateralen Umrechnungskurse für die an der Währungsunion teil-

Geldmarktrelevante Zinssätze



Quelle: OeNB, Reuters.
 1) Monatsdurchschnitt.
 2) Satz zum Monatsultimo.

nehmenden Währungen Anfang Mai blieb der Zinsabstand zur D-Mark bestehen.

Am 3. Dezember 1998 senkte die OeNB den Tendersatz von 3,20 auf 3,00%. Diese Maßnahme erfolgte im Einklang mit den anderen Notenbanken des Eurosystems. Mit

Wirkung vom 11. Dezember 1998 setzte die OeNB den Zinssatz für Offenmarktgeschäfte (GOMEX) um 20 Basispunkte auf 3,20% herab. Diskont- und Lombardsatz (2,5 bzw. 4,75%) wurden im Berichtszeitraum unverändert belassen.

Entwicklung der monetären Aggregate

Unterschiedliche Entwicklung bei den Bestimmungskomponenten der Geldmengenaggregate.

Im Jahr 1998 kam es zu einer Ausweitung der Geldmenge M3¹⁾ in der Höhe von 6,4% (1997: +1,2%). Das kräftige Geldmengenwachstum war in hohem Maße auf die Bereitschaft der inländischen Nichtbanken zur kurzfristigen Geldvermögensbildung bei den Banken zurückzuführen. Ausschlaggebend für die Zurückhaltung der inländischen Nichtbanken bei der längerfristigen Mittelanlage bei Banken dürften die niedrigen langfristigen Zinsen gewesen sein. Beim Geldmengenwachstum sollte daher gesehen werden, daß dafür keine beschleunigte Kreditexpansion, sondern eine verringerte Kapitalbildung bei den Banken den Ausschlag gab.

Die Nachfrage nach Bargeld ging um 0,7 Mrd S (48 Mio €) oder -0,5% zurück (1997: -0,5 Mrd S oder -33 Mio € bzw. -0,3%). Demgegenüber bauten die inländischen Nichtbanken ihre Sichteinlagen stark aus. Niedrige Kapitalmarktzinsen und Preisstabilität, die die Opportunitätskosten reduzierten, und hohe Volatilitäten auf den Finanzmärkten, die eine schwach verzinste Mittelanlage in Zeiten der Zinsunsicherheit auf den Kapitalmärkten rational erscheinen ließ, dürften das Halten von liquider Kasse begünstigt haben. Die Sicht-

einlagen stiegen im Laufe des Jahres 1998 um 44,2 Mrd S (3,2 Mrd €) oder 14,4% und verzeichneten damit ein doppelt so starkes Wachstum wie 1997 (1997: 21,6 Mrd S oder 1,6 Mrd € bzw. +7,6%).

Die Geldmenge M1, die sich aus dem Bargeldumlauf und den Sichteinlagen zusammensetzt, weitete sich im Berichtsjahr um 9,6% aus (1997: +4,9%).

Die Termineinlagen wurden gegenüber 1997 um 47,9 Mrd S (3,5 Mrd €) oder 47,5% ausgeweitet (1997: -15,9 Mrd S oder -1,2 Mrd € bzw. -13,6%), wobei dieser starke Zuwachs zu einem erheblichen Teil auf Sondereffekte zurückzuführen war, die die Geldmengenexpansion im Berichtszeitraum nur transitorisch beeinflussten.

M2, das M1 und die Termineinlagen umfaßt, verzeichnete 1998 ein Wachstum von 16,5% (1997: 1,0%).

Die Spareinlagen stiegen im Jahresabstand um 33,6 Mrd S (2,4 Mrd €) oder 2,4% (1997: +17,2 Mrd S oder +1,2 Mrd € bzw. +1,2%), wobei dieser Zuwachs allein auf die am Ende des Jahres gutgeschriebenen kapitalisierten Sparzinsen zurückzuführen ist.

Die Forderungen der Banken aus Krediten stiegen im Berichts-

¹⁾ Datenbasis ist der Monatsausweis der Kreditinstitute und der Wochenausweis der OeNB.

zeitraum um 115'4 Mrd S (8'4 Mrd €) oder 3'5% (1997: +128'4 Mrd S oder +9'3 Mrd € bzw. +4'1%). Dabei verringerte der öffentliche Sektor seine Verschuldung bei den Banken (1997: -40'7 Mrd S oder -3'0 Mrd € bzw. -4'9%, 1998: -38'1 Mrd S oder -2'8 Mrd € bzw. -4'9%), während die Kreditnachfrage des privaten Sektors durch die gute Liquiditätsausstattung der Unternehmen verhalten ausfiel. Die Nettoauslandsforderungen des Bankensystems erhöhten sich 1998 um 11'6 Mrd S (846 Mio €) oder 19'1% nach einem Rückgang 1997 um 80'6 Mrd S (5'9 Mrd €) oder -56'9%.

Die Kapitalbildung bei den Banken entwickelte sich aufgrund niedriger Kapitalmarktzinsen und einer flachen Zinsstruktur mit 0'5% Wachstum außerordentlich schwach (1997: 2'3%). Insgesamt bildeten die inländischen Nicht-

banken gegenüber 1997 bei den Banken langfristiges Kapital in der Höhe von nur 6'8 Mrd S oder 494 Mio € (1997: 29'0 Mrd S oder 2'1 Mrd €). Maßgeblich für diese Entwicklung war ein Rückgang bei den Fremdwährungseinlagen in der Höhe von 11'7 Mrd S (849 Mio €) oder 7'3% (1997: -0'5 Mrd S oder -36 Mio € bzw. -0'3%) und bei den Bauspareinlagen um 3'7 Mrd S (268 Mio €) oder 1'8% (1997: +16'5 Mrd S oder +1'2 Mrd € bzw. +8'9%). Der Absatz von Bankschuldverschreibungen verfehlte zwar auch das Vorjahresniveau um 1'7 Mrd S (122 Mio €) oder 0'3%, der starke Einbruch des Vorjahres in der Höhe von 24'6 Mrd S (1'8 Mrd €) oder 4'3% wiederholte sich aber nicht. Kapital und Rücklagen der Banken erhöhten sich um 23'9 Mrd S (1'7 Mrd €) oder 6'2% (1997: +37'5 Mrd S oder +2'7 Mrd € bzw. +10'9%).

Zahlungsverkehrspolitik, Zahlungssysteme, Zahlungsmittel

Abwicklung
des Zahlungsverkehrs
über ARTIS
und Implementierung
von RTGS in TARGET.
Umstellung
des ECU-Clearings
auf das Euro-Clearing.
Umfangreiche
Projektaktivitäten
der STUZZA im
Massenzahlungsverkehr.
Trends zum
Bargeldumlauf
und zu -substituten.

Zahlungsverkehrspolitik und -aufsicht

Die Zahlungsverkehrspolitik der OeNB stand 1998 ganz im Zeichen der abschließenden operativen Vorbereitungserfordernisse auf die dritte Stufe der WWU, insbesondere der Integration des österreichischen RTGS-Systems in das TARGET. Parallel zur intensiven Kooperation mit den Arbeitsgruppen des ESZB und der EU-Kommission fanden innerösterreichisch alle erforderlichen technischen und organisatorischen Harmonisierungsmaßnahmen für eine erfolgreiche Umstellung auf den Eurozahlungsverkehr statt. Darüber hinaus wurden aber auch zahlreiche weiterführende strategische Initiativen vorangetrieben.

In der EZB sind folgende Aktivitäten hervorzuheben:

- „Third progress report on the TARGET project“: Der Bericht behandelt organisatorische und technische Fragen zu TARGET (es wird seinen über 5.000 Teilnehmern täglich von 7 bis 18 Uhr MEZ zur Verfügung stehen), den rechtlichen Rahmen, die Zugangskriterien und die Preisgestaltung. Zusätzlich erfolgte die Publikation einer „TARGET-Broschüre“ in allen elf offiziellen EU-Sprachen und eine an die Banken gerichtete Dokumentation des Dienstleistungsangebots.
- „Assessment of EU Securities Settlement Systems against the Standards for their use in ESCB credit operations“: Dieser Bericht umfaßt die Beurteilung der Eignung der nationalen Wertpapierabrechnungssysteme für währungspolitische Operationen und Innertageskreditabwicklungen in TARGET.
- „Report on Electronic Money“: Der Bericht enthält eine umfassende Analyse der Thematik „Elektronisches Geld“ (E-Geld) und formuliert Mindestanforderungen an die Emission: Einbindung der Emittenten in die Bankenaufsicht, solide und transparente Rechtsgrundlagen, bestmögliche technische System-sicherheit, Schutz gegen kriminellen Mißbrauch, statistische Meldepflichten, Rücktauschbarkeit in Zentralbankgeld sowie Einbeziehbarkeit in die Mindestreserve.

Weiters wurde 1998 auch die EU-Zahlungsverkehrsstatistik in Form eines Anhangs zum Blue Book publiziert.

Auch die Europäische Kommission verfolgte 1998 die Thematik „Elektronisches Geld“ und erarbeitete in Kooperation mit den nationalen Aufsichtsbehörden, den Notenbanken und der EZB einen Richtlinienvorschlag zur Regulierung von mit der Ausgabe von E-Geld befaßten Instituten. Die Zielsetzung des unter österreichischer Präsidentschaft an den Rat weitergeleiteten Entwurfs besteht in der Festlegung eines bestimmten Mindestmaßes an aufsichtsrechtlicher Gleichbehandlung von E-Geldausgebenden Instituten, um eine EU-weite wechselseitige Anerkennung der Systeme zu ermöglichen.

Weiters wurde 1998 an den Umsetzungsvorbereitungen bereits verabschiedeter zahlungsverkehrsrelevanter Richtlinien gearbeitet. Einerseits betrifft dies die Richtlinie vom 27. Jänner 1997 über grenzüberschreitende Überweisungen.¹⁾ Diese Richtlinie soll dazu beitragen, daß grenzüberschreitende Zahlungen, die vor allem von Klein- und Mittelbetrieben (KMU) getätigt

¹ 97/5/EG, Abl. L.43 vom
14. Februar 1997, Seite 25.

werden, schnell, zuverlässig und kostengünstig abgewickelt werden können.

Umsetzungsbedarf besteht weiters aus der Richtlinie vom 19. Mai 1998 über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie in Wertpapierliefer- und Abrechnungssystemen.¹⁾ Diese Richtlinie soll zur effizienten und kostengünstigen Abwicklung grenzüberschreitender Zahlungs-, Wertpapierliefer- und -abrechnungsvereinbarungen in der EU beitragen. Zentrale Bestimmungen dieser Richtlinie betreffen insbesondere das anwendbare Recht im Falle einer Insolvenz, die Wirksamkeit von Zahlungs- bzw. Übertragungsaufträgen und Aufrechnungen im Insolvenzfall gegenüber Dritten, das Verbot der Rückwirkung eines Insolvenzverfahrens gegenüber den Teilnehmern an einem System und die Behandlung von dinglichen Sicherheiten, die für ein Zahlungssystem gestellt wurden. In Österreich sind Umsetzung und Inkrafttreten spätestens Ende 1999 geplant.

Weiterentwicklung von ARTIS - Vorbereitung auf TARGET

Mit ARTIS, dem Austrian Real Time Interbank Settlement System, hat die OeNB für alle österreichischen Banken die Möglichkeit zur Teilnahme an TARGET geschaffen. TARGET ist ein Echtzeitsystem, das heißt, Zahlungen werden innerhalb weniger Minuten nach der Belastung des Kontos des überweisenden Teilnehmers dem Konto des Begünstigten gutgeschrieben. Die Zahlungsaufträge innerhalb der Währungsunion erfolgen in Euro. Seit 4. Jänner 1999 ist es österreichischen Banken möglich, europaweit Zahlungen über ein

einziges Konto bei der OeNB abzuwickeln.

Im ersten Quartal 1998 wurde ein Teil des ARTIS-Systems in Betrieb genommen: Damit haben die Banken die Möglichkeit, einerseits die Höhe der beantragten Innertagesliquidität flexibel zu verändern und somit optimales Liquiditätsmanagement zu betreiben und andererseits auch Zahlungsaufträge via ARTIS zugunsten freier Schilling-/Eurokonten zu beauftragen.

Mit der Realisierung eines weiteren ARTIS-Teilschritts wurde für Österreich die Voraussetzung geschaffen, ab 1. Jänner 1999 am EU-weiten Zahlungsverkehrssystem TARGET teilzunehmen. Damit ist eines der Kriterien für die erfolgreiche Teilnahme an der dritten Stufe der WWU erfüllt.

Weiters wurden, um verschiedenen Finanzinstitutionen die Teilnahme an ARTIS zu erleichtern, die technischen Zugangswege zum System erweitert. Ab 1. Jänner 1999 können auch über S.W.I.F.T. (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) Zahlungsaufträge an ARTIS geschickt werden.

In Kooperation mit der OeKB wurde eine Schnittstelle zwischen ARTIS und dem Direct Settlement System der OeKB geschaffen. Dadurch wird es möglich, die Zahlungsseite von Wertpapiergeschäften ab 1. Jänner 1999 über Nationalbankkonten final abzuwickeln und Wertpapiertransaktionen nach dem Prinzip „Lieferung gegen Zahlung“ durchzuführen.

Um die EU-weit verwendeten Nachrichtentypen national abbilden zu können, wurden die ARTIS-Nachrichtentypen in Zusammenarbeit mit der Austrian Payments

¹ 98/26/EG, Abl. L. 166 vom 11. Juni 1998, Seite 45.

System Services (APSS) adaptiert und erweitert.

Zur Teilnahme an ARTIS stehen den Banken drei Zugangswege zur Verfügung. Der Zugang über die Elektronische Bankkommunikation (EBK) mit Netzwerkanschluß an APSS, der Zugang via S.W.I.F.T. mit Live-Anschluß an das S.W.I.F.T.-Netz und die Direktanbindung der OeKB mit Datenleitung zur OeNB. Seit Anfang Jänner 1999 nahmen insgesamt 69 Banken an ARTIS teil. 53 verwendeten ausschließlich den Zugang über die APSS, 4 den S.W.I.F.T.-Zugang und 12 entschieden sich für die Verwendung beider Linien.

ECU-Clearing/Euro-Clearing

Das Interesse an der reibungslosen Funktionsfähigkeit der finanzmarkt-relevanten Zahlungsverkehrssysteme gilt auch für Nettoabwicklungssysteme wie das ECU-Clearing (ab 1. Jänner 1999: Euro-Clearing), da der Ausfall eines Teilnehmers im Netting unmittelbare Auswirkungen auf andere Teilnehmer bzw. auf das gesamte System haben könnte („Ansteckungsrisiko“). Die OeNB hat – wie bereits in den letzten Jahren – die EZB bei der Beaufsichtigung des privaten ECU-Clearing- und Abwicklungssystems unterstützt.

Nach Abschluß der umfassenden Vorbereitungsarbeiten durch die EBA (Euro Banking Association) wurde das ECU-3-System ab 1. Jänner 1999 auf das neue Euro-1-System umgestellt. Es handelt sich um ein grenzüberschreitendes multilaterales Nettingssystem für den Euro mit insgesamt 62 teilnehmenden Banken aus allen EU-Ländern, Australien, Japan, Norwegen, der Schweiz und den USA. Einziger österreichischer Teilnehmer ist bisher die Bank Austria.

Das Euro-1-System ist als Massenzahlungssystem konzipiert. Die rechtliche Ausgestaltung basiert auf der sogenannten „single obligation structure“, das heißt, jede teilnehmende Bank hat zu jeder Zeit nur eine einzige Zahlungsverpflichtung oder einen einzigen Zahlungsanspruch gegenüber allen anderen Teilnehmern am System. Am Tagesende werden die jeweiligen Positionen in Zentralbankgeld abgerechnet, wobei die Zahlungen mittels TARGET erfolgen. Das System verfügt weiters über ein Limitsystem, das heißt, jede teilnehmende Bank legt individuelle Kreditlinien zu den anderen Teilnehmern fest, sowie über einen Liquiditätspool zur Sicherstellung des gleichtägigen Abschlusses der Abwicklung im Falle, daß ein oder mehrere Teilnehmer nicht zahlen können.

Parallel zu den Vorbereitungsarbeiten führte die EZB eine Evaluierung des Euro-1-Systems im Hinblick auf die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Mindeststandards (Lamfalussy-Kriterien) durch. Die Ergebnisse wurden der EBA umgehend mitgeteilt, um ihr die Möglichkeit zu geben, geeignete Maßnahmen zur vollständigen Erfüllung der Standards zu treffen.

Wertpapierabwicklungssysteme (Securities Settlement Systems)

Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt in der entsprechenden EZB-Arbeitsgruppe war die Beschäftigung mit der grenzüberschreitenden Verwendung von Sicherheiten im Rahmen der Notenbankrefinanzierung. Seit Anfang 1999 ist es möglich, daß Wertpapiere bzw. andere zentralbankfähige Sicherheiten, die in einer zentralen Lagerstelle eines anderen EU-Landes

verwahrt sind, im Rahmen der Refinanzierung bei der nationalen Notenbank verwendet werden können. Um eine sichere und schnelle grenzüberschreitende Abwicklung garantieren zu können, wurde das Korrespondenz-Zentralbanken-Modell („correspondent central banking model“) implementiert, das heißt, es wurden wechselseitig Wertpapierdepots zwischen allen NZBen eingerichtet. Nach den OeNB-internen Vorbereitungsarbeiten und einer umfassenden EU-weiten Testphase wurde das Korrespondenz-Zentralbanken-Modell am 4. Jänner 1999 erfolgreich in Betrieb genommen.

Auf Basis der in der Studie „Standards for the Use of EU Securities Settlement Systems in ESCB Credit Operations“ festgelegten Kriterien wurden alle Wertpapierabwicklungsstellen, die im Rahmen der geldpolitischen Operationen eingesetzt werden, evaluiert. Der Bericht „Assessment of EU Securities Settlement Systems against the Standards for their use in ESCB credit operations“ vom November 1998 beinhaltet die Ergebnisse der von den NZBen und der EZB durchgeführten Beurteilung der Eignung von insgesamt 29 nationalen Wertpapierabwicklungssystemen in der EU. Das österreichische Wertpapierabwicklungssystem der OeKB hat sich problemlos qualifiziert.

Im Rahmen der „European Central Securities Depositories Association“ (ECSDA), in der die Wertpapieraufbewahrungsstellen (central securities depositories) aus 13 EU-Ländern vertreten sind, besteht eine tragfähige Plattform für einen intensiven Informationsaustausch mit dem ESZB. Die ECSDA-Mitglieder beschäftigen sich derzeit intensiv mit dem Aufbau

eines gemeinsamen Verbunds durch die Implementierung von wechselseitigen Schnittstellen. Im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Verwendung von Sicherheiten ist vorgesehen, daß das Korrespondenz-Zentralbanken-Modell zumindestens mittelfristig durch diese Schnittstellen zwischen den nationalen Wertpapierabwicklungssystemen abgelöst wird. Vor ihrem Einsatz müssen aber diese Schnittstellen zwischen den nationalen Wertpapierabwicklungssystemen hinsichtlich der Erfüllung der Mindeststandards evaluiert werden.

Massenzahlungsverkehr

Projektaktivitäten der STUZZA

Die STUZZA (Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr) erwies sich im Berichtsjahr unter Mitwirkung der OeNB neuerlich als wirksame Projektplattform im Zahlungsverkehr.

Im Rahmen des Projekts „Umstellung auf den Euro“ wurden im Berichtsjahr mehrere Detailprojekte fertiggestellt: Anzuführen ist das neue Scheckabkommen, das die Abwicklung des Scheckeinzugs zwischen Banken ohne Weitergabe des Scheckoriginals vorsieht, die Anpassung des Abkommens über grenzüberschreitende Einzüge an die Situation in der Währungsunion und die Erleichterungen in der Devisenstatistik. Ferner sind die Weiterführung der Vorbereitungsmaßnahmen zur EDIFACT-Umstellung und Studien zur Bargeldlogistik für die Umstellung des Bargelds im Jahr 2002 hervorzuheben.

ARGE SZS

Die „Arbeitsgemeinschaft Sicherheit in Zahlungssystemen“ (ARGE SZS) war 1998 mit Einzelkomponenten (virtuelle Terminalkarte,

Security Module, Einsatz von Quick im Internet, Chip-Attackenszenarien, Krisenablauforganisation) des Quick-Systems sowie mit Sicherheitsaspekten im Bereich der elektronischen Signaturen befaßt. Weiters wurde eine Studie über sicherheitsrelevante Aspekte des von der Bank Austria betriebenen E-Cash-Systems erstellt.

Bargeldumlauf in Österreich und Bargeldsubstitute

Bargeld kann im Sinne der klassischen Funktionen einer Währung als Tauschmittel (Transaktionsmittel), aber auch zur Wertaufbewahrung dienen. Wie auch in anderen Ländern übersteigt der Bargeldumlauf in Österreich den reinen Transaktionsbedarf, das heißt, ein Teil des Bargelds wird im In- und Ausland gehortet. Der Bargeldbedarf für Transaktionszwecke verzeichnet aufgrund neuerer Entwicklungen im elektronischen Massenzahlungsverkehr, insbesondere im Bereich der Zahlungskarten, geringere Zuwächse, jedoch werden noch immer rund 95% aller Zahlungstransaktionen im Massenzahlungsverkehr mit Bargeld abgewickelt.

Der Bargeldumlauf besteht aus dem Banknotenumlauf einschließlich des Scheidemünzenumlaufs, abzüglich der Kassenbestände bei den Kreditinstituten. Die Tabelle „Bargeldaggregate in Österreich“ zeigt die Entwicklung für die Jahre 1996 bis 1998. Aus den Jahresveränderungsraten wird deutlich, daß der Umlauf aller Aggregate zugenommen hat, jedoch mit durchwegs fallenden Raten über die letzten Jahre.

Neben der hohen Bedeutung von Bargeld im Massenzahlungs-

Bargeldaggregate in Österreich

	1996	1997	1998
Banknotenumlauf¹⁾			
in Mio ATS	158.117	163.071	163.087
Veränderung zum Vorjahr in %	+5'8	+3'1	–
Scheidemünzenumlauf¹⁾			
in Mio ATS	7.371	7.614	7.800
Veränderung zum Vorjahr in %	+4'2	+3'3	+2'4
Bargeldumlauf²⁾			
in Mio ATS	142.709	145.390	141.180
Veränderung zum Vorjahr in %	+5'7	+1'9	–2'9

Quelle: OeNB.

¹⁾ Jährliche Durchschnitte jeweiliger Monatsendstände.

²⁾ Banknoten- und Scheidemünzenumlauf abzüglich der Kassenbestände bei den Kreditinstituten.

Bargeldsubstitute in Österreich

	1996	1997	1998
Kreditkartenumsatz¹⁾			
in Mio ATS	40.419	45.121	..
Veränderung zum Vorjahr in %	+17'5	+11'8	..
Durchschnittlicher Wert einer Transaktion in ATS	1.810	1.709	..
Zahlungen an Bankomatkassen¹⁾ (POS-Zahlungen)			
in Mio ATS	11.100	17.829	27.641
Veränderung zum Vorjahr in %	+54'3	+60'6	+55'0
Durchschnittlicher Wert einer Transaktion in ATS	730	743	710
Zahlungen mit elektronischer Geldbörse Quick¹⁾			
in Mio ATS	x	78	127
Durchschnittlicher Wert einer Transaktion in ATS	x	186	114

Quelle: OeNB.

¹⁾ Jährliche Durchschnitte jeweiliger Monatsendstände.

verkehr werden zunehmend auch verschiedene Bargeldsubstitute eingesetzt. So hat die Verbreitung von bzw. die Zahlung mittels Kreditkarten stark zugenommen, ebenso konnte ein starkes Wachstum der Point-of-Sale-Zahlungen (POS-Zahlungen) an Bankomatkassen in den letzten Jahren festgestellt werden.

Finanzmärkte und Finanzintermediäre

Geänderte gesetzliche und ökonomische Rahmenbedingungen

Euroumstellung erfordert Anpassungen bei diversen finanzmarkt-relevanten Gesetzen. Untersuchungen der OeNB über die Auswirkungen der Währungsunion auf das österreichische Bankensystem. Aktivitäten zur Jahr-2000-Umstellung.

Die Einführung des Euro erforderte die Anpassung diverser finanzmarkt-relevanter Gesetze. Nachstehend sind die wichtigsten Änderungen angeführt.

Börsfonds- überleitungsgesetz

Das Börsfondsüberleitungsgesetz gliedert sich in sechs Abschnitte:

Art. I enthält eine Novelle zum Börsegesetz, deren zentraler Punkt die Übertragung der Börseleitung und -verwaltung auf eine private Kapitalgesellschaft ist. Der Art. II betrifft die Überleitung des Wiener Börsfonds und der Wiener Börsekammer in eine GmbH. Die weiteren Artikel umfassen unter anderem Änderungen in folgenden Gesetzen:

- Wertpapieraufsichtsgesetz: Da aufgrund der neuen Bestimmungen des Börsegesetzes in Hinkunft auch für lokale Firmen und anerkannte Wertpapierfirmen mit Drittlandsitz die Möglichkeit besteht, Börsenmitglied zu werden, wurden die entsprechenden Ergänzungen vorgenommen.
- Bankwesengesetz (BWG): Zur Erleichterung des Zugangs ausländischer Teilnehmer zur Wiener Börse werden anerkannte Wertpapierfirmen mit Drittlandsitz und lokale Firmen, die bestimmte Geschäfte¹⁾ betreiben, durch eine Ausweitung der Ausnahmebestimmung vom Anwendungsbereich des Bankwesengesetzes ausgenommen. Des Weiteren wurden die Bestimmungen betreffend Geldwäsche und Großkreditevidenz ausgeweitet bzw. adaptiert.

Investmentfondsgesetz

Mit der Novelle zu diesem Gesetz werden die rechtlichen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für die Bildung von thesaurierenden Fonds, von Dachfonds, von Spezialfonds und von Pensionsinvestmentfonds sowie für die leichtere Fondszusammenlegung geschaffen.

Das Gesetz enthält ferner Regelungen, mit denen die Übertragung der Fondsverwaltung auf Dritte gestattet und die Registrierungsgebühren für Fonds, die mehrere Teilfonds erhalten, angehoben werden. In Hinkunft werden die Anteilsscheine an Kapitalanlagefonds zur Anlage von Mündelgeld geeignet sein. Weiters werden die derzeit für ausländische thesaurierende Fonds geltenden Einkommensteuerregeln mit gewissen Modifikationen auf die neuen inländischen thesaurierenden Fonds übertragen.

Sparkassengesetznovelle

Das Gesetz enthält folgende wesentliche Neuerungen:

- Schaffung der rechtlichen Möglichkeit zur formwechselnden Umwandlung von sogenannten Anteilsverwaltungssparkassen in eine Privatstiftung.
- Einschränkung der Haftung der Gemeinde (sogenannte Gewährsträgerhaftung). Im Falle der formwechselnden Umwandlung einer Anteilsverwaltungssparkasse in eine Privatstiftung beschränkt sich die Gewährsträgerhaftung der Gemeinde auf jene Verbindlichkeiten der operativ tätigen Sparkassen-AG, die bis zu dem auf die Firmenbucheintragung der Umwandlung in eine Privat-

¹ Gemäß Art. II Nr. 20 der Richtlinie 93/6/EWG.

- stiftung folgenden Bilanzstichtag entstanden sind.
- Stärkung des Sektorverbands durch Zulässigerklärung des Abschlusses vertraglicher Vereinbarungen über ein Aufgriffsrecht innerhalb des Sparkassensektorverbands und durch den Verbleib der Privatstiftungen im Sektorverbund.

Haftung wurden die Voraussetzungen für eine Neugründung von Kapitalgesellschaften in Euro und die Umstellung bestehender Kapitalgesellschaften geschaffen. Für Aktiengesellschaften ist als Alternative zur Nennbetragsaktie die Neueinführung von nennwertlosen Stückaktien vorgesehen.

I. Euro-Justiz-Begleitgesetz

Folgende Änderungen sind hervorzuheben:

- Nachfolge für den Diskont- und Lombardzinssatz durch einen Basiszins- bzw. einen Referenzzinssatz (siehe dazu auch Kasten „Nachfolgezinssätze für Diskont- und Lombardsatz in Verträgen“) sowie für den Entfall sonstiger als Wertmesser in Verträgen herangezogenen Zinssätzen (z. B. anstatt dem VIBOR folgt der EURIBOR),
- doppelte Währungsangabe: Das Gesetz sieht vor, daß bei Verträgen zwischen Unternehmern und Verbrauchern, die über den 31. Dezember 2001 hinausreichen, das Entgelt und alle für den Verbraucher wesentlichen Geldbeträge in Schilling und in der Euroeinheit anzugeben sind oder der Verbraucher mindestens schriftlich über die maßgebenden Schilling- und Eurobeträge zu informieren ist;
- die buchhalterische Behandlung von Fremdwährungsforderungen und -verpflichtungen, die auf eine Währungseinheit von WWU-Teilnehmerwährungen lauten, wurde geregelt und die Aktivierung bestimmter Aufwendungen für die Währungsumstellung ermöglicht;
- für Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter

I. Euro-Finanzbegleitgesetz

Das 1. Euro-Finanzbegleitgesetz ist ein Sammelgesetz, das unter anderem die entsprechenden rechtlichen Grundlagen für die Umstellung von Anleihen auf den Euro schafft.

Für die Bundesanleihen wurde im Art. 1 (Euro-Bundesanleihen-umstellungsgesetz) eine eigene Regelung geschaffen und die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur ermächtigt, die Anleihen des Bundes auf Euro umzustellen. Der Art. 2 (Euro-Anleihen-umstellungsgesetz) besagt, daß jeder Emittent Anleihen von Schilling auf Euro umstellen kann.

Sowohl für Bundesanleihen als auch für Anleihen privater Emittenten hat die Umstellung auf der Grundlage der kleinsten Schillingstückelung der Anleihe zu erfolgen, wobei die Nennwerte der Stückelungen mit 0,01 € (das heißt 1 Cent) festzulegen sind. Das kleinste Schillinganleihestück wird bei der Umstellung mit dem Konversionsfaktor umgerechnet und auf Eurobeträge mit zwei Nachkommastellen gerundet. Das Gesamtnominale der in Euro umgestellten Anleihe ergibt sich aus der Summe der umgerechneten und gerundeten Schillingstücke. Die Berechnung von Zinstagen bei umzustellenden Bundesanleihen wird im Einklang mit den anderen europäischen Ländern auf eine kalendermäßige Basis umgestellt.

Mit dem 1. Euro-Finanzbegleitgesetz wurden weitere Gesetze (unter anderem Umsatzsteuergesetz, Einkommensteuergesetz, Versicherungsaufsichtsgesetz, Bankwesengesetz, Bausparkassengesetz, Wertpapieraufsichtsgesetz) geändert und begleitende Maßnahmen für die Einführung des Euro im Steuerrecht geschaffen.

Auswirkungen der Entwicklungen in Asien, Rußland und Brasilien auf den österreichischen Finanzmarkt

Die Finanzkrise in Südostasien führte zur Flucht der Anleger in Qualität und verstärkte sich nach dem Schuldenmoratorium Rußlands. In- und ausländische Investoren zogen vermehrt Kapital aus den Krisenregionen sowie aus anderen aufstrebenden Märkten (Osteuropa, Lateinamerika, Südafrika usw.) ab und veranlagten es zunächst primär in Staatsanleihen von Industrieländern. Diese Kapitalbewegungen führten vorübergehend zu einem beschleunigten Rückgang der Anleiherenditen in diesen Ländern und damit auch in Österreich. In Europa wurden insbesondere deutsche Staatsanleihen favorisiert, weshalb die Anleiherenditen in Deutschland stärker zurückgingen als in Österreich und anderen EU-Ländern.

Ähnlich wie die Börsen der meisten Industrieländer reagierte auch die Wiener Börse mit einer Baisse auf die Zahlungsunfähigkeit Rußlands, die anhaltende Finanzkrise in Asien, den befürchteten weltweiten Wirtschaftsabschwung und die Probleme des amerikanischen Hedge Fund „Long Term Capital Management (LTCM)“. Im Gegensatz zu den meisten internationalen Börsen haben sich die Kurse an der Wiener

Börse seit dem Tiefpunkt der Baisse Anfang Oktober 1998 bis Ende des Jahres nur wenig erholt. Die vergleichsweise hohe Präsenz österreichischer Großbanken und Industrieunternehmen in Rußland könnte eine Ursache dafür sein.

Studien zur Finanzmarktstabilität

Die von der OeNB erstellten Studien¹⁾ stellen die durch die WWU induzierten bankenrelevanten Entwicklungen dar und zeigen mögliche Risikobereiche auf. Da die Euromstellung unterschiedlich starke Effekte auf die einzelnen Finanzmarktteilnehmer bzw. Geschäftsbereiche haben wird, wurden jene Bereiche herausgefiltert und intensiver behandelt, die von der Euroeinführung stärker betroffen sein werden und im Hinblick auf die Systemstabilität eine größere Bedeutung für den österreichischen Finanzmarkt haben. Ferner hat die OeNB 1998 in Zusammenarbeit mit der OeKB wieder eine aktualisierte Fassung der Broschüre „The Austrian Financial Markets, a Survey of Austria's Capital Markets“ veröffentlicht.

Jahr-2000-Umstellung

Die das Jahr 2000 betreffenden Umstellungsstandards bei den österreichischen Kreditinstituten werden von der OeNB koordiniert mit dem BMF durchgeführt. Im Juni 1998 wurde ein Empfehlungspapier an die österreichischen Kreditinstitute übersandt, das auf die wesentlichsten diesbezüglichen Anforderungen hinwies.

Ferner wurden mit Hilfe von zwei Fragebögen, und zwar im Jänner sowie November 1998 bei einer repräsentativen Stichprobe von österreichischen Kreditinsti-

¹ „Finanzmarktstabilitätsanalyse im Hinblick auf die Euroauswirkungen in Österreich“ und „Auswirkungen der Währungsunion auf das österreichische Bankensystem aus gesamtwirtschaftlicher Sicht“.

ten, die strategischen Zielsetzungen im Hinblick auf die Jahr-2000-Umstellung sowie die geplanten Testläufe und die Notfallmaßnahmen erhoben. Die Ergebnisse aus den Fragebögen zeigten, daß die Banken generell sehr gut für die Jahr-2000-Umstellung vorbereitet sind.

Aufgrund der Tragweite der Jahr-2000-Thematik wurden in der OeNB – nach Vorarbeiten seit 1996 – im Jahr 1997 zwei Projekte (IT-Systeme, konventionelle Infrastruktur) gestartet, mit denen sichergestellt werden soll, daß es durch den Jahrtausendwechsel zu keiner Beeinträchtigung des Geschäftsbetriebs der OeNB kommt. Die Arbeiten sollen zu Jahresmitte 1999 abgeschlossen sein. Bezüglich der Jahr-2000-Thematik hat die OeNB überdies laufend Kontakt mit nationalen und internationalen Partnern. Insbesondere sind die Jahr-2000-Aktivitäten der OeNB mit den entsprechenden ESZB-weiten Vorbereitungen abgestimmt.

Mitwirkung der OeNB bei der Bankenaufsicht

Seit 1. Jänner 1998 haben österreichische Kreditinstitute ihr Marktrisiko mit Eigenmitteln zu unterlegen. Die Berechnungsmethode für das Eigenmittelerfordernis folgt entweder einem im BWG vordefinierten Standard oder über den Einsatz eines internen Value-at-Risk (VaR)-Modells¹). Der OeNB wurde die Aufgabe übertragen, die inhaltliche Richtigkeit in quantitativer und qualitativer Sicht zu überprüfen und entweder einen Prüfbericht oder bei Einsatz eines internen VaR-Modells ein Gutachten darüber für das BMF zu erstellen. Das positive OeNB-Gutachten ist

eine Voraussetzung dafür, daß Kreditinstitute ihr Eigenmittelerfordernis mit einem solchen Modell berechnen dürfen.

1998 wurden Gutachten über den Modelleinsatz von drei österreichischen Kreditinstituten erstellt und dem BMF zur Verfügung gestellt. Weiters wurde in Form von §-70-BWG-Prüfungen die Umsetzung und Einhaltung der in österreichisches Recht übergeführten Kapitaladäquanzbestimmungen evaluiert.

Die entsprechenden BWG-Bestimmungen sind zweifellos ein Meilenstein im österreichischen Bankenaufsichtsrecht, deren richtige Umsetzung hohe Anforderungen an das Know-how von Kommerzbanken und OeNB stellen. Im Sinne einer gezielten Informationspolitik wurde ein erster Leitfaden erstellt, der das allgemeine Marktrisiko in Schudtiteln gemäß § 22 h BWG und die Zerlegung von Zinsinstrumenten gemäß § 22 e BWG behandelt.

Wie jedes Jahr wurden auch 1998 im Rahmen der Bankenaufsicht auf Empfehlung der Expertenkommission routinemäßige und anlaßbezogene Vor-Ort-Prüfungen bei österreichischen Banken durchgeführt.

¹ Ein internes Modell – auch als Value-at-Risk (VaR)-Modell bezeichnet – ist ein statistisches Modell, mit dem für ein vorgegebenes Konfidenzniveau der maximale Verlust eines Wertpapierportfolios bei einer bestimmten Haltedauer berechnet wird.

Kreditinstitute

Struktur

Der seit Jahren bereits feststellbare Trend der Übernahme kleinerer Kreditinstitute durch größere Organisationseinheiten setzte sich im Jahr 1998 insbesondere in den mehrstufigen Sektoren verstärkt fort. Vor allem im Raiffeisensektor, auf den mehr als 70% der Fusionen entfielen, gelang es aufgrund regionaler Zusammenschlüsse, Synergieeffekte durch die Schaffung größerer Einheiten zu erzielen. Die Anzahl der Kreditinstitute hat sich im Jahr 1998 um 25 Hauptanstalten auf 970 verringert.

Das Filialnetz der Kreditinstitute wurde um 115 Standorte reduziert. Auch die Anzahl der österreichischen Auslandsfilialen erfuhr im Berichtsjahr eine Verminderung von 24 auf 20. Von diesen waren 1998 8 in der EU ansässig (1997: 13). Von ausländischen Kreditinstituten wurden 1998 in Österreich 16 Banken (1997: 19), 12 Zweigstellen (1997: 7) und 31 Repräsentanzen (1997: 33) betrieben. In diesem Bereich ist ein Trend zur Umwandlung bisher rechtlich selbständiger Tochtergesellschaften in unselbständige Zweigniederlassungen von ausländischen Banken erkennbar. Aus der

EU stammen 8 Kreditinstitute und 10 Zweigstellen.

Geschäftsentwicklung

Die Ausweitung der Bilanzsumme hat 1998 mit einem Zuwachs von 10,3% im Vergleich zu 1997 (+6,2%) deutlich an Dynamik gewonnen, wobei allerdings mehr als die Hälfte des Zuwachses auf den inländischen Zwischenbankverkehr zurückzuführen ist.

Die Gesamteinlagen von inländischen Nichtbanken in Schilling und Fremdwährung nahmen 1998 mit 110,1 Mrd S (8 Mrd €; +5,0%) deutlich stärker zu als 1997 (+38,9 Mrd S, 2,8 Mrd €). Ausschlaggebend dafür ist der Zuwachs im Schillingbereich: Sowohl die Sichteinlagen (+44,0 Mrd S, 3,2 Mrd €), als auch die Termineinlagen (+47,9 Mrd S, 3,5 Mrd €) wuchsen deutlich stärker als im Vorjahr. Die Schillingspareinlagen stiegen hingegen mit einer Zunahme von 29,9 Mrd S (2,2 Mrd €) etwas schwächer als 1997. Die Fremdwährungseinlagen reduzierten sich 1998, nachdem sie 1997 nur um 0,5 Mrd S (26 Mio €) zurückgegangen waren, um 11,7 Mrd S (850 Mio €) und machen rund 6% der Gesamteinlagen aus. Auch der Umlauf eigener Inlandsemissionen an Nichtbanken, der 1997 noch leicht gewachsen war, verringerte sich um 27,3 Mrd S (2 Mrd €).

Die an inländische Nichtbanken vergebenen Schilling- und Fremdwährungsdirektkredite entwickelten sich 1998 mit 3,9% etwas dynamischer als 1997. Im Gegensatz dazu haben die titrierten Kredite an inländische Nichtbanken mit 6,1% wesentlich stärker abgenommen als

Anzahl der Kreditinstitute und Bankstellendichte

	Hauptanstalten	Niederlassungen	Bankstellen insgesamt	Bankstellendichte ¹⁾
1985	1.241	4.090	5.331	1.419
1990	1.210	4.497	5.707	1.360
1995	1.041	4.686	5.727	1.406
1996	1.019	4.694	5.713	1.412
1997	995	4.691	5.686	1.422
1998	971	4.576	5.547	1.458 ²⁾

Quelle: OeNB.

¹⁾ Einwohner pro Bankstelle.

²⁾ Vorläufiger Wert.

Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute

	1997		1998	
	Stand in Mrd ATS	Veränderung in %	Stand in Mrd ATS	Veränderung in %
Bilanzsumme	5.999'8	+ 6'2	6.616'8	+10'3
Aktiva				
Direktkredite an inländische Nichtbanken	2.651'5	+ 3'6	2.756'0	+ 3'9
davon: in Schilling	2.429'8	+ 1'6	2.420'5	- 0'4
in Fremdwährung	221'7	+32'2	335'5	+51'4
Auslandsaktiva	1.450'1	+15'6	1.523'8	+ 5'1
Passiva				
Einlagen von inländischen Nichtbanken	2.183'9	+ 1'8	2.294'0	+ 5'0
davon: Spareinlagen	1.617'8	+ 2'1	1.647'7	+ 1'8
Fremdwährungseinlagen	159'1	- 0'3	147'4	- 7'3
Auslandspassiva	1.649'3	+19'5	1.746'7	+ 5'9

Quelle: OeNB.

1997, was vor allem auf die gesunkene Bedeutung der Bundesschatzscheine zurückzuführen ist.

Der Zuwachs des Auslandsgeschäfts verlangsamte sich sowohl aktiv- als auch passivseitig. Mit 5'1 bzw. 5'9% lagen die Zuwächse auch weit unter dem Bilanzsummenwachstum. Insbesondere beim Wachstum des Zwischenbankverkehrs mit ausländischen Kreditunternehmen kam es zu abgeschwächten Zunahmen. Der Anteil des Auslandsgeschäfts an der Bilanzsumme belief sich zu Jahresende auf 24'7% (1997: 25'8%).

Im Bereich der besonderen außerbilanzmäßigen Finanzgeschäfte war im Jahresverlauf – nach einem Einbruch im August – ein in Summe leichter Rückgang um 224'4 Mrd S (16'3 Mrd €; -3'6%) auf einen Gesamtstand von 6.587 Mrd S (478 Mrd €) zu beobachten, der vor allem von den Zinssatzverträgen ausging.

Ertragslage

Das Betriebsergebnis der inländischen Kreditinstitute lag im Jahr 1998 um 8'8% über dem Wert der Vergleichsperiode 1997.

Der Nettozinsertrag verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 2'4% und setzte somit den Abwärtstrend der letzten Jahre fort. Im Gegensatz zum Jahr 1997 stiegen zwar die zins- und zinsähnlichen Erträge um 3'9%, die zins- und zinsähnlichen Aufwendungen erhöhten sich allerdings mit 6'5% etwas stärker. Im zinsabhängigen aktivseitigen Kundengeschäft verringerte sich in den letzten zwölf Monaten die Verzinsung von durchschnittlich 6'0 auf 5'7%, auch im vergleichbaren Passivgeschäft ging die Verzinsung von 3'3 auf 3'2% zurück, sodaß die Nettozins-ertragsspanne von 2'7 auf 2'5% abnahm. Im Jahr 1998 gab es weiterhin eine Verlagerung der Erträge zum nichtzinsabhängigen Geschäft. Die Erträge aus dem Wertpapier- und Beteiligungsgeschäft betrugen 19'1 Mrd S (1'4 Mrd €) und übertrafen somit das Aufkommen des Jahres 1997 um 6'1 Mrd S (443 Mio €).

Der Saldo aus dem Provisionsgeschäft lag um 11,4% höher und belief sich auf 33 Mrd S (2,4 Mrd €). Der Anteil des Provisionsgeschäfts an den gesamten Betriebserträgen beträgt rund 20%. Der Ertragssaldo aus Finanzgeschäften – das Ergebnis des Eigenhandels der Banken mit Wertpapieren, Devisen, Derivaten und Edelmetallen – betrug im Jahr 1998 9,1 Mrd S (661 Mio €) und war damit um 6,9% höher als 1997. Die sonstigen betrieblichen Erträge erreichten 17,3 Mrd S (1,3 Mrd €) und lagen damit knapp höher als 1997. Unter Einbeziehung aller Ertragspositionen errechneten sich Betriebserträge in der Höhe von 165,7 Mrd S (12,0 Mrd €), die um 5,5% höher waren als im Jahr 1997.

Auf der Aufwandsseite sind die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen um 4,4% auf 93,9 Mrd S (6,8 Mrd €) angestiegen. Hierbei stiegen der Personalaufwand um 2,4% und der Sachaufwand um 7,7%. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände nahmen um 7,7% zu. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren mit 10,8 Mrd S (785 Mio €) um 0,9% niedriger als im Vergleichszeitraum 1997. Die Betriebsaufwendungen stiegen insgesamt um 4,1%.

Für 1998 ergibt sich somit ein Betriebsergebnis von 52,9 Mrd S (3,8 Mrd €). Der zusätzliche Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich wird mit 30,1 Mrd S (2,2 Mrd €) deutlich über jenem der Vergleichsperiode 1997 (23,5 Mrd S oder 1,7 Mrd €) angesetzt. Aus der Auflösung/Dotation von Wertberichtigungen für Wertpapiere und Beteiligungen wird ein Ertrag von 6,6 Mrd S (480 Mio €) erwartet. Damit ergibt sich ein erwartetes Ergebnis der gewöhn-

Zinserträge und Zinsaufwendungen

im Nichtbankengeschäft

	1997	1998
Forderungen an Kunden		
Erträge in Mrd ATS	184,5	184,0
Durchschnittsstand in Mrd ATS	3.081,6	3.209,7
Durchschnittliche Verzinsung in % p. a.	5,99	5,73
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Aufwendungen in Mrd ATS	80,9	82,1
Durchschnittsstand in Mrd ATS	2.473,2	2.550,7
Durchschnittliche Verzinsung in % p. a.	3,27	3,22

Quelle: OeNB.

lichen Geschäftstätigkeit von 29,4 Mrd S (2,1 Mrd €) gegenüber 27 Mrd S (2,0 Mrd €) im Jahr 1997. Unter Einrechnung des erwarteten außerordentlichen Ergebnisses und gegenüber dem Vorjahr geringeren erwarteten Steuerzahlungen rechnen die Kreditinstitute für das gesamte Jahr 1998 mit einem Jahresüberschuß von 22,4 Mrd S (1,6 Mrd €), der damit um 15,5% über dem vergleichbaren Schätzwert für 1997 liegt.

Versicherungen, Pensionskassen, Investmentfonds, Bausparkassen

Versicherungen

Im Laufe des Jahres 1998 erhöhte sich die Zahl der Vertragsversicherungsunternehmen in Österreich durch zwei Neuaufnahmen und eine Fusion auf 72. Davon waren 52 österreichische Aktiengesellschaften, 5 österreichische Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und 15 Zweigniederlassungen ausländischer Versicherungsunternehmen.

Die gesamten Vermögensanlagen der heimischen Versicherungswirtschaft wuchsen 1998 deutlich schwächer als im Vorjahr (4,3 gegenüber 6,9%). Ausschlaggebend dafür war vor allem die stagnierende Entwicklung im dritten Quartal 1998.

Die größten Zuwächse fanden dabei im Bereich der Auslands-

aktiva, der „Anteilswerte und sonstiger inländischer Wertpapiere“ sowie der „Darlehen an inländische Kreditinstitute“ statt, deren Wachstum zwischen 22 und 26% betrug. Deutliche Rückgänge gab es dagegen bei den inländischen Rentenpapieren.

Pensionskassen

Die Zahl der österreichischen Pensionskassen hat sich im Jahr 1998 durch die Gründung von 2 neuen betrieblichen Pensionskassen auf insgesamt 17 erweitert. Diese verwalteten per Ende 1998 einen Vermögensbestand von 64,4 Mrd S (4,7 Mrd €), wovon 18,5 Mrd S (1,3 Mrd €) auf die 10 betrieblichen und 45,9 Mrd S (3,3 Mrd €) auf die 7 überbetrieblichen Pensionskassen entfielen.

Der rasante Volumenanstieg (+48%) der Vermögensbestände der letzten Jahre setzte sich auch 1998 ungebrochen fort. Die beiden neuen betrieblichen Pensionskassen trugen mit einem Anteil von 8,4% zum Jahresanstieg bei.

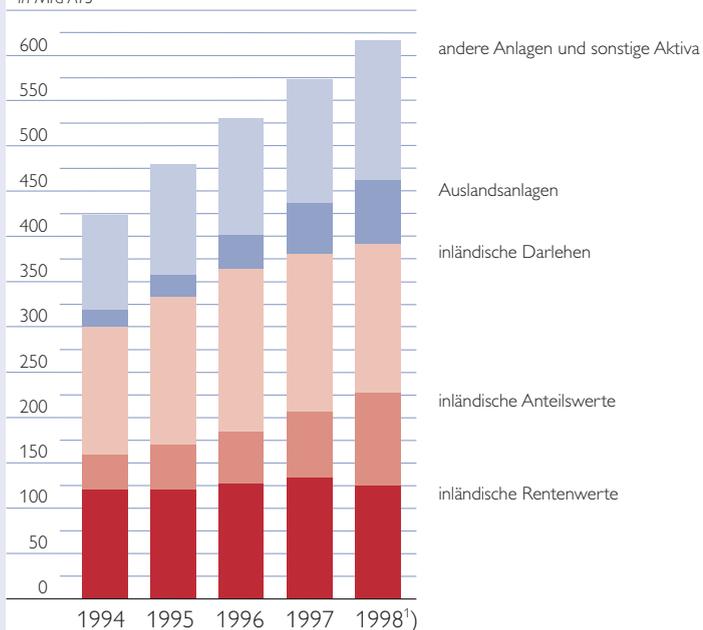
Das Veranlagungsmanagement wird zunehmend von Portfoliomanagern inländischer Kapitalanlagegesellschaften durchgeführt. So betrug der Anteil des inländischen Investmentfondsvolumens am Gesamtvermögen der Pensionskassen bereits 81% (1997: 77%). Das verbleibende Volumen wurde überwiegend in ausländischen Investmentzertifikaten (Anteil am Gesamtvermögen: 5%) und inländischen Rentenwerten (4%) veranlagt.

Zum Jahresende 1998 verwalteten die überbetrieblichen Pensionskassen knapp über 70% des Gesamt-

Vermögensbestand

der Vertragsversicherungsunternehmen

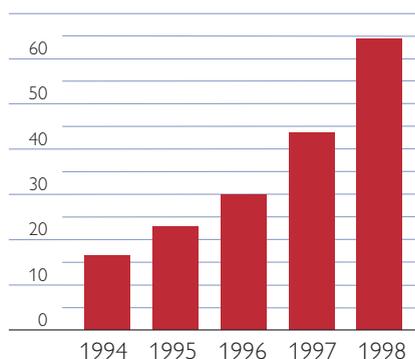
in Mrd ATS



Quelle: OeNB.
¹⁾ Schätzwerte.

Vermögensbestand der Pensionskassen

in Mrd ATS



Quelle: OeNB.

vermögensbestands der Pensionskassen. Der Marktanteil der überbetrieblichen Pensionskassen hat im Berichtsjahr gegenüber den betrieblichen leicht abgenommen. Ein Vergleich über mehrere Jahre zeigt jedoch eine deutliche Marktanteilsverschiebung zu den überbetrieblichen Pensionskassen.

Investmentfonds

Um die Wettbewerbssituation der heimischen Kapitalanlagegesellschaften zu stärken, hat der österreichische Gesetzgeber das Investmentfondsgesetz novelliert. Die Novelle ist mit 1. März 1998 in Kraft getreten und umfaßt neben Maßnahmen zur praxis- und marktgerechteren Verwaltung der Investmentfonds auch die Möglichkeit, eine Reihe neuer Investmentfondsprodukte aufzulegen. Dazu zählen die Spezial-, Dach-, Thesaurierungs- und Pensionsinvestmentfonds.

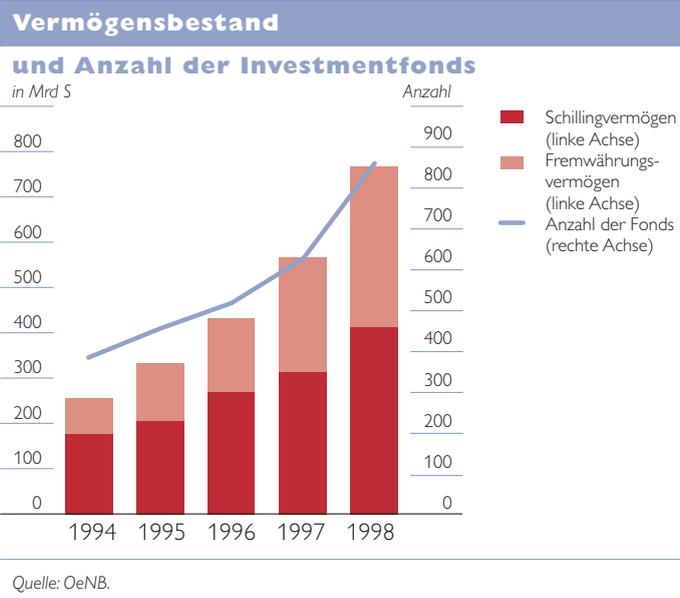
Das dynamische Wachstum der heimischen Investmentfonds setzte sich trotz zeitweise aufkommender Krisenstimmung auf den internationalen Wertpapiermärkten weiter fort und verzeichnete mit einem Volumenswachstum von 35% die expansivste Entwicklung seit neun Jahren.

Ende Dezember 1998 verwalteten die 24 österreichischen Kapitalanlagegesellschaften mit ihren 858 aufgelegten Investmentfonds einen Vermögensbestand von 766 Mrd S (55,7 Mrd €); dies entspricht 29% des BIP.

Vom gesamten Vermögenszuwachs in Höhe von 199 Mrd S (14,5 Mrd €) oder 35% gegenüber 1997 entfielen 35% auf inländische Rentenwerte, gefolgt von den ausländischen Rentenwerten mit 24% und den ausländischen Aktien und Beteiligungspapieren mit 22%.

Wie im Vorjahr war auch 1998 eine Tendenz zur Verlagerung von Rentenwerten hin zu Aktien zu beobachten. So stieg der Anteil der Aktienveranlagung am Gesamtvermögensbestand von 13,9% im Jahr 1997 auf 16,9% im Berichtsjahr. Der Anteil der Rentenwerte sank hingegen von 75,3 auf 71,0%. Ab März 1998 hat der Gesetzgeber die Bildung von Dachfonds zugelassen, die es erlauben, Investmentzertifikate bis zu 100% in das Portfolio der Fonds einzustellen. Dies hat zu einem Volumensanstieg der Investmentzertifikate von rund 19 Mrd S (1,4 Mrd €) geführt, sodaß ihr Anteil am Gesamtvolumen des Vermögensbestands der Investmentfonds von 0,2% im Jahr 1997 auf 2,6% im Berichtsjahr gestiegen ist.

Eine weitere Verschiebung zeigt sich von den Inlands- zu den Auslandsveranlagungen. Flossen 1997 noch rund 60% des Vermögenszuwachses in ausländische Wertpapiere, so hat im Berichtsjahr wiederum der Mittelzufluß auf dem heimischen Markt leicht überwogen. Der prozentuelle Zuwachs der Auslandsveranlagungen ist jedoch nach wie vor eineinhalbmal so hoch wie der Zuwachs der Inlandsveranlagungen.



Eine massive Verlagerung ins Ausland besteht wie schon 1997 im Aktienbereich. So wurde 1998 rund sechseinhalbmal mehr in Aktien auf ausländischen Kapitalmärkten investiert als im Inland.

Die Attraktivität der Investmentfonds bei inländischen Nichtbanken war auch im Berichtsjahr ungebrochen. So wurden rund 40% (78 Mrd S oder 5,7 Mrd €) des Gesamtvermögensanstiegs von inländischen nichtfinanziellen Unternehmen und Privaten erworben. Inländische Banken nahmen 30 Mrd S (2,2 Mrd €) und in-

ländische Vertragsversicherungen 34 Mrd S (2,5 Mrd €) in ihr Portfolio. Auch das Interesse der ausländischen Anleger war mit einem Plus von rund 14 Mrd S (1 Mrd €) relativ groß. Die Bestände des Staats stiegen um 6,4 Mrd S (465 Mio €).

Bausparkassen

Die österreichischen Bausparkassen konnten im Jahr 1998 trotz starker Konkurrenz ihre Stellung im Markt halten.

Alle relevanten Kenngrößen wie die Anzahl der Verträge oder die Gesamtvertragssumme verzeichneten 1998 moderate Zunahmen. Auch konnten wieder mehr Neuabschlüsse getätigt werden als noch im Jahr zuvor, ohne daß jedoch der Wert von 1996 erreicht wurde. Im Gegensatz dazu ist bei den tatsächlichen Bauspareinlagen, den aushaftenden Darlehen sowie der Finanzierungsleistung ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Die Anzahl der Baugeldzuteilungen ging neuerlich deutlich zurück. Durch die Erhöhung der durchschnittlichen Gesamtvertragssumme von 700.000 S auf beinahe 850.000 S konnte die Gesamtvertragssumme aller Baugeldzuteilungen jedoch annähernd gehalten werden.

Aktien- und Rentenmarkt

Nach kurzfristiger Erholung zu Jahresbeginn Fall der Aktienkurse. Gegen Jahresende wieder leichte Erholung. Weiterer Rückgang bei langfristigen Zinsen. Neuemissionen erfolgten überwiegend durch Bund. Umlauf an Rentenwerten stieg auf 1.720 Mrd S (125'0 Mrd €).

Nachdem zu Jahresbeginn noch die Auswirkungen der Währungskrise in Asien auf den internationalen Märkten spürbar gewesen waren, kam es im Frühjahr wieder zu markanten Kursanstiegen. Auch der Wiener Aktienmarkt verzeichnete in den ersten fünf Monaten des Jahres 1998 eine deutliche Aufwärtsbewegung. Am 26. Mai 1998 erreichte der ATX-Index mit 1.628'6 Punkten seinen Jahreshöchstwert. Nach einer Konsolidierungsphase kam es im August – ausgelöst durch die Rußlandkrise – auf den internationalen Aktienmärkten zu kräftigen Kurseinbußen. Wie schon in der Vergangenheit wurden kleine Börseplätze – wie die Wiener Börse – besonders stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Wiener Börse fiel in nur wenigen Wochen auf das Kursniveau vom Herbst 1997. Fast alle Blue Chips mußten drastische Kursrückgänge hinnehmen. Nach dem Jahrestiefstwert von 982'1 am 1. Oktober 1998 konnten die ausgeprägten Kursverluste im weiteren Jahresverlauf zum Teil wieder wettgemacht werden, sodaß der ATX Ende Dezember mit 1.120'8 Punkten schloß; verglichen mit dem Jahresultimo 1997 verlor er 174 Punkte bzw. 13'5%. Im Vergleich zu seinem Jahreshöchstwert büßte der Fließhandelsindex nahezu 500 Punkte oder 30% ein. Von den Fließhandelswerten verzeichneten im Berichtsjahr nur 7 Titel Kursgewinne, 13 beendeten das Jahr mit Kursverlusten. Dieselbe Entwicklung spiegelt auch der breitere Wiener Börse Index (WBI) wider.

Die Marktbeanspruchung war 1998 deutlich geringer als 1997. Im

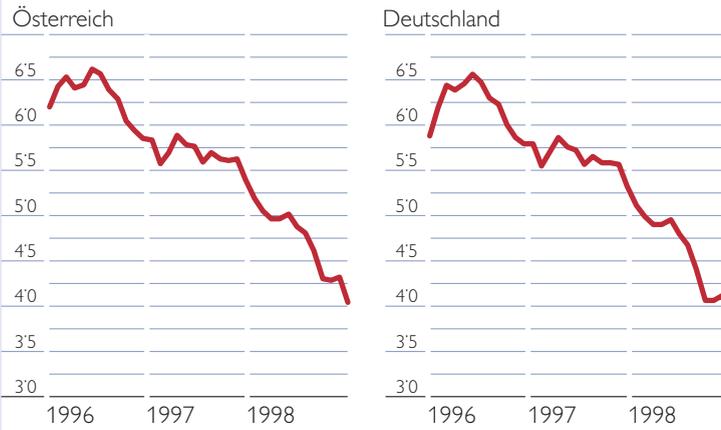


gesamten Jahr gab es lediglich zwei Börseneinführungen, mit denen 1'7 Mrd S (123 Mio €) aufgebracht wurden; 1997 waren es 37'6 Mrd S (2'7 Mrd €) gewesen. Infolge einiger Notierungslöschungen reduzierte sich die Zahl der an der Wiener Börse notierten Aktien 1998 von 118 auf 112. Ihr Gesamtkurswert verminderte sich von 452 Mrd S (32'9 Mrd €) auf 340 Mrd S (24'7 Mrd € oder 12'9% des BIP).

Die österreichischen Kapitalmarktinzinsen waren 1998 weiter

Benchmarkrenditen Österreich – Deutschland**für zehnjährige Bundesanleihen**

Monatsdurchschnitt in % p. a.



Quelle: Oesterreichische Kontrollbank, Deutsche Bundesbank.

rückläufig. Die Benchmarkrendite für Anleihen mit zehn Jahren Laufzeit sank – gemessen an den Monatsdurchschnittswerten – um 1,35 Prozentpunkte auf 4,05% und erreichte damit einen historischen Tiefstand.

Auch nach der Vorankündigung der bilateralen Umrechnungskurse für die an der Währungsunion teilnehmenden Währungen Anfang Mai 1998 blieb der Zinsabstand zu vergleichbaren D-Mark-Papieren bestehen. Als Reaktion auf die zunehmende Volatilität auf den internationalen Finanzmärkten zogen die Anleger liquide Benchmarkanleihen und Anlagen auf den großen Eurokapitalmärkten vor. Daher weitete sich der Renditenabstand in kleinen Euroländern wie Österreich gegenüber Deutschland seit dem Sommer sogar noch merklich aus: Gemessen an der Benchmarkrendite für zehnjährige Bundesanleihen lag der österreichische Wert im ersten Halbjahr 1998 um 8 Basispunkte über dem vergleichbaren deutschen Satz, in der zweiten Jahreshälfte weitete sich der

Renditenabstand auf 21 Basispunkte aus. Im Jahresdurchschnitt betrug dieser 14 Basispunkte gegenüber 4 Basispunkten 1997.

Die Renditenstrukturkurve (gemessen an den Fälligkeitsrenditen) hat sich im Jahresvergleich über den gesamten Laufzeitenbereich deutlich (um 106 bis 137 Basispunkte) nach unten verschoben. Der Rückgang war – vor allem in den kürzeren Laufzeiten – in der ersten Jahreshälfte deutlich ausgeprägter als im zweiten Halbjahr. Im Vergleich zu Deutschland war der Rückgang der Renditenstrukturkurve im kurzen Laufzeitenpektrum etwas stärker, im mittleren und langen Bereich hingegen etwas geringer.

Die Nachfrage des Auslands nach österreichischen festverzinslichen Wertpapieren hat gegenüber dem Vorjahr neuerlich angezogen (siehe die Entwicklung zur österreichischen Zahlungsbilanz im Kapitel „Währungspolitik in Österreich im Übergang zur WWU“). Vor allem Emissionen des Bundes wurden vermehrt nachgefragt. Darin spiegeln sich die fortgesetzten Bemühungen, die Liquidität und die Transparenz des österreichischen Marktes zu verbessern. So hat der Bund durch Aufstockungen von Anleihen weiterhin hohe Volumina und dadurch liquide Emissionen erreicht.

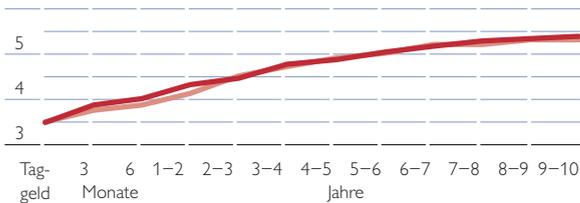
Der Umlauf an Rentenwerten stieg 1998 um 97 Mrd S (70 Mrd €) auf 1.720 Mrd S (1250 Mrd €). Die Erhöhung entfiel zum weitaus überwiegenden Teil auf Emissionen des Bundes. Die Inanspruchnahme des Rentenmarktes durch die Banken war infolge deutlich höherer Tilgungen als in den Jahren zuvor netto sogar rückläufig. Das Bruttoemissionsvolumen be-

Zinskurven Österreich – Deutschland

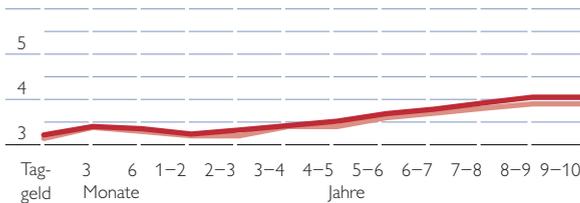
Geldmarktsätze bzw. Bundesanleihen nach Restlaufzeiten

in % p. a.

Dezember 1997



Dezember 1998



— Österreich — Deutschland

Quelle: Oesterreichische Kontrollbank, Deutsche Bundesbank.

trug 1998 334 Mrd S (243 Mrd €). Knapp die Hälfte davon entfiel auf den Bund, 43% auf Bankenemissionen und 1% auf ausländische Emittenten.

Reformen im Zusammenhang mit der Wiener Börse

Nach der Einführung einer Bundeswertpapieraufsicht und der Verschmelzung der Österreichischen Termin- und Optionenbörse (ÖTOB) mit dem Kassamarkt der Wiener Börse im Jahr 1997 wurden im Geschäftsjahr 1998 weitere wichtige Reformschritte gesetzt. Der Übergang der Leitung und Verwaltung der Wiener Börse von der öffentlich-rechtlichen Börsekammer auf ein privatrechtliches Börseunternehmen – Wiener Börse AG – wurde vollzogen.

Weiters wurde mit der Deutschen Börse ein Kooperations-

abkommen abgeschlossen. So soll in der zweiten Jahreshälfte 1999 das Handelssystem der Frankfurter Börse – Xetra – eingeführt werden. Damit können über 200 zusätzliche Marktteilnehmer gewonnen und die Transaktionskosten wesentlich reduziert werden. Zudem soll eine gemeinsame Osteuropa-Börse unter Einbindung aller Ostnotierungen von Frankfurt für den Kassamarkt gegründet werden.

Mit 1. Jänner 1999 trat in Österreich das Übernahmegesetz in Kraft, das bei einer Übernahme von Aktien von mehr als 50% eindeutige Rechte der Minderheitsaktionäre schafft und für den Bereich zwischen 25 und 50% eine Besserstellung bringt. Eine eigens eingerichtete „Übernahmekommission“ soll dabei prüfen, ob in diesem „Grauzonenbereich“ eine Kontrolle über eine Gesellschaft zustande gekommen ist.

Derivative

Organisierter Terminmarkt in Österreich - ÖTOB

Zentrales Ereignis für den Terminmarkt in Österreich war 1997 die Fusion mit dem Kassamarkt zur Wiener Börse AG. Hinsichtlich der Produktpalette wurde nach Auslaufen der Austrian-Government-Bonds-(AGB-)Optionen bereits zu Ende 1997 per Dezember 1998 auch der Handel mit AGB-Futures aufgelassen. Die neuen Ostwerte haben im Jahr 1998 nicht die Umsatzwerte des Vorjahres erreicht: Konnten im Jahr 1997 noch Kontrakte mit einem Volumen von 87 Mrd S (6,3 Mrd €) gehandelt werden, so wurden im Jahr 1998 lediglich 64 Mrd S (4,7 Mrd €) Kontraktwerte umgesetzt.

bilanzmäßigen Geschäften 6.409 Mrd S (465,8 Mrd €). Dies bedeutet im Vergleich zu 1997 ein Wachstum von 4,6%. Dabei bilden die Zinssatzverträge (durchschnittliche Monatsendstände 4.503 Mrd S oder 327 Mrd €) und die Wechselkursverträge (1.848 Mrd S, 134 Mrd €) die stärksten Teilmärkte.

BIZ-Survey 1998

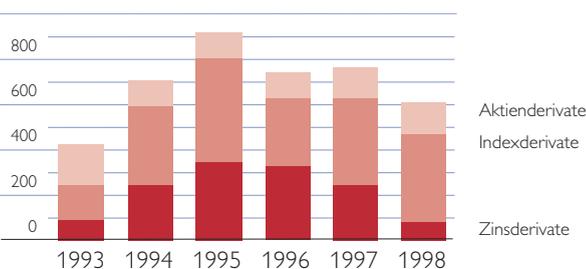
Die BIZ führt eine Erhebung über die Umsätze im Devisen- und Derivativhandel in dreijährigen Abständen durch.¹⁾ Der Umsatz auf dem österreichischen Devisenmarkt bestehend aus Kassa-, Termin- und Devisentauschgeschäften betrug im April 1998 209,8 Mrd US-\$. Dies entspricht einem durchschnittlichen Tagesumsatz von 10,5 Mrd US-\$ an den 20 Handelstagen im April 1998. Der Umsatz an Derivatgeschäften – bestehend aus Devisentauschgeschäften, außerbörslichen Devisenoptionen und Zinsinstrumenten (Zinstermingeschäfte, Zinsswaps, Zinsoptionen) betrug im April 91,9 Mrd US-\$, dies entspricht einem Tagesumsatz von 4,6 Mrd US-\$. Im Vergleich zu 1995 hat sich der tägliche Umsatz von damals um rund 2,3 Mrd US-\$ verdoppelt.

Die Gesamtumsätze im Devisen- und Derivativhandel sind seit 1995 um 7% angestiegen, wobei – wie schon erwähnt – eine Verschiebung von traditionellen Devisengeschäften zu komplexeren Derivatgeschäften stattgefunden hat.

Wie schon im Jahr 1995 waren die am häufigsten gehandelten Währungspaare US-Dollar/D-Mark (Marktanteil 44%), gefolgt von Schilling/US-Dollar (18%) und Schilling/D-Mark (7%).

Kontraktvolumen an der ÖTOB

in Mrd ATS



Quelle: ÖTOB.

Besonderes außerbilanzmäßiges Geschäft gemäß § 22 BWG

Die im Monatsausweis der Kreditinstitute erfaßten besonderen außerbilanzmäßigen Finanzgeschäfte (Zinssatz-, Wechselkurs-, Edelmetall- und Warenverträge, wertpapierbezogene und sonstige Geschäfte) geben Aufschlüsse über die Struktur des Derivatmarktes. Im Jahr 1998 betrug der durchschnittliche Monatsendstand an besonderen außer-

¹⁾ Die österreichischen Ergebnisse der Umsatzdaten hat die OeNB im April 1998 in einer Presseausendung veröffentlicht. Die BIZ veröffentlicht die aggregierten Daten aller meldenden Länder auf ihrer Internet-Web-Site: <http://www.bis.org>.

Entwicklungen in der Europäischen Union

Neben den Vorbereitungen auf den Übergang zum Euro (siehe auch Kapitel „Vom Schilling zum Euro“) und der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit 6 Ländern (siehe Kasten „Die Erweiterung der Europäischen Union“) bestimmten vor allem zwei Themen das Geschehen in der EU: zum einen die Verhandlungen um die künftige Finanzierung der Aufgaben der Gemeinschaft, die Agenda 2000, zum anderen das Thema Beschäftigung, dem vor allem in der zweiten Jahreshälfte unter österreichischer Präsidentschaft hohe Priorität eingeräumt wurde.

In der Diskussion über die Agenda 2000 wurden die Hauptkomponenten einer Einigung über die künftige Finanzierungs- und Ausgabenstruktur der Gemeinschaft ermittelt, doch gibt es erst in einigen Bereichen ein gewisses Maß an Übereinstimmung. Die österreichische Präsidentschaft hat den Auftrag des Europäischen Rats von Cardiff erfüllt und Rechtstexte und technische Texte zur Agenda 2000 abgeschlossen. Beim Sondergipfel unter deutscher Präsidentschaft am 24./25. März 1999 in Berlin wurde nach langen Diskussionen eine Gesamteinigung bezüglich der Agenda 2000 erreicht.

Die Kernpunkte umfassen den Agrarsektor (hin zu Direktbeihilfen, weg von Stützpreisen), die EU-Finzen (die Obergrenze der aus Einnahmen bestehenden Eigenmittel der EU wird auf dem Niveau von 1,27% des Bruttosozialprodukts gehalten) sowie den Struktur- und Kohäsionsfonds. In Wien haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU dazu bekannt, daß die EU-Reform „im Geiste der Solidarität“ und unter Wahrung „strenger Haushaltsdisziplin“ erfolgen soll.

Als Teil der sogenannten „Wiener Strategie für Europa“ hat der Europäische Rat ein klares Bekenntnis für mehr Beschäftigung in Europa abgegeben. Der Ende 1997 in Luxemburg eingeleitete Prozeß soll verstärkt werden und in einen Beschäftigungspakt münden. Als Schlüsselemente auf diesem Weg wurden zusätzliche nachprüfbarbare Zielvorgaben und Fristsetzungen sowohl auf europäischer als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten, gemeinsame Leistungs- und Politikindikatoren sowie eine konsequente statistische Grundlage identifiziert. Deutschland wurde der Auftrag erteilt, bis Juni 1999 den Beschäftigungspakt auszuarbeiten.

Entwicklungen in internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Am 31. Jänner 1998 hat der Gouverneursrat des IWF die 11. Quotenerhöhung beschlossen. Dadurch kommt es zu einer Ausweitung der IWF-Gesamtquote um 45% auf 211 Mrd SZR. Die 11. Quotenrevision ist am 25. Jänner 1999 in Kraft ge-

treten, nachdem eine ausreichende Zahl von Mitgliedstaaten (die mindestens 85% der Gesamtquote auf sich vereinen) dem Fonds bekanntgegeben haben, daß sie bereit sind, der 11. Quotenerhöhung beizutreten. Österreichs Quote wird auf 1,87 Mrd SZR erhöht werden. Das entsprechende Bundesgesetz trat

am 30. Dezember 1998 in Kraft und wurde am selben Tag dem IWF notifiziert.

Die Ziehungen der IWF-Mitgliedstaaten aus dem Allgemeinen Konto (ohne Reservetranchoperationen) vervierfachten sich gegenüber dem Vorjahr auf 19 Mrd SZR. Die Erweiterte Strukturanpassungsfazilität (ESAF) wurde mit 1,7 Mrd SZR beansprucht. Die Gesamtrückzahlungen betragen 3,8 Mrd SZR. Insgesamt belief sich 1998 das Gesamtvolumen der ausstehenden Fondskredite auf 56 Mrd SZR. Auch im Finanzjahr 1997/98 stellt der IWF vor allem asiatischen Staaten Mittel zur Verfügung (Korea 11,2, Indonesien 2,2, Thailand 2,0 und Rußland 1,5 Mrd SZR).

Nach Zustimmung des Kongresses der Vereinigten Staaten sind die NAB (New Arrangements to Borrow) im November 1998 in Kraft getreten. Die Mittel, die im Rahmen des GAB (General Arrangements to Borrow, Allgemeine Kreditvereinbarungen) und NAB zur Verfügung stehen, umfassen ein Volumen von 34 Mrd SZR (+1,5 Mrd SZR vom assoziierten Mitglied Saudi-Arabien). Davon sind 6,3 Mrd SZR im Rahmen des Rußlandpakets zur Verfügung gestellt und 3,3 Mrd SZR für die erste Brasientranche verwendet worden. Sie dienen als Sonderkreditlinie der G-10 und einer Reihe anderer Industrieländer (unter anderem Österreich) und entwickelter Schwellenländer an den IWF, um diesem im Falle einer angespannten Liquiditätssituation zusätzliche Mittel zur Bekämpfung von Krisen, die Auswirkungen auf das Weltfinanzsystem hätten, gewähren zu können. Österreich ist im Zuge der Brasilienkrise seinen NAB-Verpflichtungen nachgekommen (mit rund 120 Mio SZR).

Diese Mittel sind bereits wieder refundiert worden. Das potentielle Gesamtengagement Österreichs im NAB ist mit 412 Mio SZR limitiert.

Weiters kam es auch zu einer Einigung hinsichtlich der künftigen Finanzierungsstruktur des IWF. Während sich die Beiträge der einzelnen Länder zum Währungsbudget bisher an der Höhe der Währungsreserven orientierten, wird künftig die jeweilige Quote als Beitragsmaßstab herangezogen. Dadurch kommt es insbesondere für ein Land wie Österreich zu einer deutlichen Verringerung seines Finanzierungsbeitrags.

Aufgrund des Übergangs zum Euro hat der IWF per 1. Jänner 1999 die Zusammensetzung des SZR angepaßt: Die festen Beiträge von D-Mark und französischem Franc im Währungskorb wurden durch den äquivalenten Eurobetrag ersetzt. Der Yen, der US-Dollar und das Pfund Sterling bleiben unverändert im Korb. Gleichfalls wurden die Überwachungsmodalitäten hinsichtlich der Euroländer um Konsultationen mit Gemeinschaftsinstitutionen (insbesondere EZB) ergänzt, um den währungspolitischen Veränderungen im Eurogebiet Rechnung zu tragen.

Die finanziellen Turbulenzen in Asien, Rußland und Brasilien führten dazu, daß auch im IWF die „internationale Finanzarchitektur“ verstärkt diskutiert wurde. Die Bedeutung einer geordneten Kapitalverkehrsliberalisierung für die Stabilität des internationalen Finanzsystems wurden ebenso hervorgehoben wie eine verbesserte Transparenz und Finanzaufsicht sowie international vereinbarte Grundsätze wie z. B. Verhaltenskodizes für die Währungs- und Finanzpolitik. Weiters wurde ein effizienteres Krisenmanagement dis-

kutiert, in das der Privatsektor verstärkt einbezogen werden soll. Eine Beeinflussung der Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen, etwa im Rahmen eines Zielzonenkonzepts, wurde als nicht zielführend betrachtet.

Brasilienpaket mit Teilnahme Österreichs über BIZ-Garantie

Die brasilianische Regierung und der IWF haben sich im November auf ein Stabilisierungsprogramm geeinigt, das der IWF mit einem Kredit in Höhe von 13 Mrd SZR unterstützen wird. Die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank haben je 4,5 Mrd US-\$ zugesagt. Die Kreditgewährung durch den IWF wird im Ausmaß von 9,1 Mrd SZR (ca. 6,8 Mrd US-\$) durch Aktivierung der NAB finanziert.

Weiters werden Brasilien auch bilateral Mittel im Rahmen einer BIZ-Finanzierung im Gesamtausmaß von rund 15 Mrd US-\$ zur Verfügung gestellt. Österreich beteiligt sich an dieser Finanzierung mit 50 Mio US-\$. Die bilateralen Kredite werden zunächst von der BIZ zur Verfügung gestellt, die einzelnen NZBen übernehmen für die zugesagten Beträge die Haftung gegenüber der BIZ. Die Durchführung der Finanzierung durch die OeNB erfolgte mit einer Bundesgarantie für die von der OeNB übernommene Haftung.

OECD

Der für Mai 1998 vorgesehene Abschluß des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI), das eine weitere Liberalisierung des Kapitalverkehrs und die Verbesserung des Schutzes für ausländische Investitionen zum Ziel hatte, ist aufgrund von Meinungsunterschieden zwischen den beteiligten Staaten

und zunehmenden Widerstands von Teilen der Öffentlichkeit nicht zustande gekommen. Nach einer sechsmonatigen Verhandlungspause für länderinterne Konsultationen gab Frankreich bekannt, nicht weiterverhandeln zu wollen. Eine Fortsetzung der Verhandlungen im Rahmen der WTO gilt als möglich.

Im Rahmen der Österreichprüfung wurden die Erfolge der österreichischen Geldpolitik als vorbildlich bezeichnet, im Bereich der Fiskalpolitik jedoch eine weitere Reduzierung der Budgetdefizite eingemahnt. Das österreichische Steuersystem wurde im internationalen Vergleich durchaus positiv beurteilt, es wurde jedoch auf die hohe Steuerbelastung des Faktors Arbeit hingewiesen.

Bei der Sitzung des OECD-Ministerrats am 27./28. April 1998 wurden die Fortschritte der OECD-Arbeiten zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung, zur Beschäftigungsstrategie und „corporate governance“ begrüßt. Hinsichtlich der Kooperation mit Nicht-OECD-Mitgliedern wird eine engere Kooperation mit Rußland angestrebt.

Weltbank

Im Geschäftsjahr 1998 (Juli 1997 bis Juni 1998) betragen die Finanzierungszusagen der Weltbank 21,9 Mrd US-\$. Sie hat damit vor dem Hintergrund der Asienkrise die höchsten Kreditzusagen ihrer Geschichte gemacht. Die Bruttoauszahlungen wuchsen auf 19,2 Mrd US-\$.

Bei der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), die als Tochter der Weltbank Kredite zu günstigeren Konditionen zur Verfügung stellt, erhöhten sich die Kreditzusagen auf 7,5 Mrd US-\$, die Bruttoauszahlungen betragen 5,6 Mrd US-\$.

Entwicklungen in mittel- und osteuropäischen Ländern und in der Russischen Föderation

Wirtschaftliche und währungspolitische Entwicklung in ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern

In den fünf analysierten Ländern (Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn) verlief die Wirtschaftsentwicklung 1998 uneinheitlich. Während sich das reale BIP-Wachstum in Slowenien und Ungarn im Vergleich zum Vorjahr beschleunigte, verzeichneten Polen und die Slowakische Republik geringere Wachstumsraten als 1997. Die Tschechische Republik hingegen geriet erstmals seit 1992 in eine Rezession. Die direkten Auswirkungen der Rußlandkrise blieben in allen fünf Ländern eher beschränkt, da relativ geringe Handelsverflechtungen mit Rußland bestehen. Aufgrund der starken Abhängigkeit der Konjunkturentwicklung in den Reformländern von der Auslandsnachfrage in der EU könnten sich allerdings – infolge einer Wachstumsabschwächung in der EU – negative indirekte realwirtschaftliche Effekte ergeben.

Trotz vergleichsweise hoher Wachstumsraten in vier der fünf Länder blieb die Arbeitslosigkeit 1998 auf hohem Niveau bzw. legte in der Slowakischen Republik und der Tschechischen Republik deutlich zu. Dies ist einerseits auf Sanierungsmaßnahmen im Unternehmenssektor zurückzuführen, andererseits auf eine Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Nachdem im Vorjahr die Inflation in fast allen analysierten Ländern eingedämmt werden konnte (einzige Ausnahme Slowakische Republik), zeigte sich 1998 ein differenzierteres Bild. Während in Polen, Slowenien und Ungarn die Inflationsraten zurückgingen, stiegen sie in der Tschechischen Republik

und in der Slowakischen Republik. Nach einer Erhöhung der monatlichen Inflationsraten vor allem im ersten Halbjahr 1998 zeichnete sich allerdings in der zweiten Jahreshälfte in beiden Ländern wieder eine Verlangsamung des Preisauftriebs ab.

Alle untersuchten Länder verzeichneten im Berichtszeitraum Budgetdefizite, wobei die Bemühungen zur Konsolidierung des Staatshaushalts unterschiedlich erfolgreich waren. So konnte das Budgetdefizit von Polen, Slowenien und Ungarn geringfügig reduziert werden. In der Tschechischen Republik verschlechterte sich der Budgetsaldo im Vergleich zum Vorjahr. In der Slowakischen Republik war die Fiskalpolitik weiter expansiv, doch ist der Budgetsaldo infolge einer veränderten Berechnungsmethode nicht mit dem Vorjahr vergleichbar.

Die außenwirtschaftliche Position der untersuchten Länder stellte sich ebenfalls äußerst uneinheitlich dar. Während sich der Leistungsbilanzsaldo der Tschechischen Republik gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserte, verzeichneten Polen und Ungarn einen Anstieg des Leistungsbilanzdefizits, und der Leistungsbilanzsaldo der Slowakischen Republik verschlechterte sich 1998 weiter. Slowenien schloß wie in den Vorjahren mit einem weitgehend ausgeglichenen Leistungsbilanzsaldo ab. Der Stand der Währungsreserven konnte in allen analysierten Ländern 1998 angehoben werden. Der Nettozufluß an ausländischen Direktinvestitionen stieg 1998 in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn gegen-

Differenzierte Wachstumsdynamik und unterschiedliches Tempo bei Strukturreformen. Begrenzte Auswirkungen der Rußlandkrise. Tendenzielle Lockerung der Geldpolitik. Finanz- und Wirtschaftskrise in Rußland.

über dem Vorjahr, in Slowenien kam es zu einem deutlichen Rückgang der Zuflüsse.

Auf den Devisen- und Wertpapiermärkten aller analysierten Länder waren kurzfristige Anstiegseffekte der russischen Krise zu verzeichnen. Dies schlug sich vor allem in einer erhöhten Volatilität auf den Devisen- und Aktienmärkten sowie in einem kurzfristigen Abwertungsdruck auf die Währungen einiger Reformländer nieder. Die führenden Aktienindizes aller betrachteten Länder verzeichneten in den Wochen nach Ausbruch der Rußlandkrise deutliche Rückgänge, konnten aber gegen Jahresende überall wieder zulegen und erreichten in fast allen Ländern wieder das Niveau wie vor Ausbruch der Krise. Die Auswirkungen auf die Bankensysteme der Reformländer dürften sich ebenfalls in Grenzen halten, da die Gläubigerposition der Banken gegenüber der Russischen Föderation insgesamt gering ist.

Die Geldpolitik der untersuchten Länder war 1998 von einer allgemeinen Tendenz zur Lockerung gekennzeichnet, was vor allem durch die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung ermöglicht wurde. Besonders interessant ist die Tatsache, daß dieser Trend auch in der zweiten Jahreshälfte 1998 – also nach Ausbruch der Rußlandkrise – anhielt. So wurden in der Tschechischen Republik der Diskont- und Lombardsatz von 13 bzw. 23% zu Jahresbeginn in mehreren Schritten auf 7·5 bzw. 12·5% zurückgenommen. Auch Polen nahm im Laufe des Jahres mehrere Zinssenkungsschritte vor, sodaß der Diskont- und der Lombardsatz von 24·5 bzw. 27% am Jahresanfang auf 20 bzw. 18·25% per Dezember 1998 ge-

senkt wurden. Ungarn setzte seine Politik behutsamer, schrittweiser Zinssenkungen 1998 fort, die Repo-Zinsen wurden für aktive Geschäfte von 25% (Laufzeit 1 Tag und 1 Woche) auf 18·5% (per Jänner 1999) reduziert, für passive Geschäfte (Laufzeit 1 Monat) von 19·5 auf 16%. Im September 1998 erhöhte die ungarische Notenbank vorübergehend die Repo-Zinsen um 1 Prozentpunkt, um den Forint zu stützen, der infolge der Rußlandkrise unter Druck gekommen war. Die slowenische Notenbank beschloß, per 1. Jänner 1999 den Diskontsatz, der seit März 1995 unverändert bei 10% gelegen war, auf 8% zu senken.

Polen und Ungarn nahmen 1998 den automatischen monatlichen Abwertungssatz im Rahmen ihres Crawling-peg-Regimes in mehreren Schritten zurück. Während der automatische Abwertungssatz zu Jahresbeginn für Polen noch 1% monatlich bzw. für Ungarn noch 0·9% betrug, lag er im Jänner 1999 bei 0·5 bzw. 0·6%. Die Tschechische Republik ließ 1998 den Wechselkurs der Krone, der im Mai 1997 freigegeben worden war, weiterhin floaten. Auch Slowenien behielt sein Wechselkursregime eines „managed float“ unverändert bei. Die slowakische Notenbank gab am 1. Oktober 1998 den Kurs der slowakischen Krone frei. Die Krone war seit ihrer Einführung im Februar 1993 im Rahmen eines fixen Wechselkursregimes an einen Währungskorb (60% D-Mark, 40% US-Dollar) gebunden gewesen. Die Aufgabe des Fixkurssystems wurde mit dem sehr hohen Leistungsbilanzdefizit, dem Defizit des öffentlichen Sektors und den Problemen bei dessen Finanzierung, sinkenden Währungsreserven, den

verschlechterten Ratingbewertungen und politischen Entwicklungen begründet. Am 1. Jänner 1999 ist die polnische Notenbank zu einem direkten Inflationsziel übergegangen. Das Inflationsziel bezieht sich auf den Verbraucherpreisindex, dessen Anstieg 1999 8 bis 8,5% betragen soll.

Die Einführung des Euro bildete für Polen und Ungarn den Anlaß, die Zusammensetzung der Währungskörbe, an die der Zloty und der Forint gebunden sind, umzugestalten. Polen reduzierte per 1. Jänner 1999 die Zahl der Korbwährungen von bisher fünf (45% US-Dollar, 35% D-Mark, 10% Pfund Sterling, 5% französische Francs, 5% Schweizer Franken) auf nunmehr zwei, und zwar auf den Euro (55%) und den US-Dollar (45%). Laut Angaben der Notenbank ist es

geplant, den Anteil des Euro im Korb schrittweise auf 100% zu erhöhen. Ebenso ersetzte Ungarn im Währungskorb, der sich bisher aus der D-Mark (70%) und dem US-Dollar (30%) zusammensetzte, per 1. Jänner 1999 die D-Mark durch den Euro bei unveränderter Gewichtung. Laut Angaben der ungarischen Notenbank soll ab Jänner 2000 der Forint ausschließlich an den Euro gebunden werden.

Strukturreformen

Fortschritte im Bereich der Strukturreformen verliefen in den fünf untersuchten Ländern 1998 ebenfalls uneinheitlich. Die strategische Zielrichtung ist in allen Reformländern klar auf einen EU-Beitritt und damit auf die Anpassung der bestehenden Rechtsnormen an EU-Richtlinien ausgerichtet. Während in Polen und Ungarn einige wesentliche Reformvorhaben umgesetzt werden konnten, stagnierte das Reformtempo in Slowenien, der Slowakischen Republik und der Tschechischen Republik. In den meisten Ländern ist die Privatisierung des Unternehmenssektors relativ weit vorangekommen. Der Anteil des privaten Sektors am BIP konnte zum Teil weiter erhöht werden und lag Mitte 1998 in drei Ländern, nämlich in der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik und Ungarn bei 75% bzw. darüber, gefolgt von Polen mit einem Anteil von 65% und Slowenien mit 55%.¹⁾ Einen Nachholbedarf gibt es vor allem bei der Reform des Finanzsektors.

Im Bereich der Bankenprivatisierung war die Entwicklung 1998 sehr unterschiedlich. Polen verkaufte im Juni 1998 15% der Pekao SA Bank, der – gemessen an

¹⁾ Quelle: EBRD Transition Report 1998.

	Bruttoinlandsprodukt real			Arbeitslosenquote		
	Veränderung zum Vorjahr			zu Jahresende		
	in %			in %		
	1996	1997	1998 ¹⁾	1996	1997	1998
Polen	+6,0	+6,8	+4,8	13,2	10,3	10,4
Slowakei	+6,6	+6,5	+4,4	12,8	12,5	15,6
Slowenien	+3,3	+4,6	+3,9	14,4	14,8	14,6
Tschechien	+3,9	+1,0	-2,7	3,5	5,2	7,5
Ungarn	+1,3	+4,4	+5,1	10,7	10,4	9,6

Quelle: Nationale Statistiken.
¹⁾ Vorläufig.

	Inflationsrate (VPI)			Budgetsaldo ¹⁾		
	Veränderung des Jahresdurchschnitts			zu Jahresende		
	in %			in % des BIP		
	1996	1997	1998	1996	1997	1998 ²⁾
Polen ³⁾	+19,9	+14,9	+11,8	-3,6	-2,8	-2,4
Slowakei ⁴⁾	+ 5,8	+ 6,1	+ 6,7	-4,4	-5,7	-2,7
Slowenien	+ 9,9	+ 8,4	+ 7,9	+0,3	-1,1	-1,0
Tschechien	+ 8,8	+ 8,5	+10,7	-0,1	-1,0	-1,6
Ungarn ⁵⁾	+23,6	+18,3	+14,3	-1,9	-4,0	-5,4

Quelle: WIIW, nationale Statistiken.

¹⁾ Die Budgetsalden sind nur bedingt vergleichbar, da die Berechnungsmethoden von Land zu Land deutlich unterschiedlich sind.

²⁾ Vorläufig.

³⁾ Budgetsaldo ohne Privatisierungserlöse.

⁴⁾ Budgetdaten bis 1997 inklusive Tilgungszahlungen, ab 1998 ohne Tilgungszahlungen, daher Budgetdaten 1998 mit Vorjahren nicht vergleichbar.

⁵⁾ Saldo des Zentralbudgets auf Basis der GFS-Standards.

den Aktiva – zweitgrößten polnischen Bank, an inländische Investoren. Für 1999 ist der Verkauf eines Anteils von bis zu 55% an einen strategischen Investor geplant. In Ungarn wurde die Postabank, das viertgrößte Kreditinstitut des Landes, im Mai 1998 rekapitalisiert, nachdem die Bank seit 1996 massive Verluste erlitten hatte. Bemühungen, einen strategischen Investor im Ausland zu finden, verliefen bisher erfolglos. In der Tschechischen Republik wurde die Investicni a Postovni banka (IPB) als erste Großbank vollständig privatisiert, wobei Nomura im März 1998 einen Anteil von 36% erwarb. Die Agrobanka, die seit 1996 unter Zentralbankverwaltung stand, wurde im Juni 1998 an GE Capital verkauft. In Slowenien und der

Slowakischen Republik waren im Berichtszeitraum keine Fortschritte bei der Bankenprivatisierung zu verzeichnen.

Die Notenbankgesetze in den untersuchten Reformländern erfüllen bereits in hohem Maße die Anforderungen des EG-Vertrags. Als Schwachpunkt kristallisieren sich in vier Ländern die Bestimmungen betreffend die Budgetfinanzierung durch die Notenbank heraus. In Slowenien, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik und Ungarn ist die Möglichkeit der Fiskalfinanzierung durch die Notenbank zwar gesetzlich stark eingeschränkt, aber nach wie vor noch nicht gänzlich verboten. Eine Ausnahme bildet Polen, wo am 1. Jänner 1998 ein neues, EU-konformes Notenbankgesetz in

Die Erweiterung der Europäischen Union

Im Jahr 1998 erfolgten für die Reformländer Mittel- und Osteuropas einige weitere wichtige Schritte in ihrem Annäherungsprozeß an die EU.

Auf der Grundlage der Beschlüsse des Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Luxemburg vom Dezember 1997 wurde der EU-Erweiterungsprozeß am 30. März 1998 mit 10 mittel- und osteuropäischen Beitrittswerbern sowie Zypern offiziell eingeleitet. Konkrete Beitrittsverhandlungen wurden am 31. März 1998 mit den 6 Ländern des „ersten Kreises“, nämlich mit Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn sowie Zypern begonnen. Nach der Phase des Acquis screening, bei dem die rechtlichen Regelungen der Beitrittswerber mit dem EU-Rechtsbestand (Acquis communautaire) verglichen wurden, fand am 10. November 1998 eine erste Konferenz auf Ministerebene mit Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern statt. Damit wurde eine weitere wichtige Etappe der Beitrittsverhandlungen erreicht. Dies war auch eines der Ziele der österreichischen EU-Präsidentschaft.

Am 4. November 1998 verabschiedete die Europäische Kommission erstmals Fortschrittsberichte über die 10 Beitrittskandidaten Mittel- und Osteuropas sowie über Zypern und die Türkei. Die Fortschrittsberichte bilden inhaltlich eine Aktualisierung zu den Stellungnahmen (Avis) der Kommission von Juli 1997. Es wurden wiederum die politischen und wirtschaftlichen Kriterien zur Beitrittsfähigkeit jedes Landes wie auch die Fähigkeit zur Übernahme des gemeinsamen EU-Rechtsbestands analysiert. Die Kommission kam zum Schluß, daß die Beitrittsverhandlungen zur Zeit nicht über den „ersten Kreis“ hinaus ausgedehnt werden sollten.

Der Europäische Rat von Wien am 11. und 12. Dezember 1998 folgte im wesentlichen diesen Empfehlungen der Kommission.

Kraft getreten ist. Im Berichtszeitraum wurden in den fünf Ländern keine Änderungen der Notenbankgesetze vorgenommen.

In der Tschechischen Republik wurde das Bankwesengesetz im ersten Halbjahr 1998 zweimal novelliert und damit besser mit den entsprechenden EU-Regeln in Einklang gebracht. Im April 1998 nahm die Wertpapierkommission, deren Aufgabe die Überwachung des Kapitalmarktes ist, ihre Tätigkeit auf. Am 1. April 1998 trat in der Slowakischen Republik ein neues Devisengesetz in Kraft, wobei unter anderem bisher bestehende Umtauschlimite für Touristen und Unternehmen aufgehoben wurden. In Slowenien wurde die für 1998 angekündigte Verabschiedung eines neuen, EU-konformen Bankwesengesetzes neuerlich verschoben. Im Dezember 1998 beschloß das Parlament die Einführung der Mehrwertsteuer am 1. Juli 1999.

Ein weiterer wichtiger Reformbereich in allen untersuchten Ländern ist das Pensionssystem.

Polen verabschiedete im Dezember 1998 eine umfassende Pensionsreform, die am 1. Jänner 1999 in Kraft trat. Das neue Pensionssystem basiert auf einem Drei-Säulen-Modell. In Ungarn war bereits am 1. Jänner 1998 eine umfassende Pensionsreform in Kraft getreten. Slowenien hatte für 1998 eine Pensionsreform angekündigt, das Projekt jedoch verschoben.

Analyse der OeNB über Bankenaufsichtssysteme in Osteuropa¹⁾

Anlässlich der Beitrittsverhandlungen der EU mit den mittel- und osteuropäischen Beitrittswerbern und der Verflechtungen österreichischer Banken vornehmlich in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und Slowenien wurde von der OeNB eine Bestandsaufnahme der Bankenaufsichtssysteme dieser Länder vorgenommen. Dabei wurde die Umsetzung der EU-Bankrechts-Richtlinien und der Basler Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht (core principles) evaluiert.

¹⁾ Bankaufsichtsanalyse Mittel- und Osteuropa – Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn, Oktober 1998 (eine Kurzfassung der Studie findet sich unter dem Titel „Prudential supervision in Central and Eastern Europe: A Status Report on the Czech Republic, Hungary, Poland and Slovenia“, in OeNB: Focus on Transition, Nr. 2, 1998).

Russische Föderation

Strukturelle Entwicklung und Finanzkrise

Die Entwicklung der russischen Wirtschaft stand im Jahr 1998 unter dem Eindruck zunehmender Instabilität, die im August in den Ausbruch einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise umschlug, die noch Anfang 1999 andauerte. Das anhaltende Unvermögen der russischen Regierung, das Steuersystem so zu gestalten, daß die zur Finanzierung der Staatsausgaben nötigen Einnahmen sichergestellt werden, führte zu fortdauernden hohen Budgetdefiziten, die großteils auf den Kapitalmärkten kurzfristig finanziert wurden. Für diese Finanzierungen, die hohe und steigende Zinsen erforderten, fanden sich auch in erheblichem Maß, von russischen Geschäftsbanken vermittelt, ausländische Investoren. Das war solange ein einträgliches Geschäft, als von einem stabilen Wechselkurs des Rubels als Geschäftsgrundlage ausgegangen werden konnte. Die so rasch expandierende Staatsverschuldung, die Instabilität der politischen Verhältnisse in Rußland sowie die allgemeine Volatilität der internationalen Finanzmärkte im Gefolge der Asienkrise trugen zur steigenden Nervosität der Anleger bei. Zum Vertrauensverlust der Finanzinvestoren trug auch der Verfall der Rohstoff- und Energiepreise bei, der die russischen Deviseneinnahmen empfindlich traf und die Leistungsbilanz des Landes erstmals seit Jahren passivierte.

Ende Juli gelang es der Regierung nicht mehr, die Refinanzierung abgereifter Schatzwechsel (GKO) durch Ausgabe neuer zu erreichen. Auch das vom IWF ko-

ordinierte internationale Finanzpaket im Umfang von insgesamt 22,6 Mrd US-\$, das am 20. Juli zugesagt und dessen erste IWF-Kredittranche von 4,6 Mrd US-\$ unverzüglich ausbezahlt wurde, konnte die Situation nicht mehr entspannen. Die sich verschärfende Spekulation gegen den Rubel verzehrte immer mehr Devisenreserven der Zentralbank, sodaß die Behörden schließlich am 17. August zu drastischen Maßnahmen griffen: Der Rubelkurs wurde de facto freigegeben, der Handel mit kurzfristigen Staatspapieren ausgesetzt und ein 90tägiges Moratorium für die Rückzahlung von Auslandsschulden russischer Banken und Unternehmen verhängt. Der IWF suspendierte weitere finanzielle Unterstützungsmaßnahmen.

In der Folge fiel der Rubelkurs von 6,2 Rbl/US-\$ in der ersten Augushälfte auf über 20 Rbl/US-\$ im September, erholte sich im Oktober und November auf 15 bis 16 Rbl/US-\$, bevor er im Dezember wieder auf etwa 21 Rbl/US-\$ absackte. Im September kam es zu einem Wechsel an der Regierungsspitze sowie in der Leitung der Zentralbank. Im Berichtszeitraum hatte die Regierung noch immer kein verbindliches Programm zur

Ausgewählte Wirtschaftsdaten der Russischen Föderation

	1996	1997	1998 ¹⁾
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	- 3,5	+ 0,7	- 4,6
Arbeitslosenquote (zu Jahresende in %)	9,3	8,9	11,8
Inflationsrate (VPI)			
Veränderung des Jahresdurchschnitts in %)	+47,8	+14,7	+27,6
Budgetsaldo (zu Jahresende in % des BIP)	- 9,3	- 7,0	- 8,0
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd USD)	+ 2,5	- 0,4	-

Quelle: Nationale Statistiken, IWF, WIIW.

¹⁾ Daten teilweise vorläufig bzw. Schätzungen.

Überwindung der schweren Krise verabschiedet.

Das Bankensystem ist als einer der Hauptgläubiger staatlicher Schatzwechsel und Hauptschuldner von Fremdwährungen massiv geschwächt und konnte in den letzten Monaten nur durch Liquiditätsinjektionen der Zentralbank über Wasser gehalten werden. Das Bundeshaushaltsdefizit belief sich im Jahr 1998 nach Einschätzung des IWF auf etwa 8% des BIP (einschl. Zahlungen auf Schatzwechsel).

Makroökonomische Entwicklung

Die makroökonomische Entwicklung im Jahr 1998 spiegelt die Zäsur der Augustkrise wider. Während die Inflation (VPI) auf Zwölfmonatsbasis bis Juli auf den niedrigsten Wert seit Reformbeginn 1992 fiel (5,5%), beschleunigte sie sich bis Dezember auf 84,4% und war damit die höchste seit Anfang 1996. Nachdem das BIP und die Industrieproduktion zumindest bis Jahresmitte gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode noch stabil waren, sind in den Folgemonaten starke Schrumpfungen zu beobachten gewesen, sodaß für das gesamte Jahr ein Rückgang des BIP um 4,6% verzeichnet wurde. Die Arbeitslosenquote (ILO-Definition) ist von 8,9% (Ende 1997) auf 11,8% (November 1998) gestiegen. Zahlungsrückstände werden zur Zeit auf etwa ein Drittel des BIP, Bartergeschäfte auf über die Hälfte des Industrieumsatzes geschätzt.

Im Außenhandel leiden die russischen Exporte unter den erneut eingebrochenen Öl- und Energiepreisen, die im Dezember 1998 auf dem Weltmarkt einen langjährigen Tiefstand erreicht haben. Andererseits dürfte das Absacken des Rubel-

kurses die Importe weiter reduzieren. Obgleich die verschiedenen Datenquellen voneinander zum Teil stark abweichen, dürfte die Leistungsbilanz im ersten Halbjahr 1998 doch beträchtlich ins Minus geraten sein, während man für das Gesamtjahr mit einem mehr oder weniger ausgeglichenen Saldo rechnen kann. Gezeichnet von den (vergeblichen) Interventionen zur Stützung des Rubels auf dem Devisenmarkt und vom Exportpreisverfall sind die Währungsreserven (ohne Gold) von 10,5 Mrd US-\$ Anfang 1998 auf 8,2 Mrd US-\$ im August geschrumpft und seither im großen und ganzen auf diesem Niveau verharrt. Die Bruttoauslandsverschuldung Rußlands wird Ende 1998 auf etwa 150 Mrd US-\$ geschätzt. Nach Zahlungsausfällen im September gegenüber dem Pariser Club kam Rußland einer ursprünglich vereinbarten Zinszahlung von 362 Mio US-\$ an den Londoner Club Ende Dezember nicht nach.

Kooperation der OeNB mit mittel- und osteuropäischen Ländern

Im Jahr 1998 setzte die OeNB ihre intensive Kooperation mit den Notenbanken Mittel- und Osteuropas fort.

Ein zentraler Bestandteil der bilateralen Kooperationsaktivitäten der OeNB ist mittlerweile die Serie von vier einwöchigen Fachseminaren für Zentralbanker aus Reformländern, die 1997 ins Leben gerufen und aufgrund der großen Nachfrage 1998 fortgesetzt wurde. Die Seminare betrafen ausgewählte Aspekte der EU-Integration, die Zahlungsbilanz- und Finanzstatistik sowie makroökonomische Fragestellungen aus Notenbanksicht. Weiters wurden auf bilateraler Ebene wie schon in den vergangenen Jahren zahlreiche fachliche Anfragen von Zentralbanken der Reformländer beantwortet und eine Reihe von kurzfristigen Studien- und Informationsbesuchen organisiert, wobei hauptsächlich notenbankspezifische Themen im Zusammenhang mit der EU-Annäherung sowie der Einführung des Euro nachgefragt wurden. Weiters wurde 1998 eine Kooperation mit der Nationalbank von Georgien begonnen, in deren Rahmen die OeNB beim Aufbau einer volkswirtschaftlichen Analyseabteilung behilflich sein wird.

Auf multilateraler Ebene konnten die von der EU finanzierten Hilfsprogramme PHARE (für Mittel- und Osteuropa) und TACIS

(für die GUS) verstärkt genutzt werden. So wurden im Berichtszeitraum mehrere Studienaufenthalte für Mitarbeiter der polnischen sowie der tschechischen Notenbank im Rahmen des PHARE-Programms in der OeNB organisiert. Weiters war die OeNB auch 1998 aktiv in die vom IWF koordinierten und von der EU finanzierten Programme für die russische Zentralbank und die Nationalbank der Ukraine eingebunden. Außerdem nahm die OeNB an der IWF-koordinierten technischen Hilfe für Albanien teil und entsandte einen Experten zu IWF-Missionen zum Thema Zahlungsverkehrssysteme nach Albanien.

Die Unterstützung der OeNB für das Joint Vienna Institute (JVI) durch finanzielle Beiträge sowie die Entsendung von Vortragenden und die Einladung von Kursteilnehmern in die OeNB wurde 1998 weitergeführt. Wie schon in den vergangenen Jahren organisierte und finanzierte die OeNB gemeinsam mit dem BMF zwei einwöchige Studienreisen für JVI-Kursteilnehmer durch Österreich. 1998 wurde das Mandat des JVI für eine weitere Funktionsperiode von fünf Jahren verlängert. Weiters konnte 1998 – neben BIZ, EBRD, IWF, OECD und Weltbank – die WTO als sechste Trägerorganisation für das JVI gewonnen werden.

Organisatorische und betriebliche Entwicklungen der OeNB

Unternehmensstrategie und operative Ziele

Im Berichtsjahr standen die vorbereitenden und abschließenden Arbeiten für den Eintritt in die dritte Stufe der WWU sowie in das ESZB (mit Gründung der EZB per Jahresmitte) im Vordergrund. Die Aufgaben und die internen Abläufe in der OeNB wurden an die Anforderungen des ESZB angepaßt.

Die seit Jahren konsequent verfolgte Notenbankreform wurde fortgesetzt. Im Berichtsjahr wurde unter anderem einem einschlägigen Entschließungsantrag des Nationalrats sowie den Erläuterungen zur NBG-Novelle entsprochen: Demnach gilt für seit Anfang Mai 1998 eintretende Mitarbeiter der OeNB das ASVG-Pensionssystem, das durch eine Pensionskasse ergänzt wird.

OeNB-Masterplan

Alle Vorhaben, die für die Umstellung auf den Euro und das ESZB kritische Bedeutung hatten, wurden in einem OeNB-Masterplan zusammengefaßt. Im Zuge dieses Masterplans wurden in 55 Einzelprojekten die Notenbankinstrumente, die zugehörigen internen und externen Abläufe sowie vor allem auch die zentralen IT-Systeme auf den vernetzten Betrieb als Mitglied des ESZB umgestellt. Gesteuert und koordiniert wurde der gesamte OeNB-Masterplan in Form eines Multiprojektmanagements.

Im zweiten Halbjahr 1998 wurde das umfassende Overall-Testing-Programm im Rahmen der zukünftigen ESZB-Notenbanken unter Beteiligung österreichischer Geschäftsbanken durchgeführt. Dabei wurden alle mit 1. Jänner 1999 anlaufenden Abläufe und die zugehörigen vernetzten IT-Systeme

mit zunehmender Intensität nach einem detaillierten Plan getestet.

Nach mehrmonatigen intensiven Vorbereitungen verlief die eigentliche Umstellung aller IT-Systeme auf den vernetzten ESZB-Betrieb und auf die Eurobasis am Umstellungswochenende vom 31. Dezember 1998 bis 4. Jänner 1999 erfolgreich und zeitgerecht.

Insgesamt war für die mehrjährige Vorbereitungsphase im Rahmen des OeNB-Masterplans in den Projekten sowie in etwa 15 internationalen und nationalen Koordinationsgremien eine Kapazität im Ausmaß von 250 Mitarbeiterjahren erforderlich.

In der ersten Hälfte des Jahres 1999 sind noch Konsolidierungs- und Nachfolgearbeiten notwendig, danach sollte sich der direkt mit der Euroumstellung in Zusammenhang stehende Aufwand deutlich verringern. Die durch den Betrieb im ESZB entstandenen zusätzlichen Aufgaben sowie die ausgeweiteten Geschäftszeiten im Zahlungsverkehr werden die erforderliche Personalkapazität für den laufenden Betrieb auf nur leicht verringertem Niveau stabilisieren.

Controlling

Im Berichtsjahr hat die OeNB die betriebswirtschaftliche Steuerung verstärkt in die verschiedenen Bereiche verlagert. Dies betrifft insbesondere die Budgetausnutzung, die innerhalb der geltenden OeNB-internen Richtlinien in Eigenverantwortung der Abteilungen und Projekte erfolgt.

Mit der per Jahresende erfolgten Umstellung des Buchhaltungssystems kommt auch ein neues elektronisches Budgetverwaltungssystem zum Einsatz. Dieses ermöglicht den Kostenverantwortlichen

Umstellung auf den Euro
erfolgreich vollzogen.

Eröffnung des
OeNB-Geldzentrums.
Banknotendruckerei
wird eigene Gesellschaft.

einen Online-Zugriff auf ihre Budgets und hilft mit, die Effizienz bei der betriebswirtschaftlichen Steuerung weiter zu steigern.

Inländische direkte Beteiligungen

Durch die 100-Prozent-Töchter „Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH“ (OeBS; siehe dazu unten) und „Münze Österreich AG“ (siehe auch Seite 121) wird im Auftrag der OeNB die Bargeldversorgung gesichert. Die OeNB besitzt ferner 100% der „Austria Card – Plastikkarten und Ausweissysteme GmbH“, die insbesondere bei der Produktion von hochwertigen Plastikkarten für den Zahlungsverkehr einer der österreichischen Marktführer ist, sowie eine Beteiligung an der „CARD SOLUTIONS“ – Chipkartensysteme-, Entwicklungs- und Beratungsges. m. b. H., die unter anderem Chipkartenlösungen anbietet.

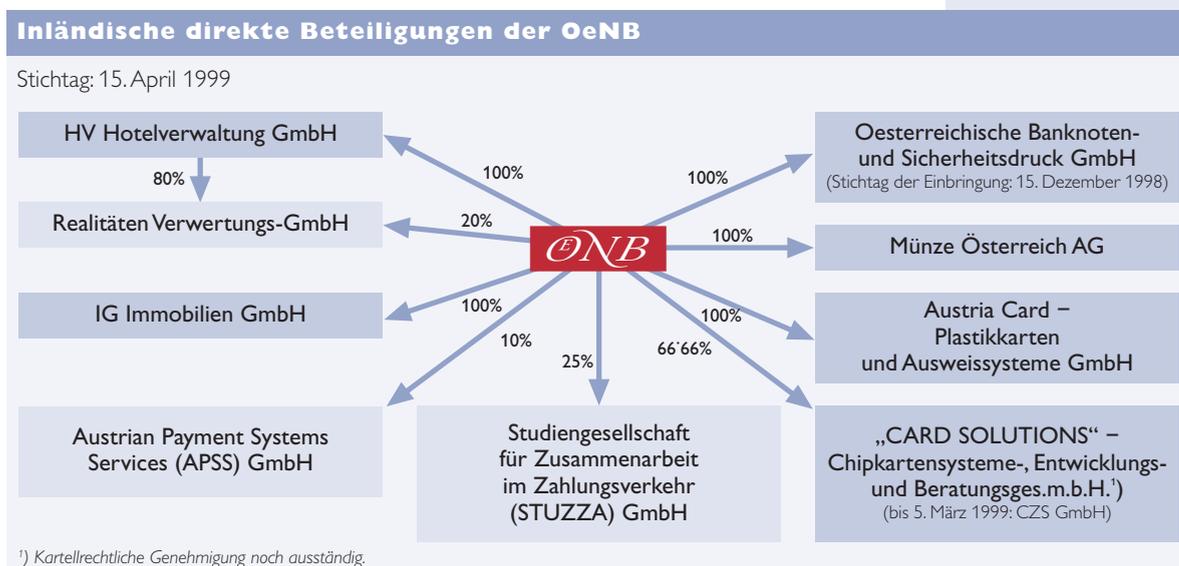
Zusätzlich ist die OeNB gemeinsam mit heimischen Großbanken an der „Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) GmbH“ beteiligt und hält auch Anteile an der

„Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH“, dem operativen Arm der Europay-Zahlungssysteme.

Weitere direkte Beteiligungen im Inland hält die OeNB bei der „HV Hotelverwaltung GmbH“, der „IG Immobilien GmbH“ und der „Realitäten Verwertungs-GmbH“ (in der Grafik sind alle Beteiligungen mit mehr als 50% dunkel dargestellt).

Banknotendruckerei wurde eigene Gesellschaft

Mit Stichtag 15. Dezember 1998 hat die OeNB ihren Teilbetrieb „Druckerei für Wertpapiere“ in die OeBS eingebracht. Dadurch wurde die ehemalige Abteilung „Druckerei für Wertpapiere“ in ein selbständiges Unternehmen umgewandelt, das als 100-Prozent-Tochter der OeNB firmiert. Die Ausgliederung soll es der OeBS erleichtern, sich flexibel an die künftigen Anforderungen des Marktes anzupassen. Mit der Einbringung des neuen OeNB-Geldzentrums, in dem die OeBS über modernste Einrichtungen für den Banknoten- und Sicherheitsdruck verfügt, wurde nunmehr der rechtliche, technische



und wirtschaftliche Rahmen für eine wettbewerbsfähige Banknotenproduktion geschaffen. Mit der Gründung der OeBS wird der Beteiligungsbereich der OeNB im Zahlungsmittelbereich erweitert und abgerundet.

ISO-9001-Arbeiten

In Anknüpfung an das in der OeBS bereits im Vorjahr installierte Qualitätsmanagementsystem nach der europaweit gültigen ISO-9001-Norm wurde im Berichtsjahr ein Projekt in der Banknoten- und Münzenkasse sowie in den Zweiganstalten gestartet. Die laufende Optimierung der Prozessabläufe soll den hohen Qualitätsstandard der Produkte und Dienstleistungen der OeNB im Bargeldbereich absichern.

Valutenumtausch

Entsprechend Art. 52 ESZB/EZB-Statut richtete die OeNB mit 4. Jänner 1999 im Geldzentrum der Hauptanstalt in Wien sowie in den Zweiganstalten in den Landeshauptstädten außer St. Pölten jeweils einen Schalter ein, an dem Kunden bis zur Ausgabe von Eurobargeld Haushaltsmengen (bis zu einem Gegenwert von 3.000 €) an Banknoten von zum Eurogebiet gehörenden Mitgliedstaaten zum fixierten Wechselkurs spesenfrei in Schilling umtauschen können.

Geldzentrum

Das 1997 fertiggestellte Geldzentrum wurde 1998 bezogen; die Eröffnung fand am 19. Juni 1998 statt.

Umweltschutz

1998 erhielt die OeNB für die fassadenintegrierte Photovoltaikanlage des Geldzentrumgebäudes den österreichischen Solarpreis.

Eine wichtige Aktivität zum betrieblichen Umweltschutz wurde im April 1998 durch den Start des Projekts EMAS-Zertifizierung (Environmental Management and Audit Scheme) gemäß EU-Verordnung für das Geldzentrum gesetzt. Ziel dieses Umweltmanagement- und Betriebsprüfungssystems ist die freiwillige Wahrnehmung ökologischer Verantwortung in Form eines kontinuierlichen Prozesses zur Verbesserung der umweltbezogenen Leistungen sowie die systematische, objektive und regelmäßige Bewertung dieser Leistungen durch unabhängige Umweltgutachter und die Bereitstellung von Informationen über diese Leistungen.

Förderungspolitik

Im Rahmen des Jubiläumsfonds der OeNB zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft wurden 1998 436 überwiegend der Grundlagenforschung zuzurechnende Projekte mit rund 117 Mio S (8,5 Mio €) gefördert. Darüber hinaus wurden im Wege des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF) und des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) für wirtschaftsnahe Projekte 207 Mio S (15,0 Mio €) genehmigt. Damit erhöhte sich der seit Gründung des Jubiläumsfonds im Jahr 1966 zur Verfügung gestellte Betrag auf 4,4 Mrd S oder rund 320 Mio €.

EURO EURO EURO
EURO EURO EURO
EURO EURO EURO
EURO EURO EURO





Jahresabschluß 1998
der Oesterreichischen Nationalbank



Bilanz

zum 31. Dezember 1998

Aktiva

	31. Dezember 1998		31. Dezember 1997	
	in Schilling		in Tausend Schilling	
I. Deckungsbestände				
1. Gold	32.691,972.111'81		14,693.357	
2. Devisen und Valuten	245.745,855.037'39		195,268.060	
3. Forderung aus der Beteiligung an der Europäischen Zentralbank (EZB)	1.623,302.591'—		—	
4. Andere Forderungen gegen die EZB	—		39,107.377	
5. Sonderziehungsrechte im Rahmen des Internationalen Währungsfonds	1.754,713.152'77		2,126.661	
6. Forderung aus der Beteiligung am Internationalen Währungsfonds	S 19.694,456.412'—			
abzüglich: Nicht abberufener Teil der Quote	S 4.260,907.333'91	15.433,549.078'09	12,165.589	
7. Andere Forderungen gegen den Internationalen Währungsfonds	1.458,182.690'57		1,056.796	
8. Forderungen aus Krediten an ausländische Notenbanken	47,174.568'—		75.798	
9. Scheidemünzen	1.538,181.794'68		1,160.568	
10. Eskontierte Wechsel	—		17,124.952	
11. Forderungen aus ERP-Krediten des Nationalbankblocks	8.791,647.503'—		8,144.143	
12. Wertpapiere aus Offenmarktgeschäften	18.120,000.000'—		48,940.000	
13. Forderung gegen den Bundesschatz	2.676,499.051'41	329.881,077.578'72	2,729.659	342,592.960
II. Andere Aktiven				
1. Gebäude und Grundstücke	175,959.078'69		104.121	
2. Einrichtung und Maschinen	398,682.474'47		708.176	
3. Wertpapiere	20.391,242.335'—		23,042.326	
4. Alle sonstigen nicht gesondert angeführten Aktiven	15.981,602.522'11		8,013.638	
5. Rechnungsabgrenzungsposten	90,839.509'01	37.038,325.919'28	82.436	31,950.697
		366.919,403.498'—		374,543.657

Passiva

	31. Dezember 1998		31. Dezember 1997	
	in Schilling		in Tausend Schilling	
I. Grundkapital		150.000.000,—		150.000
II. Reserven				
1. Allgemeiner Reservefonds	22.180.947.260'63		20.914.484	
2. Freie Reserve	28.606.583.003'88		29.303.115	
3. Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen	44.972.193.829'18		55.338.830	
4. Andere Reserven	6.642.717.438'45		6.755.858	
5. Pensionsreserve	<u>23.814.000.000'—</u>	126.216.441.532'14	<u>23.386.407</u>	135.698.694
III. Banknotenumlauf	168.822.605.900'—		171.125.361	
IV. Verbindlichkeiten aus dem Giroverkehr und andere sofort fällige Verpflichtungen				
1. Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten	54.693.305.159'17		46.288.973	
2. Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten und Währungsinstitutionen	209.354.806'85		1.348.194	
3. Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Stellen und sonstige inländische Verbindlichkeiten	<u>283.745.421'92</u>	224.009.011.287'94	<u>245.521</u>	219.008.049
V. Ausgleichspost zu den vom Internationalen Währungsfonds zugeleiteten Sonderziehungsrechten	2.967.427.373'80		3.051.840	
VI. Sonstige Passiven				
1. Rückstellung für Abfertigungen	555.058.676'—		818.999	
2. Sonstige Rückstellungen	714.512.279'45		2.619.300	
3. Alle sonstigen nicht gesondert angeführten Passiven	11.167.135.197'77		11.860.395	
4. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>—</u>	12.436.706.153'22	<u>77.724</u>	15.376.418
VII. Bilanzgewinn		<u>1.139.817.150'90</u>		<u>1.258.656</u>
		<u>366.919.403.498'—</u>		<u>374.543.657</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1998

	Geschäftsjahr 1998 in Schilling		Geschäftsjahr 1997 in Tausend Schilling	
1. Erträge aus den valutarischen Deckungsbeständen		21.256,757.875'33		22,622.100
2. Zinsenerträge aus dem Eskont-, Darlehens- und Offenmarktgeschäft		1.534,338.145'—		1,561.366
3. Sonstige Erträge		2.023,904.997'61		1,462.132
4. Personalaufwand				
a) Gehälter	1.036,088.153'41		1.000.302	
abzüglich: Pensionsbeiträge aktiver Dienstnehmer	17,268.951'04		17.111	
	<u>1.018,819.202'37</u>		<u>983.191</u>	
b) Pensionsaufwendungen	984,284.180'62		940.182	
c) Abfertigungen	97,260.634'—		87.525	
d) Gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben	160,303.277'14		153.665	
e) Sonstige Sozialaufwendungen	<u>77,715.267'22</u>		<u>73.254</u>	
Personalaufwand insgesamt	2.338,382.561'35		2,237.816	
abzüglich: Bezugsrefundierungen	<u>46,585.920'04</u>	2.291,796.641'31	<u>17.461</u>	2,220.356
5. Sachaufwand				
a) Verbrauchsorientiert	951,752.656'13		703.746	
b) Abschreibungen auf Einrichtung und Maschinen	222,948.201'89		45.109	
c) Abschreibungen auf Gebäude und Grundstücke	<u>570,290.578'28</u>	1.744,991.436'30	<u>1,370.289</u>	2,119.144
6. Zinsen- und sonstiger Aufwand		<u>2.078,488.722'57</u>		<u>1,757.563</u>
7. Zwischensumme Z 1. bis Z 6.		18.699,724.217'76		19,548.535
8. Erträge aus Beteiligungen		68,577.600'—		130.243
9. Abschreibungen auf Beteiligungen		<u>1.640,187.949'06</u>		<u>83.160</u>
10. Zwischensumme Z 8. und Z 9.		<u>— 1.571,610.349'06</u>		<u>47.083</u>
11. Überschuß der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe Z 7. und Z 10.)		17.128,113.868'70		19,595.618
12. Auflösung von Reserven				
a) Freie Reserve	1.640,187.940'06		83.160	
b) Reserve für den Neubau der OeNB II in Wien	420,539.141'28		1,368.300	
c) Pensionsreserve	—	2.060,727.081'34	142.411	1,593.871
13. Geschäftliches Ergebnis (Zwischensumme Z 11. und Z 12.)		<u>19.188,840.950'04</u>		<u>21,189.489</u>
14. Körperschaftsteuer		<u>6.524,205.940'—</u>		<u>7,204.426</u>
15. Jahresüberschuß		12.664,635.010'04		13,985.063
16. Satzungsgemäße Zuweisungen				
a) Gemäß § 69 Abs. 2 des Nationalbankgesetzes 1984 an den Allgemeinen Reservefonds	1.266,463.501'—		1,398.506	
b) Gewinnanteil des Bundes gemäß § 69 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984	<u>10.258,354.358'14</u>	<u>11.524,817.859'14</u>	<u>11,327.901</u>	<u>12,726.407</u>
17. Bilanzgewinn		<u>1.139,817.150'90</u>		<u>1,258.656</u>

Zur Information werden die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung in der zum 31. Dezember 1998 gültigen Gliederung in Euro unter Anwendung des unwiderruflich festgelegten Umrechnungskurses 1 EUR = 13'7603 ATS dargestellt:

Aktiva		31. Dezember 1998	
		<i>in Euro</i>	
I. Deckungsbestände			
1. Gold		2.375.818.267'90	
2. Devisen und Valuten		17.859.047.770'57	
3. Forderung aus der Beteiligung an der Europäischen Zentralbank (EZB)		117.970.000,—	
4. Andere Forderungen gegen die EZB		—	
5. Sonderziehungsrechte im Rahmen des Internationalen Währungsfonds		127.519.977'96	
6. Forderung aus der Beteiligung am Internationalen Währungsfonds		1.121.599.752'77	
7. Andere Forderungen gegen den Internationalen Währungsfonds		105.970.268'86	
8. Forderungen aus Krediten an ausländische Notenbanken		3.428.309'56	
9. Scheidemünzen		111.784.030'49	
10. Eskontierte Wechsel		—	
11. Forderungen aus ERP-Krediten des Nationalbankblocks		638.913.941'05	
12. Wertpapiere aus Offenmarktgeschäften		1.316.831.755'12	
13. Forderung gegen den Bundesschatz		<u>194.508.771'71</u>	23.973.392.845'99
II. Andere Aktiven			
1. Gebäude und Grundstücke		12.787.444'95	
2. Einrichtung und Maschinen		28.973.385'35	
3. Wertpapiere		1.481.889.372'69	
4. Alle sonstigen nicht gesondert angeführten Aktiven		1.161.428.349'83	
5. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>6.601.564'57</u>	2.691.680.117'39
		<u>26.665.072.963'38</u>	

Passiva

31. Dezember 1998

in Euro

I. Grundkapital		10,900.925'13
II. Reserven		
1. Allgemeiner Reservefonds	1.611,952.301'96	
2. Freie Reserve	2.078,921.462'75	
3. Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen	3.268,256.784'31	
4. Andere Reserven	482,745.102'83	
5. Pensionsreserve	<u>1.730,630.872'87</u>	9.172,506.524'72
III. Banknotenumlauf	12.268,817.242'36	
IV. Verbindlichkeiten aus dem Giroverkehr und andere sofort fällige Verpflichtungen		
1. Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten	3.974,717.495'92	
2. Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten und Währungsinstitutionen	15,214.407'16	
3. Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Stellen und sonstige inländische Verbindlichkeiten	<u>20,620.583'99</u>	16.279,369.729'43
V. Ausgleichspost zu den vom Internationalen Währungsfonds zugeteilten Sonderziehungsrechten		215,651.357'44
VI. Sonstige Passiven		
1. Rückstellung für Abfertigungen	40,337.687'11	
2. Sonstige Rückstellungen	51,925.632'40	
3. Alle sonstigen nicht gesondert angeführten Passiven	811,547.364'36	
4. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>—</u>	903,810.683'87
VII. Bilanzgewinn		<u>82,833.742'79</u>
		<u>26.665,072.963'38</u>

	Geschäftsjahr 1998	
	in Euro	
1. Erträge aus den valutarischen Deckungsbeständen		1.544.788.840'02
2. Zinsenerträge aus dem Eskont-, Darlehens- und Offenmarktgeschäft		111.504.701'57
3. Sonstige Erträge		147.082.912'26
4. Personalaufwand		
a) Gehälter	75.295.462'56	
abzüglich: Pensionsbeiträge aktiver Dienstnehmer	<u>1.254.983'62</u>	
	74.040.478'94	
b) Pensionsaufwendungen	71.530.721'03	
c) Abfertigungen	7.068.205'93	
d) Gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben	11.649.693'48	
e) Sonstige Sozialaufwendungen	<u>5.647.788'73</u>	
Personalaufwand insgesamt	169.936.888'10	
abzüglich: Bezugsrefundierungen	<u>3.385.530'84</u>	166.551.357'26
5. Sachaufwand		
a) Verbrauchsorientiert	69.166.562'95	
b) Abschreibungen auf Einrichtung und Maschinen	16.202.277'70	
c) Abschreibungen auf Gebäude und Grundstücke	<u>41.444.632'62</u>	126.813.473'27
6. Zinsen- und sonstiger Aufwand		<u>151.049.666'26</u>
7. Zwischensumme Z 1. bis Z 6.		1.358.961.957'06
8. Erträge aus Beteiligungen		4.983.728'55
9. Abschreibungen auf Beteiligungen		<u>119.197.106'83</u>
10. Zwischensumme Z 8. und Z 9.		<u>- 114.213.378'27</u>
11. Überschuß der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Summe Z 7. und Z 10.)		1.244.748.578'79
12. Auflösung von Reserven		
a) Freie Reserve	119.197.106'17	
b) Reserve für den Neubau der OeNB II in Wien	30.561.771'28	
c) Pensionsreserve	—	<u>149.758.877'45</u>
13. Geschäftliches Ergebnis (Zwischensumme Z 11. und Z 12.)		1.394.507.456'24
14. Körperschaftsteuer		<u>474.132.536'35</u>
15. Jahresüberschuß		920.374.919'88
16. Satzungsgemäße Zuweisungen		
a) Gemäß § 69 Abs. 2 des Nationalbankgesetzes 1984 an den Allgemeinen Reservefonds	92.037.491'99	
b) Gewinnanteil des Bundes gemäß § 69 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984	<u>745.503.685'10</u>	<u>837.541.177'09</u>
17. Bilanzgewinn		82.833.742'79

Anhang zum Jahresabschluß 1998

Allgemeine Bemerkungen

Die für den Jahresabschluß der OeNB maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen, das sind vor allem die §§ 67 bis 69 und 72 Abs. 1 des Nationalbankgesetzes 1984 (NBG) in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998 sowie das Handelsgesetzbuch (HGB) in der geltenden Fassung, sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Die Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß §§ 244 ff. HGB ist aufgrund der Bestimmungen des § 67 Abs. 3 NBG im Geschäftsjahr 1998 unverändert nicht gegeben.

In vorbereitender Anpassung an die mit Beginn der dritten Stufe der WWU mit dem Tageskurs des jeweiligen Stichtages zu bewertenden Vermögens- und Schuldpositionen wurde die seit 31. Dezember 1979 unveränderte Goldbewertung von S 60.000,- pro kgf zum Jahresabschluß 1998 mit dem System- einstiegskurs von S 108.993,67 pro kgf vorgenommen. Dieser Wert errechnet sich auf Basis des Goldpreises vom 31. Dezember 1998 von S 3.390,082443 für eine Unze (das sind 31,1034807 g) Gold. Die aus der gesamten Goldposition resultierenden valutarischen Kursgewinne in Höhe von 21.059 Mio S wurden der „Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen“ zugeführt.

Die ab 1. Jänner 1999 für die OeNB anzuwendenden ESZB-Rechnungslegungsvorschriften sehen

eine betragliche Geringfügigkeitsgrenze von € 10.000,- für geringwertige Wirtschaftsgüter vor, die im Jahresabschluß 1998 mit der Betragsgrenze von S 140.000,- entsprechend angewendet worden ist.

Mit der Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) am 1. Juni 1998 ist die OeNB am EZB-Kapital von insgesamt 5 Mrd € mit 2,3594% beteiligt. Daraus resultiert in der Bilanz der neue Aktivposten I/3 „Forderung aus der Beteiligung an der Europäischen Zentralbank (EZB)“. Die „Forderungen gegen das Europäische Währungsinstitut“ (Aktivposten I/3 in der Bilanz zum 31. Dezember 1997) bestanden seit 1. Juni 1998 gegenüber der EZB und sind im Aktivposten I/4 „Andere Forderungen gegen die Europäische Zentralbank“ dargestellt.

Als Folge der Änderung der Gestionierung im Rahmen der ERP-Kreditvergabe scheinen die bisher unter dem Aktivposten I/10 als „Eskontierte ERP-Wechsel“ ausgewiesenen Kreditforderungen in der Bilanz zum 31. Dezember 1998 als „Forderungen aus ERP-Krediten des Nationalbankblocks“ (Aktivposten I/11) auf.

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung ist im abgelaufenen Jahr unverändert geblieben, wobei der Posten 4b in „Pensionsaufwendungen“ umbenannt worden ist.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Gold

(Aktiva I/1)

Stand am	
31. Dezember 1998	32.692 Mio S
31. Dezember 1997	14.693 Mio S
Veränderung	+17.999 Mio S

Der zum Jahresende 1998 ausgewiesene Bilanzstand stellt den Gegenwert von 299.944 kgf dar (Ultimo 1997: 244.889 kgf). Die Bewertung des Goldes erfolgt, wie bereits in den Allgemeinen Bemerkungen angeführt, zum System-einstiegskurs von S 108.993'67 pro kgf.

Im gesamten Jahr 1998 hat die Goldposition um 17.999 Mio S bzw. 55.055 kgf zugenommen. Diese Veränderung geht auf folgende Komponenten zurück:

Die vollständige Rückführung der Goldeinbringung bei der EZB (vormals EWI) zum Bilanzstichtag 1998 bewirkte einen Zugang von 71 t im Gegenwert von 8.125 Mio S. Die am Wechselkurs- und Interventionsmechanismus im Rahmen des EWS teilnehmenden Zentralbanken waren bis zum 31. Dezember 1998 verpflichtet, unter anderem 20% ihrer Goldbestände beim EWI bzw. seit 1. Juni 1998 bei der EZB zu hinterlegen, und zwar im Wege von revolvingen Al-pari-Dreimonatsswaps gegen ECU.

An die Münze Österreich AG wurden 20 t Gold im Betrag von 2.266 Mio S verkauft. Diese Goldverkäufe dienen insbesondere zur Produktion der Goldbullionmünzen „Philharmoniker“ sowie der Kinebarren.

Die übrigen Goldzugänge betragen per saldo 4 t, wobei im abgelaufenen Jahr die offenen Goldterminals gegen Devisen um 19 t reduziert wurden. Die Goldterminals gegen Devisen wurden zur Mobilisierung von Goldbeständen durchgeführt, wobei das hierbei jeweils anfallende Terminagio (Unterschied zwischen dem Kassa- und dem Terminpreis) als Aufwand verrechnet wurde. Die die Devisenposition vorübergehend erhöhenden Dollarbeträge werden dagegen zinsbringend veranlagt.

Bei der Bewertung der Goldbestände zum Jahresultimo erfolgte in Vorbereitung der Rechnungslegungsharmonisierung der OeNB im ESZB die Anhebung des Bewertungspreises von S 60.000'– pro kgf auf S 108.993'67 pro kgf entsprechend dem Marktwert zum Ultimo und dem Bewertungsansatz im ESZB. Dieser Marktwert ergibt sich aufgrund des Fixings in US-Dollar an der Londoner Börse vom 31. Dezember 1998 mit 287'45 US-\$ pro ozf, wobei der entsprechende US-Dollar-Betrag mit dem Devisenkurs zum Euro vom 31. Dezember 1998 um 11.30 Uhr, Brüssler Ortszeit umgerechnet wird. Der resultierende Eurobetrag wurde dann mit dem am 31. Dezember 1998 unwiderruflich festgelegten Wechselkurs zum Schilling umgerechnet. Der aus der Neubewertung resultierende Aufwertungsgewinn in Höhe von 14.695 Mio S wurde gemäß § 69 Abs. 1 Z 1 NBG erfolgsneutral mit der „Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen“ verrechnet.

Devisen und Valuten

(Aktiva I/2)

Stand am	
31. Dezember 1998	245.746 Mio S
31. Dezember 1997	195.268 Mio S
Veränderung	+ 50.478 Mio S

Werden beim Vergleich der Jahresendstände 1998 und 1997 die Veränderungen aus Swaptransaktionen¹⁾ berücksichtigt, errechnet sich für den Jahresultimo 1998 ein Devisenstand in Höhe von 231,1 Mrd S (Jahresultimo 1997: 203,4 Mrd S).

Im kalendertägigen Durchschnitt des Jahres 1998 lag der Devisen- und Valutenbestand mit 204.403 Mio S um 1.307 Mio S oder 0,6% unter dem entsprechenden Vorjahreswert (205.710 Mio S). Die „Devisen und Valuten“ erreichten am 31. Dezember 1998 mit 245.746 Mio S ihren bisherigen Höchststand; der tiefste Stand fiel mit 187.257 Mio S auf den 30. September 1998.

Bei den Devisenguthaben in Höhe von 245.746 Mio S handelt es sich um frei konvertierbare Auslandsforderungen, und zwar um sofort fällige Guthaben sowie um kurzfristig realisierbare Veranlagungen im Ausland; sämtliche Transaktionen werden mit Partnern bester Bonität abgewickelt.

Die Bewertung der Devisen und Valuten erfolgt zu den Tageskursen des 31. Dezember 1998 auf Basis der für den Beginn der Stufe III der WWU unwiderruflich festgelegten Wechselkurse. Im abgelaufenen Geschäftsjahr resultierte daraus per saldo ein buchmäßiger Kursverlust von 10.544 Mio S.

**Forderung
aus der Beteiligung
an der Europäischen
Zentralbank (EZB)**

(Aktiva I/3)

Stand am	
31. Dezember 1998	1.623 Mio S
31. Dezember 1997	– Mio S
Veränderung	+1.623 Mio S

Der Bilanzposten I/3 „Forderung aus der Beteiligung an der Europäischen Zentralbank (EZB)“ wird im Jahresabschluß 1998 erstmalig ausgewiesen und beläuft sich zum 31. Dezember 1998 auf S 1.623,302.591.–. Mit der Errichtung der EZB am 1. Juni 1998 in Frankfurt zeichnete die OeNB den gemäß Art. 29 der ESZB-Statuten errechneten Kapitalanteil. Dieser betrug zu diesem Zeitpunkt 2,3663% und ist durch den Anteil Österreichs an der Bevölkerung und am BIP der Europäischen Union („EU 15“) bestimmt. Das gemäß Art. 28 der Statuten einzubringende Gesamtkapital der EZB in Höhe von 5 Mrd ECU wurde infolge der Nichtteilnahme des Vereinigten Königreichs, Dänemarks, Schwedens und Griechenlands an der Stufe III der Wirtschafts- und Währungsunion vorerst nur zu 78,9153%, das entspricht 3.946 Mio ECU gezeichnet. Zu diesem Zeitpunkt betrug der Anteil der OeNB daher 118,3 Mio ECU. Der Betrag wurde mit der fälligen Einlage der OeNB beim EWU, die als Veranlagungsstock zur Finanzierung der Aufwendungen des EWU diente, von 14,2 Mio ECU verrechnet.

Im Oktober 1998 erfolgte durch die Europäische Kommission eine auf den 1. Juni 1998 rückwirkende Revision des EZB-Kapitalschlüssels aufgrund einer gemäß

¹ Die Swaptransaktionen wurden gegen nicht in der Devisenposition enthaltene Aktivbestände (Gold) geschlossen.

Art. 29 und 42 des ESZB-Status durchzuführenden Adaptierung der zugrundeliegenden volkswirtschaftlichen Kennzahlen der 15 EU-Staaten. Diese Anpassung wurde durch Beschluß des EZB-Rats vom 1. Dezember 1998 rückwirkend per 1. Juni 1998 wirksam. Der **Anteil der OeNB an der EZB** beträgt somit rückwirkend **2'3594%**, das sind 118'0 Mio ECU, und wird im Jahresabschluß 1998 (auf Basis des zum 31. Dezember 1998 für den Beginn der Stufe III der WWU festgelegten Wechselkurses) mit 1.623 Mio S ausgewiesen. Im Jahr 1998 sind valutarische Kursverluste in Höhe von 21 Mio S angefallen.

Andere Forderungen gegen die EZB
(Aktiva I/4)

Stand am	
31. Dezember 1998	– Mio S
31. Dezember 1997	39.107 Mio S
Veränderung	–39.107 Mio S

Der in der Bilanz zum 31. Dezember 1997 unter der Position „Forderungen gegen das Europäische Währungsinstitut“ ausgewiesene Bilanzstand setzte sich aus den revolvingen Al-pari-Dreimonatsswaps (2.798'8 Mio offizielle ECU im Gegenwert von 38.909 Mio S) und der Einlage als Veranlagungsstock zur Finanzierung der EWU-Aufwendungen (14'2 Mio ECU im Gegenwert von 198 Mio S) zusammen. Mit der Errichtung der EZB per 1. Juni 1998 wurde das EWU liquidiert, wodurch die Einlage beim EWU fällig wurde.

Im Zusammenhang mit der Teilnahme der OeNB am Wechselkurs- und Interventionsmechanismus des EWS hatte die OeNB

gemäß Art. 17 des EWS-Abkommens der Zentralbanken vom 13. März 1979 in der geltenden Fassung jeweils 20% ihres Goldbestands und ihrer US-Dollar-Devisenreserven in Form von revolvingen Al-pari-Dreimonatsswaps bis 31. Mai 1998 beim EWU und danach bei der EZB zu hinterlegen. Im Ausmaß der eingebrachten Bestände erwarb die OeNB diesem gegenüber eine Forderung in offiziellen ECU.

Die revolvingen Al-pari-Dreimonatsswaps im Gegenwert von 38.909 Mio S wurden noch drei Mal verlängert und per 31. Dezember 1998 mit dem Ende des Wechselkurs- und Interventionsmechanismus des EWS I zur Gänze rückgeführt.

Die Erträge der an das EWU bzw. die EZB übertragenen Aktiva flossen uneingeschränkt der OeNB zu und sind unter dem Posten 1 der Gewinn- und Verlustrechnung „Erträge aus den valutarischen Deckungsbeständen“ verrechnet. Aus den „Anderen Forderungen gegen die EZB“ resultierten Bewertungsverluste von per saldo 2.564 Mio S.

Sonderziehungsrechte im Rahmen des Internationalen Währungsfonds
(Aktiva I/5)

Stand am	
31. Dezember 1998	1.755 Mio S
31. Dezember 1997	2.127 Mio S
Veränderung	– 372 Mio S

Gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 440/1969, ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der Sonderziehungsrechte teilzunehmen und die unentgeltlich zugeteilten bzw. entgeltlich

erworbenen Sonderziehungsrechte (SZR) als Deckung des Gesamtumlaufs (Passiva III und IV) in ihre Aktiven einzustellen.

Der zum Jahresende 1998 ausgewiesene Bilanzstand stellt den Gegenwert von 105'9 Mio SZR dar. Vom Internationalen Währungsfonds (IWF) wurden in den Jahren 1970 bis 1972 und 1979 bis 1981 insgesamt 179'0 Mio SZR mit einem Gegenwert von 2.967 Mio S unentgeltlich zugeteilt, wofür eine „Ausgleichspost zu den vom Internationalen Währungsfonds zugeteilten Sonderziehungsrechten“ (Passiva V) in die Bilanz eingestellt wurde.

Durch An- und Verkäufe von SZR gegen Devisen bzw. durch Ertragsabrechnungen ist eine Abnahme der SZR-Aktivposition von per saldo 18'9 Mio SZR im Gegenwert von 372 Mio S eingetreten. Diese An- und Verkäufe von SZR gegen Devisen wurden über Wunsch der OeNB durchgeführt. Käufe aufgrund von Designierungen, für die gemäß den Fondsstatuten eine Verpflichtung bis zum Dreifachen der Gesamtzuteilung besteht, erfolgten im Jahr 1998 nicht.

Die Bewertung der SZR erfolgt zu dem am 31. Dezember 1998 gültigen SZR-Tageskurs von 16'57364 S (31. Dezember 1997: 1 SZR = 17'0451 S). Diese Kursrelation basiert auf dem in US-Dollar ausgedrückten, vom IWF aufgrund eines die fünf wichtigsten Währungen umfassenden Korbs ermittelten Wert der SZR und des auf Basis des für den Beginn der Stufe III der WWU festgelegten US-Dollar-Kurses. Der in dieser Position angefallene Bewertungsverlust von 84 Mio S ist insbesondere auf den im abgelaufenen Geschäftsjahr verzeichneten Rückgang

des SZR-Kurses zurückzuführen. Aus der gleichzeitig vorgenommenen Bewertung der Ausgleichspost resultiert ein Bewertungsgewinn von 84 Mio S, wodurch der vorerwähnte Bewertungsverlust ausgeglichen wird.

Forderung aus der Beteiligung am Internationalen Währungsfonds

(Aktiva I/6)

	31. Dez. 1997	31. Dez. 1998	Veränderung
	in Mio S		
Gesamtforderung (= österr. Quote) im Gegenwert von 1.188'3 Mio SZR abzüglich:			
Nicht abberufener Teil der Quote	20.255	19.695	- 560
	8.089	4.261	-3.828
Dem IWF somit effektiv zur Verfügung gestellte Mittel	12.166	15.434	+3.268

Die von der OeNB gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 309/1971, zur Gänze für eigene Rechnung übernommene Quote der Republik Österreich beim IWF ist – nach der zuletzt im Dezember 1992 erfolgten Aufstockung um 412'7 Mio SZR – im abgelaufenen Jahr mit 1.188'3 Mio SZR unverändert geblieben. Die Abnahme des in der Vorkolonne der Bilanz gezeigten Schillinggegenwerts der Gesamtforderung um 560 Mio S geht daher ausschließlich auf den durch den Rückgang des SZR-Kurses von 17'0451 S zum 31. Dezember 1997 auf 16'57364 S zum 31. Dezember 1998 verursachten Bewertungsverlust zurück.

Von der Gesamtbeteiligung wird ausweismäßig der vom IWF nicht abberufene Teil der Quote, der sich zum 31. Dezember 1998 auf 4.261 Mio S beläuft, abgesetzt. Im abgelaufenen Jahr hat der nicht abberufene Teil der österreichischen IWF-Quote um 3.828 Mio S abgenom-

men. Hierbei reduzierten sich die Schillingguthaben des IWF insbesondere aufgrund von Ziehungen zugunsten von Mitgliedstaaten um 4.570 Mio S. Demgegenüber erhöhten sich diese aufgrund der von verschiedenen Mitgliedstaaten erfolgten Schillingerläge um 230 Mio S. Eine weitere Zunahme resultiert aus Schillingerlägen im Zusammenhang mit der Beteiligung an den „New Arrangements to Borrow (NAB)“ in Höhe von 622 Mio S.

Dagegen ergab sich aus den im Berichtsjahr vom IWF vorgenommenen Neubewertungen seines Schillingbestands ein Kursgewinn von 110 Mio S, den die OeNB dem IWF-Schillingkonto zubuchen mußte. Saldiert man den Kursgewinn von 110 Mio S aus der Bewertung des Schillingbestands mit dem bei der Gesamtforderung verzeichneten Bewertungsverlust von 560 Mio S, ergab sich im Jahr 1998 aus der Beteiligung am IWF ein buchmäßiger Kursverlust von 450 Mio S.

Der nach Abzug des nicht aberberufenen Schillingbestands des IWF in der Hauptkolonne der Bilanz aufscheinende Deckungswert von 15.434 Mio S stellt die effektive Erfüllung finanzieller Verpflichtungen aus der Beteiligung am IWF dar.

**Andere Forderungen
gegen den Internationalen
Währungsfonds**
(Aktiva I/7)

Stand am	
31. Dezember 1998	1.458 Mio S
31. Dezember 1997	1.057 Mio S
Veränderung	+ 401 Mio S

In dieser Position wird der vom IWF verwaltete Treuhandfonds für die „Erweiterung der Ergänzenden

Strukturanpassungsfazilität (ESAF-Erweiterung)“ und Österreichs Beitrag an die NAB in Höhe von zusammen 88 Mio SZR erfaßt. Die Forderungen richten sich gegen den IWF und stellen ein bei Bedarf jederzeit verfügbares valutarisches Aktivum dar.

Auf die im Dezember 1988 dem IWF zur Verfügung gestellten Einlage zugunsten der ESAF sind im Jahr 1998 die letzten zwei Tilgungsraten von je 6 Mio SZR eingegangen. Damit ist diese seit Juni 1994 in Halbjahresraten zu tilgende Forderung gänzlich getilgt.

Mit der ESAF-Erweiterung werden die Ziele des IWF unterstützt, durch Gewährung von sehr billigen Krediten an die ärmsten Entwicklungsländer Programme zu finanzieren, die auf eine erhebliche und nachhaltige Stärkung der Zahlungsbilanzsituation und des Wachstums dieser Länder abzielen. Die vom IWF benötigten Kreditmittel wurden von IWF-Mitgliedstaaten aufgebracht. Darüber hinaus besteht für den IWF ein Zinsensubventionsbedarf zur Absicherung der sehr niedrigen Verzinsung der zu vergebenden Kredite von 0,5% p. a.

Der im Jahr 1995 geleistete Beitrag der OeNB zur Erweiterung der ESAF diente der Mittelaufbringung für einen Veranlagungsfonds, aus dessen Erträgen die Zinsensubventionen finanziert werden. Mit dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 385/1995 wurde die Notenbank zu einer Einlage in Höhe von 50 Mio SZR mit einer Verzinsung von 0,5% p. a. und einer Laufzeit bis zu 10 Jahren ermächtigt. In diesem Gesetz ist auch die Berechtigung enthalten, die aus dieser Einlage stammende Forderung zur Deckung des Gesamtumlaufs heranzuziehen. Die

Rückzahlung durch den IWF beginnt im Februar 2001.

Die „Neuen Kreditvereinbarungen“ oder NAB sollen Problemen, die durch wachsende Liberalisierung der Kapitalmärkte und durch steigende Verflechtung der weltweiten Finanzströme entstehen und zu wirtschaftlicher Instabilität führen können, entgegenwirken. In diesem Fall wurde ein Hilfspaket vom IWF für Brasilien bereitgestellt. Zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der OeNB wurde vereinbart, daß sich Österreich mit einem Kredit von höchstens 412 Mio SZR beteiligen wird. Die Ermächtigung der OeNB, dem IWF im Rahmen des NAB Kredit zu gewähren, erfolgte mit dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 64/1998. Der Kredit wird marktmäßig verzinst. Zinsenzahlungen erfolgen am 31. Jänner, 30. April, 31. Juli und 31. Oktober, die gesamte Kapitalrückzahlung nach fünf Jahren.

Vor allem als Folge des Kursrückgangs der SZR (von 17'0451 S auf 16'57364 S für 1 SZR) im Vergleich der Bilanzstichtage ist ein Bewertungsverlust von 20 Mio S eingetreten. Hinsichtlich der Ermittlung des SZR-Tageskurses wird auf die Erläuterungen zu den Sonderziehungsrechten verwiesen.

**Forderungen aus Krediten
an ausländische
Notenbanken**
(Aktiva I/8)

Stand am	
31. Dezember 1998	47 Mio S
31. Dezember 1997	76 Mio S
Veränderung	-29 Mio S

In dieser Position wird der Gegenwert aushaftender Kreditforderungen von insgesamt 4 Mio US-\$ aus zwei der türkischen Zentralbank in den Jahren 1980 bzw. 1981 mit je 15 Mio US-\$ zur Verfügung gestellten Krediten ausgewiesen (Bundesgesetze BGBl. Nr. 99/1980 bzw. BGBl. Nr. 556/1980). Aufgrund dieser Gesetze ist die OeNB berechtigt, die aus den Krediten resultierenden Forderungen als Deckung des Gesamtumlaufs in ihre Aktiven einzustellen. Der Türkei Kredit des Jahres 1980 wird durch halbjährlich zu leistende Tilgungsraten bis April 2000 völlig getilgt sein, hinsichtlich des Kredits aus dem Jahr 1981 wird dies im Februar 2001 der Fall sein.

Die Abnahme dieser Forderungen resultiert mit 25 Mio S als Gegenwert von 2 Mio US-\$ aus planmäßigen Kreditrückzahlungen. Der Bewertungsverlust von 4 Mio S ergab sich durch den Rückgang des Bewertungskurses von 12'633 S zum 31. Dezember 1997 auf 11'793642 S zum 31. Dezember 1998.

In ihrer Gesamtheit haben die **valutarischen Deckungswerte** im Gegenwert von 298.755 Mio S gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert (264.494 Mio S) um 34.261 Mio S oder 13% zugenommen. Von den im Bilanzposten I zusammengefaßten Deckungsbeständen, die sich zum 31. Dezember 1998 auf insgesamt 329.881 Mio S belaufen, entfallen 91% (31. Dezember 1997: 77%) auf valutarische Deckungswerte.

Scheidemünzen
(Aktiva I/9)

Stand am	
31. Dezember 1998	1.538 Mio S
31. Dezember 1997	1.160 Mio S
Veränderung	+ 378 Mio S

Die Position stellt den Bestand an umlauffähigen österreichischen Scheidemünzen mit ihrem Nominalwert dar.

Die Zunahme geht auf den Rückfluß von Silbergedenkmünzen sowie Münzen aus unedlen Metallen zurück. Andererseits hat die OeNB von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die vom Publikum zurückgeflossenen Silbergedenkmünzen gemäß Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996 dem Bund bzw. der Münze Österreich AG („Münze“) rückzuerrechnen. Hinsichtlich der dem Bund zurückgegebenen Münzen wurde die „Forderung gegen den Bundesschatz“ (Aktiva I/13) entsprechend erhöht.

Folgende Neuprägungen wurden im abgelaufenen Jahr ausgegeben:

Münzen aus/ Nominale	Motiv	Erstausgabebetrag	Kundmachung der „Münze“ im Amtsblatt zur Wiener Zeitung vom	Auflage in Stück
Gold				
S 1000	Kaiserin Elisabeth	10. Sept. 1998	4. Aug. 1998	50.000
S 500	500 Jahre Wiener Sängerknaben	21. Jän. 1998	16. Dez. 1997	50.000
Silber				
S 500	Buchdrucker	16. April 1998	10. März 1998	200.000
S 500	Goldschmied	11. Nov. 1998	6. Okt. 1998	200.000
S 100	Kronprinz Rudolf	4. Juni 1998	28. April 1998	50.000
Unedlen Metallen				
S 50 ¹⁾	EU-Präsidentschaft Österreichs	5. Mai 1998	24. März 1998	1,300.000
S 50 ¹⁾	Konrad Lorenz	14. Okt. 1998	25. Aug. 1998	1,300.000
S 20	500. Todestag Michael Pacher	4. März 1998	3. Feb. 1998	x

¹⁾ Bimetall-Scheidemünze.

Die „Münze“ hat im Jahr 1998 die im Jahr 1993 begonnene Silbergedenkmünzen-Serie „Österreich und sein Volk“ zu S 500 fortgesetzt. Von der jeweiligen Auflage (Buchdrucker bzw. Goldschmied) wurden in den Sonderqualitäten „handgehoben“ und „polierte Platte“ 75.000 Stück hergestellt, die direkt von der „Münze“ ausgegeben werden.

Im Zusammenhang mit „Wiener Musiklegenden“ wurde aus Anlaß des 500jährigen Bestehens die S-500-Goldmünze „Wiener Sängerknaben“ geprägt.

Die S-1000-Goldmünze „Kaiserin Elisabeth“ und die S-100-Silbermünze „Kronprinz Rudolf“ sind dem Thema „Schicksale im Hause Habsburg“ gewidmet.

Die Sondergedenkmünzen „Wiener Musiklegenden“ und „Schicksale im Hause Habsburg“ werden nur in „polierter Platte“ hergestellt, die von der „Münze“ direkt ausgegeben werden.

Die im Jahr 1998 neu geprägten Goldmünzen („Wiener Sängerknaben“ und „Kaiserin Elisabeth“) enthalten unverändert einen Goldanteil von 995 Tausendteilen („Good London Delivery“-Gold).

Des weiteren wurden von der „Münze“ zwei weitere S-50-Bimetall-Scheidemünzen in Umlauf gesetzt.

Details zum Scheidemünzenumlauf sowie nähere Angaben zur Ausstattung der Münzen (Durchmesser, Raughewicht, Legierung) können den im Tabellenteil enthaltenen Aufgliederungen entnommen werden.

Beim Scheidemünzenumlauf handelt es sich um einen nicht in der Notenbankbilanz aufscheinenden statistischen Wert, der sich aus den Nennwerten der von der „Münze“ geprägten und von der

OeNB in Umlauf gebrachten Scheidemünzen sowie von der „Münze“ direkt ausgegebenen Sonderanfertigungen von Scheidemünzen bzw. Goldbullionmünzen, abzüglich direkt von der „Münze“ eingezogener Münzen, errechnet. Diese Vorgangsweise ist im Scheidemünzengesetz 1988 geregelt.

Eskontierte Wechsel
(Aktiva I/10)

Stand am	
31. Dezember 1998	– Mio S
31. Dezember 1997	17.125 Mio S
Veränderung	–17.125 Mio S

Mit Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Jänner 1999 wird im Rahmen der Liquiditätsversorgung der Wechseleskont nicht mehr durchgeführt. In vorbereitender Anpassung dazu wurden im Jahr 1998 Exportwechsel im Gesamtvolumen von 9.416 Mio S an die OeKB übertragen bzw. alle am 31. Dezember 1998 noch eskontierten Warenwechsel mit dem Einreicher rückverrechnet.

Auch im kalendertägigen Jahresdurchschnitt zeigt sich im Jahr 1998 die Abnahme der Inanspruchnahme der Notenbank im Reeskont, nämlich um 3.857 Mio S oder 20% auf 15.108 Mio S. Der im Jahr 1998 verzeichnete Höchststand der „Eskontierten Wechsel“ fiel mit 17.902 Mio S auf den 31. Jänner.

Die gemäß § 48 Abs. 1 NBG mit einer maximal dreimonatigen Restlaufzeit im Portefeuille befindlichen Wechsel werden zum Nominalwert (bzw. bei bestimmten Wechseln mit einem 10%igen Abschlag) ausgewiesen.

Die Entwicklung des Diskontsatzes (Bankrate) im Jahr 1998 kann

im Detail dem Tabellenteil entnommen werden.

Forderungen aus ERP-Krediten des Nationalbankblocks¹⁾
(Aktiva I/11)

Stand am	
31. Dezember 1998	8.792 Mio S
31. Dezember 1997	8.144 Mio S
Veränderung	+ 648 Mio S

Die Grundlage für die Gebarung mit den ERP-Investitionskrediten bilden das ERP-Fonds-Gesetz, BGBl. Nr. 207/1962 bzw. der § 83 des NBG. Seit 1. Juli 1998 erfolgt die Finanzierung von ERP-Krediten nicht mehr durch den Eskont von Finanzwechseln, sondern in Form von Buchkrediten.

Im Laufe des Jahres 1998 wurden neue ERP-Kredite des Nationalbankblocks im Gesamtbetrag von 2.674 Mio S in Anspruch genommen (1997: 1.609 Mio S), wogegen im selben Zeitraum Kredite in Höhe von insgesamt 2.026 Mio S rückgezahlt wurden (1997: 1.945 Mio S).

Wertpapiere aus Offenmarktgeschäften
(Aktiva I/12)

Stand am	
31. Dezember 1998	18.120 Mio S
31. Dezember 1997	48.940 Mio S
Veränderung	–30.820 Mio S

Da mit Beginn der dritten Stufe der WWU die Liquiditätsversorgung innerhalb des ESZB primär in Form von Tenderverfahren abgewickelt wird, wurden sämtliche zum Jahresultimo 1998 noch bestehenden GOMEX-Geschäfte von der OeNB rückgeführt. Der in

¹⁾ In der Bilanz zum 31. Dezember 1997 wurde diese Position unter dem Bilanzposten I/10 „Eskontierte ERP-Wechsel“ ausgewiesen.

der Bilanz zum 31. Dezember 1998 ausgewiesene Stand aus Offenmarkttransaktionen ist daher ausschließlich auf Tendergeschäfte zurückzuführen. Die Tenderverfahren wurden im abgelaufenen Jahr mit einer Laufzeit von zwei Wochen ausgeschrieben. Die GOMEX-Geschäfte wurden auf Basis Taggeld bis auf weiteres abgewickelt, die übrigen, in Form von Kostgeschäften abgewickelten Geldmarktoperationen hatten eine maximale Dauer von einem halben Jahr.

Im kalendertägig errechneten Jahresdurchschnitt ist das Offenmarktportefeuille gegenüber dem Vorjahr um 1.288 Mio S oder 4% auf 35.452 Mio S angestiegen.

Die Position erreichte im Jahr 1998 am 8. Jänner mit 65.381 Mio S ihren Höchststand; der tiefste Stand des abgelaufenen Jahres wurde dagegen mit 9.365 Mio S am 27. November verzeichnet.

Details hinsichtlich der im Jahr 1998 festgesetzten Zinssätze für die kurzfristigen Geldmarkt-Offenmarktgeschäfte (Offenmarktender und GOMEX) können dem Tabelleil entnommen werden.

Die Bewertung sämtlicher zum Bilanzstichtag 1998 im Offenmarktportefeuille der Bank gehaltenen Wertpapiere erfolgt gemäß § 67 Abs. 2 NBG zum Tageskurs vom 31. Dezember 1998, sofern dieser nicht höher ist als der seinerzeitige Ankaufskurs. Die Offenmarkttransaktionen stehen zu den beim Ankauf der Wertpapiere angewendeten Kursen, das war in allen Fällen 100, zu Buche. Diese Kurse entsprechen jeweils der zum Bilanzstichtag geltenden Börsenotierung bzw. den von den Kostgebern garantierten Rücknahmekursen.

Die **Liquiditätsversorgung der inländischen Kreditinsti-**

tute durch die Notenbank erfolgte vorwiegend angebotsorientiert in Form von Tenderverfahren. Die nachfrageorientierte Normalrefinanzierung (Standing Facilities) war durch Wechseleskont und auf Basis Taggeld bis auf weiteres in Form von Geldmarkt-Offenmarkttransaktionen (GOMEX) möglich. Darlehensgeschäfte konnten von der OeNB vor allem in ihrer Funktion als „lender of last resort“ eingesetzt werden. Um Überliquidität auf dem Geldmarkt zu absorbieren, konnte die OeNB restriktive Offenmarktgeschäfte (REGOM) mit Kassenscheinen durchführen.

Zum 31. Dezember 1998 beläuft sich die Liquiditätsversorgung auf 18.120 Mio S und hat damit gegenüber dem Bilanzstichtag 1997 um 47.945 Mio S oder 73% abgenommen. Auch im kalendertägigen Jahresdurchschnitt zeigt sich eine Abnahme der Liquiditätsbereitstellung, und zwar um 2.555 Mio S oder 5% auf 50.519 Mio S.

Auf die einzelnen Komponenten aufgegliedert zeigt sie für die letzten fünf Jahre folgende Entwicklung:

Jahresdurchschnitt der Liquiditätsversorgung						zusammen	Veränderung zum Vorjahr	
Tenderverfahren (angebotsorientiert)		Standing Facilities (nachfrageorientiert)		abzüglich REGOM	in %			
Normaltranche	SOMALI	Wechsel	GOMEX ¹⁾					
in Mio S								
1994	–	–	17.833	24.693	–	42.526	–25.187	–372
1995	115	–	16.542	24.313	820	40.150	– 2.376	– 56
1996	7.045	233	17.968	8.845	808	33.283	– 6.867	–17,1
1997	23.963	460	18.965	9.741	55	53.074	+19.791	+59,5
1998	25.389	23	15.108	10.040	41	50.519	– 2.555	– 48

¹⁾ Inklusiv selektiver Offenmarktoperationen.

Neben den oben genannten Liquiditätsinstrumenten wurde die Liquiditätsversorgung durch die OeNB im Jahresdurchschnitt 1998 um rund 10'9 Mrd S aus der

Gewinnausschüttung sowie den Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen erhöht. Die liquiditätswirksame Zunahme der valutarischen Bestände (also ohne Berücksichtigung der Ertragskomponenten und der Kursdifferenzen) betrug im abgelaufenen Jahr rund 7,5 Mrd S.

Forderung gegen den Bundesschatz
(Aktiva I/13)

Stand am	
31. Dezember 1998	2.676 Mio S
31. Dezember 1997	2.729 Mio S
Veränderung	- 53 Mio S

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die „Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen“ dar. Sie basiert auf der im Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996 enthaltenen Einlösungsverpflichtung für Silbermünzen, die von der OeNB im Rahmen dieser Bundesschuld kreditiert wird.

Das theoretische Höchstausmaß der Einlösungsverpflichtung des Bundes ist die Summe aller vor 1989 ausgegebenen Silbergedenkmünzen, vermindert um bereits bezahlte Münzenrücklieferungen sowie um von der „Münze“ direkt eingezogene beschädigte Münzen. Die Tilgung der so errechneten Maximalschuld von 18.340 Mio S erfolgt mit einem jährlichen Betrag von 80 Mio S aus dem Gewinnanteil des Bundes am Erfolgsüberschuß der OeNB. Weiters sind die Erlöse aus der Verwertung der rückgelieferten Silbermünzen, einschließlich der aus der Veranlagung dieser Beträge durch die „Münze“ bis zum vertraglich festgelegten Überweisungsstermin (15. Dezember

jeden Jahres) realisierten Zinsen, zur Tilgung zu verwenden. Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Schuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen.

In der Bilanz der Notenbank wird gegenüber dem Bund jedoch nur die um die noch nicht tilgbaren Komponenten Umlauf (15.016 Mio S) bzw. Kassenbestand (648 Mio S) reduzierte, aus den bisherigen Silbermünzenrücklieferungen resultierende Buchschuld in Höhe von 2.676 Mio S ausgewiesen. Diese Vorgangsweise wird, wie dem Bericht des EWI bzw. der EZB zur „Überwachung der in den Artikeln 104 und 104 a des EU-Vertrages enthaltenen Verbote“ zu entnehmen ist, als vertragskonform bestätigt.

Die Entwicklung dieser Bundesschuld stellt sich wie folgt dar:

Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen		
in Mio S		
Münzen in Verrechnung am 31. Dezember 1988		19.435
abzüglich:		
direkt eingezogene Münzen	19	
Einschmelzerlöse 1992 bis 1998	516	
Tilgungen aus den Gewinnanteilen des Bundes 1991 bis 1997	560	1.095
Theoretische Einlösungsverpflichtung des Bundes am 31. Dezember 1998		18.340
abzüglich:		
Münzenumlauf	15.016	
Kassenbestand	648	15.664
Buchmäßige Bundesschuld am 31. Dezember 1998		2.676

Andere Aktiven

(Aktiva II)

Die in der Bilanz zum 31. Dezember 1998 mit 176 Mio S ausgewiesenen **Gebäude und Grundstücke** (Aktiva II/1) zeigen folgende Entwicklung:

Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 1. 1. 1998	Zugänge im Jahr 1998	Abgänge im Jahr 1998	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31. 12. 1998	Buchwert 31. 12. 1997	Abschreibungen des Jahres 1998
3.486 ¹⁾	661	3.733 ²⁾	238	176	104	570

¹⁾ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

²⁾ Die Differenz zwischen den Buchwertabgängen und den Abgängen zu den historischen Anschaffungskosten beträgt 3.714 Mio S.

Der Posten **Einrichtung und Maschinen** (Aktiva II/2) steht zum 31. Dezember 1998 mit 399 Mio S zu Buche und hat damit gegenüber dem vorjährigen Bilanzstand um 309 Mio S abgenommen. Zugänge des Jahres 1998 (einschließlich geringwertiger Wirtschaftsgüter) in der Höhe von 391 Mio S wurden aktiviert und darauf Abschreibungen von 223 Mio S vorgenommen.

Die Einrichtung und Maschinen zeigen folgende Entwicklung:

Anschaffungskosten bis 1. 1. 1998	Zugänge im Jahr 1998	Abgänge im Jahr 1998	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31. 12. 1998	Buchwert 31. 12. 1997	Abschreibungen des Jahres 1998
1.676	391	481 ¹⁾	1.187	399	708	223

¹⁾ Die Differenz zwischen den Buchwertabgängen und den Abgängen zu den historischen Anschaffungskosten beträgt 4 Mio S.

Die Wertpapiere (Aktiva II/3)

haben sich im Jahr 1998 wie folgt entwickelt:

Buchwert 1. Jänner 1998	23.042 Mio S
Zugänge	+44.521 Mio S
	67.563 Mio S
Abgänge	-47.169 Mio S
	20.394 Mio S
Aktivierete Diskontanteile	+ 118 Mio S
Effektenkursverluste	- 78 Mio S
Devisenkursverluste	- 43 Mio S
Buchwert 31. Dezember 1998	20.391 Mio S

Das Wertpapierportefeuille hat damit gegenüber dem Bilanzstand des Vorjahres um 2.651 Mio S abgenommen. Vom Gesamtbestand waren Wertpapiere mit einem Buchwert von 19.990 Mio S der Veranlagung der Pensionsreserve und solche mit einem Buchwert von 213 Mio S der Veranlagung des Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft gewidmet. Die Bewertung der Wertpapiere erfolgt hinsichtlich des Effektenkurses gemäß § 67 Abs. 2 NBG nach dem Niederstwertprinzip, bei Fremdwährungswertpapieren wird hinsichtlich des Devisenkurses das Tageswertprinzip angewendet.

Alle sonstigen nicht gesondert angeführten Aktiven (Aktiva II/4) werden in der Bilanz zum 31. Dezember 1998 mit insgesamt 15.982 Mio S ausgewiesen und haben damit gegenüber dem vorjährigen Bilanzstand um 7.968 Mio S zugenommen.

In dieser Sammelpost sind folgende Teilpositionen erfaßt:

a) Beteiligungen	3.926 Mio S
b) Vorschüsse an Dienstnehmer	98 Mio S
c) Konten bei der OeKB	6.421 Mio S
d) Vorfinanzierung der Euromünzenproduktion	2.000 Mio S
e) Antizipationen	2.670 Mio S
f) Sonstige Forderungen und andere Aktiven	867 Mio S
	<hr/>
	15.982 Mio S

ad a) Die Entwicklung der Beteiligungen kann dem nachstehenden Beteiligungsspiegel entnommen werden:

Anschaffungskosten bis 1. 1. 1998	Zugänge im Jahr 1998	Abgänge im Jahr 1998	Kumulierte Abschreibungen	Buchwert 31. 12. 1998	Buchwert 31. 12. 1997	Abschreibungen des Jahres 1998
12.827	2.228	–	11.129	3.926	3.338	1.640

in Mio S

Die Herstellung von Banknoten durch Notenbanken wird im ESZB vor eine völlig neue Perspektive gestellt. Die bisher als OeNB-Organisationseinheit geführte „Druckerei für Wertpapiere“ (DFW) mußte sich daher zeitgerecht auf die strategischen Anforderungen des europäischen Marktes einstellen und sich für den internationalen Wettbewerb rüsten. Aus diesem Grund wurde im abgelaufenen Jahr die Auslagerung der DFW in ein selbständiges Unternehmen vorbereitet und abgeschlossen. Die „Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH“ (OeBS) hat ein Grundkapital von 100 Mio S und steht zur Gänze im Eigentum der OeNB. Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 1998 auf 770 Mio S.

In diesem Posten wird weiters die 100%ige Beteiligung an der Münze Österreich AG, Wien, bilanziert, die infolge ihres primären Unternehmenszwecks der Her-

stellung von Zahlungsmitteln währungspolitischen Interessen dient. Die „Münze“ hat im abgelaufenen Jahr für das Geschäftsjahr 1997 eine Dividende von 45 Mio S (1997 für das Geschäftsjahr 1996: 100 Mio S) an die OeNB ausgeschüttet, die im Posten 8 der Gewinn- und Verlustrechnung „Erträge aus Beteiligungen“ verrechnet wurde. Ein Gesellschafterzuschuß über 770 Mio S zur Liquiditätsverbesserung der „Münze“ wurde, der Bilanzierungspraxis der OeNB entsprechend, zur Gänze abgeschrieben, wobei im gleichen Ausmaß die „Freie Reserve“ verwendet wurde (Posten 12 a der Gewinn- und Verlustrechnung). Zur Vorfinanzierung der Euromünzenproduktion wurde an die „Münze“ eine Vorauszahlung über 2.000 Mio S geleistet, die bei Auslieferung der Euromünzen ab 1. Jänner 2002 vom zu bezahlenden Nominalwert dieser Münzenlieferungen in Abzug gebracht wird.

Diese Beteiligung steht somit nach wie vor mit einem Erinnerungswert zu Buche. Das Grundkapital der „Münze“ beträgt 75 Mio S. Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 1997 auf 2.093 Mio S, der Jahresüberschuß zum 31. Dezember 1997 auf 176 Mio S. Bezüglich der übrigen Beteiligungen wird auf § 241 HGB verwiesen.

ad b) Die Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der Bank haben gegenüber dem vorjährigen Bilanzstichtag um 11 Mio S abgenommen. Die Restlaufzeiten betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

ad c) Die auf Konten bei der OeKB gehaltenen Mittel dienen insbesondere der Veranlagung der

Pensionsreserve, der Auszahlung von ERP-Krediten sowie für den an den Bund aus dem Jahresabschluß 1998 zu leistenden Gewinnanteil.

ad e) Bei den Antizipationen, die zum Jahresabschluß 1998 mit 2.670 Mio S bilanziert werden, handelt es sich vor allem um Zinsenerträge, die erst im Jahr 1999 zahlungswirksam werden.

ad f) In diesem Teilposten ist die Sammlung von Streichinstrumenten alter Meister¹⁾ mit 338 Mio S enthalten. Im abgelaufenen Jahr wurde die Instrumentensammlung durch den Ankauf von drei Violinen, einer Viola und einem Violoncello erweitert. Hierbei handelt es sich um die Violinen „Antonius Stradivarius, Cremona 1714, ex Smith“, „Joseph Guarnerius del Gesu, Cremona 1731, ex Sorkin“ und „Carlo Bergonzi, Cremona 1723“; die Viola „Giovanni Paolo Maggini, Brescia“ und das Violoncello „Giovanni Tononi, Bologna 1681, ex Voss“.

Zum Bilanzstichtag 1998 besteht die Sammlung von Streichinstrumenten demnach aus einundzwanzig Geigen, vier Violoncelli und zwei Violen. Die Instrumente werden an förderungswürdige Musikausübende verliehen.

Aus den im Jahr 1998 geleisteten Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen resultiert zum Bilanzstichtag eine Forderung in Höhe von 76 Mio S.

Passiva

Grundkapital

(Passiva I)

Das gegenüber dem Vorjahr unverändert mit 150 Mio S ausgewiesene Grundkapital setzt sich aus 150.000 Namensaktien zu je S 1.000 zusammen.

Allgemeiner Reservefonds

(Passiva II/1)

Stand am	
31. Dezember 1998	22.181 Mio S
31. Dezember 1997	20.915 Mio S
Veränderung	+ 1.266 Mio S

Die Zunahme geht auf die gemäß § 69 Abs. 2 des NBG vorgenommene Zuführung von 10% des für das Jahr 1998 nach Abzug der Körperschaftsteuer ermittelten Jahresüberschusses zurück. Diese Zuführung war aufgrund der Bestimmungen des novellierten NBG letztmalig vorzunehmen.

Freie Reserve

(Passiva II/2)

Stand am	
31. Dezember 1998	28.607 Mio S
31. Dezember 1997	29.304 Mio S
Veränderung	- 697 Mio S

Die Abnahme ist der Saldo aus der gemäß Beschluß der Generalversammlung vom 24. April 1998 erfolgten Zuführung von 943 Mio S aus dem Bilanzgewinn 1997 und der Auflösung im Zusammenhang mit der Abschreibung von Beteiligungen in Höhe von 1.640 Mio S.

In der Freien Reserve sind mit 1.640 Mio S auch die Anteile der OeNB an den seit 1986 gewinnerhöhend verrechneten Veranlagungserträgen der Pensionsreserve

¹ Im Jahr 1989 hatte die OeNB begonnen, eine Sammlung historischer Streichinstrumente aufzubauen.

enthalten, die den Veranlagungsrahmen der Pensionsreserve erhöhen.

Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen

(Passiva II/3)

Stand am	
31. Dezember 1998	44.972 Mio S
31. Dezember 1997	55.339 Mio S
Veränderung	-10.367 Mio S

Im Jahr 1998 sind per saldo valutarische Kursverluste von 3.867 Mio S angefallen, die mit der Kursdifferenzenreserve verrechnet wurden. Gemäß § 69 Abs. 4 NBG richtet sich die „Verpflichtung zur Bildung und zur Auflösung der Kursdifferenzenreserve nach der Risikoeinschätzung der valutarischen Bestände“. Für die Berechnung des Währungsrisikos wurde der „Value-at-Risk“-Ansatz herangezogen. Das Ergebnis des „Value-at-Risk“-Ansatzes stellt jene Währungsverlustgrenze dar, die bei einem gegebenen Fremdwährungsbestand und einer gegebenen Währungsstreuung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit innerhalb eines angenommenen Zeithorizonts nicht überschritten wird. Als Ergebnis der VaR-Berechnung wurden 6.500 Mio S aus der „Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen“ in die Gewinn- und Verlustrechnung übernommen.

Andere Reserven

(Passiva II/4)

Stand am	
31. Dezember 1998	6.643 Mio S
31. Dezember 1997	6.756 Mio S
Veränderung	- 113 Mio S

In dieser Bilanzposition werden zusammengefaßt:

a) Reserve aus ERP-Zinsenüberschüssen	6.543 Mio S
b) Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	100 Mio S
c) Reserve für den Neubau der OeNB II in Wien	- Mio S
	6.643 Mio S

ad a) Der Reserve aus ERP-Zinsenüberschüssen wurden am 31. Dezember 1998 gemäß § 69 Abs. 1 Z 3 NBG Zinsenüberschüsse in Höhe von 308 Mio S zugeführt. Diese Reserve wird gemäß § 3 Abs. 2 des ERP-Fonds-Gesetzes, BGBl. Nr. 207/1962, auf den Plafond für das Gesamtvolumen an zu vergebenden ERP-Krediten angerechnet. Durch diese Finanzierungsaufgabe werden die Mittel der Reserve jedoch nicht in Anspruch genommen, da diese auf einem Konto bei der OeKB gehalten werden.

ad b) Dem im Jahr 1966 aus Anlaß des 150jährigen Bestandsjubiläums der österreichischen Notenbank errichteten „Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft“ waren aus dem Bilanzgewinn des Jahres 1965 die in dieser Position ausgewiesenen 100 Mio S zur fruchtbringenden Anlage zugewiesen worden. Die Veranlagung dieses Betrags erfolgt – zusammen mit 139 Mio S, die zum Bilanzstichtag aus den für Auszahlungen bestimmten Förderungsmitteln vorübergehend zur Verfügung stehen – vorwiegend in festverzinslichen inländischen Wertpapieren. Neben der gemäß § 69 Abs. 1 Z 4 NBG vorgenommenen Zuführung der Veranlagungserträge in Höhe von 19 Mio S wurden gemäß

Beschluß der Generalversammlung vom 24. April 1998 aus dem Bilanzgewinn des Jahres 1997 weitere Förderungsmittel in Höhe von 300 Mio S (hievon 200 Mio S zur Förderung wirtschaftsnaher Forschungsvorhaben) zur Verfügung gestellt.

Der Generalrat der OeNB hat im Jahr 1998 für 508 förderungswürdige Projekte Finanzierungsversagen in Höhe von insgesamt 326 Mio S erteilt. Seit Gründung des Jubiläumsfonds sind damit für 5.885 wissenschaftliche Projekte insgesamt 4.443 Mio S bereitgestellt worden. Bis Ende 1998 wurden von diesem Rahmen bereits Mittel im Gesamtbetrag von 4.146 Mio S angewiesen, hievon 318 Mio S im Verlauf des Jahres 1998. Den größten Anteil an den ausbezahlten Förderungsmitteln, nämlich 2.543 Mio S, hat die Finanzierung wirtschaftsnaher Forschungsprojekte. Im Rahmen der Grundlagenforschung wurden insbesondere Projekte der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, der Medizin sowie der Naturwissenschaften mit namhaften Beträgen unterstützt.

ad c) Die Reserve für den Neubau der OeNB II in Wien wurde aus den Bilanzgewinnen der Jahre 1986 bis 1990 und 1992 (mit jeweils 500 Mio S) sowie aus dem Bilanzgewinn des Jahres 1996 (mit 600 Mio S) dotiert. Ihr wurden somit insgesamt 3,6 Mrd S zugewiesen. Zur teilweisen Abdeckung der im Jahr 1998 für den Gebäude-neubau angefallenen Aufwendungen wurden die in dieser Reserve verbliebenen 421 Mio S zur Gänze verwendet.

Pensionsreserve

(Passiva II/5)

Stand am	
31. Dezember 1998	23.814 Mio S
31. Dezember 1997	23.386 Mio S
Veränderung	+ 428 Mio S

Das Pensionssystem der OeNB hat als rechtliche Grundlage das Nationalbankgesetz. Im wesentlichen besteht das System der OeNB darin, daß sie die volle Pensionsverpflichtung gegenüber den meisten ihrer Dienstnehmer übernommen hat und damit pensionsversicherungsfreie Dienstverhältnisse eingegangen ist. Zur Absicherung dieser Verpflichtung – insbesondere für den Fall des Übergangs der Notenbankfunktion auf einen anderen Rechtskörper – ist sie vom Gesetz her verpflichtet, eine Reserve zu bilden, die den Barwert sämtlicher Pensionsverpflichtungen darstellt. Mit 1. Mai 1999 wird für die ab dem 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Versicherung eine Pensionskassenlösung abgeschlossen. Ab 1. Mai 1998 wurden daher keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagensystem einbezogen.

Da das NBG vorsieht, die Veranlagungserträge der Pensionsreserve dieser zuzuführen, im übrigen aber nur eine limitierte Zuführung aus den Jahresüberschüssen der Bank (maximal 10%) zuläßt, mußte die Reserve über einen langen Zeitraum, nämlich von 1955 bis 1985, aufgebaut werden. Seit 1986 ist die Pensionsreserve voll gedeckt, sodaß lediglich ein Teil der Erträge ihrer Veranlagungswerte zur – durch Bezugserrhöhungen beziehungsweise allfällige Neueintritte (bis 30. April 1998) bedingten – Nachdotierung heran-

gezogen werden muß. Eine – abgesehen von einer im Jahr 1991 durch Nachverrechnungen notwendig gewordene – Inanspruchnahme von Gewinnteilen der Bank ist derzeit nicht erforderlich.

Der Barwert der Pensionsreserve wurde vom Versicherungsmathematiker Dr. Karl Kreiter, Wien, zum 31. Dezember 1998 mit 23.814 Mio S errechnet. Für die Berechnung wurde vom Versicherungsmathematiker ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,40% p. a. angewendet. Der Rechnungszinsfuß wird nach der gleitenden Durchschnittsmethode ermittelt, wobei eine automatische Anpassung bei nur geringen Änderungen in der Zukunft nicht automatisch vorgesehen ist.

Von den gesamten Erträgen aus der Veranlagung der Pensionsreserve in Höhe von 1.734 Mio S wurden aufgrund der Bestimmungen des § 69 Abs.1 Z 2 NBG 428 Mio S der Pensionsreserve zugeführt. Die verbleibenden 1.306 Mio S wurden in die Gewinn- und Verlustrechnung übernommen.

Banknotenumlauf

(Passiva III)

Stand am	
31. Dezember 1998	168.823 Mio S
31. Dezember 1997	171.126 Mio S
Veränderung	- 2.303 Mio S (-1,4%)

Im Vergleich der Jahresendstände 1996 und 1997 war eine Umlaufausweitung um 1.901 Mio S oder 1,1% zu verzeichnen gewesen.

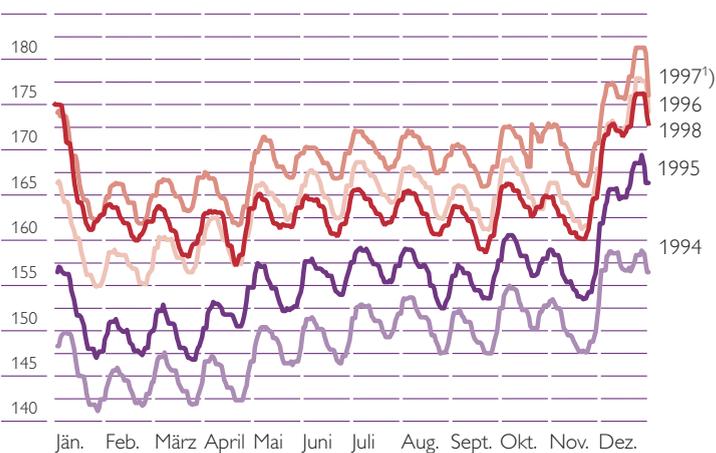
Der kalendertägig errechnete, Stichtagszufälligkeiten ausgleichende Jahresdurchschnitt des Banknotenumlaufs weist eine vom Stichtags-

vergleich abweichende Veränderung auf:

Banknotenumlauf	Veränderung zum Vorjahr	
	Jahresdurchschnitt in Mio S	in %
1994	144.002	+6,2
1995	150.189	+4,3
1996	158.836	+5,8
1997	163.928	+3,2
1998	160.827	-1,9

Banknotenumlauf

Tagesstände in Mrd S



Quelle: OeNB.

¹⁾ Höchststand am 23. Dezember 1997 mit 176,4 Mrd ATS.

Der bisher höchste Banknotenumlauf wurde mit 172.089 Mio S am 28. Dezember 1998 erreicht, der niedrigste des abgelaufenen Jahres ergab sich dagegen mit 154.849 Mio S am 22. April.

Die Banknotengebarung der OeNB im abgelaufenen Geschäftsjahr stellt sich wie folgt dar:

	in Mio Stück	in Mrd S
Banknotenumlauf am 31. Dezember 1997	431,2	171,1
Auszahlungen	646,1	299,2
Einzahlungen	647,5	301,5
Banknotenumlauf am 31. Dezember 1998	429,8	168,8

Erzeugt bzw. angekauft wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 139 Mio Stück (1997: 201 Mio Stück)

Banknoten, dagegen wurden im selben Zeitraum 155 Mio Stück (1997: 189 Mio Stück) unbrauchbar gewordene Banknoten der Vernichtung zugeführt.

Eine Zusammenstellung der derzeit in Umlauf befindlichen Banknoten der OeNB ist im Tabellenteil enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten
(Passiva IV/1)

Stand am	
31. Dezember 1998	54.693 Mio S
31. Dezember 1997	46.289 Mio S
Veränderung	+ 8.404 Mio S

Im Vergleich der Jahresendstände 1996 und 1997 hatte die Position dagegen um 3.779 Mio S abgenommen.

Die von Stichtagszufälligkeiten unbeeinflussten kalendertägig errechneten Jahresdurchschnittswerte der Guthaben von Kreditinstituten bei der Notenbank haben im abgelaufenen Jahr um 1.660 Mio S oder 3% auf 59.079 Mio S zugenommen.

Das durchschnittliche Mindestreserve-Soll betrug im Jahr 1998 59,1 Mrd S (1997: 57,5 Mrd S). Es wurde im abgelaufenen Jahr – ebenso wie im Jahr 1997 – ausschließlich durch Guthaben bei der OeNB bedeckt. Damit entspricht in den beiden Vergleichsjahren jeweils der durchschnittliche Stand der Giroguthaben der errechneten durchschnittlichen Erfüllung durch Guthaben bei der OeNB.

Die Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten wiesen am 27. Mai mit 72.759 Mio S den Höchststand auf; der niedrigste Stand des abgelaufenen Jahres wurde dagegen am

30. Dezember mit 43.584 Mio S verzeichnet.

Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten und Währungsinstitutionen
(Passiva IV/2)

Stand am	
31. Dezember 1998	209 Mio S
31. Dezember 1997	1.348 Mio S
Veränderung	-1.139 Mio S

Die Abnahme in diesem Bilanzposten resultiert daraus, daß sämtliche zum Bilanzstichtag 1997 getätigten kurzfristigen Geldaufnahmen in Fremdwährung („Reverse-Repo“) im Gegenwert von 1.274 Mio S im Jahr 1998 rückgeführt worden sind.

Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Stellen und sonstige inländische Verbindlichkeiten
(Passiva IV/3)

Stand am	
31. Dezember 1998	284 Mio S
31. Dezember 1997	246 Mio S
Veränderung	+ 38 Mio S

Hierin werden neben den Giro- und Fremdwährungsverbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Stellen und Firmen auch die Konten des ERP-Fonds sowie diverse Inlandsverbindlichkeiten aus dem laufenden Bankgeschäft zusammengefaßt.

Der als Summe der Passivposten III und IV ermittelte **Gesamtumlauf** wird in der Bilanz zum 31. Dezember 1998 mit 224.009 Mio S ausgewiesen, womit er gegenüber dem vorjährigen Bilanzstand um 5.001 Mio S oder 2% zu-

genommen hat (1997: -707 Mio S oder -0,3%).

Im Vergleich der Jahresdurchschnittswerte hat der Gesamtumlauf von 1997 auf 1998 eine Ausweitung um 1.607 Mio S oder 1% auf 227.316 Mio S erfahren.

Bei den als Gesamtumlauf ausgewiesenen Verbindlichkeiten der OeNB handelt es sich durchwegs um sofort fällige Verpflichtungen.

Der Gesamtumlauf war zum Jahresresultimo 1998 zu 147% (31. Dezember 1997: 156%) durch satzungsgemäße Deckungswerte gedeckt, davon zu 133% (31. Dezember 1997: 121%) durch valutarische Bestände.

Deckung des Gesamtumlaufts Deckungswerte	31. Dez. 1997 in %	31. Dez. 1998
Gold	67	146
Devisen und Valuten	892	1097
Forderungen gegen das EWI	179	-
Forderung aus der Beteiligung an der EZB	-	07
Sonstige valutarische Forderungen	71	84
Valutarische Werte insgesamt	1209	1334
Eskontierte Wechsel	78	00
Wertpapiere aus Offenmarktgeschäften	223	81
Forderung gegen den Bundesschatz	12	12
Sonstige	42	46
Deckungswerte insgesamt	1564	1473

**Rückstellung
für Abfertigungen**
(Passiva VI/1)

Stand am	
31. Dezember 1998	555 Mio S
31. Dezember 1997	819 Mio S
Veränderung	-264 Mio S

Diese Rückstellung wurde erstmalig nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes von 3,40% p. a. errechnet. Daraus ergeben sich unter Berücksichtigung von

Pensionierungen und Todesfällen 555 Mio S. Der für das Rückstellungserfordernis nicht benötigte Betrag von 264 Mio S wurde in die Gewinn- und Verlustrechnung in den Posten 3 „Sonstige Erträge“ eingestellt.

Sonstige Rückstellungen
(Passiva VI/2)

Stand am	
31. Dezember 1998	715 Mio S
31. Dezember 1997	2.620 Mio S
Veränderung	-1.905 Mio S

In diesem Bilanzposten sind die Rückstellungen für Jubiläumsgelder mit 137 Mio S sowie für nicht konsumierte Urlaube mit 102 Mio S enthalten. Die Rückstellung für Jubiläumsgelder wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Die Rückstellungen im Zusammenhang mit Lieferungen und noch nicht abgerechneten Leistungen betragen insgesamt 326 Mio S, wobei auf die Verrechnung mit der OeBS 167 Mio S entfallen.

Der Sammelposten **Alle sonstigen nicht gesondert angeführten Passiven** (Passiva VI/3) scheint in der Bilanz zum 31. Dezember 1998 in Höhe von 11.167 Mio S (31. Dezember 1997: 11.860 Mio S) auf. Hier wird mit 10.258 Mio S vor allem der gemäß § 69 Abs. 3 NBG dem Bund zufallende Anteil am Jahresüberschuß des Jahres 1998 (ohne den Dividendenanteil) ausgewiesen (siehe auch Posten 16 b der Gewinn- und Verlustrechnung).

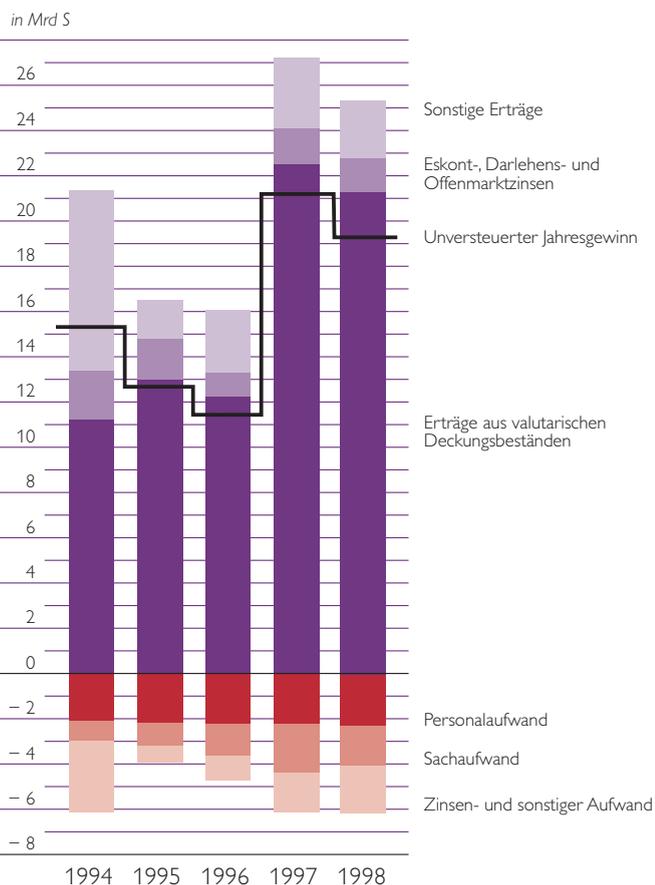
**Sonstige finanzielle
Verpflichtungen**

Außer den in der Bilanz erfaßten Posten bestehen nachstehend angeführte finanzielle Verpflichtungen:

- Kaufverpflichtung aufgrund von Designierungen im Rahmen der „Sonderziehungsrechte im Rahmen des Internationalen Währungsfonds“ in Höhe von 7.148 Mio S.
- Eventualverpflichtungen gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit „New Arrangements to Borrow“ und „Highly Indebted Poor Country Initiative“ in Höhe von insgesamt 6.300 Mio S.
- Nachschußverpflichtung von 343 Mio S (Gegenwert von 15 Mio Goldfranken) auf die mit 8.000 Stück Aktien zu je 2.500 Goldfranken bestehende Beteiligung an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel;
- Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen in Höhe von insgesamt 285 Mio S;
- Rückzahlungsverpflichtungen im Falle der Lösung von Dienstverhältnissen im Zusammenhang mit von Dienstnehmern der Bank geleisteten Pensionsbeiträgen in Höhe von insgesamt 80 Mio S.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwendungen und Erträge, Jahresgewinn



Quelle: OeNB.

Erträge aus den valutarischen Deckungsbeständen

(Posten 1)

Im Jahr 1998	21.257 Mio S
Im Jahr 1997	22.622 Mio S
Veränderung	- 1.365 Mio S

Die bei diesem Ertragsposten gegenüber dem Vorjahr eingetretene Abnahme um 1.365 Mio S oder 6% ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß der – auf Basis der Risikoeinschätzung bei den valutarischen Beständen – aus der „Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen“ gewinnerhöhend aufgelöste Betrag von 6.500 Mio S um 1.700 Mio S unter dem Vorjahrswert liegt. Der in diesem Posten enthaltene Devisenveranlagungsertrag von 14.072 Mio S (darin sind 1.256 Mio S realisierte Effektenkursgewinne enthalten) wird durch die im Posten 6 der Gewinn- und Verlustrechnung „Zinsen- und sonstiger Aufwand“ erfaßten Aufwendungen in Höhe von 1.741 Mio S (insbesondere realisierte und buchmäßige Effektenkursverluste von 666 Mio S) reduziert, sodaß sich der Nettoveranlagungsertrag auf 12.331 Mio S beläuft.

Zinsenerträge aus dem Eskont-, Darlehens- und Offenmarktgeschäft

(Posten 2)

Im Jahr 1998	1.534 Mio S
Im Jahr 1997	1.561 Mio S
Veränderung	- 27 Mio S

Vom Jahresergebnis entfallen 1.110 Mio S auf die Zinsen aus dem Offenmarktgeschäft und 424

Mio S auf Erträge aus dem Eskontgeschäft (einschließlich der ERP-Wechsel). Die Abnahme ist bei den Zinsen aus Warenwechseln und dem ERP-Geschäft eingetreten (–116 Mio S). Demgegenüber resultiert aus den Offenmarktgeschäften – insbesondere aus Tendergeschäften, die im Jahr 1998 primär für die Liquiditätsversorgung herangezogen worden sind – eine Zunahme um 89 Mio S.

Sonstige Erträge
(Posten 3)

Im Jahr 1998	2.024 Mio S
Im Jahr 1997	1.462 Mio S
Veränderung	+ 562 Mio S

In dieser Position sind die nicht zur Dotierung der Pensionsreserve benötigten Erträge aus der Pensionsreserve-Veranlagung in Höhe von 1.306 Mio S sowie jene aus der Leistungsverrechnung mit der OeBS über 84 Mio S enthalten. Weiters sind alle übrigen Erträge der Bank – ausgenommen jene aus Beteiligungen (siehe Posten 8 der Gewinn- und Verlustrechnung) – hierin zusammengefaßt.

Personalaufwand
(Posten 4)

Der gesamte Personalaufwand stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Im Jahr 1998	2.292 Mio S
Im Jahr 1997	2.221 Mio S
Veränderung	+ 71 Mio S

Auf die einzelnen Komponenten bezogen ist im Jahr 1998 folgende Entwicklung eingetreten:

	1997 <i>in Mio S</i>	1998	Veränderung
a) Gehälter	1.000,3	1.036,1	+ 35,8
abzüglich:			
Pensionsbeiträge aktiver Dienstnehmer	17,1	17,3	+ 0,2
b) Pensionsaufwendungen	983,2	1.018,8	+ 35,6
c) Abfertigungen	940,2	984,3	+ 44,1
d) Gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben	87,5	97,3	+ 9,8
e) Sonstige Sozialaufwendungen	153,7	160,3	+ 6,6
	73,3	77,7	+ 4,4
	2.237,9	2.338,4	+100,5
abzüglich Bezugsrefundierungen:			
von OeBS	–	30,2	
von anderen Tochterfirmen bzw. auswärtigen Dienststellen	17,5	16,4	46,6
			+ 29,1
	2.220,4	2.291,8	+ 71,4

Die „Gehälter“ abzüglich der von den aktiven Dienstnehmern eingehobenen Pensionsbeiträge (Posten 4 a) haben gegenüber dem Vorjahr um 35,6 Mio S oder 3,6% zugenommen. Dies steht vor allem im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf die Stufe III der WWU. Demgegenüber hat die OeNB für die im Rahmen eines Personalgestellungsvertrages der neu gegründeten „Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH“ (OeBS) zur Verfügung gestellten OeNB-Mitarbeiter 30,2 Mio S als Bezugsrefundierungen vereinnahmt.

Die Rückstellung für Jubiläumsgelder wurde – bedingt durch die Einbeziehung des Rechnungszinsfußes von 3,40% p. a. bei der versicherungsmathematischen Berechnung – mit 21,9 Mio S gewinnerhöhend aufgelöst (siehe auch Posten 3 der Gewinn- und Verlustrechnung „Sonstige Erträge“). Unter Berücksichtigung dieser Auflösung hätte

der Gehaltsaufwand nur um 13,7 Mio S oder 1,4% zugenommen.

Seit 1. Jänner 1997 haben Dienstnehmer, die nach dem 31. März 1993 eingetreten sind und bereits eine Pensionsanwartschaft erworben haben, für Schemabezüge bis zur jeweils gültigen Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG Pensionsbeiträge in Höhe von 10,25% zu entrichten. Darüber hinaus ist für jenen Teil des Schemabezugs, der die Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG übersteigt, ein Pensionsbeitrag von 2% zu leisten.

Seit 1. Mai 1998 unterliegen jene Mitarbeiter, die ab diesem Stichtag in die Bank eingetreten sind, der „ASVG-Pensionsregelung“ ergänzt durch ein Pensionskassenmodell. Damit hat die OeNB den Bestrebungen nach einer Harmonisierung des Pensionsrechtes mit den in Österreich geltenden Pensionssystemen im Sinne eines Zwei-Säulen-Modells (ASVG-Pension und Pensionskasse) Rechnung getragen.

ad a) Der durchschnittliche Stand der Angestellten der OeNB (ohne Präsidium und ohne die Direktoriumsmitglieder) ist von 1.150 Personen im Jahr 1997 auf 1.148 Personen im Jahr 1998, das sind 2 Personen oder 0,2%, zurückgeführt worden. Unter Berücksichtigung der karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere) reduzierte sich der durchschnittliche Personalstand auf 1.050 Personen. Die Anzahl der Arbeiter hat von 23 auf 21 Personen abgenommen.

Die Bezüge einschließlich der Sachbezüge (steuerlicher Wert der Privatnutzung von Pkw sowie Zuschüsse zu Kranken- und Unfall-

versicherungen) der Mitglieder des Direktoriums gemäß § 33 Abs. 1 NBG belaufen sich auf 17,4 Mio S (1997: 24,3 Mio S), die der drei Mitglieder des Präsidiums auf 4,8 Mio S (1997: 6,5 Mio S). Die Abnahme der Bezüge von Direktoriumsmitgliedern um 6,9 Mio S ist darauf zurückzuführen, daß sich die – mit 15. Juli 1997 wirksam gewordene – Reduktion auf vier Direktoriumsmitglieder sowie die Bezugsanpassungen an das Bezügebegrenzungs-gesetz (BGBl. I Nr. 64/1997) ausgewirkt haben.

Gemäß § 26 Abs. 2 NBG wurden an Mitglieder des Generalrats Reisekostenentschädigungen in Höhe von insgesamt 77.400,- S vergütet.

ad b) Im Posten 4 b „Pensionsaufwendungen“ sind die Bezüge für pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene in Höhe von 45,2 Mio S (1997: 37,7 Mio S) enthalten, somit entfallen 939,1 Mio S (1997: 902,5 Mio S) auf die übrigen für Pensionsbezüge der Bank berechtigten Personen.

ad d) Im Posten „Gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben“ sind die Kommunalsteuer in Höhe von 31 Mio S und die Sozialversicherungsbeiträge und die Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds in Höhe von 108 Mio S enthalten.

Sachaufwand

(Posten 5)

Im Jahr 1998	1.745 Mio S
Im Jahr 1997	2.119 Mio S
Veränderung	- 374 Mio S

Die beim Sachaufwand eingetretene Abnahme geht auf geringere Ausgaben im Zusammenhang mit der Errichtung und der abschließen-

den Einbringung der OeNB II in die OeBS zurück, die sich im abgelaufenen Jahr auf 568 Mio S beliefen (1997: 1.368 Mio S) und zur Gänze im Jahr der Anschaffung abgeschrieben wurden. Durch die gänzliche Auflösung der aus den Gewinnanteilen der Bank gebildeten „Reserve für den Neubau der OeNB II“ wurden diese Aufwendungen größtenteils erfolgsneutral gehalten.

Von den **Erträgen aus Beteiligungen** (Posten 8) in der Gesamthöhe von 69 Mio S entfallen 45 Mio S auf Dividendenzahlungen der „Münze“ und 20 Mio S auf solche der BIZ, Basel.

Die **Abschreibungen auf Beteiligungen** (Posten 9) in Höhe von 1.640 Mio S betrafen Gesellschafterzuschüsse an die „Münze“ (770 Mio S) und an die AUSTRIA CARD (100 Mio S) sowie die Sach- und Bareinlage für die OeBS (770 Mio S).

Körperschaftsteuer

(Posten 14)

Das aufgrund des § 72 Abs. 1 NBG der Steuerbemessung zugrunde zu legende Einkommen beträgt 19.189 Mio S, sodaß sich bei Anwendung des 34%igen Steuersatzes die Körperschaftsteuer mit 6.524 Mio S errechnet. Hierauf wurden im Jahr 1998 durch Vorauszahlungen insgesamt 6.600 Mio S geleistet.

Direktorium

Gouverneur Dr. Klaus Liebscher (ab 1. September 1998)
 Vize-Gouverneurin Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell
 (ab 1. September 1998; bis 31. August 1998 Direktorin)
 Generaldirektor Adolf Wala (bis 31. August 1998)
 Direktor Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek
 Direktor Erwin Tischler (bis 14. Juli 1998)
 Direktor Mag. Dr. Zöllner (ab 15. Juli 1998)

Generalrat

Präsident Adolf Wala (ab 1. September 1998)
 Präsident Dr. Klaus Liebscher (bis 31. August 1998)
 Vizepräsident Herbert Schimetschek
 (ab 8. September 1998; bis 7. September 1998 Generalrat)
 1. Vizepräsident Dkfm. Dr. Erich Göttlicher (bis 7. September 1998)
 2. Vizepräsident Dipl.-Ing. Karl Werner Rüscher
 (bis 31. Dezember 1998; ab 1. Jänner 1999 Generalrat)
 Dipl.-Ing. August Astl (ab 8. September 1998)
 Dr. Norbert Beinkofer
 Helmut Elsner (ab 28. April 1998)
 Walter Flöttl (bis 28. April 1998)
 Univ.-Prof. DDr. Helmut Frisch
 Dkfm. Lorenz R. Fritz
 Dr. Rene Alfons Haiden
 Dr. Robert Launsky-Tieffenthal
 Dr. Richard Leutner
 Mag. Werner Muhm
 Mag. Dr. Walter Rothensteiner
 Dkfm. Dr. Siegfried Sellitsch

Gemäß § 22 Abs. 5 des Nationalbankgesetzes 1984 vom Zentralbetriebsrat
 zu Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten
 entsendet: Gerhard Valenta und Mag. Thomas Reindl.

Wien, am 25. Februar 1999

The image shows three handwritten signatures in black ink. The top signature is 'Tumpel-Gugerell', the middle one is 'Duchatzek', and the bottom one is 'Tischler'. The signatures are written in a cursive, flowing style.

Bestätigungsvermerk der Abschlußprüfer

Die Buchführung und der Jahresabschluß zum 31. Dezember 1998 der Oesterreichischen Nationalbank entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der für eine Notenbank üblichen Besonderheiten ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der gemäß § 68 Abs. 1 des Nationalbankgesetzes 1984 in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998 erstellte Geschäftsbericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluß.

Wien, am 25. Februar 1999

Mag. Christian Hofer
Beideter Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Prof. DDr. Kurt Neuner
Beideter Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Dr. Peter Wolf
Beideter Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Dr. Pipin Henzl
Beideter Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 2 und 3 des NBG vorgesehenen satzungsgemäßen Zuweisungen (Posten 16 a und 16 b der Gewinn- und Verlustrechnung), von denen 10.258 Mio S (1997: 11.328 Mio S) auf den Gewinnanteil des Bundes entfallen, verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene

Bilanzgewinn 1998 von	S 1.139,817.150'90.
-----------------------	---------------------

Das Direktorium hat in der Sitzung am 25. März 1999 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:

10%ige Dividende auf das Grundkapital von 150 Mio S	S 15,000.000'—
Zuweisung an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	S 820,000.000'—
Zuweisung an die Freie Reserve	S 304,817.150'90
	<hr/> S 1.139,817.150'90 <hr/>

EKT EKP 2001

EURO EURO EURO
EURO EURO EURO
EURO EURO EURO
EURO EURO EURO



Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluß 1998

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm aufgrund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluß über das Geschäftsjahr 1998 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 28. April 1998 gewählten Rechnungsprüfern – den beideten Wirtschaftsprüfern

Mag. Christian Hofer, Prof. DDr. Kurt Neuner, Dr. Peter Wolf und Dr. Pipin Henzl – aufgrund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 15. April 1999 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluß über das Geschäftsjahr 1998 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluß der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 1998 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluß 1998 erstatteten Empfehlung (Seite 135) beschließen.

EURO EURO E
EURO EURO E
EURO EURO E
EURO EURO E



URO
URO
URO
URO



Tabellenteil

TABELLENTEIL

Oesterreichische Nationalbank und ausgewählte monetäre Aggregate	
<i>Wochenausweis der Oesterreichischen Nationalbank im Jahr 1998</i>	4*
<i>Wochenausweis der Oesterreichischen Nationalbank von 1957 bis 1998</i>	6*
<i>Banknoten der Oesterreichischen Nationalbank</i>	8*
<i>Österreichische Scheidemünzen</i>	9*
<i>Offizielle Währungsreserven</i>	10*
<i>Mindestreserven der Kreditinstitute</i>	11*
<i>Zentralbankgeldversorgung der inländischen Kreditinstitute</i>	12*
<i>Geldmengenaggregate</i>	13*
Finanzinstitutionen	
<i>Monatsausweise der inländischen Kreditinstitute</i>	14*
<i>Ertragslage der inländischen Kreditinstitute</i>	18*
<i>Eigenmittelausstattung gemäß § 23 BWG 1993</i>	20*
<i>Vermögensbestand der inländischen Investmentfonds</i>	21*
<i>Vermögensbestand der inländischen Pensionskassen</i>	22*
Inländische Zinssätze	
<i>Diskont- und Lombardsätze der Oesterreichischen Nationalbank</i>	23*
<i>Zinssatz für kurzfristige Geldmarkt-Offenmarktgeschäfte (GOMEX, REGOM und Tenderverfahren)</i>	24*
<i>Österreichische Geldmarktzinssätze</i>	25*
<i>Zinssatzstatistik der inländischen Kreditinstitute</i>	26*
<i>Renditen auf dem inländischen Rentenmarkt</i>	28*
Kapitalmarkt	
<i>Wertpapierumsätze</i>	29*
<i>Österreichischer Aktienmarkt</i>	30*
Öffentliche Finanzen	
<i>Bundshaushalt</i>	31*
Realwirtschaft	
<i>Daten zur realwirtschaftlichen Entwicklung Österreichs</i>	32*
<i>Ausgewählte volkswirtschaftliche Kennziffern</i>	33*
Außenwirtschaft	
<i>Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse</i>	34*
<i>Mittelkurse für Devisen</i>	42*
<i>Bilaterale Leitkurse, Höchst- und Niedrigstkurse innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS)</i>	44*

Wochenausweis der Oesterreichischen Nationalbank im Jahr 1998*)

Stand	Aktiva																Summe der Aktiva/Passiva	Passiva										Stand	
	Gold	Devisen und Valuten	Forderung aus der Beteiligung an der Europäischen Zentralbank (EZB) ¹⁾	Andere Forderungen gegen die EZB ²⁾	Sonderziehungsrechte im Rahmen des Internationalen Währungs-fonds (IWF)	Forderung aus der Beteiligung am IWF			Andere Forderungen gegen den IWF	Forderungen aus Krediten an ausländische Notenbanken	Scheide-münzen ³⁾	Eskontierte Wechsel	Forderungen aus ERP-Krediten des National-bank-blocks ⁴⁾	Wert-papiere aus Offenmarkt-geschäften	Forderung gegen den Bundes-schatz	Andere Aktiven		Grundkapital und Reserven ⁵⁾	Banknoten-umlauf	Sofort fällige Verbindlichkeiten				Begebene Kassen-scheine	Gesamt-umlauf (19 + 23 + 24)	Ausgleichs-post zu den vom IWF zugeteilten Sonder-ziehungs-rechten	Sonstige Passiven		
						Gesamt-forderung	abzüglich: nicht abberufener Teil der Quote	Effektuierte Zahlungen (6-7)												gegen inländische Kredit-institute	gegen ausländische Kredit-institute und Währungs-institutionen	gegen öffentliche Stellen und sonstige inländische Verbindlich-keiten	zusammen (20 + 21 + 22)						
																													1
in Mio ATS																													
1997																											1997		
31. Dezember	14.693	195.268	x	39.107	2.127	20.255	8.089	12.166	1.057	76	1.161	17.125	8.144	48.940		2.730	31.951	374.544	134.450	171.125	46.289	1.348	246	47.883	-	219.008	3.052	18.034	31. Dezember
1998																											1998		
7. Jänner	14.676	197.894	x	39.120	2.141	20.391	8.143	12.247	1.064	77	1.142	17.232	7.339	65.266		2.730	32.400	393.328	134.450	169.834	61.614	4.025	271	65.910	-	235.744	3.072	20.062	7. Jänner
15.	15.000	203.290	x	35.414	2.143	20.413	5.133	15.279	1.065	77	1.178	17.630	7.369	58.191		2.730	32.124	391.491	134.450	162.128	65.577	6.395	175	72.147	-	234.275	3.076	19.690	15.
23.	14.950	206.423	x	35.407	2.135	20.335	5.113	15.222	1.061	76	1.199	17.776	7.351	42.931		2.768	32.015	379.313	134.450	158.429	59.183	6.037	169	65.389	-	223.819	3.064	17.980	23.
31.	14.628	204.727	x	35.392	1.967	20.522	5.087	15.436	1.071	77	1.224	17.902	7.361	39.865		2.768	32.428	374.846	134.450	159.932	46.730	7.899	203	54.833	2.000	216.765	3.092	20.539	31.
7. Februar	14.620	199.869	x	35.381	1.953	20.385	4.962	15.423	1.064	76	1.247	17.803	7.361	56.816		2.768	33.386	387.767	134.450	160.661	62.558	7.470	1.464	71.491	-	232.152	3.071	18.093	7. Februar
15.	14.896	202.465	x	35.392	2.067	20.553	5.011	15.542	1.072	70	1.255	17.495	7.426	48.616		2.794	33.319	382.410	134.450	159.092	57.364	7.800	176	65.340	-	224.432	3.097	20.430	15.
23.	14.575	199.629	x	35.398	2.054	20.423	5.091	15.332	1.066	70	1.267	17.104	7.475	53.081		2.794	33.401	383.248	134.450	157.915	62.123	5.398	161	67.681	-	225.596	3.077	20.124	23.
28.	14.556	201.441	x	35.409	2.054	20.423	5.090	15.333	1.066	70	1.288	17.380	7.475	44.551		2.794	33.571	376.989	134.450	159.248	57.346	2.981	170	60.497	-	219.745	3.077	19.717	28.
7. März	14.545	201.632	x	35.409	2.067	20.555	5.123	15.432	1.072	71	1.289	17.543	7.483	41.191		2.794	33.196	373.725	134.450	160.476	52.054	1.829	172	54.056	-	214.532	3.097	21.646	7. März
15.	14.532	206.282	x	35.483	2.066	20.544	5.120	15.424	1.072	71	1.301	17.270	7.483	42.911		2.794	33.352	380.041	134.450	158.368	56.782	4.719	154	61.655	-	220.023	3.096	22.473	15.
23.	14.512	209.812	x	35.509	2.067	20.546	5.119	15.427	1.072	71	1.304	17.115	7.489	46.416		2.818	33.460	387.071	134.450	155.904	66.879	3.135	192	70.206	-	226.110	3.096	23.415	23.
31.	14.209	208.875	x	35.565	2.076	20.638	5.142	15.496	1.077	72	1.326	15.987	7.485	42.286		2.818	34.047	381.317	134.450	158.042	55.798	3.995	174	59.967	-	218.009	3.110	25.748	31.
7. April	14.500	216.031	x	35.511	2.409	20.520	5.112	15.408	1.071	71	1.344	16.704	7.597	42.236		2.818	33.812	389.513	134.450	160.129	53.551	13.371	240	67.162	-	227.292	3.092	24.679	7. April
15.	14.257	218.152	x	36.894	2.390	20.360	5.072	15.287	1.062	70	1.342	16.765	7.679	42.156		2.818	34.314	393.186	134.450	158.865	60.205	13.987	171	74.363	-	233.227	3.068	22.441	15.
23.	14.255	216.562	x	36.820	2.195	20.213	5.035	15.178	1.055	69	1.371	16.846	7.711	39.686		2.818	34.318	388.882	134.450	155.336	58.971	16.008	135	75.114	-	230.450	3.046	20.936	23.
30.	14.239	206.007	x	36.830	2.024	20.206	5.033	15.173	1.054	63	1.368	17.310	7.736	41.076		2.767	35.456	381.102	136.792	160.560	56.767	15.742	149	72.658	-	233.218	3.045	8.047	30.
7. Mai	15.278	199.071	x	36.723	1.995	19.921	4.880	15.040	1.039	62	1.376	17.275	7.737	44.221		2.767	34.846	377.431	136.792	161.986	56.245	14.470	210	70.925	-	232.911	3.002	4.726	7. Mai
15.	15.171	199.725	x	36.634	2.129	19.977	4.975	15.002	1.042	63	1.397	17.172	7.778	39.536		2.767	34.663	373.079	136.792	159.066	55.499	12.872	174	68.545	-	227.611	3.010	5.666	15.
23.	15.169	195.704	x	36.650	2.111	19.809	4.933	14.876	1.034	62	1.397	17.502	7.793	51.031		2.767	34.547	380.642	136.792	158.848	64.516	12.872	151	77.538	-	236.387	2.985	4.479	23.
31.	15.146	198.073	x	36.665	2.123	19.918	4.959	14.958	1.039	63	1.404	17.441	7.823	51.606		2.767	34.930	384.037	136.792	160.639	63.564	13.173	217	76.954	-	237.592	3.001	6.651	31.
7. Juni	15.133	195.087	x	36.692	2.111	19.807	4.931	14.877	1.033	62	1.412	17.142	7.903	40.371		2.767	34.837	369.426	136.792	161.485	50.656	11.612	234	62.502	-	223.987	2.984	5.663	7. Juni
15.	15.110	203.510	x	36.756	1.797	20.024	4.984	15.040	1.045	64	1.406	17.328	7.903	43.776		2.767	34.914	381.414	136.792	160.473	59.499	13.513	163	73.175	-	233.648	3.017	7.957	15.
23.	15.077	211.067	x	36.823	1.802	20.077	4.996	15.081	1.048	63	1.410	17.396	7.996	38.143		2.767	35.139	383.811	136.792	157.758	62.160	16.552	140	78.853	-	236.611	3.025	7.383	23.
30.	15.109	197.961	x	36.859	2.401	20.145	4.806	15.339	949	64	1.422	12.998	8.028	36.960		2.767	38.153	366.960	136.792	160.342	56.518	1.140	245	57.904	-	218.246	3.035	8.886	30.
7. Juli	15.106	200.391	1.644	36.596	2.402	20.154	4.810	15.344	950	64	1.426	13.215	7.253	37.401		2.767	38.960	373.518	136.792	162.374	56.975	5.530	281	62.786	-	225.160	3.037	8.528	7. Juli
15.	15.109	202.137	1.642	35.400	2.386	20.017	4.777	15.240	943	63	1.428	13.596	7.281	36.816		2.767	38.891	373.699	136.792	160.698	57.199	8.652	208	66.060	-	226.757	3.016	7.134	15.
23.	15.096	208.784	1.641	35.384	2.299	19.921	4.754	15.168	939	63	1.406	13.755	7.378	33.891		2.801	38.903	377.508	136.792	159.036	63.677	7.950	272	71.899	-	230.935	3.002	6.778	23.
31.	15.021	206.365	1.639	35.326	2.285	19.797	4.747	15.050	933	63	1.420	13.892	7.530	30.181		2.801	38.625	371.128	136.792	161.404	54.790	9.192	232	64.214	-	225.618	2.983	5.735	31.
7. August	14.937	201.558	1.638	35.303	2.138	19.688	4.720	14.969	928	56	1.377	13.970	7.600	34.211		2.846	44.675	376.205	136.792	162.086	56.581	9.337	3.448	69.366	-	231.452	2.967	4.994	7. August
15.	14.907	203.368	1.639	35.328	2.127	19.836	4.755	15.081	935	57	1.374	14.005	7.692	30.381		2.846	44.747	374.485	136.792	160.038	58.426	9.068	203	67.696	-	227.734	2.989	6.970	15.
23.	14.891	206.355	1.640	35.358	2.134	19.897	4.769	15.127	938	57	1.227	14.027	7.694	27.771		2.846	44.930	374.994	136.792	158.015	58.820	10.380	203	69.403	-	227.418	2.998	7.786	23.
31.	14.835	203.113	1.642	35.394	2.003	19.732	4.730	15.002	930	56	1.229	13.782	7.771	29.111		2.858	44.709	372.434	136.792	159.632	58.637	7.254	180	66.071	-	225.703	2.973	6.966	31.
7. September	14.746	192.928	1.638	35.313	2.206	19.680	4.551	15.128	927	55	1.244	13.712	7.828	30.821		2.858	44.683	364.088	136.792	160.700	56.354	4.539	229	61.123	-	221.823	2.965	2.508	7. September
15.	14.650	189.917	1.634	35.237	2.327																								

Banknoten der Oesterreichischen Nationalbank

Umlauf

Notenkategorie	31. Dezember 1997		31. März 1998		30. Juni 1998		30. September 1998		31. Dezember 1998	
	in Mio ATS	in %								
Banknoten mit gesetzlicher Zahlkraft										
5000 S/I. Form	54.658	31'9	52.388	33'2	54.077	33'7	53.697	33'4	56.805	33'7
1000 S/IV. Form	30.492	17'8	16.838	10'7	x	x	x	x	x	x
1000 S/V. Form	52.883	30'9	57.544	36'4	65.685	41'0	68.862	42'8	73.775	43'7
500 S/III. Form	5.123	3'0	3.052	1'9	x	x	x	x	x	x
500 S/IV. Form	8.335	4'9	9.277	5'9	10.027	6'3	10.156	6'3	11.048	6'5
100 S/VI. Form	13.638	8'0	13.061	8'3	13.342	8'3	13.274	8'3	13.667	8'1
50 S/IV. Form	2.298	1'3	2.238	1'4	2.305	1'4	2.307	1'4	2.321	1'4
20 S/V. Form	2.169	1'3	2.128	1'4	2.183	1'4	2.230	1'4	2.234	1'3
zusammen	169.596	99'1	156.526	99'0	147.619	92'1	150.527	93'6	159.849	94'7
Zur Präklusion aufgerufene Notenkategorien ¹⁾										
1000 S/III. Form	567	0'3	560	0'4	553	0'3	548	0'3	543	0'3
1000 S/IV. Form	x	x	x	x	9.030	5'6	7.092	4'4	5.932	3'5
500 S/II. Form	234	0'1	231	0'2	228	0'1	225	0'1	223	0'1
500 S/III. Form	x	x	x	x	2.191	1'4	1.786	1'1	1.565	0'9
100 S/V. Form ²⁾	342	0'2	340	0'2	337	0'2	334	0'2	332	0'2
50 S/III. Form ²⁾	154	0'1	153	0'1	153	0'1	152	0'1	151	0'1
20 S/IV. Form	233	0'1	232	0'2	230	0'1	229	0'1	228	0'1
zusammen	1.529	0'9	1.516	1'0	12.722	7'9	10.366	6'4	8.973	5'3
Insgesamt	171.125	100'0	158.042	100'0	160.341	100'0	160.893	100'0	168.823	100'0

Merkmale der Banknoten

Notenkategorie	Porträt auf der Vorderseite der Banknoten	Datum der Banknoten	Erster Ausgabetermin der Banknoten	Einziehungstermin (letzter Tag für die Annahme in Zahlung)	Präklusivtermin (letzter Tag für die Umwechslung der aufgerufenen Banknoten)
5000 S/I. Form	Wolfgang A. Mozart	4. Jänner 1988	17. Oktober 1989		
1000 S/V. Form	Karl Landsteiner	1. Jänner 1997	20. Oktober 1997		
500 S/IV. Form	Rosa Mayreder	1. Jänner 1997	20. Oktober 1997		
100 S/VI. Form	Eugen Böhm v. Bawerk	2. Jänner 1984	14. Oktober 1985		
50 S/IV. Form	Sigmund Freud	2. Jänner 1986	19. Oktober 1987		
20 S/V. Form	Moritz M. Daffinger	1. Oktober 1986	19. Oktober 1988		
1000 S/III. Form	Bertha v. Suttner	1. Juli 1966	21. September 1970	30. August 1985	30. August 2005
1000 S/IV. Form	Erwin Schrödinger	3. Jänner 1983	14. November 1983	20. April 1998	20. April 2018
500 S/II. Form	Josef Ressel	1. Juli 1965	24. Oktober 1966	31. August 1987	31. August 2007
500 S/III. Form	Otto Wagner	1. Juli 1985	20. Oktober 1986	20. April 1998	20. April 2018
100 S/V. Form	Angelika Kauffmann	2. Jänner 1969	19. Oktober 1970	28. November 1986	28. November 2006
100 S/V. Form (2. Auflage)	Angelika Kauffmann	2. Jänner 1969	1. Juni 1981	28. November 1986	28. November 2006
50 S/III. Form	Ferdinand Raimund	2. Jänner 1970	15. Februar 1972	31. August 1988	31. August 2008
50 S/III. Form (2. Auflage)	Ferdinand Raimund	2. Jänner 1970	19. September 1983	31. August 1988	31. August 2008
20 S/IV. Form	Carl Ritter v. Ghega	2. Juli 1967	4. November 1968	30. September 1989	30. September 2009

Quelle: OeNB.

¹⁾ Diese Banknoten haben mit Ablauf der Einziehungsfrist ihre Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel verloren; sie werden jedoch noch bis zum Präklusivtermin von der OeNB zur Umwechslung angenommen.

²⁾ Einschließlich Banknoten der 2. Auflage.

Österreichische Scheidemünzen*)

Umlauf

Münzenkategorie	31. Dezember 1997	31. März 1998	30. Juni 1998	30. September 1998	31. Dezember 1998
Nominalwerte in Mio ATS					
Münzen aus unedlen Metallen					
50 S ¹⁾	115	109	146	137	156
20 S	513	511	506	508	506
10 S	3.005	2.979	3.022	3.050	3.036
5 S	1.963	1.962	1.992	2.018	2.015
1 S	1.541	1.546	1.571	1.593	1.584
50 g	271	272	275	277	275
10 g	295	296	298	300	298
5 g	13	13	13	13	13
2 g	4	4	4	4	4
Insgesamt ²⁾	7.721	7.692	7.828	7.901	7.886
Goldmünzen	10.370	10.542	10.657	10.893	11.206
Bimetallmünzen					
1000 S ³⁾	42	42	42	42	42
500 S ⁴⁾	16	16	16	16	16
Silbermünzen					
500 S	9.376	9.248	9.230	9.139	9.107
200 S	26	26	26	26	26
100 S	4.793	4.748	4.713	4.683	4.651
50 S	2.234	2.219	2.206	2.194	2.180
25 S	1.039	1.036	1.033	1.030	1.026
Insgesamt	17.467	17.277	17.208	17.072	16.989

Merkmale der Scheidemünzen

Münzenkategorie	Durchmesser in mm	Rauhgewicht in g	Legierung							Erster Ausgabetag der Scheidemünzen
			Gold	Silber	Kupfer	Nickel	Aluminium	Magnesium	Zink	
			in ‰							
Münzen aus unedlen Metallen										
50 S ¹⁾	26,5	8,2	—	—	920	20	60	—	—	23. Oktober 1996
20 S	27,7	8,0	—	—	920	20	60	—	—	10. Dezember 1980
10 S	26	6,2	—	—	750	250	—	—	—	17. April 1974
5 S	23,5	4,8	—	—	750	250	—	—	—	15. Jänner 1969
1 S	22,5	4,2	—	—	915	—	85	—	—	1. September 1959
50 g	19,5	3,0	—	—	915	—	85	—	—	1. Oktober 1959
10 g	20	1,1	—	—	—	—	985	15	—	27. November 1951
5 g	19	2,5	—	—	—	—	—	—	1.000	17. Juni 1948
2 g	18	0,9	—	—	—	—	985	15	—	15. Juli 1950
1 g	17	1,8	—	—	—	—	—	—	1.000	5. April 1948
Goldmünzen										
2000 S (1 ozf ⁵⁾)	37	31,1	999,9	—	—	—	—	—	—	10. Oktober 1989
1000 S/I. Form	27	13,5	900	—	100	—	—	—	—	22. Oktober 1976
1000 S/II. Form	30	16,2	986	—	14	—	—	—	—	15. Mai 1991
1000 S/III. Form (1/2 ozf ⁵⁾)	28	15,6	999,9	—	—	—	—	—	—	5. Oktober 1994
1000 S/IV. Form	28	17,0	916,7	40,3	43	—	—	—	—	12. Jänner 1995
500 S/I. Form (1/4 ozf ⁵⁾)	22	7,8	999,9	—	—	—	—	—	—	10. Oktober 1989
500 S/II. Form	22	8,1	986	—	14	—	—	—	—	24. Jänner 1991
200 S (1/10 ozf ⁵⁾)	16	3,1	999,9	—	—	—	—	—	—	12. September 1991
Bimetallmünzen										
1000 S ³⁾	40	40,0	986	900	114	—	—	—	—	31. Mai 1994
500 S ⁴⁾	30	19,0	986	900	114	—	—	—	—	24. März 1995
Silbermünzen										
500 S/I. Form	38	24,0	—	640	360	—	—	—	—	10. April 1980
500 S/II. Form	37	24,0	—	925	75	—	—	—	—	15. April 1983
500 S/III. Form	37	24,0	—	925	75	—	—	—	—	23. Mai 1989
200 S/I. Form	40	33,6	—	925	75	—	—	—	—	12. Jänner 1995
100 S/I. Form	36	24,0	—	640	360	—	—	—	—	23. Dezember 1974
100 S/II. Form	34	20,0	—	900	100	—	—	—	—	24. Jänner 1991
50 S/I. Form	34	20,0	—	900	100	—	—	—	—	20. Februar 1959
50 S/II. Form	34	20,0	—	640	360	—	—	—	—	18. April 1974
25 S	30	13,0	—	800	200	—	—	—	—	1. Oktober 1955

Quelle: OeNB.

*) Münzen mit gesetzlicher Zahlkraft.

¹⁾ Bimetallmünze.

²⁾ Darin enthalten ist auch der Umlauf an Scheidemünzen zu 1 Groschen, der sich während des Jahres 1998 im Durchschnitt auf rund 0,24 Mio ATS belaufen hat.

³⁾ Der Goldkern enthält 13 g Feingold und die Silberumrahmung 24 g Feinsilber.

⁴⁾ Der Goldring enthält 8 g Feingold und der Silberinnenteil 4,8 g Feinsilber.

⁵⁾ Bullionmünzen.

Offizielle Währungsreserven¹⁾

Periodenende	Gold ²⁾	Devisen und Valuten	Beteiligung und andere Forderungen gegen die EZB ³⁾	Forderungen gegen den IWF			Forderungen aus Krediten an ausländische Notenbanken	Zusammen (1 bis 7)	Verbindlichkeiten gegen ausländische Kreditinstitute und Währungsinstitutionen	Offizielle Währungsreserven			
				aus SZR	aus der Beteiligung	andere				Stand (8 - 9)	Veränderung zum		Stand
										Vormonat	Vorjahr		
	in Mio ATS									in Mio USD ⁴⁾			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1989	38.552	94.296	x	3.526	4.203	989	259	141.825	242	141.583	x	+ 8.830	11.983
1990	38.058	92.231	x	2.973	3.672	911	212	138.057	198	137.859	x	- 3.724	12.912
1991	37.375	102.701	x	3.019	4.217	917	192	148.421	103	148.318	x	+10.459	13.876
1992	37.200	130.174	x	3.866	6.086	937	181	178.444	169	178.275	x	+29.957	15.702
1993	34.718	167.667	x	2.677	6.363	1.001	169	212.595	115	212.480	x	+34.205	17.498
1994	34.231	174.101	x	3.103	5.827	769	131	218.162	192	217.970	x	+ 5.490	19.871
1995	22.384	179.304	26.567	1.825	6.882	1.290	100	238.352	187	238.165	x	+20.196	23.609
1996	20.058	199.303	38.246	2.137	8.859	1.166	87	269.856	91	269.765	x	+31.601	24.627
1997	15.068	195.268	39.107	2.127	12.166	1.057	76	264.868	1.348	263.520	x	- 6.245	20.860
1998	32.692	245.746	1.623	1.755	15.434	1.458	47	298.755	209	298.545	x	+35.025	25.315
1998													
Jänner	15.182	204.727	35.392	1.967	15.436	1.071	77	273.851	7.899	265.952	+ 2.432	- 5.493	20.718
Februar	15.364	201.441	35.409	2.054	15.333	1.066	70	270.737	2.981	267.756	+ 1.804	- 4.685	21.035
März	15.077	208.875	35.565	2.076	15.496	1.077	72	278.237	3.995	274.242	+ 6.486	+12.744	21.094
April	15.108	206.007	36.830	2.024	15.173	1.054	63	276.259	15.742	260.517	-13.725	-12.397	20.632
Mai	15.146	198.073	36.665	2.123	14.958	1.039	63	268.066	13.173	254.893	- 5.624	-11.402	20.307
Juni	15.109	197.961	36.859	2.401	15.339	949	64	268.683	1.140	267.543	+12.650	- 5.770	21.013
Juli	15.021	206.365	36.964	2.285	15.050	933	63	276.680	9.192	267.488	- 54	-21.908	21.346
August	14.835	203.113	37.035	2.003	15.002	930	56	272.975	7.254	265.722	- 1.767	-10.605	21.278
September	14.590	187.257	36.880	2.313	14.788	906	53	256.787	2.642	254.145	-11.577	-21.025	21.532
Oktober	14.521	199.276	34.596	2.097	14.949	916	46	266.401	109	266.293	+12.148	+ 6.018	22.925
November	14.403	214.431	34.689	2.084	15.042	927	48	281.623	67	281.557	+15.264	+23.435	23.473
Dezember	32.692	245.746	1.623	1.755	15.434	1.458	47	298.755	209	298.545	+16.989	+35.025	25.315

Quelle: OeNB.

¹⁾ Errechnet aus dem Wochenanweis der OeNB.

²⁾ Ab dem Jahr 1995 einschließlich der in der Wochenanweisposition „Andere Aktiven“ eingestellten Goldforderungen.

³⁾ Diese Position lautete bis 31. Mai 1998 „Forderungen gegen das EWI“; ab 1. Juli 1998 inkl. Beteiligung an der EZB.

⁴⁾ Umrechnung zum Devisenmittelkurs des jeweiligen Ultimos.

Mindestreserven (MR) der Kreditinstitute¹⁾

Mindestreservesätze²⁾

gemäß Kundmachung der OeNB ³⁾		per		für Kreditinstitute mit Verpflichtungen ab 40 Mio ATS ⁴⁾				für Kreditinstitute mit Verpflichtungen unter 40 Mio ATS ⁴⁾			
Nr.	vom	Sicht- einlagen	Termin- und Spareinlagen	Emissionen ⁷⁾	Sicht- einlagen	Termin- und Spareinlagen	Emissionen ⁷⁾	Sicht- einlagen	Termin- und Spareinlagen	Emissionen ⁷⁾	
			kurz- fristig ⁶⁾	länger- fristig ⁶⁾		kurz- fristig ⁶⁾	länger- fristig ⁶⁾		kurz- fristig ⁶⁾	länger- fristig ⁶⁾	
in %											
MR 1/72	31. 1. 1972	1972 Februar	10'5	8'5	7'5	—	—	6'5	6'0	6'0	—
MR 2/72	21. 9. 1972	1972 November	11'0	9'0	8'0	—	—	7'0	6'5	6'5	—
MR 3/72	27. 11. 1972	1973 Jänner	12'0	10'0	9'0	—	—	8'0	7'5	7'5	—
MR 1/73	21. 3. 1973	1973 April	11'0	9'0	8'0	—	—	7'0	6'5	6'5	—
MR 2/73	23. 10. 1973	1973 November	9'5	7'5	6'5	—	—	5'5	5'0	5'0	—
		1974 Jänner	10'0	8'0	7'0	—	—	6'0	5'5	5'5	—
MR 2/74	27. 2. 1974	1974 März	9'0	7'0	6'0	—	—	5'0	4'5	4'5	—
MR 1/80	23. 1. 1980	1980 Februar	9'0	7'0	6'0	7'0	—	5'0	4'5	4'5	4'5
MR 3/81	25. 2. 1981	1981 März	9'0	7'0	6'0	6'0	—	5'0	4'5	4'5	4'5
MR 2/82	29. 9. 1982	1982 Oktober	8'5	6'5	5'5	5'5	—	4'5	4'0	4'0	4'0
MR 2/89	29. 11. 1989	1990 Februar	9'0	7'0	6'0	6'0	—	5'0	4'5	4'5	4'5
MR 2/92	28. 11. 1991	1992 Februar	9'0	7'0	6'0	6'0 ⁸⁾	—	9'0	7'0	6'0	6'0 ⁸⁾
MR 2/95	23. 3. 1995	1995 Juli	7'0	5'5	4'0	4'0 ⁸⁾	—	7'0	5'5	4'0	4'0 ⁸⁾
MR 5/95	27. 7. 1995	1995 September	5'0	3'0	3'0	3'0 ⁸⁾	—	5'0	3'0	3'0	3'0 ⁸⁾

Mindestreserveergebnisse

Berichtsmonat	MR- Verpflich- tungen	Brutto- MR-Soll ⁹⁾	anrechen- bare Kassen- bestände ¹⁰⁾	Netto- MR-Soll ¹¹⁾ bzw. MR-Soll ¹²⁾	durch- schnittlicher gewichteter MR-Satz	Bedeckung des Netto-MR-Soll ¹¹⁾ bzw. MR-Soll ¹²⁾	Fehlbetrag	
						durch Guthaben bei der OeNB	durch Bundes- schatzscheine gemäß § 41 NBG ¹³⁾	
		in Mio ATS			in %	in Mio ATS		
1993 Dezember	1,608.447	103.267	19.466	83.801	5'2	58.436	25.364	1
1994 Dezember	1,727.605	108.243	21.322	86.921	5'0	61.471	25.450	—
1995 Dezember	1,844.880	x	x	55.131	3'0	55.104	x	27
1996 Dezember	1,884.450	x	x	56.505	3'0	56.502	x	3
1997 Dezember	1,897.753	x	x	57.702	3'0	57.702	x	0
1998 Dezember	1,946.438	x	x	60.128	3'1	60.127	x	1
1998								
Jänner	1,927.716	x	x	59.053	3'1	59.052	x	1
Februar	1,931.808	x	x	59.036	3'1	59.030	x	6
März	1,928.204	x	x	58.888	3'1	58.887	x	1
April	1,926.032	x	x	58.877	3'1	58.876	x	1
Mai	1,923.462	x	x	58.895	3'1	58.895	x	0
Juni	1,927.857	x	x	59.117	3'1	59.116	x	1
Juli	1,921.506	x	x	58.974	3'1	58.972	x	2
August	1,917.094	x	x	58.707	3'1	58.706	x	1
September	1,919.354	x	x	58.686	3'1	58.686	x	0
Oktober	1,929.702	x	x	59.262	3'1	59.262	x	0
November	1,933.526	x	x	59.516	3'1	59.502	x	14
Dezember	1,946.438	x	x	60.128	3'1	60.127	x	1

Quelle: OeNB.

¹⁾ Kreditinstitute gemäß BWG.

²⁾ Für Kreditinstitute in Zollausschlußgebieten gelten Mindestreservesätze gemäß Kundmachung MR 6/95 vom 27. Juli 1995.

³⁾ Die Kundmachungen MR 1/74, 3/74, 4/74, 5/74, 2/78, 3/86 und 2/94 bewirkten keine Änderung der Mindestreservesätze.

⁴⁾ Stichtag für deren Ermittlung: jeweils vorhergegangener Jahresletzter.

⁵⁾ Ab Berichtsmonat Februar 1992 gelten für alle Kreditinstitute die gleichen Mindestreservesätze.

⁶⁾ Kurzfristig = mit Laufzeiten bzw. Kündigungsfristen unter 12 Monaten; längerfristig = mit Laufzeiten bzw. Kündigungsfristen ab 12 Monaten.

⁷⁾ Gemäß geltender MR-Kundmachung der Oesterreichischen Nationalbank; bis Februar 1981: aufgenommene, nichttitrierte Gelder.

⁸⁾ Für Emissionen mit einer Mindestlaufzeit zwischen 24 und 60 Monaten gilt ein Mindestreservesatz von 0%.

⁹⁾ Errechnet aus Mindestreserveverpflichtungen.

¹⁰⁾ Ab September 1995 nicht mehr anrechenbar.

¹¹⁾ Brutto-Mindestreserve-Soll abzüglich Kassenbestände.

¹²⁾ Ab September 1995 entspricht das Netto-Mindestreserve-Soll dem Brutto-Mindestreserve-Soll.

¹³⁾ Ab Juli 1995 nicht mehr anrechenbar.

Zentralbankgeldversorgung der inländischen Kreditinstitute¹⁾

Periodendurchschnitt	Wechsel- eskont ²⁾	Geldmarkt- Offenmarkt- geschäfte ³⁾	Offenmarkt- Tender- geschäfte	Wertpapier- lombard	Liquiditäts- abschöpfende Offenmarkt- geschäfte (REGOM)	Devisenswaps		Forderungen aus ERP-Krediten des Nationalbank- blocks ⁴⁾	Insgesamt (1 bis 4 – 5 + 6 bis 8)
						gerechnet	pari		
in Mio ATS									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1996	17.987	7.773	7.630	–	788	–	–	8.422	41.024
1997	18.965	9.740	24.423	–	55	–	–	7.787	60.861
1998	15.129	10.043	25.484	1	41	–	–	7.810	58.425
1998									
Jänner	17.528	16.047	37.751	–	129	–	–	7.373	78.570
Februar	17.524	12.043	38.015	–	71	–	–	7.419	74.929
März	17.278	11.300	32.875	–	–	–	–	7.489	68.942
April	16.828	11.578	31.402	–	–	–	–	7.664	67.471
Mai	17.244	14.451	30.256	–	–	–	–	7.771	69.722
Juni	17.292	12.661	28.676	–	–	–	–	7.936	66.565
Juli	13.598	10.117	25.159	–	–	–	–	7.324	56.198
August	13.898	9.435	22.558	–	–	–	–	7.658	53.549
September	13.750	9.042	21.562	–	–	–	–	7.867	52.221
Oktober	13.227	8.284	16.623	–	–	–	–	8.219	46.352
November	13.017	1.820	9.186	–	–	–	–	8.417	32.441
Dezember	10.360	3.736	11.749	12	290	–	–	8.579	34.145

Quelle: OeNB.

¹⁾ Kreditinstitute gemäß BWG. Durchschnitt auf Basis von Kalendertagen.

²⁾ Einschließlich Exportwechslern bis September 1996.

³⁾ Einschließlich vormals selektiver Linien.

⁴⁾ Diese Position lautete bis 30. Juni 1998 „ERP-Wechseleskont“.

Geldmengenaggregate

	Zentralbankgeldumlauf ¹⁾			Erweiterte Geldbasis ¹⁾²⁾			Geldmenge M ₁ ¹⁾³⁾			Geldmenge M ₃ ¹⁾³⁾		
	Stand zu Perioden- ende	Veränderung zum		Perioden- durch- schnitt	Veränderung zum		Stand zu Perioden- ende	Veränderung zum		Stand zu Perioden- ende	Veränderung zum	
		Vormonat	Vorjahr		Vormonat	Vorjahr		Vormonat	Vorjahr		Vormonat	Vorjahr
	in Mio ATS	in %		in Mio ATS	in %		in Mio ATS	in %		in Mio ATS	in %	
1989	168.689	x	+14'1	173.989	x	+5'5	249.199	x	+ 3'4	1.384.254	x	+6'9
1990	168.801	x	+ 0'1	184.237	x	+5'9	262.587	x	+ 5'4	1.485.342	x	+7'3
1991	172.094	x	+ 2'0	195.471	x	+6'1	284.186	x	+ 8'2	1.600.044	x	+7'7
1992	189.879	x	+10'3	204.458	x	+4'6	301.812	x	+ 6'2	1.664.534	x	+4'0
1993	205.240	x	+ 8'1	214.356	x	+4'8	334.643	x	+10'9	1.729.640	x	+3'9
1994	214.472	x	+ 4'5	225.351	x	+5'1	355.575	x	+ 6'3	1.822.295	x	+5'4
1995	212.369	x	- 1'0	237.578	x	+5'4	409.186	x	+15'1	1.910.451	x	+4'8
1996	227.128	x	+ 7'0	250.135	x	+5'3	431.148	x	+ 5'4	1.944.798	x	+1'8
1997	225.380	x	- 0'8	265.805	x	+2'1	452.292	x	+ 4'9	1.967.193	x	+1'2
1998	231.686	x	+ 2'8	263.633	x	-0'8	495.813	x	+ 9'6	2.092.187	x	+6'4
1998												
Jänner	214.560	-4'8	- 0'1	257.739	-3'0	+1'0	431.718	-4'5	+ 4'7	1.948.117	-1'0	+1'1
Februar	224.433	+4'6	+ 1'5	252.631	-2'0	+0'5	427.182	-1'1	+ 4'1	1.941.755	-0'3	+0'3
März	221.706	-1'2	- 1'2	252.287	-0'1	-0'2	434.970	+1'8	+ 6'1	1.943.876	+0'1	+1'8
April	225.172	+1'6	+ 2'5	251.997	-0'1	-0'3	446.053	+2'5	+ 5'5	1.948.181	+0'2	+1'8
Mai	232.203	+3'1	+ 2'0	253.972	+0'8	-0'8	449.058	+0'7	+ 5'8	1.951.961	+0'2	+1'9
Juni	224.933	-3'1	- 1'5	254.391	+0'2	-0'9	454.281	+1'2	+ 2'2	1.952.763	+0'0	+1'1
Juli	224.281	-0'3	- 4'2	254.266	+0'0	-1'2	454.935	+0'1	+ 7'4	1.945.285	-0'4	+2'0
August	226.340	+0'9	+ 0'9	254.012	-0'1	-1'2	448.146	-1'5	+ 6'9	1.943.923	-0'1	+2'1
September	226.880	+0'2	+ 2'3	252.247	-0'7	-1'4	460.016	+2'6	+ 4'9	1.953.705	+0'5	+1'7
Oktober	228.271	+0'6	+ 1'2	255.963	+1'5	-1'3	465.455	+1'2	+ 7'9	1.963.346	+0'5	+2'5
November	229.574	+0'6	+ 1'1	253.848	-0'8	-1'1	472.316	+1'5	+ 7'5	1.969.233	+0'3	+2'6
Dezember	231.686	+0'9	+ 2'8	263.633	+3'9	-0'8	495.813	+5'0	+ 9'6	2.092.187	+6'2	+6'4

Quelle: OeNB.

¹⁾ Ohne Gold- und Silbermünzen.

²⁾ Periodendurchschnitt auf Basis von Kalendertagen.

³⁾ Ab Berichtstermin Dezember 1995 gemäß neuem Monatsausweis.

Monatsausweise der inländischen Kreditinstitute¹⁾

Periodenende	Inlandsaktiva													Auslandsaktiva					Summe Aktiva (ohne Rediskonte)	Periodenende						
	Kassenliquidity		inländische Zwischenbankforderungen		inländische Wertpapiere und Ergänzungskapital				Direktkredite an inländische Nichtbanken					Beteiligungen und Konsortialbeteiligungen		sonstige Inlandsaktiva	Inlandsaktiva insgesamt ²⁾ (1 bis 3, 7, 13, 14, 16)	Kassenbestand in Fremdwährung			ausländische Zwischenbankforderungen	ausländische Wertpapiere, Beteiligungen und Konsortialbeteiligungen	Kredite an ausländische Nichtbanken	sonstige Auslandsaktiva	Auslandsaktiva insgesamt (18 bis 22)	
	Kassenbestand in Schilling	Guthaben bei der OeNB			Bundesschatzscheine; Kassen-scheine der OeNB	sonstige Wert-papiere, Ergänzungskapital	Anteils-werte	insgesamt (4 bis 6)	davon Ergänzungskapital	Wechsel (einschl. Rediskonten bei der OeNB) ²⁾	Hypothekar- und Kommunal-darlehen; sonstige Schilling-direktkredite	Schilling-direktkredite ²⁾ (9 + 10)	Fremd-währungs-direktkredite	insgesamt ²⁾ (11 + 12)	insgesamt	davon Partizi-pationskapital										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24		
Aktienbanken und Bankiers³⁾																									Aktienbanken und Bankiers³⁾	
1994	3.970	10.865	246.893	18.077	91.588	12.210	121.875	390	32.183	431.168	463.351	38.928	502.278	28.187	15	49.219	963.289	783	308.726	47.399	127.510	7.010	491.428	1.447.906	1994	
1995	4.216	6.174	239.744	16.366	106.044	11.618	134.028	1.545	35.000	469.658	504.658	43.079	547.737	29.829	233	44.252	1.005.980	796	331.514	58.493	137.012	5.393	533.208	1.528.180	1995	
1996	4.480	7.112	248.984	11.882	113.951	13.544	139.377	638	38.007	481.674	519.681	49.405	569.085	29.172	230	42.691	1.040.903	938	336.784	82.759	148.646	1.563	570.691	1.600.258	1996	
1997	10.269	18.949	143.895	14.968	147.295	14.575	176.839	1.338	13.524	570.509	584.033	85.258	669.291	33.961	402	38.513	1.091.716	1.174	336.063	115.226	171.001	4.336	627.800	1.709.392	1997	
1998	10.002	24.210	180.817	11.122	128.053	16.206	155.380	1.257	6.972	584.047	591.018	122.077	713.096	33.368	806	46.858	1.163.730	1.045	159.652	117.705	178.722	1.942	459.067	1.622.710	1998	
Sparkassensektor																									Sparkassensektor	
1994	9.063	17.046	186.071	23.866	119.322	24.874	168.061	294	13.426	685.962	699.387	34.991	734.378	45.340	212	45.271	1.205.230	1.493	223.458	59.262	93.140	2.337	379.689	1.577.122	1994	
1995	8.954	11.167	192.622	19.194	127.880	27.894	174.968	307	17.082	715.654	732.737	37.436	770.173	44.001	23	41.233	1.243.118	1.439	261.464	64.103	90.681	3.423	421.110	1.653.802	1995	
1996	9.890	6.814	190.749	18.467	142.338	30.412	191.217	487	15.504	722.918	738.422	48.355	786.777	43.207	54	49.372	1.278.027	1.883	282.818	94.350	96.955	1.971	477.977	1.744.883	1996	
1997	10.807	10.134	189.097	15.084	141.792	33.197	190.073	714	14.754	718.077	732.831	66.698	799.529	69.175	417	47.256	1.316.071	2.011	290.120	123.122	123.033	4.256	542.541	1.848.456	1997	
1998	10.281	3.884	445.924	10.577	152.808	37.473	200.858	1.379	6.191	717.058	723.249	99.361	822.610	81.765	453	64.725	1.630.047	2.762	400.886	200.913	138.461	7.789	750.811	2.380.858	1998	
Landes-Hypothekenbanken																									Landes-Hypothekenbanken	
1994	755	595	10.470	1.589	26.693	2.399	30.682	52	1.023	192.959	193.982	4.069	198.051	2.036	0	6.049	248.638	185	6.108	2.129	9.165	198	17.785	265.971	1994	
1995	873	521	8.166	884	28.440	2.449	31.773	33	929	207.748	208.677	6.003	214.679	2.251	1	5.224	263.488	199	5.545	2.829	11.689	27	20.289	283.357	1995	
1996	926	525	8.353	392	29.063	2.813	32.267	42	1.102	216.128	217.230	9.522	226.752	2.401	1	5.772	276.996	268	4.158	3.414	15.240	67	23.149	299.579	1996	
1997	1.048	616	10.496	514	32.355	2.595	35.465	128	980	217.947	218.927	17.533	236.460	2.697	0	5.537	292.318	261	5.543	4.298	19.299	241	29.641	321.563	1997	
1998	939	3.160	9.556	264	37.597	3.379	41.240	229	725	218.139	218.864	28.883	247.747	3.377	32	5.904	311.923	252	10.158	8.682	21.149	83	40.324	352.247	1998	
Raiffeisensektor																									Raiffeisensektor	
1994	6.376	11.690	278.859	12.169	72.782	15.760	100.711	1.104	7.181	444.776	451.957	16.037	467.994	23.221	15	36.231	925.082	967	38.214	11.240	22.567	711	73.699	997.934	1994	
1995	6.808	14.722	307.346	6.371	85.809	22.646	114.826	1.141	6.974	464.376	471.350	17.440	488.791	25.184	14	34.295	991.971	1.108	54.401	11.328	23.918	544	91.298	1.081.955	1995	
1996	7.573	12.908	310.456	5.281	99.624	26.716	131.620	1.185	7.066	484.253	491.320	24.670	515.989	28.089	8	33.301	1.039.937	1.174	51.708	16.772	32.083	408	102.145	1.139.877	1996	
1997	8.278	14.447	298.943	11.774	98.858	35.607	146.238	1.254	6.039	502.854	508.893	37.063	545.956	32.441	4	39.923	1.086.227	1.227	58.393	26.183	47.187	417	133.407	1.216.953	1997	
1998	8.080	16.130	310.739	7.211	106.899	42.762	156.872	1.563	3.348	507.478	510.826	60.653	571.479	38.567	2	43.845	1.145.712	1.241	59.633	24.356	57.723	789	143.742	1.289.453	1998	
Volksbankensektor																									Volksbankensektor	
1994	1.521	1.005	37.240	3.231	23.021	4.269	30.522	27	2.002	116.210	118.213	3.792	122.004	2.652	2	11.072	206.016	214	3.410	6.350	4.036	444	14.454	219.955	1994	
1995	1.667	1.397	40.856	1.469	25.816	4.899	32.184	32	1.841	125.699	127.540	5.160	132.700	2.624	0	11.453	222.882	263	3.346	6.985	3.859	208	14.661	237.069	1995	
1996	1.876	1.267	40.802	1.632	25.873	5.790	33.295	83	1.525	131.392	132.917	8.603	141.520	3.736	6	11.937	234.432	303	4.121	7.467	5.266	179	17.335	251.367	1996	
1997	1.995	548	42.742	2.522	24.989	5.917	33.427	96	1.646	132.232	133.878	12.791	146.669	4.251	0	11.949	241.581	319	4.415	9.324	5.887	105	20.050	261.113	1997	
1998	1.833	2.012	52.617	1.164	26.390	8.586	36.139	151	1.147	130.518	131.665	21.796	153.461	4.592	0	11.986	262.640	346	5.393	9.632	7.088	60	22.518	285.158	1998	
Bausparkassen																									Bausparkassen	
1994	16	2	11.120	22	3.307	2.938	6.268	3	–	158.680	158.680	89	158.769	778	111	3.618	180.571	–	39	330	301	–	669	181.240	1994	
1995	18	4	15.075	5	6.072	2.748	8.824	8	–	166.681	166.681	87	166.768	778	37	3.122	194.589	–	–	553	303	–	856	195.445	1995	
1996	15	5	18.925	–	9.504	4.735	14.239	8	–	168.484	168.484	86	168.570	911	36	3.217	205.880	–	–	910	274	–	1.184	207.065	1996	
1997	16	8	20.622	–	15.943	7.341	23.284	13	–	172.311	172.311	82	172.393	780	12	4.391	221.493	–	–	2.216	253	–	2.470	223.962	1997	
1998	18	10	18.953	–	20.827	13.527	34.354	13	–	167.591	167.591	65	167.656	2.404	0	4.726	228.121	–	100	2.907	239	–	3.246	231.367	1998	
Sonderbanken³⁾																									Sonderbanken³⁾	
1994	3.066	14.521	79.084	13.685	44.430	2.069	60.185	45	8.741	103.084	111.825	21.561	133.386	9.444	25	27.656	327.341	55	50.751	4.694	5.619	617	61.737	388.600	1994	
1995	3.333	14.103	97.229	4.909	43.789	2.824	51.521	357	7.230	122.136	129.366	27.277	156.643	7.868	0	15.513	346.210	51	44.970	6.268	5.187	560	57.036	403.190	1995	
1996	5.299	21.417	69.661	3.224	49.219	3.548	55.990	365	7.607	122.714	130.321	27.007	157.328	7.900	217	28.210	345.806	80	46.139	8.094	6.918	909	62.141	407.947	1996	
1997	220	120	185.435	696	12.815	3.764	17.274	27	19.283	66.376	85.659	2.228	87.887	5.227	10	28.082	324.243	1	58.304	7.860	26.732	1.252	94.149	418.392	1997	
1998	10	250	212.371	2.497	21.928	4.093	28.518	186	43	77.278	77.321	2.698	80.019	4.370	9	25.351	350.889	1	55.308	14.484	28.841	5.452	104.086	454.975	1998	

Monatsausweise der inländischen Kreditinstitute¹⁾ – Fortsetzung

Periodenende	Inlandspassiva													Auslandspassiva										Summe Passiva (15 + 23)	Periodenende
	inländische Zwischenbankverpflichtungen	Einlagen von inländischen Nichtbanken					eigene Inlandsemissionen	Nominalkapital von Inländern	Rücklagen	Haft-rücklage	Partizi-pationskapital von Inländern	Ergän-zungs-kapital von Inländern	sonstige Inlands-passiva	Inlands-passiva insgesamt (1, 7 bis 14)	ausländische Zwischenbankverpflichtungen	Einlagen von auslän-dischen Nichtbanken	eigene Auslands-emissionen	Nominalkapital von Ausländern	Partizi-pationskapital von Ausländern	Ergän-zungs-kapital von Ausländern	sonstige Auslands-passiva	Auslands-passiva insgesamt (16 bis 22)			
		Sicht-einlagen	Termin-einlagen	Spar-einlagen ²⁾	Schilling-einlagen (2 bis 4)	Fremd-währungs-einlagen																	insgesamt (5 + 6)		
	<i>in Mio ATS</i>																								
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
Aktienbanken und Bankiers³⁾																									Aktienbanken und Bankiers³⁾
1994	229.234	56.809	29.695	230.943	317.447	76.238	393.685	156.945	9.976	26.115	16.560	496	435	57.592	891.038	278.970	98.456	169.535	3.838	77	666	5.325	556.867	1.447.906	1994
1995	260.478	66.143	30.877	230.848	327.868	71.563	399.431	166.424	9.544	28.277	16.463	1.356	390	45.525	927.889	310.110	84.235	195.192	4.194	77	586	5.896	600.291	1.528.180	1995
1996	244.729	70.594	30.152	241.564	342.310	72.424	414.735	159.970	9.212	29.491	17.417	1.308	355	45.374	922.592	360.571	105.859	202.728	4.904	125	708	2.772	677.666	1.600.258	1996
1997	219.290	91.886	35.822	331.580	459.289	72.571	531.859	175.443	11.395	34.291	19.779	1.464	505	60.240	1.054.267	406.555	118.167	121.409	4.473	125	579	3.819	655.126	1.709.392	1997
1998	418.191	110.503	40.274	338.735	489.511	76.196	565.707	164.388	9.647	44.775	20.762	1.235	512	74.773	1.299.988	148.179	98.978	68.889	3.797	10	496	2.373	322.722	1.622.710	1998
Sparkassensektor																									Sparkassensektor
1994	246.563	80.246	35.579	494.721	610.546	43.428	653.974	180.522	14.970	34.491	20.753	998	440	61.767	1.214.478	229.857	88.830	40.280	649	156	69	2.802	362.644	1.577.122	1994
1995	250.843	99.383	30.034	507.294	636.711	48.545	685.256	196.738	15.271	38.149	22.156	753	632	67.282	1.277.080	241.777	82.903	47.580	499	156	45	3.761	376.722	1.653.802	1995
1996	250.839	102.317	29.690	500.871	632.878	47.887	680.765	199.104	15.333	45.061	22.569	610	421	72.764	1.287.467	295.270	81.931	76.956	1.252	156	7	1.844	457.416	1.744.883	1996
1997	244.238	109.428	26.704	498.109	634.240	47.591	681.831	199.051	15.981	54.869	24.045	1.033	456	75.788	1.297.292	355.850	93.288	97.458	1.858	114	8	2.587	551.164	1.848.456	1997
1998	349.826	120.778	55.604	497.960	674.343	47.042	721.385	205.802	18.140	62.880	26.745	236	454	80.979	1.466.447	575.660	145.572	185.712	1.326	114	9	6.017	914.411	2.380.858	1998
Landes-Hypothekenbanken																									Landes-Hypothekenbanken
1994	20.412	9.825	5.965	42.120	57.909	4.440	62.350	149.051	918	4.799	2.684	154	912	9.155	250.433	1.684	13.166	687	–	–	–	0	15.538	265.971	1994
1995	18.867	10.975	6.018	47.732	64.725	5.239	69.964	155.188	1.153	5.168	2.675	118	500	9.594	263.229	2.843	10.292	6.959	–	–	21	13	20.128	283.357	1995
1996	20.718	14.639	5.075	51.686	71.401	4.881	76.281	155.116	1.917	5.314	3.036	32	513	10.974	273.902	4.848	12.414	8.353	–	–	21	42	25.678	299.579	1996
1997	22.027	15.778	4.957	54.455	75.189	2.506	77.695	162.621	1.798	6.009	3.375	32	485	10.266	284.309	13.312	13.577	10.164	–	–	21	179	37.254	321.563	1997
1998	34.054	17.988	7.406	56.948	82.342	1.623	83.965	163.641	2.190	7.438	3.655	32	343	10.101	305.418	18.981	14.452	13.190	86	–	21	99	46.829	352.247	1998
Raiffeisensektor																									Raiffeisensektor
1994	273.118	47.525	20.940	394.531	462.997	16.134	479.131	78.026	9.247	29.847	14.370	518	849	28.936	914.041	24.905	53.617	4.193	6	–	137	1.034	83.892	997.934	1994
1995	304.138	57.544	17.964	415.033	490.541	17.721	508.263	87.946	9.365	33.931	13.275	518	910	26.907	985.252	36.446	54.775	4.516	6	–	143	816	96.703	1.081.955	1995
1996	317.334	60.629	13.913	422.415	496.957	27.879	524.836	97.571	10.747	36.159	13.925	2	903	28.312	1.029.790	45.446	57.714	5.908	3	–	144	872	110.087	1.139.877	1996
1997	317.856	67.234	20.744	425.952	513.929	29.374	543.303	114.323	10.531	37.824	15.369	2	825	34.104	1.074.137	74.091	58.660	8.708	3	–	25	1.330	142.816	1.216.953	1997
1998	334.872	77.663	31.653	436.553	545.869	16.974	562.842	120.652	10.898	40.103	16.963	152	1.147	34.652	1.122.282	92.946	57.015	16.190	3	–	26	991	167.171	1.289.453	1998
Volksbankensektor																									Volksbankensektor
1994	41.829	12.419	2.339	96.382	111.141	2.656	113.797	23.755	2.555	4.936	3.203	301	252	11.507	202.135	2.200	14.535	409	197	–	111	369	17.821	219.955	1994
1995	44.849	14.583	2.363	100.081	117.027	3.492	120.519	25.686	2.608	5.674	3.303	319	321	13.807	217.085	4.568	14.168	979	198	–	–	70	19.984	237.069	1995
1996	50.785	16.867	2.391	102.968	122.227	3.569	125.796	23.906	2.932	7.252	3.626	323	410	13.481	228.511	6.477	14.677	871	649	1	96	84	22.856	251.367	1996
1997	52.500	17.670	1.798	103.480	122.948	4.939	127.887	23.689	3.036	7.742	3.986	322	421	14.122	233.704	10.290	15.272	837	715	5	282	8	27.410	261.113	1997
1998	56.187	19.908	3.582	106.073	129.563	4.195	133.758	28.770	3.062	8.057	4.263	339	146	13.077	247.660	19.166	15.674	1.926	717	5	–	10	37.498	285.158	1998
Bausparkassen																									Bausparkassen
1994	713	91	5.215	162.457	167.764	83	167.846	800	1.355	1.548	949	–	625	7.240	181.077	–	93	–	18	–	53	–	163	181.240	1994
1995	2.346	487	3.665	174.466	178.617	86	178.703	1.510	1.365	1.446	1.941	–	497	7.534	195.342	–	82	3	18	–	–	–	103	195.445	1995
1996	1.440	274	2.719	187.866	190.859	92	190.951	2.932	1.403	1.504	2.016	–	–	6.673	206.919	–	111	9	25	–	–	–	146	207.065	1996
1997	1.105	540	1.703	204.263	206.506	90	206.595	3.937	1.956	1.496	2.121	–	–	6.612	223.822	–	106	9	25	–	–	–	141	223.962	1997
1998	781	350	974	211.445	212.769	84	212.853	3.846	2.598	3.394	2.305	–	–	5.420	231.195	–	129	5	38	–	–	–	171	231.367	1998
Sonderbanken³⁾																									Sonderbanken³⁾
1994	79.118	15.075	31.688	76.214	122.976	2.374	125.350	49.707	5.866	11.618	3.384	137	328	35.954	311.462	45.154	7.220	23.245	978	–	–	542	77.138	388.600	1994
1995	84.706	17.328	32.659	76.145	126.133	4.024	130.157	63.481	6.340	10.964	2.613	137	308	28.943	327.648	34.576	7.640	32.447	495	–	–	384	75.542	403.190	1995
1996	74.807	19.150	32.844	76.788	128.782	2.881	131.662	69.441	6.453	11.042	2.958	137	298	25.386	322.184	35.663	8.466	40.679	510	–	–	445	85.763	407.947	1996
1997	69.590	3.537	9.128	–	12.665	2.051	14.716	50.954	5.879	6.450	2.309	3	227	32.855	182.983	38.524	1.454	193.325	512	–	–	1.594	235.409	418.392	1997
1998	79.258	2.879	9.270	–	12.149	1.322	13.471	41.222	6.428	17.863	2.411	3	227	36.181	197.063	39.172	1.346	214.461	690	–	–	2.243	257.912	454.975	1998
Alle Sektoren																									Alle Sektoren
1994	890.987	221.989	131.421	1.497.370	1.850.780	145.352	1.996.132	638.806	44.887	113.354	61.903	2.604	3.840	212.150	3.964.664	582.770	275.916	238.349	5.687	233	1.037	10.072	1.114.063	5.078.727	1994
1995	966.226	266.442	123.581	1.551.599	1.941.622	150.671	2.092.293	696.972	45.647	123.610	62.426	3.200	3.558	199.592	4.193.524	630.320	254.096	287.678	5.410	233	796	10.941	1.189.473	5.382.997	1995
1996	960.653	284.470	116.786	1.584.157	1.985.414	159.612	2.145.025	708.040	47.997	135.824	65.547	2.412	2.901	202.964	4.271.364	748.275	281.172	335.504	7.343	282	976	6.059	1.379.612	5.650.976	1996
1997	926.606	306																							

Ertragslage der inländischen Kreditinstitute¹⁾

	Aktien- banken und Bankiers ²⁾	Sparkassen- sektor	Landes- Hypotheken- banken	Raiffeisen- sektor	Volks- banken- sektor	Bauspar- kassen	Sonder- banken ²⁾	Global
	in Mio ATS							
Zins- und zinsähnliche Erträge								
1994	82.665	98.560	18.646	60.927	14.879	10.516	20.952	307.144
1995	87.076	102.910	20.131	62.607	15.188	11.439	22.115	321.466
1996	82.252	94.338	19.796	59.648	14.731	11.959	19.276	302.000
1997	85.255	95.954	19.747	59.118	14.007	12.356	17.926	304.362
1998	74.159	115.182	20.358	60.219	14.139	12.644	19.390	316.090
Zins- und zinsähnliche Aufwendungen								
1994	63.520	69.157	14.945	40.632	9.404	7.148	16.853	221.659
1995	67.757	71.929	15.905	41.023	9.251	7.667	17.575	231.108
1996	61.720	63.503	15.202	37.566	8.746	8.079	15.099	209.915
1997	62.252	66.969	15.064	37.546	8.223	9.052	15.795	214.900
1998	52.433	86.892	15.673	38.785	8.488	9.557	16.963	228.790
Nettozinsbeitrag								
1994	19.146	29.403	3.701	20.294	5.476	3.367	4.099	85.486
1995	19.318	30.981	4.226	21.584	5.937	3.772	4.540	90.358
1996	20.532	30.835	4.594	22.082	5.985	3.880	4.177	92.085
1997	23.003	28.985	4.683	21.572	5.784	3.304	2.131	89.462
1998	21.725	28.290	4.685	21.434	5.651	3.087	2.427	87.300
Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen								
1994	2.200	3.068	223	1.828	430	251	734	8.734
1995	2.330	3.383	270	1.859	525	246	314	8.927
1996	2.489	3.647	343	2.527	616	310	363	10.296
1997	2.674	4.332	407	3.410	706	467	974	12.970
1998	3.760	9.670	390	3.383	701	699	456	19.059
Provisionserträge								
1994	9.300	8.667	709	5.570	1.467	1.125	4.858	31.697
1995	8.893	8.496	765	5.645	1.568	699	5.201	31.266
1996	9.539	9.315	861	6.413	1.816	755	6.488	35.188
1997	10.934	10.080	905	7.091	1.973	464	6.316	37.762
1998	11.907	11.696	1.047	8.208	2.253	722	7.323	43.155
Provisionsaufwendungen								
1994	2.523	1.234	108	764	131	349	1.214	6.324
1995	2.217	1.297	107	854	159	458	1.256	6.350
1996	2.251	1.384	121	1.020	176	506	1.970	7.428
1997	1.922	1.750	126	1.241	198	437	2.511	8.185
1998	1.999	2.201	182	1.557	271	440	3.542	10.193
Saldo aus Provisionsgeschäft								
1994	6.777	7.433	601	4.806	1.336	776	3.644	25.373
1995	6.675	7.199	657	4.791	1.408	241	3.945	24.916
1996	7.288	7.931	740	5.393	1.640	250	4.519	27.760
1997	9.012	8.330	779	5.849	1.775	28	3.805	29.577
1998	9.907	9.495	864	6.650	1.982	282	3.781	32.962
Saldo Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften								
1994	2.452	2.064	437	859	95	4	576	6.488
1995	2.766	2.320	357	1.138	78	9	774	7.425
1996	2.510	2.956	348	1.247	109	x	787	7.957
1997	3.051	3.111	476	1.434	87	0	349	8.508
1998	2.664	3.973	514	1.117	163	23	641	9.094
Sonstige betriebliche Erträge								
1994	5.514	1.010	123	2.190	798	44	5.505	15.185
1995	5.114	1.059	100	2.137	839	748	5.985	15.982
1996	5.240	1.181	93	2.480	818	820	6.801	17.433
1997	5.992	1.274	136	2.470	780	1.193	4.692	16.537
1998	6.734	1.125	106	2.782	722	981	4.873	17.323
Betriebserträge								
1994	36.087	42.978	5.085	29.978	8.135	4.443	14.559	141.265
1995	36.204	44.942	5.610	31.508	8.787	4.997	15.559	147.608
1996	38.060	46.550	6.118	33.729	9.168	5.260	16.648	155.531
1997	43.732	46.032	6.481	34.736	9.132	4.991	11.950	157.054
1998	44.791	52.553	6.560	35.365	9.219	5.072	12.179	165.738
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen								
1994	18.682	27.199	2.777	16.576	4.389	3.566	5.175	78.363
1995	20.057	28.636	3.037	18.331	4.614	2.995	6.523	84.193
1996	21.373	29.114	3.090	19.171	4.838	3.114	7.281	87.981
1997	24.644	28.842	3.325	20.183	5.004	3.172	4.830	90.001
1998	25.887	30.374	3.473	21.211	4.984	3.181	4.811	93.920
Personalaufwand								
1994	12.387	18.591	2.000	10.966	2.990	1.263	2.470	50.668
1995	13.036	19.292	2.129	12.092	3.145	1.360	3.037	54.092
1996	13.711	19.528	2.144	12.640	3.330	1.394	3.127	55.874
1997	14.758	19.597	2.287	13.073	3.447	1.461	2.434	57.056
1998	14.582	20.761	2.298	13.616	3.351	1.516	2.324	58.447

Quelle: OeNB.
¹⁾ Kreditinstitute gemäß BWG. Auf Basis des Quartalsberichts. Durch die Neugestaltung des Quartalsberichts 1995 ist ein Vergleich mit den vorangegangenen Berichtsjahren nur eingeschränkt möglich. Zu diesem Zweck wurden die Quartalsberichtspositionen gemäß den neuen Definitionen näherungsweise berechnet.
²⁾ Ab Berichtstermin Mai 1997 Umreihung vom Sektor Sonderbanken zum Sektor Aktienbanken und Bankiers sowie Umreihung vom Sektor Aktienbanken und Bankiers zum Sektor Sonderbanken.
³⁾ Vorschauwerte.
⁴⁾ Inklusive bereits erfolgter Direktabschreibungen.
⁵⁾ Davon für den Kreditbereich 1994: 18'9 Mrd ATS, 1995: 24'8 Mrd ATS, 1996: 25'3 Mrd ATS, 1997: 23'5 Mrd ATS, Vorschauwert 1998: 18'7 Mrd ATS.

	Aktien- banken und Bankiers ²⁾	Sparkassen- sektor	Landes- Hypotheken- banken	Raiffeisen- sektor	Volks- banken- sektor	Bauspar- kassen	Sonder- banken ²⁾	Global
	in Mio ATS							
Sachaufwand								
1994	6.295	8.608	777	5.610	1.399	2.302	2.705	27.695
1995	7.020	9.344	907	6.239	1.469	1.635	3.486	30.101
1996	7.662	9.586	946	6.531	1.508	1.720	4.154	32.107
1997	9.887	9.245	1.038	7.111	1.557	1.711	2.396	32.945
1998	11.305	9.613	1.175	7.595	1.633	1.665	2.487	35.473
Wertberichtigungen auf die Aktivposten 9 und 10								
1994	1.252	1.819	250	1.379	452	139	1.873	7.164
1995	1.367	2.627	259	1.554	540	150	467	6.965
1996	1.483	2.653	258	1.697	501	153	480	7.225
1997	1.795	2.632	263	1.818	490	161	328	7.488
1998	1.955	2.779	292	2.036	508	167	331	8.069
Sonstige betriebliche Aufwendungen								
1994	4.723	738	58	1.611	576	16	3.247	10.968
1995	3.921	493	16	592	493	925	4.418	11.057
1996	3.585	544	26	948	682	1.056	4.782	11.622
1997	3.867	630	24	1.061	688	842	3.832	10.944
1998	4.012	665	28	1.074	648	822	3.600	10.848
Betriebsaufwendungen								
1994	24.657	29.755	3.085	19.567	5.417	3.720	10.295	96.495
1995	25.345	31.757	3.312	20.476	5.848	4.070	11.408	102.216
1996	26.441	32.312	3.374	21.816	6.020	4.323	12.542	106.828
1997	30.306	32.104	3.612	23.063	6.182	4.175	8.990	108.433
1998	31.855	33.818	3.793	24.320	6.141	4.170	8.741	112.837
Betriebsergebnis								
1994	11.431	13.223	2.000	10.412	2.719	722	4.264	44.770
1995	10.859	13.185	2.298	11.031	2.939	927	4.150	45.391
1996	11.618	14.238	2.744	11.914	3.147	936	4.106	48.703
1997	13.426	13.928	2.869	11.674	2.949	816	2.960	48.622
1998	12.936	18.735	2.767	11.046	3.078	902	3.437	52.901
Erwartetes Jahresbetriebsergebnis								
1994	11.762	15.190	1.913	9.726	2.557	707	3.701	45.557
1995	10.758	13.180	2.289	10.802	2.859	914	4.168	44.970
1996	11.654	14.228	2.710	11.612	3.082	889	4.072	48.247
1997	13.285	13.923	2.834	11.380	2.925	751	2.752	47.850
1998 ³⁾	13.140	18.735	2.762	10.885	3.048	789	3.556	52.915
Erwarteter Saldo Dotierung/Auflösung Wertberichtigungen ⁴⁾								
1994 ⁵⁾	7.152	9.533	1.145	5.014	1.225	304	887	25.260
1995 ⁵⁾	6.238	6.919	1.007	4.428	1.243	30	1.071	20.936
1996 ⁵⁾	6.309	8.209	1.217	4.923	1.392	130	315	22.495
1997 ⁵⁾	4.396	8.394	1.282	5.326	1.024	27	392	20.842
1998 ⁵⁾	5.899	8.478	1.332	5.000	1.426	94	1.236	23.465
Erwartetes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit								
1994	4.610	5.657	768	4.712	1.332	403	2.814	20.297
1995	4.519	6.262	1.282	6.374	1.616	884	3.097	24.034
1996	5.346	6.019	1.493	6.689	1.690	759	3.756	25.753
1997	8.889	5.529	1.551	6.054	1.901	724	2.360	27.009
1998 ³⁾	7.241	10.257	1.429	5.885	1.622	695	2.320	29.449
Erwarteter Saldo außerordentlicher Erträge/Aufwendungen								
1994	- 66	- 90	- 8	- 69	- 9	- 15	- 40	- 298
1995	- 613	- 270	- 55	- 26	- 8	- 9	- 1.096	- 2.025
1996	- 1.339	- 635	- 1	- 226	- 143	- 23	- 33	- 2.331
1997	- 917	- 593	- 243	- 11	- 236	- 13	- 6	- 2.019
1998 ³⁾	- 755	- 2.181	- 78	- 162	- 15	- 16	- 9	- 2.892
Erwartete Steuern vom Einkommen/Ertrag und sonstige Steuern								
1994	586	431	139	823	203	81	496	2.758
1995	482	478	260	1.757	217	182	820	4.195
1996	1.102	867	419	1.737	356	165	1.126	5.771

Eigenmittelausstattung gemäß § 23 BWG 1993

Periodenende	Eigenmittel					Bemessungs- grundlage	Eigenmittel- ausstattung (5 in 6)
	Tier-I-Kapital (Kernkapital)	Tier-II-Kapital (ergänzende Eigenmittel)	Abzugs- posten	Tier-III- Kapital	insgesamt (1 + 2 – 3 + 4)		
	in Mio ATS						
	1	2	3	4	5	6	7
Aktienbanken und Bankiers							
1997	72.390	33.844	5.660	–	100.574	853.429	11'78
1998	76.147	36.664	9.237	162	103.737	848.441	12'23
Sparkassensektor							
1997	93.166	59.729	2.881	–	150.014	1.009.045	14'87
1998	105.855	56.651	2.943	–	159.563	1.076.846	14'82
Landes-Hypothekenbanken							
1997	11.327	6.025	238	–	17.115	144.757	11'82
1998	13.266	6.557	380	–	19.443	160.857	12'09
Raiffeisensektor							
1997	62.640	22.842	2.888	–	82.594	698.986	11'82
1998	67.110	25.046	2.649	–	89.507	751.932	11'90
Volksbankensektor							
1997	15.766	4.570	9	–	20.328	171.595	11'85
1998	16.420	4.934	9	3	21.349	183.357	11'64
Bausparkassen							
1997	5.567	2.681	453	–	7.795	95.440	8'17
1998	8.317	2.820	1.515	–	9.622	97.273	9'89
Sonderbanken							
1997	15.350	2.873	431	–	17.792	89.032	19'98
1998	27.407	3.038	502	–	29.943	90.223	33'19
Alle Sektoren							
1997	276.207	132.564	12.558	–	396.213	3.062.285	12'94
1998	314.522	135.711	17.235	165	433.163	3.208.930	13'50

Quelle: OeNB.

Vermögensbestand der inländischen Investmentfonds

Periodenende	Wertpapiere inländischer Emittenten							Wertpapiere ausländischer Emittenten					
	Bundes- schatz- scheine	Rentenwerte		Anteilswerte				Rentenwerte		Anteilswerte			
		Schilling	Fremd- währung	Aktien und andere Beteiligungspapiere ¹⁾		Investmentzertifikate		Schilling	Fremd- währung	Aktien und andere Beteiligungspapiere ¹⁾		Investmentzertifikate	
				Schilling	Fremd- währung	Schilling	Fremd- währung			Schilling	Fremd- währung	Schilling	Fremd- währung
in Mio ATS													
1989	5.653	80.217	17.827	2.738	1	×	×	778	17.215	64	4.475	×	×
1990	6.923	77.408	16.636	4.373	2	×	×	483	18.825	171	4.796	×	×
1991	5.932	80.056	16.950	3.739	5	×	×	537	24.620	124	5.448	×	×
1992	6.071	87.047	16.890	3.903	2	×	×	507	27.904	278	4.895	×	×
1993	4.546	120.188	16.343	5.452	0	×	×	964	36.993	220	10.917	×	×
1994	7.337	130.240	13.750	7.052	12	×	×	1.126	49.204	593	15.755	×	×
1995	13.537	157.433	16.609	6.440	24	40	76	1.236	70.605	116	29.517	–	79
1996	16.552	208.539	15.632	7.801	12	61	25	1.343	97.948	68	41.547	28	168
1997	15.462	253.639	20.454	10.388	25	247	74	2.100	150.819	51	68.227	36	544
1998	18.942	320.167	23.073	16.689	60	14.647	1.978	2.323	198.283	89	112.682	33	3.046
1998													
1. Quartal	16.482	269.981	21.043	12.864	16	222	69	2.105	161.144	56	88.424	49	907
2. Quartal	15.758	285.741	22.860	14.841	32	956	163	2.133	176.593	389	97.818	103	2.236
3. Quartal	12.202	301.353	24.349	12.323	93	8.235	1.026	2.375	185.089	60	85.101	37	2.820
4. Quartal	18.942	320.167	23.073	16.689	60	14.647	1.978	2.323	198.283	89	112.682	33	3.046

Periodenende	Sonstige Vermögensanlagen ²⁾		Vermögensbestand ²⁾		
	Schilling	Fremd- währung	Schilling	Fremd- währung	insgesamt
in Mio ATS					
1989	21.354	326	110.804	39.844	150.648
1990	22.295	917	111.653	41.176	152.829
1991	23.045	924	113.434	47.946	161.380
1992	22.093	1.749	119.900	51.441	171.341
1993	24.800	1.690	156.169	65.943	222.112
1994	28.472	2.190	174.820	80.912	255.732
1995	27.800	9.315	206.603	126.224	332.827
1996	33.942	7.934	268.334	163.267	431.600
1997	32.852	12.523	314.776	252.665	567.441
1998	40.898	13.129	413.719	352.320	766.040
1998					
1. Quartal	30.858	16.047	332.617	287.649	620.266
2. Quartal	31.445	13.454	351.365	313.157	664.522
3. Quartal	33.048	16.587	369.493	315.204	684.698
4. Quartal	40.898	13.129	413.719	352.320	766.040

Quelle: OeNB.

¹⁾ Bis 3. Quartal 1995 keine Aufgliederung der Anteilswerte in Aktien und andere Beteiligungspapiere sowie Investmentzertifikate möglich und daher als Summe Anteilswerte in Schilling bzw. Fremdwährung zu verstehen.

²⁾ Wegen Fehlzuordnung zu „Schilling“ und „Fremdwährung“ Bruch in der Reihe.

Vermögensbestand der inländischen Pensionskassen

Perioden- ende	Wertpapiere inländischer Emittenten					Wertpapiere ausländischer Emittenten				Einlagen	Darlehen	Sonstige Vermögens- anlagen	Vermögensbestand		
	Bundes- schatz- scheine	Rentenwerte		Investment- zertifikate	andere Wertpapiere	Rentenwerte		Investment- zertifikate	andere Wertpapiere				Schilling	Fremd- währung	insgesamt
		Schilling	Fremd- währung			Schilling	Fremd- währung								
<i>in Mio ATS</i>															
1991	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	8.985
1992	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	11.025
1993	4	5.310	28	1.625	445	344	781	626	146	627	360	3.526	12.122	1.699	13.821
1994	48	2.773	6	5.683	456	169	486	1.142	51	942	989	3.568	14.896	1.417	16.313
1995	90	2.084	9	13.375	489	165	378	810	91	1.367	1.136	2.675	21.208	1.462	22.670
1996	93	1.477	61	23.023	534	270	262	1.180	81	540	1.315	996	28.146	1.686	29.832
1997	129	2.091	135	33.489	495	217	312	2.390	64	591	1.275	2.468	40.923	2.732	43.655
1998	451	2.281	50	52.248	44	218	341	3.127	61	835	1.282	3.475	60.802	3.610	64.411
1998															
1. Quartal	25	2.090	73	37.055	597	309	390	2.952	95	312	1.281	1.595	43.770	3.003	46.773
2. Quartal	15	2.044	53	40.965	533	217	294	2.918	83	683	1.283	1.586	47.862	2.813	50.675
3. Quartal	17	2.285	40	43.399	385	221	338	2.498	68	396	1.296	2.555	50.594	2.904	53.498
4. Quartal	451	2.281	50	52.248	44	218	341	3.127	61	835	1.282	3.475	60.802	3.610	64.411

Quelle: OeNB.

Diskont- und Lombardsätze der Oesterreichischen Nationalbank

Gültig ab	Diskontsatz (Bankrate)		Lombardsätze ¹⁾	
			für Darlehen auf Schuld- verschrei- bungen des Bundes	für Darlehen auf andere Wertpapiere bzw. Wechsel
in % p. a.				
1923				
1. Jänner	9	9 ¹ / ₂	10	
1924				
5. Juni	12	12 ¹ / ₂	13	
13. August	15	15 ¹ / ₂	16	
6. November	13	13 ¹ / ₂	14	
1925				
25. April	11	11 ¹ / ₂	12	
24. Juli	10	10 ¹ / ₂	11	
3. September	9	9 ¹ / ₂	10	
1926				
28. Jänner	8	8 ¹ / ₂	9	
31. März	7 ¹ / ₂	8	8 ¹ / ₂	
7. August	7	7 ¹ / ₂	8	
1927				
18. Jänner	6 ¹ / ₂	7	7 ¹ / ₂	
5. Februar	6	6 ¹ / ₂	7	
21. Juli	7	7 ¹ / ₂	8	
25. August	6 ¹ / ₂	7	7 ¹ / ₂	
1928				
28. Jänner	6	6 ¹ / ₂	7	
17. Juli	6 ¹ / ₂	7	7 ¹ / ₂	
1929				
24. April	7 ¹ / ₂	8	8 ¹ / ₂	
28. September	8 ¹ / ₂	9	9 ¹ / ₂	
23. November	8	8 ¹ / ₂	9	
9. Dezember	7 ¹ / ₂	8	8 ¹ / ₂	
1930				
25. Jänner	7	7 ¹ / ₂	8	
11. Februar	6 ¹ / ₂	7	7 ¹ / ₂	
22. März	6	6 ¹ / ₂	7	
24. Mai	5 ¹ / ₂	6	6 ¹ / ₂	
10. September	5	5 ¹ / ₂	6	
1931				
8. Juni	6	6 ¹ / ₂	7	
16. Juni	7 ¹ / ₂	8	8 ¹ / ₂	
23. Juli	10	10 ¹ / ₂	11	
13. November	8	8 ¹ / ₂	9	
1932				
18. März	7	7 ¹ / ₂	8	
24. August	6	6 ¹ / ₂	7	
1933				
24. März	5	5 ¹ / ₂	6	
1934				
28. Juni	4 ¹ / ₂	5	5 ¹ / ₂	
1935				
23. Februar	4	4 ¹ / ₂	5	
10. Juli (bis 17. März 1938)	3 ¹ / ₂	4	4 ¹ / ₂	
1945				
April	3 ¹ / ₂	4	4 ¹ / ₂	
1951				
6. Dezember	5	5 ¹ / ₂	6	
1952				
3. Juli	6	6 ¹ / ₂	7	
1953				
22. Jänner	5 ¹ / ₂	6	6 ¹ / ₂	
26. März	5	5 ¹ / ₂	6	
24. September	4	4 ¹ / ₂	5	
1954				
3. Juni	3 ¹ / ₂	4	4 ¹ / ₂	
1955				
20. Mai	4 ¹ / ₂	5	5 ¹ / ₂	
17. November	5	5 ¹ / ₂	6	
1959				
23. April	4 ¹ / ₂	5	5 ¹ / ₂	
1960				
17. März	5	5 ¹ / ₂	6	
1963				
27. Juni	4 ¹ / ₂	5	5 ¹ / ₂	
1966				
30. Juni	4 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂	6	
1967				
18. April	4 ¹ / ₄	4 ³ / ₄	5 ¹ / ₄	
27. Oktober	3 ³ / ₄	4 ¹ / ₄	4 ³ / ₄	
1969				
11. September	4 ³ / ₄	5 ¹ / ₄		
1970				
22. Jänner	5	5 ¹ / ₂		
1972				
28. November	5 ¹ / ₂	6		
1974				
15. Mai	6 ¹ / ₂	7		
1975				
24. April	6	6 ¹ / ₂		
1976				
23. Jänner	5	5 ¹ / ₂		
10. Juni	4	4 ¹ / ₂		
1977				
10. Juni	5 ¹ / ₂	6		
1978				
29. Juni	4 ¹ / ₂	5		
1979				
25. Jänner	3 ³ / ₄	4 ¹ / ₄		
18. September	3 ³ / ₄ (^{2a})	4 ¹ / ₄ (^{2a})		
1980				
24. Jänner	5 ¹ / ₄ (^{2b})	5 ³ / ₄ (^{2b})		
21. März	6 ³ / ₄ (^{2b})	7 ¹ / ₄ (^{2b})		
1982				
31. August	6 ¹ / ₄ (^{2b})	6 ³ / ₄ (^{2b})		
22. Oktober	5 ³ / ₄ (^{2b})	6 ¹ / ₄ (^{2b})		
3. Dezember	4 ³ / ₄ (^{2b})	5 ¹ / ₄ (^{2b})		
1983				
18. März	3 ³ / ₄ (^{2b})	4 ¹ / ₄ (^{2b})		
9. September	3 ³ / ₄ (^{2b})	4 ³ / ₄ (^{2b})		
1984				
14. März	4 ¹ / ₄ (^{2b})	5 ¹ / ₂ (^{2b})		
29. Juni	4 ¹ / ₂ (^{2b})	5 ¹ / ₂ (^{2b})		
1985				
19. August	4 ^{2b})	5 ¹ / ₂ (^{2b})		
1987				
23. Jänner	3 ¹ / ₂ (^{2b})	5 ^{2b})		
4. Dezember	3	4 ¹ / ₂		
1988				
1. Juli	3 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂		
29. Juli	3 ¹ / ₂	5		
26. August	4	5		
16. Dezember	4	5 ¹ / ₂		
1989				
20. Jänner	4 ¹ / ₂	6		
21. April	5	6 ¹ / ₂		
30. Juni	5 ¹ / ₂	7 ¹ / ₂		
6. Oktober	6 ¹ / ₂	8 ¹ / ₂		
1991				
1. Februar	7	9		
16. August	7 ¹ / ₂	9 ¹ / ₄		
20. Dezember	8	9 ³ / ₄		
1992				
17. Juni	8 ¹ / ₂	9 ³ / ₄		
15. September	8 ¹ / ₄	9 ¹ / ₂		
22. Oktober	8	9 ¹ / ₄		
1993				
8. Jänner	7 ⁷ / ₈	9 ¹ / ₄		
5. Februar	7 ¹ / ₂	8 ³ / ₄		
19. März	7	8 ¹ / ₂		
23. April	7	8 ¹ / ₄		
30. April	6 ³ / ₄	8		
13. Mai	6 ¹ / ₂	7 ³ / ₄		
28. Mai	6 ¹ / ₄	7 ¹ / ₂		
2. Juli	6	7 ¹ / ₄		
10. September	5 ³ / ₄	6 ³ / ₄		
22. Oktober	5 ¹ / ₄	6 ¹ / ₄		
1994				
18. Februar	5	6		
15. April	4 ³ / ₄	5 ³ / ₄		
13. Mai	4 ¹ / ₂	5 ¹ / ₂		
1995				
31. März	4	5 ¹ / ₄		
25. August	3 ¹ / ₂	5 ¹ / ₄		
15. Dezember	3	5 ¹ / ₄		
1996				
19. April	2 ¹ / ₂	4 ³ / ₄		

Quelle: OeNB.

¹⁾ Vom 3. Juli 1952 bis 16. November 1955: der Zinsfuß des zu belehnenden Papiers, mindestens aber die angeführten Zinssätze.

Vom 17. November 1955 bis 21. Oktober 1965: 1% p. a. über dem Zinsfuß des zu belehnenden Papiers, mindestens aber die angeführten Zinssätze.

²⁾ Für jenen Teil der Refinanzierung, der 70% der jeweils ausnützbaren Refinanzierungsplafonds der Kreditinstitute überschreitet, wird ein Zuschlag von a) 2 Prozentpunkten, b) 1 Prozentpunkt auf den angeführten Zinssatz erhoben.

Zinssatz für kurzfristige Geldmarkt-Offenmarktgeschäfte (GOMEX, REGOM und Tendersverfahren)

Gültig ab	GOMEX-Satz	REGOM-Satz	Tendersatz
<i>in % p. a.</i>			
1985			1992
6. Mai	6'00	x	x
5. Juni	5'75	x	x
22. Juli	5'50	x	x
6. August	5'25	x	x
22. August	5'00	x	x
19. September	4'75	x	x
1987			1993
23. Jänner	4'50	x	x
25. Februar	4'25	x	x
12. März	4'125	x	x
14. Mai	3'875	x	x
25. November	3'625	x	x
1988			8. Jänner
22. Juni	3'875	x	x
4. Juli	4'125	x	x
20. Juli	4'375	x	x
3. August	4'625	x	x
19. Dezember	4'75	x	x
1989			22. Jänner
2. Februar	5'25	x	x
2. März	5'75	x	x
24. April	6'25	x	x
30. Juni	6'50	x	x
6. Oktober	7'25	x	x
1990			5. Februar
9. März	7'75	x	x
23. März	8'00	x	x
1991			2. April
4. Jänner	8'50	x	x
16. August	8'875	x	x
20. Dezember	9'25	x	x
			23. April
			30. April
			13. Mai
			28. Mai
			22. Juni
			2. Juli
			4. August
			10. September
			22. Oktober
			12. November
			19. November
			30. November
			17. Dezember
			27. Dezember
			1994
			7. Jänner
			15. April
			29. April
			6. Mai
			13. Mai
			20. Mai
			13. Juni
			4. Juli
			22. Juli
			1995
			31. März
			25. August
			1. September
			8. September
			22. September
			1. Dezember
			20. Dezember
			27. Dezember
			1996
			22. Jänner
			26. Jänner
			29. Jänner
			2. Februar
			5. Februar
			19. April
			22. April
			2. September
			1997
			17. Oktober
			1998
			4. Dezember
			11. Dezember

Quelle: OeNB.

Österreichische Geldmarktzinssätze¹⁾

	Taggeld			Termingeld ²⁾				VIBOR ³⁾			
	Perioden- durch- schnitt ⁴⁾	niedrigster Satz	höchster Satz	1 Monat Geld/Brief	3 Monate Geld/Brief	6 Monate Geld/Brief	12 Monate Geld/Brief	1 Monat	3 Monate	6 Monate	12 Monate
	in % p. a.										
1989	7'46	6'25	9'38	7'30/7'65	7'29/7'66	7'27/7'64	7'26/7'65	8'27	8'25	8'18	8'16
1990	8'53	7'56	10'35	8'44/8'78	8'62/8'95	8'70/9'06	8'77/9'17	8'80	8'96	9'08	9'17
1991	9'10	8'68	9'46	9'10/9'36	9'19/9'46	9'19/9'49	9'19/9'49	9'37	9'46	9'50	9'50
1992	9'32	8'60	9'71	9'22/9'46	9'21/9'46	9'11/9'37	8'95/9'23	9'47	9'46	9'38	9'23
1993	7'22	6'97	8'03	6'93/7'18	6'77/7'04	6'58/6'86	6'28/6'56	7'18	7'02	6'85	6'56
1994	5'03	4'70	5'65	4'85/5'10	4'87/5'13	4'90/5'15	5'00/5'25	5'11	5'12	5'15	5'25
1995	4'36	3'78	4'82	4'25/4'50	4'33/4'58	4'47/4'72	4'64/4'89	4'50	4'57	4'71	4'89
1996	3'19	2'36	4'03	3'10/3'36	3'12/3'37	3'17/3'42	3'27/3'52	3'36	3'38	3'42	3'52
1997	3'27	2'88	3'52	3'22/3'44	3'27/3'49	3'34/3'56	3'48/3'70	3'45	3'50	3'57	3'72
1998	3'36	2'95	3'46	3'38/3'52	3'47/3'60	3'54/3'67	3'68/3'81	3'51	3'60	3'66	3'80
1998											
Jänner	3'37	2'95	3'46	3'47/3'60	3'58/3'71	3'69/3'83	3'90/4'04	3'60	3'70	3'81	4'01
Februar	3'37	3'35	3'40	3'40/3'53	3'50/3'63	3'59/3'73	3'79/3'93	3'52	3'62	3'72	3'92
März	3'36	3'35	3'37	3'36/3'50	3'46/3'60	3'55/3'69	3'75/3'89	3'50	3'60	3'67	3'87
April	3'37	3'37	3'38	3'39/3'52	3'51/3'63	3'61/3'73	3'81/3'94	3'51	3'64	3'74	3'95
Mai	3'38	3'37	3'39	3'42/3'55	3'56/3'68	3'66/3'78	3'86/3'98	3'55	3'69	3'80	4'00
Juni	3'37	3'37	3'38	3'40/3'53	3'51/3'63	3'62/3'74	3'82/3'94	3'53	3'64	3'74	3'95
Juli	3'37	3'36	3'37	3'39/3'53	3'49/3'62	3'59/3'73	3'79/3'92	3'52	3'61	3'72	3'92
August	3'37	3'37	3'38	3'37/3'51	3'46/3'60	3'55/3'69	3'74/3'88	3'50	3'59	3'68	3'86
September	3'37	3'36	3'38	3'35/3'48	3'43/3'55	3'47/3'60	3'57/3'71	3'48	3'55	3'60	3'68
Oktober	3'37	3'36	3'38	3'35/3'48	3'43/3'56	3'43/3'57	3'48/3'62	3'48	3'57	3'56	3'56
November	3'37	3'36	3'37	3'37/3'49	3'45/3'58	3'45/3'58	3'48/3'61	3'50	3'60	3'58	3'55
Dezember	3'22	3'10	3'39	3'36/3'49	3'29/3'42	3'23/3'36	3'19/3'33	3'48	3'40	3'35	3'29

Quelle: OeNB, Reuters.

¹⁾ Ab 1. Juli 1993 wurden die Monatsdurchschnitte von einer kalendertägigen auf eine arbeitstägige Berechnungsbasis gestellt. In der Regel ergeben sich Differenzen nur ab der zweiten Nachkommastelle.

²⁾ Ungewichteter Durchschnitt aus täglich gestellten Zinssätzen von Kreditinstituten am Wiener Platz.

³⁾ Vienna Interbank Offered Rate; notiert seit 1. Juni 1989. Monatsmittel der täglich am Reuters-Bildschirm veröffentlichten, ungewichteten Durchschnitte aus den um 11 Uhr gestellten Briefkursangaben von acht Kreditinstituten am Wiener Platz. Die höchsten und niedrigsten Zinssätze werden ausgesondert und auf die nächsthöheren 5 Basispunkte aufgerundet. Durchschnitt 1989: Juni bis Dezember.

⁴⁾ Ungewichteter Durchschnitt aus den täglichen eigenen Erhebungen bei Kreditinstituten am Wiener Platz.

Zinssatzstatistik der inländischen Kreditinstitute¹⁾

Sollzinssätze

	Kommerzkredite			Wechselkredite			Privatkredite			Kredite für Wohnraumbeschaffung			Überziehung von Gehalts- und Pensionskonten			Hypothekendarlehen			Kommunaldarlehen		
	Durchschnitt		Bandbreite	Durchschnitt		Bandbreite	Durchschnitt		Bandbreite	Durchschnitt		Bandbreite	Durchschnitt		Bandbreite	Durchschnitt		Bandbreite	Durchschnitt		Bandbreite
	von	bis		von	bis		von	bis		von	bis		von	bis		von	bis		von	bis	
	in % p. a.																				
1995	7'82	6'75	9'50	5'23	3'75	7'00	9'34	8'00	10'88	7'43	6'88	8'63	x	x	x	7'20	6'75	7'75	6'36	5'01	7'00
1996	6'96	5'88	8'50	4'40	3'00	7'50	8'15	7'00	9'50	6'63	5'75	7'25	x	x	x	6'41	5'75	7'00	5'62	5'00	7'00
1997	6'50	5'38	8'25	4'30	3'00	6'50	7'78	6'50	9'20	6'14	5'25	7'25	11'70	9'00	13'75	5'94	5'33	6'75	5'16	4'05	6'75
1998	6'12	4'75	8'13	4'54	3'00	6'50	7'16	6'00	8'50	5'79	5'00	7'00	11'32	8'75	13'75	5'55	5'00	6'75	4'47	3'50	5'25
1998																					
Jänner	6'54	5'25	8'50	4'20	3'00	6'50	7'81	6'50	9'20	6'25	5'30	7'25	11'58	8'50	13'75	6'00	5'38	6'75	5'15	4'13	6'75
Februar	6'56	5'38	8'50	4'19	3'00	6'50	7'81	6'75	9'20	6'24	5'50	7'20	11'62	9'00	13'75	6'10	5'38	6'75	5'02	4'03	6'50
März	6'60	5'38	8'50	4'22	3'00	6'00	7'82	6'50	9'20	6'22	5'25	7'20	11'58	9'00	13'75	6'04	5'25	7'00	5'04	4'13	6'50
April	6'52	5'00	8'25	4'17	3'00	6'50	7'77	6'50	9'20	6'10	5'00	7'06	11'51	8'75	13'75	6'00	5'25	6'75	5'04	4'50	6'00
Mai	6'45	5'00	8'00	4'18	3'00	6'50	7'86	6'50	9'20	6'23	5'38	7'15	11'55	8'50	13'75	5'92	5'25	6'75	5'01	4'13	6'00
Juni	6'39	5'00	7'75	4'20	3'00	7'00	7'76	6'50	9'20	6'12	5'25	7'15	11'74	9'50	13'75	5'85	5'25	6'88	5'03	4'13	6'00
Juli	6'41	4'88	8'50	4'14	3'00	6'50	7'76	6'50	9'20	6'16	5'25	7'15	11'70	9'25	13'75	5'93	5'25	6'88	4'91	4'13	6'00
August	6'35	5'13	8'13	4'28	3'00	6'00	7'69	6'50	9'20	6'09	5'25	7'09	11'64	9'25	13'75	5'90	5'25	6'88	4'89	3'95	6'00
September	6'44	5'25	8'25	4'28	3'00	6'50	7'61	6'50	9'20	6'03	5'25	7'05	11'66	9'25	13'75	5'81	5'25	6'88	4'71	3'95	5'25
Oktober	6'24	5'00	8'25	4'34	3'00	6'50	7'42	6'25	9'00	5'92	5'13	7'00	11'62	9'25	13'75	5'70	5'13	6'75	4'69	3'95	6'00
November	6'25	4'75	8'25	4'38	3'00	6'50	7'11	6'00	8'50	5'78	5'00	6'97	11'35	8'75	13'75	5'63	5'13	6'75	4'53	3'90	5'25
Dezember	6'12	4'75	8'13	4'54	3'00	6'50	7'16	6'00	8'50	5'79	5'00	7'00	11'32	8'75	13'75	5'55	5'00	6'75	4'47	3'50	5'25

Habenzinssätze

	Gehalts- und Pensionskonten			Spareinlagen täglich fällig			Spareinlagen bis 12 Monate			Spareinlagen über 12 Monate			Spareinlagen 0'5 bis 1 Mio ATS			Spareinlagen 1 bis 5 Mio ATS			Kapitalsparrbriefe (24 Monate)		
	Durchschnitt		Bandbreite	Durchschnitt		Bandbreite	Durchschnitt		Bandbreite	Durchschnitt		Bandbreite	Durchschnitt		Bandbreite	Durchschnitt		Bandbreite	Durchschnitt		Bandbreite
	von	bis		von	bis		von	bis		von	bis		von	bis		von	bis		von	bis	
	in % p. a.																				
1995	0'56	0'25	2'00	2'09	2'00	2'25	3'57	2'25	4'34	4'09	3'00	4'75	4'19	3'75	4'63	4'38	4'00	4'75	4'23	4'00	4'75
1996	0'46	0'13	1'50	1'57	1'50	1'75	2'93	1'75	3'50	3'36	2'50	3'92	3'40	3'13	3'75	3'58	3'25	3'88	3'43	3'25	3'88
1997	0'42	0'25	1'25	1'50	1'50	1'50	2'69	1'75	3'25	3'15	2'00	3'75	3'19	2'75	3'50	3'42	3'00	3'75	3'28	3'00	4'00
1998	0'43	0'25	1'25	1'28	1'00	1'50	2'60	1'75	3'08	2'91	2'25	3'50	2'98	2'25	3'50	3'19	2'75	3'50	3'10	2'75	3'50
1998																					
Jänner	0'43	0'25	1'25	1'50	1'50	1'50	2'67	1'63	3'25	3'14	2'50	3'75	3'16	2'75	3'50	3'36	3'00	3'75	3'32	3'00	4'00
Februar	0'43	0'25	1'25	1'49	1'25	1'50	2'67	1'63	3'25	3'13	2'50	3'75	3'12	2'63	3'50	3'33	3'00	3'62	3'32	3'00	4'00
März	0'43	0'25	1'28	1'49	1'25	1'50	2'72	1'63	3'41	3'09	2'25	3'75	3'15	2'63	3'50	3'32	3'00	3'50	3'35	3'00	4'00
April	0'42	0'25	1'25	1'47	1'25	1'50	2'70	1'63	3'25	3'07	2'25	3'75	3'15	2'63	3'50	3'32	3'00	3'61	3'35	3'00	4'00
Mai	0'42	0'25	1'25	1'46	1'25	1'50	2'68	1'63	3'25	3'06	2'25	3'75	3'13	2'63	3'50	3'33	3'00	3'57	3'35	3'00	4'00
Juni	0'42	0'25	1'25	1'46	1'25	1'50	2'65	1'63	3'25	3'07	2'50	3'75	3'12	2'63	3'50	3'30	3'00	3'50	3'36	3'00	4'00
Juli	0'43	0'25	1'25	1'43	1'25	1'50	2'65	1'63	3'25	3'08	2'50	3'75	3'14	2'63	3'58	3'33	3'00	3'75	3'36	3'00	4'00
August	0'44	0'25	1'25	1'42	1'25	1'50	2'69	1'75	3'28	3'14	2'50	3'75	3'13	2'63	3'50	3'29	3'00	3'50	3'38	3'00	4'00
September	0'42	0'25	1'25	1'42	1'25	1'50	2'67	1'75	3'25	3'12	2'50	3'75	3'11	2'63	3'50	3'28	3'00	3'50	3'31	3'00	3'75
Oktober	0'43	0'25	1'25	1'38	1'25	1'50	2'63	1'63	3'25	3'01	2'25	3'75	3'06	2'25	3'50	3'26	2'75	3'50	3'26	3'00	3'75
November	0'42	0'25	1'25	1'31	1'13	1'50	2'61	1'50	3'13	2'96	2'25	3'50	3'01	2'25	3'50	3'22	2'75	3'50	3'22	3'00	3'50
Dezember	0'43	0'25	1'25	1'28	1'00	1'50	2'60	1'75	3'08	2'91	2'25	3'50	2'98	2'25	3'50	3'19	2'75	3'50	3'10	2'75	3'50

Quelle: OeNB.

¹⁾ Kreditinstitute gemäß BWG.

Renditen auf dem inländischen Rentenmarkt¹⁾

Periodendurchschnitt	Emissionsrenditen			Sekundärmarktrenditen							
	Bund	inländische Emittenten gesamt	ausländische Emittenten	Bund	Sonstige öffentliche Stellen	Sonstige inländische Nichtbanken	Inländische Nichtbanken (1 bis 3)	Inländische Banken	Inländische Emittenten (4 + 5)	Ausländische Emittenten	Emittenten gesamt ²⁾ (6 + 7)
in % p. a.											
				1	2	3	4	5	6	7	8
1989	7'07	7'09	7'84	7'13	x	x	x	6'95	x	6'89	7'06
1990	8'59	8'58	9'26	8'74	x	x	x	8'66	x	9'39	8'72
1991	8'41	8'42	8'29	8'62	x	x	x	8'69	x	10'21	8'69
1992	7'91	7'94	7'98	8'27	x	x	x	8'42	x	9'90	8'39
1993	6'21	6'26	7'51	6'63	6'93	6'91	6'66	6'73	6'68	8'18	6'74
1994	6'67	6'68	8'06	6'70	6'89	6'77	6'71	6'51	6'66	7'59	6'69
1995	6'65	6'64	8'30	6'48	6'68	6'59	6'49	6'43	6'48	7'40	6'51
1996	5'76	5'75	8'24	5'30	5'63	5'67	5'32	5'25	5'31	6'32	5'33
1997	5'27	5'30	6'66	4'79	5'08	5'74	4'82	4'83	4'82	5'80	4'84
1998	4'55	4'56	6'06	4'29	4'32	6'06	4'35	4'54	4'38	5'89	4'40
1998											
1. Quartal	4'69	4'70	–	4'58	4'69	5'99	4'63	4'79	4'65	5'64	4'67
2. Quartal	4'68	4'69	6'06	4'59	4'57	6'11	4'64	4'78	4'66	5'63	4'68
3. Quartal	4'42	4'45	–	4'21	4'23	6'04	4'27	4'48	4'30	6'16	4'33
4. Quartal	3'87	3'87	–	3'79	3'80	6'11	3'86	4'12	3'89	6'09	3'93
Jänner	4'99	4'99	–	4'67	4'87	6'15	4'72	4'89	4'75	5'84	4'77
Februar	4'34	4'34	–	4'56	4'64	5'93	4'60	4'77	4'63	5'63	4'65
März	–	4'85	–	4'52	4'56	5'91	4'57	4'72	4'59	5'48	4'61
April	4'81	4'81	6'03	4'61	4'63	6'05	4'66	4'77	4'68	5'55	4'69
Mai	4'86	4'87	6'22	4'64	4'62	6'15	4'69	4'83	4'71	5'67	4'73
Juni	4'22	4'26	–	4'52	4'47	6'13	4'57	4'74	4'60	5'67	4'62
Juli	5'26	5'29	–	4'43	4'40	6'15	4'48	4'65	4'51	5'59	4'53
August	–	–	–	4'24	4'28	6'07	4'30	4'53	4'33	5'65	4'35
September	3'59	3'59	–	3'96	4'01	5'88	4'03	4'27	4'06	7'24	4'11
Oktober	3'87	3'87	–	3'87	3'89	6'29	3'94	4'16	3'97	6'79	4'02
November	–	–	–	3'88	3'85	6'64	3'96	4'18	3'99	5'78	4'02
Dezember	–	–	–	3'61	3'65	5'32	3'65	4'01	3'70	5'65	3'73

Quelle: OeNB, OeKB.

¹⁾ Für festverzinsten Rentenwerte.

²⁾ Emittenten gesamt = früher Anleihen im weiteren Sinn.

Wertpapierumsätze¹⁾

	Anteilswerte					Investment- zertifikate	Rentenwerte
	inländische Aktien	inländische Partizipations- scheine	zusammen	ausländische Aktien	Options- scheine		
<i>Kurswert in Mio ATS</i>							
Börseumsätze²⁾							
1989	50.690	3.502	54.192	6.286	14.790	75.268	193
1990	151.760	16.834	168.594	8.566	43.425	220.584	166
1991	150.666	13.714	164.379	6.980	18.163	189.522	152
1992	102.686	5.688	108.374	4.845	6.029	119.247	170
1993	152.630	7.746	160.376	10.912	4.154	175.442	222
1994	187.093	4.129	191.222	6.738	1.947	199.907	160
1995	259.673	2.081	261.755	4.863	121	266.738	98
1996	217.264	1.787	219.052	7.400	153	226.604	99
1997	300.533	2.300	302.832	7.595	40	310.468	61
1998	410.010	13.055	423.065	6.606	72	429.743	27
1998							
Jänner	33.706	804	34.510	504	20	35.033	2
Februar	34.250	1.851	36.102	532	4	36.638	1
März	40.684	2.145	42.829	749	6	43.583	6
April	42.936	2.287	45.223	784	6	46.013	2
Mai	32.935	1.774	34.709	544	2	35.256	2
Juni	33.767	816	34.583	535	2	35.121	7
Juli	36.229	846	37.076	686	4	37.765	1
August	38.494	762	39.257	529	3	39.788	0
September	39.631	466	40.097	567	5	40.669	1
Oktober	32.454	419	32.874	407	8	33.289	2
November	24.247	541	24.788	395	8	25.191	1
Dezember	20.676	343	21.018	374	4	21.396	2

Quelle: Wiener Börse.

¹⁾ Käufe und Verkäufe.

²⁾ Amtlicher Handel.

Österreichischer Aktienmarkt¹⁾

	Wiener Börse Index (WBI) ²⁾	Gesamtkurswert		Gesamtumsatz ³⁾) ⁴⁾		Durchschnittliche Dividendenrendite		Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen		Börse- neueinführungen		Notierte Emissionen				Notierte Gesell- schaften
		Aktien	Partizi- pations- scheine	Aktien	Partizi- pations- scheine	Aktien	Partizi- pations- scheine	Aktien	Partizi- pations- scheine	Aktien	Partizi- pations- scheine	Aktien	Partizi- pations- scheine	Genuß- rechte	Options- scheine	
31. 12. 1967 = 100	in Mio ATS				in % p. a.		Kurswert in Mio ATS				Anzahl					
1989	511'51	263.017	14.234	x	x	1'27	2'30	7.197	1611	9.344	119	89	15	12	55	81
1990	502'26	281.016	15.098	x	x	1'51	2'65	10.165	682	21.044	–	111	15	19	91	97
1991	418'98	259.126	14.242	222.789	24.495	1'99	2'83	9.586	–	15.052	–	117	15	20	106	103
1992	348'46	230.105	12.216	154.015	19.169	2'24	3'43	2.214	–	12.590	–	128	15	20	98	112
1993	483'67	330.003	10.575	206.400	12.032	1'35	2'44	5.573	37	10.830	–	129	15	20	154	111
1994	429'64	321.341	9.792	381.277	10.609	1'46	2'55	4.969	40	29.684	–	130	14	20	14	111
1995	387'36	314.389	8.415	461.029	5.745	1'90	3'00	1.812	48	24.520	–	128	13	20	11	109
1996	429'20	357.491	4.977	433.869	10.914	2'00	3'08	5.762	–	1.367	–	123	8	18	3	106
1997	486'96	451.948	6.993	603.924	10.865	1'90	2'93	6.770	–	37.591	–	118	8	20	3	101
1998	464'32	399.672	7.727	7.039	–	1.723	–	112	7	20	3	96
1998																
Jänner	511'68	474.779	8.921	x	x	–	–	–	–	118	8	19	3	101
Februar	550'66	510.277	12.861	x	x	5	–	–	–	118	8	19	3	101
März	580'73	537.557	12.795	x	x	–	–	–	–	117	8	19	3	100
April	608'88	563.829	13.964	x	x	–	–	–	–	117	8	19	3	100
Mai	635'66	588.537	15.898	x	x	497	–	–	–	117	8	19	3	100
Juni	602'65	560.264	15.593	x	x	–	1.723	–	–	119	8	19	3	102
Juli	595'86	553.577	15.752	x	x	5.100	–	–	–	117	8	19	3	102
August	499'31	465.853	11.774	x	x	–	–	–	–	117	8	19	3	102
September	440'77	387.689	6.912	x	x	860	–	–	–	115	7	19	3	100
Oktober	473'90	416.099	8.096	x	x	577	–	–	–	116	7	20	3	100
November	466'55	404.472	8.212	x	x	–	–	–	–	113	7	20	3	97
Dezember	464'32	399.672	7.727	x	x	–	–	–	–	112	7	20	3	96

Quelle: Wiener Börse.

¹⁾ Emissionen inländischer Emittenten.

²⁾ Ultimostände.

³⁾ Käufe und Verkäufe.

⁴⁾ Daten der Gesamtumsätze für 1998 nicht verfügbar.

Bundeshaushalt¹⁾

	Stand			Veränderung zum Vorjahr								
	in Mio ATS			in %								
	1995			1996			1997			1998		
Allgemeiner Haushalt												
Ausgaben ²⁾	764.593	+	33.146	754.788	-	9.805	749.937 ³⁾	-	4.851	777.594	+	27.657
Einnahmen ²⁾	646.690	+	20.061	665.422	+	18.732	682.718 ³⁾	+	17.296	711.567	+	28.849
davon öffentliche Abgaben (netto)	345.773	-	12.629	383.470	+	37.697	413.189	+	29.719	460.220	+	47.031
Abgang des allgemeinen Haushalts ⁴⁾	117.903	+	13.085	89.366	-	28.537	67.219	-	22.147	66.027	-	1.192
Primärsaldo ⁵⁾	- 36.089	-	6.619	- 3.244	+	32.845	20.592	+	23.836	24.090	+	3.498
Bruttofinanzierung⁶⁾	240.814	+	67.752	198.876	-	41.938	163.288	-	35.588	217.327	+	54.039
Finanzschuldenaufwand⁷⁾												
Zinsen	81.814	+	6.466	86.122	+	4.308	87.811	+	1.689	90.117	+	2.306
Tilgungen	118.570	+	51.483	107.600	-	10.970	96.069	-	11.531	151.300	+	55.231
Sonstige Kosten	2.253	+	143	2.413	+	160	920	-	1.493	- 4.059	-	4.979
Finanzschuldenaufwand insgesamt	202.637	+	58.093	196.134	-	6.503	184.800	-	11.334	237.358	+	52.558
Finanzschuld⁸⁾												
Schillingschuld	1.051.281 ⁹⁾	+	86.625	1.100.840 ⁹⁾	+	49.559	1.171.000 ⁹⁾	+	70.160	1.152.202 ⁹⁾	-	18.798
Anleihen ¹⁰⁾	549.939	+	75.543	624.589	+	74.650	715.868	+	91.279	797.011	+	81.143
Bundessobligationen	67.221	-	7.467	57.546	-	9.675	34.098	-	23.448	22.039	-	12.059
Bundesschatzscheine	108.292	-	13.074	109.170	+	878	125.570	+	16.400	81.781	-	43.789
Darlehen	328.222	+	33.037	329.302	+	1.086	315.181	-	14.121	278.050	-	37.131
Notenbankschuld	-	-	597	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Kredite	53	-	1.149	48	-	5	43	-	5	649	+	606
Fremdwährungsschuld ¹¹⁾	291.114 ¹²⁾	+	30.173	296.017 ¹²⁾	+	4.903	304.926 ¹²⁾	+	8.909	383.484 ¹²⁾	+	79.085
Finanzschuld insgesamt	1.342.395	+	116.798	1.396.857	+	54.462	1.475.926	+	79.069	1.535.687	+	59.761

in % des nominellen BIP¹³⁾

	1995			1996			1997			1998		
Budgetindikatoren												
Ausgaben ²⁾			32,8			31,2			29,8			29,7
Einnahmen ²⁾			27,7			27,5			27,1			27,1
Öffentliche Abgaben (netto)			14,8			15,8			16,4			17,5
Abgang des allgemeinen Haushalts ⁴⁾			5,1			3,7			2,7			2,5
Primärsaldo ⁵⁾			- 1,5			- 0,1			0,8			0,9
Finanzschuldenaufwand ⁷⁾			8,7			8,1			7,3			9,1
Finanzschuld ⁸⁾			57,5			57,7			58,7			58,6

Quelle: BMF, ÖBFA, WIFO.

¹⁾ Bis 1997 Bundesrechnungsabschluss; 1998 vorläufiger Gebarungserfolg.

²⁾ Berücksichtigung der Währungstauschverträge in Bruttodarstellung (in den Bundesrechnungsabschlüssen und im vorläufigen Gebarungserfolg verwendete offizielle Darstellung).

³⁾ Die Ausgaben und Einnahmen des allgemeinen Haushalts wurden um saldoneutrale Transaktionen im Zuge der ASFINAG-Ausgliederung (je 82.998 Mio ATS) verringert.

⁴⁾ Entspricht dem Begriff „Nettodefizit“ des früheren Haushaltsrechts.

⁵⁾ Abgang des allgemeinen Haushalts („Nettodefizit“) minus Finanzschuldzinsen.

⁶⁾ Schuldaufnahmen zur Bedeckung des Abgangs des allgemeinen Haushalts, für die durchgeführten Finanzschuldtilgungen, zur Finanzierung der Beitragsleistungen Österreichs an internationale Finanzinstitutionen (bis 1994) sowie zur Bezahlung der (1993 erstmals im Ausgleichshaushalt veranschlagten) vom Bund bedienten ÖIAG-Schuldentilgungen. 1997 und 1998 wurden keine ÖIAG-Schuldentilgungen vom Bund beglichen.

⁷⁾ Wirtschaftliche Zinsen- und Tilgungsbelastung unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge in Nettodarstellung.

⁸⁾ Verpflichtungen aus Finanzschulden des Bundes unter Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aufgrund der Währungstauschverträge.

⁹⁾ Von der gesamten sich ergebenden Schillingschuld wurde der Eigenbesitz an Bundstiteln abgezogen (1995: 2.446 Mio ATS, 1996: 19.815 Mio ATS, 1997: 19.760 Mio ATS, 1998: 27.328 Mio ATS).

¹⁰⁾ Bundesanleihen und in Schilling gewappte Anleihen.

¹¹⁾ Bewertet mit den Devisenmittelkursen per Jahresultimo. Von der gesamten Fremdwährungsschuld 1998 entfallen auf in Währungen des Euroraums denominierte Schulden 195.468 Mio ATS (1997: 122.193 Mio ATS).

¹²⁾ Von der gesamten sich ergebenden Fremdwährungsschuld wurde der Eigenbesitz an Bundstiteln (1995: 5.516 Mio ATS, 1996: 457 Mio ATS, 1998: 9.880 Mio ATS) abgezogen.

¹³⁾ 1995 bis 1997 gemäß ÖSTAT, 1998 gemäß WIFO (vorläufiger Wert).

Daten zur realwirtschaftlichen Entwicklung Österreichs

	1995	1996	1997	1998	1995	1996	1997	1998
	in Mrd ATS				Veränderung zum Vorjahr in %			
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹⁾								
Bruttoinlandsprodukt, nominell zu Marktpreisen	2.328,7	2.414,6	2.514,4	2.622,6	+ 4,1	+ 3,7	+ 4,1	+ 4,3
Bruttoinlandsprodukt, real zu Preisen von 1983	1.628,7	1.661,0	1.702,8	1.758,2	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,3
Verwendung:								
Privater Konsum	941,0	959,8	966,9	982,9	+ 2,9	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,7
Öffentlicher Konsum	279,7	281,4	270,5	273,9	- 0,0	+ 0,6	- 3,9	+ 1,3
Bruttoanlageinvestitionen	416,0	426,5	438,3	460,0	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,8	+ 4,9
Lagerveränderung inkl. statistischer Differenz	6,2	3,9	26,8	29,4	x	x	x	x
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1.643,0	1.671,6	1.702,4	1.746,2	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,6
Exporte im weiteren Sinn	806,0	861,5	948,4	1.025,8	+ 6,5	+ 6,9	+10,1	+ 8,2
Importe im weiteren Sinn	820,2	872,1	948,0	1.013,8	+ 7,0	+ 6,3	+ 8,7	+ 6,9
Entstehung:								
Land- und Forstwirtschaft	44,1	44,2	44,6	46,7	- 3,5	+ 0,4	+ 0,7	+ 4,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	9,5	9,3	8,5	8,6	+ 4,1	- 2,5	- 8,5	+ 1,4
Sachgütererzeugung	375,0	380,0	400,1	420,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 5,3	+ 5,1
Energie- und Wasserversorgung	53,6	54,8	57,3	58,3	+ 4,8	+ 2,2	+ 4,6	+ 1,7
Bauwesen	111,0	114,2	116,5	120,0	+ 0,0	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,0
Handel	253,7	258,5	263,4	269,4	+ 6,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	58,6	57,1	57,2	59,1	+ 0,3	- 2,5	+ 0,1	+ 3,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	112,7	120,2	125,8	132,4	- 1,2	+ 6,7	+ 4,7	+ 5,3
Kredit- und Versicherungswesen	116,9	119,6	132,1	136,4	+ 5,6	+ 2,3	+10,5	+ 3,2
Realitätenwesen	164,1	169,0	175,3	179,2	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,7	+ 2,2
Sonstige Dienstleistungen	61,3	63,0	78,4	80,5	+ 2,9	+ 2,8	+24,3	+ 2,7
Marktproduzenten insgesamt	1.360,5	1.390,0	1.459,2	1.511,0	+ 2,4	+ 2,2	+ 5,0	+ 5,3
Nichtmarktproduzenten insgesamt	221,9	224,0	202,2	205,0	+ 0,7	+ 0,9	- 9,7	+ 1,4
abzüglich: imputierte Bankdienstleistungen	87,6	88,2	97,6	100,2	+ 6,9	+ 0,6	+10,7	+ 2,7
Importabgaben	10,6	12,0	12,8	13,4	- 7,1	+13,6	+ 6,4	+ 4,7
Mehrwertsteuer	123,4	123,2	126,3	128,9	+ 0,2	- 0,1	+ 2,5	+ 2,1
Volkseinkommen (Verteilung), nominell zu Marktpreisen	1.716,3	1.763,5	1.828,6	1.897,4	+ 4,6	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,8
Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit (Inländerkonzept)	1.237,1	1.253,0	1.267,5	1.311,2	+ 3,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 3,4
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften	133,8	137,3	159,2	175,1	+ 2,4	+ 2,6	+15,9	+10,0
Staat	50,9	42,6	35,5	27,8	+10,5	-16,3	-16,7	-21,6
Sonstige	441,0	479,8	511,9	535,4	+ 9,0	+ 8,8	+ 6,7	+ 4,6
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung	625,7	659,6	706,5	738,4	+ 7,7	+ 5,4	+ 7,1	+ 4,5
abzüglich: Zinsen für die Staatsschuld	102,4	105,9	100,8	105,5	+12,4	+ 3,4	- 4,8	+ 4,7
Zinsen für die Konsumentenschuld	44,1	43,2	44,6	46,6	+ 0,5	- 1,9	+ 3,2	+ 4,4
Verfügbares persönliches Einkommen = Haushaltseinkommen								
Brutto	2.219,5	2.306,4	2.343,2	2.428,9	+ 4,5	+ 3,9	+ 1,6	+ 3,7
Netto	1.453,2	1.491,8	1.525,8	1.580,8	+ 4,2	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,6
Sparen der privaten Haushalte ²⁾	142,0	116,6	112,4	130,9	+ 1,9	- 17,9	- 3,6	+16,5
	in 1.000				in %			
Arbeitsmarkt								
Unselbständig Erwerbstätige insgesamt	3.068,2	3.047,3	3.055,6	3.076,7	- 0,1	- 0,7	+ 0,3	+ 0,7
davon Ausländer	300,3	300,4	298,8	298,6	+ 3,2	+ 0,0	- 0,5	- 0,1
Vorgemerkte Arbeitslose insgesamt	215,7	230,5	233,3	237,8	+ 0,4	+ 6,9	+ 1,2	+ 1,9
Arbeitslosenquote in % (nationale Berechnung)	6,6	7,0	7,1	7,2	x	x	x	x
Arbeitslosenquote in % (EU-Konzept)	3,9	4,3	4,4	4,5	x	x	x	x
Offene Stellen	25,0	19,4	19,0	23,1	-17,3	-22,2	- 2,1	+21,4
Stellenandrangsziffer ³⁾	86,3	1.186	1.227	1.030	+21,3	+37,4	+ 3,4	-16,1
	1996 = 100				in %			
Preise und Löhne								
Nationaler Verbraucherpreisindex	128,4	130,8	101,3	102,2	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,9
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	98,3	100,0	101,2	102,0	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,8
Großhandelspreisindex	100,0	100,0	100,4	99,9	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	- 0,5
Tariflohnindex (1986 = 100)	147,1	150,6	153,3	156,7	+ 3,4	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,2
	in 1.000 ATS				in %			
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	484,1	496,4	508,4	520,2	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3
	in Mrd ATS				in %			
Außenwirtschaft								
Einfuhr	668,0	712,8	790,3	843,7	+ 6,2	+ 6,7	+ 10,9	+ 6,8
Ausfuhr	580,0	612,2	715,0	770,5	+13,2	+ 5,5	+16,8	+ 7,8
Handelsbilanzsaldo	- 88,0	-100,6	- 75,2	- 73,2	-24,4	+14,3	-25,2	- 2,7
Leistungsbilanzsaldo	- 54,0	- 50,8	- 61,4	- 54,5	x	x	x	x
	in 1.000				in %			
Fremdenverkehr								
Gesamtübernachtungen	117.115	112.936	109.065	111.131	- 4,3	- 3,6	- 3,4	+ 1,9
davon Ausländerübernachtungen	86.991	84.217	80.562	81.853	- 5,7	- 3,2	- 4,3	+ 1,6

Quelle: OeNB, ÖSTAT, WIFO, AMS.

¹⁾ 1998: vorläufige Werte.

²⁾ Verfügbares persönliches Einkommen, minus Konsum der inländischen privaten Haushalte, minus Eigenkonsum der privaten Dienste ohne Erwerbscharakter.

³⁾ Arbeitslose auf 100 offene Stellen, ohne Kommastelle.

Ausgewählte volkswirtschaftliche Kennziffern

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ¹⁾
<i>in 1.000 ATS</i>										
BIP je Einwohner	218.916	234.633	249.049	259.953	265.967	278.697	289.392	299.620	311.492	324.700
BIP je Erwerbstätigen	514.320	545.940	576.411	606.852	630.221	663.121	692.119	721.686	750.676	775.900
<i>Anteil in %</i>										
Erwerbsquote ¹⁾	42,9	43,3	43,6	43,7	43,1	43,0	42,7	42,4	42,4	42,7
Lohnquote ²⁾	71,5	70,7	71,4	72,1	73,2	72,8	72,1	71,1	69,3	69,1
Lohnquote bereinigt ³⁾	70,1	69,1	69,4	69,8	70,6	70,0	69,1	68,1	66,5	66,2
Sparquote ⁴⁾	11,1	12,2	13,2	10,2	9,1	10,0	9,8	7,8	7,4	8,3
Konsumquote ⁵⁾	56,3	55,9	55,1	55,8	56,2	56,1	56,3	57,0	56,2	55,3
Investitionsquote ⁶⁾	23,0	23,3	24,0	23,5	22,8	23,8	23,8	23,7	23,7	23,9
Abgabenquote ⁷⁾	41,2	41,2	41,7	43,0	43,9	42,7	43,4	44,7	45,2	..
Importquote im engeren Sinn ⁸⁾	30,4	30,4	30,1	28,6	26,5	27,9	27,8	28,3	29,8	30,5
Importquote im weiteren Sinn ⁹⁾	39,0	38,9	39,0	37,5	36,4	37,7	39,1	40,7	42,9	43,7
Exportquote im engeren Sinn ¹⁰⁾	25,5	25,8	24,6	23,6	22,0	22,9	24,4	24,8	27,8	28,5
Exportquote im weiteren Sinn ¹¹⁾	39,9	40,2	39,8	38,5	37,0	37,5	38,7	40,1	42,3	43,9
Leistungsbilanzquote ¹²⁾	0,4	0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 1,5	- 2,3	- 2,2	- 2,4	- 2,1
Forschungsquote ¹³⁾	1,4	1,4	1,5	1,5	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>										
Lohnstückkosten										
Gesamtwirtschaft	+ 2,1	+ 3,2	+ 4,9	+ 5,2	+ 3,6	+ 1,4	+ 1,8	- 0,7	- 1,3	+ 0,2
Verarbeitende Industrie	- 0,6	- 0,9	+ 2,2	+ 3,8	+ 0,9	- 3,6	- 0,6	- 1,0	- 5,0	- 3,1
<i>Veränderung in Prozentpunkten</i>										
Relative Lohnstückkosten ¹⁵⁾										
gegenüber Deutschland	- 0,9	- 3,4	- 1,8	- 0,9	- 2,7	+ 2,9	- 0,2	- 0,6	- 0,6	+ 0,1
gegenüber Haupthandelspartnern	- 2,5	- 2,2	- 2,7	+ 1,9	+ 0,7	+ 0,8	+ 2,2	- 2,2	- 4,9	- 1,4
<i>Quotient</i>										
Umlaufgeschwindigkeit von M1 ¹⁶⁾	6,73	6,91	6,85	6,82	6,35	6,29	5,69	5,60	5,56	5,29
Umlaufgeschwindigkeit von M3 ¹⁷⁾	1,21	1,22	1,22	1,24	1,23	1,23	1,22	1,24	1,28	1,25

Quelle: OeNB, ÖSTAT, WIFO, IHS.

¹⁾ Vorläufige Werte.

²⁾ Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung.

³⁾ Anteil der Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit am Volkseinkommen.

⁴⁾ Bereinigt um Veränderungen in der Zahl der Selbständigen.

⁵⁾ Anteil des privaten Sparens am verfügbaren persönlichen Einkommen.

⁶⁾ Anteil des privaten Konsums am BIP.

⁷⁾ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP.

⁸⁾ Anteil der direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und der indirekten Steuern am BIP.

⁹⁾ Anteil der Importe von Waren am BIP.

¹⁰⁾ Anteil der Importe von Waren und Dienstleistungen am BIP.

¹¹⁾ Anteil der Exporte von Waren am BIP.

¹²⁾ Anteil der Exporte von Waren und Dienstleistungen am BIP.

¹³⁾ Anteil des Leistungsbilanzsaldos am BIP.

¹⁴⁾ Anteil der Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung am BIP.

¹⁵⁾ + = Verschlechterung, - = Verbesserung.

¹⁶⁾ Nominelles BIP durch M1.

¹⁷⁾ Nominelles BIP durch M3.

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/I

Leistungsbilanz																													
insgesamt																													
Güter, Dienstleistungen und Einkommen																													
insgesamt																													
Güter und Dienstleistungen																													
insgesamt									Güter						Dienstleistungen														
															insgesamt														
															Transport														
															davon internationaler Personentransport														
															Seetransport														
															Lufttransport														
9930			9920			9910			1000			2000			2050			2055			2060			2100					
Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto
in Mio ATS																													
1992 ¹⁾	879.416	887.378	- 7.962	865.066	861.951	+ 3.115	788.257	769.541	+18.715	488.790	572.896	-84.106	299.467	196.646	+102.821	34.492	30.307	+ 4.185	8.623	5.522	+3.101	2.062	2.653	- 591	10.875	7.657	+ 3.219		
1993 ¹⁾	878.405	890.080	-11.675	863.702	863.674	+ 29	779.574	767.095	+12.478	468.430	543.728	-75.298	311.144	223.368	+ 87.776	36.277	31.293	+ 4.984	9.007	5.666	+3.341	2.173	2.714	- 540	12.168	8.289	+ 3.879		
1994 ¹⁾	930.057	963.159	-33.102	914.460	935.233	-20.773	833.615	839.792	- 6.177	513.812	604.035	-90.223	319.803	235.758	+ 84.045	39.957	34.674	+ 5.283	10.291	7.003	+3.288	2.364	2.958	- 594	12.683	9.403	+ 3.280		
1995 ¹⁾	1.026.354	1.080.375	-54.021	996.431	1.033.194	-36.763	906.665	927.237	-20.572	581.420	648.484	-67.064	325.246	278.753	+ 46.492	37.641	33.000	+ 4.641	11.065	8.043	+3.021	765	1.575	- 810	16.589	12.052	+ 4.538		
1996 ¹⁾	1.111.183	1.161.942	-50.759	1.077.850	1.109.792	-31.942	972.853	1.001.715	-28.862	613.909	690.943	-77.035	358.944	310.772	+ 48.172	42.388	34.178	+ 8.210	12.139	8.085	+4.054	1.797	3.007	-1.210	18.544	11.582	+ 6.961		
1997 ²⁾	1.238.549	1.299.949	-61.400	1.203.121	1.243.790	-40.669	1.077.450	1.116.681	-39.232	716.062	768.039	-51.977	361.387	348.642	+ 12.745	49.518	35.663	+13.855	15.396	7.479	+7.917	1.406	2.997	-1.591	22.816	13.610	+ 9.206		
1998 ³⁾	1.346.251	1.400.703	-54.452	1.310.382	1.340.831	-30.449	1.178.414	1.195.729	-17.315	772.000	822.806	-50.806	406.414	372.923	+ 33.491	55.849	38.785	+17.064	17.874	10.182	+7.693	1.101	1.738	- 637	25.006	14.415	+10.591		
1998 ³⁾																													
1. Quartal	340.231	339.765	+ 466	329.229	320.880	+ 8.348	297.649	287.685	+ 9.964	188.256	208.582	-20.327	109.393	79.103	+ 30.291	13.461	9.484	+ 3.977	4.661	2.445	+2.216	255	428	- 172	6.246	3.494	+ 2.752		
2. Quartal	324.493	349.608	-25.116	317.514	336.430	-18.916	283.516	298.885	-15.369	197.474	204.050	- 6.576	86.041	94.835	- 8.794	13.968	9.796	+ 4.172	4.431	2.592	+1.839	277	438	- 161	6.230	3.655	+ 2.575		
3. Quartal	331.890	347.574	-15.684	325.469	334.431	- 8.962	292.643	299.037	- 6.394	190.129	206.819	-16.689	102.513	92.218	+ 10.295	15.030	10.437	+ 4.593	5.149	3.060	+2.089	287	451	- 164	6.940	4.101	+ 2.840		
4. Quartal	349.638	363.756	-14.118	338.170	349.090	-10.920	304.606	310.122	- 5.515	196.140	203.355	- 7.215	108.466	106.767	+ 1.700	13.389	9.068	+ 4.321	3.633	2.085	+1.548	283	422	- 139	5.590	3.166	+ 2.424		

Quelle: OeNB, ÖSTAT.

¹⁾ Endgültige Daten.

²⁾ Revidierte Daten.

³⁾ Provisorische Daten.

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/II

Leistungsbilanz																																												
Güter, Dienstleistungen und Einkommen																																												
Güter und Dienstleistungen																																												
Dienstleistungen																																												
Transport									Reiseverkehr						Kommunikationsdienstleistungen						Bauleistungen						Versicherungsdienstleistungen						Finanzdienstleistungen						EDV- und Informationsleistungen					
sonstiger Transport															insgesamt						im Ausland						in Österreich																	
2140			2360			2450			2490			2500			2510			2530			2600			2620																				
Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto															
in Mio ATS																																												
1992 ¹⁾	21.548	19.993	+1.555	151.024	86.724	+64.300	991	1.137	-146	7.762	4.510	+3.252	x	x	x	x	5.737	7.020	-1.283	4.408	4.987	- 579	457	933	- 475																			
1993 ¹⁾	21.932	20.285	+1.647	148.516	90.430	+58.086	1.142	1.976	-834	6.833	4.704	+2.129	x	x	x	x	6.096	7.252	-1.156	5.322	5.305	+ 17	539	1.069	- 531																			
1994 ¹⁾	24.904	22.307	+2.597	139.895	100.360	+39.535	1.396	1.609	-213	9.435	5.710	+3.725	x	x	x	x	6.167	7.253	-1.086	5.081	5.880	- 800	649	1.208	- 559																			
1995 ¹⁾	20.287	19.373	+ 913	135.994	109.510	+26.483	3.015	3.061	- 46	7.726	6.004	+1.722	x	x	x	x	6.406	8.278	-1.872	6.200	7.233	-1.033	830	1.515	- 685																			
1996 ¹⁾	22.047	19.589	+2.459	135.334	116.703	+18.631	3.584	3.823	-239	7.839	6.544	+1.295	x	x	x	x	8.018	8.820	- 801	9.331	9.249	+ 82	883	1.814	- 930																			
1997 ²⁾	25.296	19.056	+6.240	134.086	123.239	+10.847	3.886	4.585	-699	9.348	6.020	+3.328	8.659	4.770	+3.889	689	1.250	- 561	7.946	9.619	-1.673	7.207	7.076	+ 131	967	1.901	- 934																	
1998 ³⁾	29.741	22.631	+7.110	139.167	118.473	+20.693	5.212	6.050	-838	8.716	5.717	+2.999	8.233	4.104	+4.130	482	1.613	-1.131	9.874	11.554	-1.680	9.455	8.816	+ 638	1.044	2.830	-1.786																	
1998 ³⁾																																												
1. Quartal	6.959	5.563	+1.397	44.030	23.441	+20.589	1.561	1.616	- 55	2.361	1.325	+1.037	2.290	1.007	+1.283	71	317	- 246	2.538	2.483	+ 54	2.189	2.453	- 264	241	750	- 509																	
2. Quartal	7.462	5.703	+1.759	28.269	31.939	- 3.671	1.257	1.315	- 58	1.872	1.516	+ 356	1.763	1.194	+ 569	109	322	- 213	2.818	3.291	- 473	2.280	1.873	+ 406	241	580	- 339																	
3. Quartal	7.804	5.886	+1.917	39.243	38.213	+ 1.029	971	1.261	-290	2.170	1.451	+ 718	2.001	956	+1.045	169	495	- 326	1.921	2.668	- 747	2.608	2.237	+ 372	268	622	- 354																	
4. Quartal	7.516	5.480	+2.037	27.626	24.880	+ 2.746	1.423	1.859	-436	2.312	1.424	+ 888	2.179	946	+1.233	133	478	- 345	2.597	3.111	- 514	2.378	2.253	+ 124	293	877	- 584																	

Quelle: OeNB, ÖSTAT.

¹⁾ Endgültige Daten.

²⁾ Revidierte Daten.

³⁾ Provisorische Daten.

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/III

Leistungsbilanz																												
Güter, Dienstleistungen und Einkommen																												
Güter und Dienstleistungen																							Einkommen					
Dienstleistungen																							insgesamt					
Patente und Lizenzen	sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen												Dienstleistungen für persönliche Zwecke, Kultur und Freizeit			Regierungsleistungen a. n. g.			Nicht aufteilbare Leistungen									
	insgesamt						Transit-handels-erträge			sonstige Handelsleistungen			operational leasing			übrige unternehmensbezogene, freiberufliche und technische Dienstleistungen												
2660	2680		2700			2710			2720			2730			2870			2910			9820			3000				
Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	
in Mio ATS																												
1992 ¹⁾	1.344	4.603	-3.259	35.084	33.957	+ 1.128	+9.483	4.516	11.687	-7.171	4.095	1.523	+2.572	16.990	20.746	-3.756	1.239	1.580	-341	4.542	1.228	+3.314	52.387	19.661	+32.726	76.809	92.409	-15.601
1993 ¹⁾	1.373	4.859	-3.486	39.262	31.876	+ 7.387	+10.955	5.349	10.431	-5.082	4.843	1.469	+3.374	18.115	19.975	-1.860	1.496	1.545	- 49	4.621	1.217	+3.404	59.667	41.842	+17.825	84.129	96.578	-12.449
1994 ¹⁾	1.478	5.188	-3.710	42.169	33.247	+ 8.922	+10.502	5.484	10.064	-4.580	4.717	1.286	+3.431	21.466	21.897	- 431	1.860	1.679	+181	5.980	1.705	+4.275	65.736	37.245	+28.491	80.845	95.441	-14.596
1995 ¹⁾	1.345	5.369	-4.024	46.131	36.555	+ 9.576	+10.974	5.692	9.731	-4.040	4.207	1.180	+3.027	25.258	25.644	- 386	1.622	1.957	-335	5.240	1.530	+3.710	73.096	64.740	+ 8.355	89.766	105.957	-16.191
1996 ¹⁾	1.920	7.350	-5.430	50.723	42.139	+ 8.584	+11.239	5.914	9.880	-3.966	4.222	1.616	+2.606	29.348	30.644	-1.295	2.137	2.410	-273	5.839	1.441	+4.398	90.947	76.302	+14.646	104.997	108.076	- 3.079
1997 ²⁾	2.289	8.413	-6.124	58.821	44.958	+13.863	+18.675	6.319	10.705	-4.386	3.772	2.323	+1.449	30.055	31.930	-1.875	2.562	3.017	-455	4.707	1.686	+3.021	80.051	102.466	-22.415	125.672	127.109	- 1.437
1998 ³⁾	1.213	9.873	-8.661	62.581	46.443	+16.138	+13.904	6.299	10.898	-4.598	4.757	2.296	+2.461	37.621	33.250	+4.371	2.578	2.857	-279	6.471	1.558	+4.913	104.256	119.967	-15.711	131.968	145.102	-13.134
1998 ³⁾																												
1. Quartal	315	3.031	-2.716	16.967	12.193	+ 4.774	+5.034	1.589	2.976	-1.387	915	717	+ 198	9.430	8.500	+ 929	631	1.020	-389	1.942	483	+1.459	23.158	20.825	+ 2.334	31.580	33.195	- 1.616
2. Quartal	250	2.106	-1.856	14.576	11.322	+ 3.254	+2.516	1.562	2.543	- 981	1.518	537	+ 981	8.981	8.243	+ 738	725	629	+ 96	1.460	366	+1.094	18.324	30.100	-11.776	33.999	37.545	- 3.546
3. Quartal	313	2.041	-1.728	14.104	10.640	+ 3.464	+2.331	1.616	2.627	-1.011	758	443	+ 315	9.399	7.570	+1.829	562	603	- 41	1.202	292	+ 910	24.120	21.753	+ 2.367	32.827	35.394	- 2.568
4. Quartal	334	2.696	-2.361	16.933	12.288	+ 4.645	+4.023	1.533	2.753	-1.220	1.565	599	+ 966	9.812	8.936	+ 876	659	604	+ 55	1.867	417	+1.450	38.654	47.290	- 8.636	33.564	38.968	- 5.404

Quelle: OeNB, ÖSTAT.

¹⁾ Endgültige Daten.

²⁾ Revidierte Daten.

³⁾ Provisorische Daten.

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/IV

Leistungsbilanz																									Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz			
Güter, Dienstleistungen und Einkommen																									insgesamt		Vermögensübertragungen	
Einkommen																									insgesamt			
Erwerbseinkommen																							laufende Transfers		insgesamt			
Vermögenseinkommen																							insgesamt		öffentlicher Sektor		privater Sektor	
insgesamt																							aus Direktinvestitionen		aus Portfolioinvestitionen		aus Sonstigem	
3100	3200		3300			3390			3700		3790			3800			3900			9960	9940							
Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Saldo	Credit	Debet	Netto				
in Mio ATS																												
1992 ¹⁾	8.938	2.256	+6.682	67.871	90.153	-22.283	- 3.156	8.352	-11.508	8.990	28.277	-19.287	62.037	53.524	+ 8.512	14.350	25.427	-11.077	2.160	8.885	- 6.725	12.190	16.542	-4.351	- 2.635	2.707	3.250	- 543
1993 ¹⁾	8.949	3.359	+5.590	75.180	93.219	-18.039	- 924	8.568	- 9.492	16.023	38.515	-22.492	60.081	46.136	+13.945	14.703	26.406	-11.704	2.087	9.882	- 7.795	12.616	16.525	-3.909	+15.088	2.861	8.103	-5.242
1994 ¹⁾	9.610	3.324	+6.286	71.235	92.117	-20.882	2.688	15.768	-13.080	16.488	38.498	-22.010	52.059	37.851	+14.208	15.597	27.926	-12.329	2.329	10.612	- 8.283	13.269	17.314	-4.045	+35.813	7.528	8.530	-1.002
1995 ¹⁾	10.198	3.488	+6.710	79.568	102.469	-22.902	120	21.288	-21.168	22.190	37.904	-15.714	57.258	43.278	+13.980	29.923	47.181	-17.258	18.922	33.229	-14.308	11.001	13.951	-2.950	+58.891	5.434	6.069	- 635
1996 ¹⁾	10.425	3.675	+6.751	94.572	104.402	- 9.830	7.296	19.248	-11.952	22.792	42.894	-20.102	64.484	42.260	+22.224	33.333	52.150	-18.817	20.684	36.204	-15.520	12.649	15.946	-3.297	+44.658	6.247	5.431	+ 816
1997 ²⁾	11.166	4.181	+6.985	114.506	122.928	- 8.422	9.568	20.665	-11.097	37.417	49.886	-12.469	67.521	52.377	+15.144	35.428	56.159	-20.731	20.907	39.754	-18.847	14.521	16.405	-1.884	+55.156	7.163	6.870	+ 293
1998 ³⁾	11.563	4.605	+6.958	120.405	140.498	-20.092	10.951	25.489	-14.537	41.720	60.890	-19.170	67.734	54.119	+13.615	35.869	59.872	-24.003	20.364	38.922	-18.558	15.505	20.950	-5.445	+53.144	5.886	7.880	-1.994
1998 ³⁾																												
1. Quartal	2.777	1.057	+1.720	28.803	32.138	- 3.335	2.667	6.383	- 3.716	9.229	12.141	- 2.911	16.906	13.615	+ 3.292	11.002	18.885	- 7.883	7.256	12.980	- 5.724	3.747	5.905	-2.159	+ 8.365	1.427	1.510	- 83
2. Quartal	2.925	1.190	+1.735	31.073	36.355	- 5.281	2.671	6.373	- 3.702	11.201	16.885	- 5.684	17.202	13.097	+ 4.105	6.978	13.178	- 6.200	3.121	7.839	- 4.719	3.858	5.339	-1.481	+50.700	979	1.875	- 896
3. Quartal	2.756	1.081	+1.675	30.070	34.313	- 4.242	2.820	6.364	- 3.544	11.072	15.436	- 4.364	16.178	12.513	+ 3.666	6.421	13.143	- 6.722	2.861	8.417	- 5.556	3.560	4.726	-1.166	+ 5.768	2.041	2.427	- 387
4. Quartal	3.105	1.276	+1.829	30.459	37.692	- 7.233	2.793	6.369	- 3.576	10.217	16.428	- 6.211	17.448	14.895	+ 2.553	11.468	14.666	- 3.198	7.127	9.687	- 2.559	4.341	4.979	- 638	-11.689	1.440	2.068	- 628

Quelle: OeNB, ÖSTAT.

¹⁾ Endgültige Daten.

²⁾ Revidierte Daten.

³⁾ Provisorische Daten.

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/V

Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz																													
Vermögensübertragungen											Kapitalbilanz																		
unentgeltliche Vermögensübertragungen									Erwerb/Veräußerung von nicht produzierten oder nicht finanziellen Vermögensgegenständen		insgesamt			Direktinvestitionen			Portfoliointvestitionen												
öffentlicher Sektor			privater Sektor									insgesamt			in Österreich			insgesamt				ausländische Wertpapiere				inländische Wertpapiere			
4010			4300			4800			9950	5000	5050					5550			6000	6020	6100	langfristige festverzinsliche Wertpapiere	6300	6520		6600	langfristige festverzinsliche Wertpapiere	6800	
Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Saldo	Saldo	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	
in Mio ATS																													
1992 ¹⁾	x	x	x	2.707	3.250	- 543	x	x	x	- 2.092	- 2.910	3.783	22.440	-18.657	18.872	3.125	+15.747	+70.268	- 29.892	- 1.975	-27.700	- 217	+100.160	+ 1.716	+ 65.354	+33.090			
1993 ¹⁾	x	x	x	2.861	8.103	-5.242	x	x	x	+20.330	- 628	6.265	20.114	-13.849	17.210	3.989	+13.221	+70.596	- 21.959	- 7.065	-14.015	- 879	+ 92.555	+13.848	+106.016	-27.309			
1994 ¹⁾	x	x	x	7.528	8.530	-1.002	x	x	x	+36.815	+ 9.657	5.298	19.654	-14.356	27.901	3.888	+24.013	- 1.874	- 51.525	- 9.999	-39.000	- 2.526	+ 49.651	+15.036	+ 35.153	- 538			
1995 ¹⁾	423	-	+ 423	4.887	6.041	-1.154	124	28	+ 96	+59.526	+ 7.801	8.202	19.601	-11.399	33.932	14.732	+19.200	+95.410	- 28.520	- 5.508	-24.498	+ 1.486	+123.930	+12.521	+119.179	- 7.770			
1996 ¹⁾	2.308	-	+2.308	3.878	5.396	-1.518	61	35	+ 26	+43.842	+26.382	7.291	27.763	-20.472	52.546	5.692	+46.854	-28.900	- 88.006	-12.199	-69.136	- 6.671	+ 59.106	+28.225	+ 43.215	-12.334			
1997 ²⁾	2.558	48	+2.510	4.006	6.424	-2.418	599	398	+201	+54.863	+ 5.334	147.689	171.447	-23.758	44.911	15.819	+29.092	+13.431	-121.198	-30.070	-95.106	+ 3.978	+134.629	+32.027	+ 87.112	+15.490			
1998 ³⁾	2.285	789	+1.496	3.323	6.657	-3.334	278	434	-156	+55.138	+35.920	17.758	55.059	-37.300	83.395	10.174	+73.221	+57.848	-146.749	-66.566	-82.955	+ 2.771	+204.597	+12.489	+189.285	+ 2.823			
1998 ³⁾																													
1. Quartal	240	-	+ 240	1.109	1.432	- 323	77	78	- 1	+ 8.448	+ 3.504	9.573	17.842	- 8.269	13.311	1.538	+11.773	+13.261	- 53.885	-14.018	-36.593	- 3.274	+ 67.146	+11.958	+ 65.746	-10.558			
2. Quartal	266	8	+ 258	644	1.718	-1.074	69	148	-79	+51.596	+ 8.658	2.373	10.154	- 7.781	18.718	2.278	+16.440	+ 4.511	- 49.437	-12.310	-30.267	- 6.860	+ 53.948	- 2.035	+ 41.823	+14.160			
3. Quartal	1.200	779	+ 421	773	1.514	- 741	68	134	-67	+ 6.155	- 1.901	3.327	13.442	-10.115	11.568	3.354	+ 8.214	+ 7.514	- 27.375	-15.423	-22.406	+10.454	+ 34.889	+ 240	+ 37.675	- 3.025			
4. Quartal	579	2	+ 577	797	1.992	-1.196	64	73	- 9	-11.061	+25.659	2.485	13.621	-11.135	39.798	3.004	+36.794	+32.562	- 16.052	-24.814	+6.311	+ 2.451	+ 48.614	+ 2.327	+ 44.041	+ 2.247			

Quelle: OeNB, ÖSTAT.
¹⁾ Endgültige Daten.
²⁾ Revidierte Daten.
³⁾ Provisorische Daten.

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/VI

Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz																																																		
Kapitalbilanz																																																		
sonstige Investitionen																																																		
insgesamt											Verpflichtungen																																							
Forderungen			Sicht- und Termineinlagen													sonstige Forderungen					insgesamt					Handelskredite																								
			insgesamt			Währungsbehörden			öffentlicher Sektor			Banken			sonstige Sektoren								insgesamt					Handelskredite																						
7000	7030		7060	7140			7150			7190			7220			7230			7250			7300	7310		7320		7330	7340		7360	7370		7400		7430	7460		7530	7560		7640		7650		7690		7720		7750	
Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo							
in Mio ATS																																																		
1992 ¹⁾	-41.845	- 80.331	+ 1.000	-36.876	x	- 484	-28.187	- 8.819	- 8.205	-46.727	x	+1.480	-38.012	-10.195	+ 2.272	x	+1.987	+ 625	- 340	+38.486	-2.500	+17.596	x	+ 4.112	-2.309	+15.793																								
1993 ¹⁾	-22.866	- 59.072	+ 2.000	- 8.265	x	+1.851	- 4.494	+ 1.201	- 5.622	-49.873	x	- 104	-54.481	+ 4.712	- 2.934	x	- 800	- 938	-1.196	+36.206	- 400	- 1.387	x	- 4.452	-3.425	+ 6.490																								
1994 ¹⁾	+40.580	- 31.801	- 4.000	-10.095	x	-1.505	+ 3.009	+ 6.529	-11.599	-17.089	- 183	+ 346	-20.079	+ 2.827	- 617	x	-1.008	- 936	+1.327	+72.381	+7.000	+13.946	x	+18.646	+1.922	- 6.622																								
1995 ¹⁾	-28.592	-102.016	+ 3.600	-22.006	x	+1.922	-24.006	-22.170	+ 78	-80.869	-1.312	-1.379	-84.929	+ 6.751	- 2.741	x	-2.876	- 2.339	+2.474	+73.424	-3.000	+16.367	x	+ 6.679	+1.398	+ 8.290																								
1996 ¹⁾	+55.311	+ 8.956	+10.800	-37.614	x	+ 110	-24.223	-17.167	-13.501	+28.926	+1.478	+6.245	+35.166	-13.963	+ 6.844	x	-2.930	+14.528	-4.754	+46.355	-1.000	+ 1.601	x	- 2.105	+2.870	+ 836																								
1997 ²⁾	- 252	- 63.312	+ 2.904	-52.133	x	+ 122	-41.715	-25.470	-10.540	+12.667	- 5	-5.296	+14.389	+ 3.579	-26.750	x	-2.971	-19.426	-4.353	+63.060	+4.887	- 5.104	x	- 1.834	+1.069	- 4.339																								
1998 ³⁾	+ 8.236	- 22.127	+ 6.467	-69.470	x	+ 757	-45.452	-41.580	-24.775	+41.881	- 221	-5.908	+45.792	+ 2.218	- 1.005	-1.645	-1.522	+ 2.045	+ 117	+30.363	-2.339	+ 5.613	- 1	+ 4.576	+2.387	- 1.350																								
1998 ³⁾																																																		
1. Quartal	- 3.611	- 69.468	+ 1.101	-27.743	x	- 8	-22.273	- 5.172	- 5.461	-43.504	+ 1	+ 990	-43.235	- 1.260	+ 678	-	- 275	+ 208	+ 745	+65.857	- 1.238	+ 1.876	-	+2.959	+ 36	- 1.119																								
2. Quartal	+30.062	+ 23.491	+ 2.890	- 1.793	x	+ 48	+ 4.209	- 7.746	- 6.050	+24.305	+ 0	-6.933	+32.425	- 1.187	- 1.911	-1.645	- 405	+ 584	- 446	+ 6.571	- 2.339	+ 6.965	+1.645	+ 268	+5.556	- 504																								
3. Quartal	+ 3.438	- 1.343	+ 3.440	-13.691	x	+ 742	-11.711	- 8.101	- 2.722	+ 9.397	-8.669	-6.677	+28.324	- 3.581	- 489	-	- 261	+ 903	-1.131	+ 4.782	- 344	- 295	- 1.645	+1.613	+ 28	- 290																								
4. Quartal	-21.653	+ 25.194	- 963	-26.243	x	- 25	-15.677	-20.562	-10.541	+51.683	+8.446	+6.712	+28.279	+ 8.246	+ 717	-	- 582	+ 350	+ 949	-46.847	+ 1.582	- 2.934	-	- 264	-3.233	+ 563																								

Quelle: OeNB, ÖSTAT.
¹⁾ Endgültige Daten.
²⁾ Revidierte Daten.
³⁾ Provisorische Daten.

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/VII

Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz																				Statistische Differenz			
Kapitalbilanz																							
sonstige Investitionen									Finanzderivate			offizielle Währungsreserven											
Verpflichtungen									insgesamt	Forderungen	Verpflichtungen	insgesamt	Gold		Sonderziehungsrechte	Reserveposition IWF	Reserveposition EZB	Bargeld und Einlagen	Wertpapiere	Finanzderivate	andere Forderungen		
Sicht- und Termineinlagen				sonstige Verpflichtungen																			
insgesamt	Währungsbehörden	Banken		insgesamt	Währungsbehörden	öffentlicher Sektor	Banken	sonstige Sektoren															
		insgesamt	davon kurzfristig																				
7800	7810	7830	7835	7860	7870	7900	7930	7960	9100	6400	6900	8000	8100		8200	8300	8455	8456	8600	8770	8800	9980	
Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Netto	Netto		Netto	Netto	Netto	Netto	Netto	Netto	Netto	Netto	
in Mio ATS																							
1992 ¹⁾	+22.203	x	+22.203	+17.865	+1.187	x	-1.617	+1.786	+1.018	+ 148	+ 148	x	-27.753	x	x	x	x	x	x	x	x	+10.597	
1993 ¹⁾	+37.058	x	+37.058	+48.746	+ 935	x	-1.606	+2.080	+ 461	- 233	- 233	x	-26.539	x	x	x	x	x	x	x	x	- 3.413	
1994 ¹⁾	+47.007	x	+47.007	+42.805	+4.428	x	- 755	+3.826	+1.357	- 983	- 983	x	-10.565	x	x	x	x	x	x	x	x	- 2.711	
1995 ¹⁾	+56.221	x	+56.221	+44.736	+3.836	x	-1.615	+4.172	+1.279	-1.325	-1.325	x	-13.768	x	x	x	x	x	x	x	x	- 4.870	
1996 ¹⁾	+53.233	x	+53.233	+58.142	-7.479	x	-5.302	-2.493	+ 316	+2.180	+2.180	x	-11.131	x	x	x	x	x	x	x	x	+ 6.101	
1997 ²⁾	+66.165	x	+66.165	+49.688	-2.888	x	-2.061	- 977	+ 150	+465	-2.344	+2.809	+35.885	x	x	x	x	x	x	x	x	+ 6.244	
1998 ³⁾	+23.106	x	+23.106	+27.975	+3.983	x	+1.895	+2.520	- 433	-6.764	-5.628	-1.136	-40.102	-9.041	+ 3	-3.313	+39.304	- 2.812	-64.243	x	x	+ 1.307	
1998 ³⁾																							
1. Quartal	+64.409	x	+64.410	+66.844	+ 810	x	- 420	+1.277	- 47	+1.574	+1.067	+ 507	- 6.280	-1.428	+188	-3.038	+ 3.542	-12.014	+ 6.470	x	x	- 8.830	
2. Quartal	+ 382	x	+ 382	- 414	+1.563	x	+ 344	+1.354	- 135	- 744	- 909	+ 165	+ 9.109	+ 726	-141	- 201	- 1.294	+12.797	- 2.778	x	x	-25.584	
3. Quartal	+ 5.057	x	+ 5.057	+ 8.768	+ 364	x	+ 159	+ 586	- 381	-3.311	-2.988	- 322	+ 414	+1.187	+130	- 136	+ 1.799	+14.648	-17.214	x	x	+ 9.916	
4. Quartal	-46.743	x	-46.743	-47.223	+1.247	x	+1.812	- 696	+ 131	-4.283	-2.797	-1.486	-43.346	-9.526	-175	+ 62	+35.257	-18.243	-50.721	x	x	+25.806	

Quelle: OeNB, ÖSTAT.

¹⁾ Endgültige Daten.

²⁾ Revidierte Daten.

³⁾ Provisorische Daten.

Mittelkurse für Devisen¹⁾

	New York	Montreal	Sidney	London	Dublin	Zürich	Brüssel ²⁾	Paris	Amsterdam	Frankfurt/Main	Rom	Kopenhagen	Oslo	Stockholm	Helsinki	Lissabon	Madrid	Athen	Tokio	Zahlung ECU XEU	Sonderziehungsrechte (SZR) XDR			
	USD	CAD	AUD	GBP	IEP	CHF	BEF	FRF	NLG	DEM	ITL	DKK	NOK	SEK	FIM	PTE	ESP	GRD	JPY					
	in ATS für 1 Währungseinheit					in ATS für 100 Währungseinheiten																	in ATS für 1 Währungseinheit	
Periodendurchschnitt																								
1989	13'23	11'18	x	21'68	18'76	809'33	33'60	207'39	623'97	703'77	0'96	181'04	191'59	205'24	308'41	8'41	11'18	x	9'61	1.456'56	x	1989		
1990	11'37	9'74	x	20'23	18'81	819'62	34'06	208'83	624'62	703'66	0'95	183'87	181'64	192'13	297'11	7'98	11'16	x	7'87	1.446'83	15'4111	1990		
1991	11'68	10'19	x	20'59	18'80	814'33	34'19	206'92	624'53	703'71	0'94	182'57	179'95	193'03	288'81	8'08	11'24	x	8'68	1.444'72	15'9489	1991		
1992	10'99	9'10	x	19'37	18'69	782'23	34'19	207'61	625'02	703'71	0'90	182'10	176'88	189'37	246'06	8'15	10'76	x	8'68	1.420'33	15'4615	1992		
1993	11'63	9'01	x	17'47	17'06	787'41	33'70	205'49	626'35	703'57	0'74	179'63	164'00	149'77	203'53	7'27	9'18	x	10'50	1.360'06	16'2446	1993		
1994	11'42	8'37	x	17'47	17'07	835'17	34'16	205'73	627'52	703'52	0'71	179'57	161'72	148'00	219'01	6'88	8'52	x	11'17	1.350'75	16'3376	1994		
1995	10'08	7'34	x	15'91	16'17	853'03	34'21	202'04	628'12	703'53	0'62	179'96	159'06	141'55	230'98	6'73	8'09	x	10'77	1.303'28	15'2865	1995		
1996	10'59	7'76	x	16'54	16'95	856'84	34'20	206'91	627'95	703'55	0'69	182'60	163'96	157'93	230'58	6'87	8'36	4'40	9'74	1.325'88	15'3677	1996		
1997	12'20	8'81	9'10	19'99	18'51	840'68	34'12	209'07	625'41	703'74	0'72	184'76	172'51	159'84	235'15	6'97	8'34	4'47	10'11	1.378'40	16'7879	1997		
1998	12'38	8'36	7'80	20'51	17'63	853'67	34'12	209'91	624'34	703'59	0'71	184'76	163'95	155'81	231'67	6'87	8'29	4'20	9'49	1.388'28	16'6602	1998		
1998																							1998	
Jänner	12'776	8'866	8'399	20'904	17'663	865'620	34'107	210'158	624'423	703'540	0'715	184'705	170'353	159'558	232'458	6'881	8'303	4'455	9'897	1.389'375	17'1653	Jänner		
Februar	12'763	8'893	8'601	20'931	17'566	871'308	34'101	209'943	624'338	703'615	0'713	184'648	168'838	158'138	232'025	6'871	8'300	4'454	10'154	1.389'850	17'2286	Februar		
März	12'852	9'068	8'603	21'350	17'577	862'948	34'115	209'916	624'318	703'543	0'715	184'561	169'439	161'316	231'911	6'875	8'297	4'217	9'963	1.395'795	17'2759	März		
April	12'768	8'926	8'326	21'351	17'733	846'935	34'114	209'920	625'008	703'570	0'712	184'483	169'498	163'213	231'853	6'869	8'288	4'042	9'667	1.394'925	17'1454	April		
Mai	12'488	8'637	7'863	20'452	17'724	844'437	34'128	209'850	624'466	703'661	0'714	184'671	167'621	162'397	231'713	6'874	8'284	4'072	9'256	1.386'526	16'7794	Mai		
Juni	12'606	8'595	7'610	20'823	17'737	843'188	34'115	209'878	624'320	703'603	0'714	184'728	166'530	159'540	231'615	6'875	8'290	4'154	8'990	1.390'250	16'8128	Juni		
Juli	12'647	8'515	7'815	20'790	17'702	835'315	34'127	209'902	624'335	703'572	0'714	184'641	165'889	158'378	231'517	6'874	8'296	4'231	8'989	1.390'674	16'8320	Juli		
August	12'583	8'206	7'427	20'550	17'674	841'195	34'123	209'905	624'198	703'614	0'713	184'764	162'869	154'743	231'369	6'874	8'291	4'188	8'701	1.387'905	16'6867	August		
September	11'984	7'870	7'050	20'127	17'619	853'577	34'111	209'920	624'093	703'634	0'712	184'752	158'164	151'693	231'268	6'866	8'285	4'095	8'902	1.383'977	16'3551	September		
Oktober	11'517	7'472	7'128	19'533	17'562	861'426	34'119	209'840	624'021	703'576	0'711	185'181	154'976	146'940	231'317	6'861	8'286	4'087	9'555	1.386'595	16'1957	Oktober		
November	11'829	7'678	7'505	19'663	17'502	854'214	34'116	209'848	624'126	703'560	0'711	185'036	158'740	148'033	231'488	6'866	8'276	4'188	9'832	1.382'500	16'4656	November		
Dezember	11'735	7'606	7'275	19'621	17'479	863'845	34'117	209'811	624'387	703'546	0'711	184'971	154'487	145'797	231'492	6'865	8'271	4'193	10'000	1.381'026	16'4603	Dezember		
Höchste und tiefste Notierung³⁾																							Höchste und tiefste Notierung³⁾	
höchste	13'045 (3. 4.)	9'17 (1. 4.)	8'81 (2. 2.)	21'85 (31. 3., 1. 4.)	18'04 (2. 1.)	876'50 (16. 2.)	34'17 (19. 5.)	210'45 (7. 1.)	626'30 (28. 4.)	703'70 (18., 19., 22., 25. 5.)	0'7165 (7. 1.)	185'90 (6. 10.)	172'60 (5. 1.)	164'70 (21. 4.)	233'00 (19. 1.)	6'89 (13., 15., 16., 19., 20., 26., 29. 1., 10., 20. 3., 13., 15., 23. 7. 10., 25. 8.)	8'32 (2.1., 23. 2.)	4'47 (13., 14., 19., 20. 21. 1., 13. 16., 17., 18. 19. 2.)	10'406 (12. 2.)	1.400'00 (31. 3.)	17'3545 (19. 1.)	höchste		
tiefste	11'242 (8. 10.)	7'35 (16. 10.)	6'75 (6. 10.)	19'25 (7. 10.)	17'41 (18. 2.)	831'50 (10. 7.)	34'03 (2. 3.)	209'60 (8., 15., 25. 5., 16. 6., 11. 8., 11. 9., 6., 16. 10., 10. 12.)	623'00 (3. 9., 1. 10.)	703'50 (8., 9., 12., 13., 14., 15., 16., 19. 1., 10., 16., 17. 3., 4., 5. 11.)	0'7110 (2. 12.)	184'30 (8. 4., 15. 9.)	148'55 (5. 1.)	143'75 (21. 4.)	230'90 (19. 1.)	6'84 (13., 15., 16., 19., 20., 26., 29. 1., 10., 20. 3., 13., 15., 23. 7., 10., 25. 8.)	8'26 (2.1., 23. 2.)	3'98 (13., 14., 19., 20. 21. 1., 13. 16., 17., 18. 19. 2.)	8'520 (12. 2.)	1.378'50 (31. 3.)	15'9279 (19. 1.)	tiefste		
Differenz in %	14'85	22'03	26'48	12'65	3'55	5'27	0'41	0'40	0'53	0'03	0'77	0'86	14'98	13'58	0'91	0'73	0'72	11'60	19'93	1'55	8'57	Differenz in %		
Geld - / Brief +⁴⁾	0'05 ^{5a)}	0'035 ^{5b)}	0'04	0'08	0'07	3'50	0'14	0'90	2'50	2'80	0'003	0'70	0'65	0'60	0'90	0'03	0'035	0'02	0'045	5'50	x	Geld - / Brief +⁴⁾		

Quelle: OeNB, Wiener Börse, IWF.
¹⁾ Die im Tabellenkopf angeführten Abkürzungen stellen den ISO-Code dar.
²⁾ Bis einschließlich 2. März 1990 „Compte convertible“.
³⁾ Im Jahr 1998 (mit Datumsangabe).
⁴⁾ Im Jahr 1998.
⁵⁾ Scheckkurse im Jahr 1998: a) Geld -/0'10, Brief +/0'05, b) Geld -/0'07, Brief +/0'035.

Bilaterale Leitkurse, Höchst- und Niedrigkurse innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS)¹⁾

Land/Währung	Belg./luxemb. Francs 100 BEF = in ATS	Dänische Kronen 100 DKK =	D-Mark 100 DEM =	Griechische Drachmen 100 GRD =	Spanische Peseten 100 ESP =	Französische Francs 100 FRF =	Irisches Punt 1 IEP =	Italienische Lire 1.000 ITL =	Holländische Gulden 100 NLG =	Österr. Schilling 100 ATS =	Portug. Escudos 100 PTE =	Finnische Mark 100 FIM =
ECU-Leitkurs	407844	754257	197738	357000	168220	663186	0796244	195761	222799	139119	202692	601125
Belgien (BEF)												
oberer Interventionspunkt	x	627880	239520	132655	281525	714030	594775	241920	212560	340420	233645	787830
Leitkurs	x	540723	206255	114242	242447	614977	512210	208338	183055	293162	201214	678468
unterer Interventionspunkt	x	465665	177620	983835	208795	529660	441100	179417	157645	252470	173285	584290
Dänemark (DKK)												
oberer Interventionspunkt	214747	x	442968	245331	520640	132066	109995	447400	393105	629561	432100	145699
Leitkurs	184938	x	381443	211276	448375	113732	947269	385295	338537	542167	372120	125474
unterer Interventionspunkt	159266	x	328461	181948	386140	979430	815774	331810	291544	466910	320460	108057
Deutschland (DEM)												
oberer Interventionspunkt	563000	304450	x	0643200	136500	346250	288370	172900	103058	165050	113280	381970
Leitkurs	484837	262163	x	0553888	117547	298164	248338	101010	887517	142136	0975559	328947
unterer Interventionspunkt	417500	225750	x	0477000	101230	256750	213860	0869900	764326	122410	0840100	283280
Griechenland (GRD)												
oberer Interventionspunkt	1.01643	5.49605	20.9643	x	246429	6.25080	520624	211770	18.6062	2.97978	204520	6.89613
Leitkurs	875335	4.73313	18.0542	x	212222	5.38311	448355	182365	16.0234	2.56615	176129	5.93886
unterer Interventionspunkt	753827	4.07611	15.5472	x	182763	4.63586	386117	157060	13.7991	2.20994	151681	5.11447
Spanien (ESP)												
oberer Interventionspunkt	478944	2.58980	9.87850	547156	x	2.94540	245320	997800	8.76730	1.40410	963670	3.24950
Leitkurs	412462	2.23027	8.50722	471204	x	2.53654	211267	859313	7.55030	1.20918	829929	2.79842
unterer Interventionspunkt	355206	1.92070	7.32600	405795	x	2.18440	181940	740000	6.50220	1.04130	714690	2.41000
Frankreich (FRF)												
oberer Interventionspunkt	188800	1021000	389480	215709	457780	x	967145	393379	345650	553545	379920	128107
Leitkurs	162608	879257	335386	185766	394237	x	832893	338773	297661	476704	327189	110324
unterer Interventionspunkt	140050	757200	288810	159979	339510	x	717277	291750	256350	410533	281770	950096
Irland (IEP)												
oberer Interventionspunkt	226706	122583	467595	0258989	0549632	139416	x	0472304	414989	664602	0456154	153810
Leitkurs	195232	105567	402676	0223038	0473335	120063	x	0406743	357382	572347	0392834	132459
unterer Interventionspunkt	168131	909132	346776	0192077	0407631	103397	x	0350281	307778	492900	0338304	114072
Italien (ITL)												
oberer Interventionspunkt	5.57360	30.1380	114.9560	636700	1.35130	34.2760	2.85485	x	102.0270	16.3390	1.12150	37.8160
Leitkurs	4.79990	25.9542	99.0002	548350	1.16372	29.5183	2.45856	x	87.8644	14.0715	965805	32.5658
unterer Interventionspunkt	4.13360	22.3510	85.2590	472200	1.00220	25.4210	2.11728	x	75.6680	12.1180	831700	28.0450
Niederlande (NLG)												
oberer Interventionspunkt	634340	343002	130834	0724682	153793	390091	324910	132156	x	185963	127637	430378
Leitkurs	546285	295389	112674	0624087	132445	335953	279812	113812	x	160150	109920	370637
unterer Interventionspunkt	470454	254385	970325	0537456	114060	289381	240970	0980132	x	137918	0946611	319187
Österreich (ATS)												
oberer Interventionspunkt	396089	214174	816927	452500	960338	243586	202881	825219	725065	x	797000	268735
Leitkurs	341108	184445	703552	389689	827006	209774	174719	710657	624415	x	686357	231431
unterer Interventionspunkt	293757	158841	605877	335595	712200	180654	150466	612032	537740	x	591086	199305
Portugal (PTE)												
oberer Interventionspunkt	577090	3.12050	11.90330	659280	139920	3.54900	295592	120240	10.5640	1.69180	x	3.91540
Leitkurs	496984	2.68731	10.25050	567765	120492	3.05634	254560	103541	9.09753	1.45697	x	3.37188
unterer Interventionspunkt	428000	2.31430	8.82770	488950	103770	2.63210	219224	891700	7.83470	1.25470	x	2.90380
Finnland (FIM)												
oberer Interventionspunkt	171148	925438	353008	195523	414938	105253	876639	356570	313295	501744	344376	x
Leitkurs	147391	796976	304001	168382	357345	906420	754951	307071	269806	432094	296571	x
unterer Interventionspunkt	126931	686347	261801	145008	307740	780597	650154	264438	232353	372114	255402	x

Quelle: OeNB, EZB.

¹⁾ Stand: 16. März 1998. Für die Berechnung der oberen und unteren Interventionspunkte wird der bilaterale Leitkurs mit folgenden Faktoren multipliziert:
oberer Interventionspunkt = Leitkurs x 1'161187; unterer Interventionspunkt = Leitkurs x 0'861187. 1 ECU = 0'653644 GBP (fiktiver Leitkurs).

PERIODISCHE PUBLIKATIONEN
DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK

	<i>Erscheinungsweise</i>
Statistisches Monatsheft	<i>monatlich</i>
Statistische Daten der inländischen Kreditinstitute <i>Vorausinformation zum „Statistischen Monatsheft“</i>	<i>monatlich</i>
Leistungsbilanz Österreichs, revidierte Jahresdaten <i>gegliedert nach Regionen und Währungen</i>	<i>jährlich</i>
Berichte und Studien	<i>vierteljährlich</i>
Focus on Austria <i>englische Kurzfassung der „Berichte und Studien“</i>	<i>vierteljährlich</i>
Focus on Transition	<i>halbjährlich</i>
Geschäftsbericht	<i>jährlich</i>
Annual Report <i>englische Übersetzung des „Geschäftsberichts“</i>	<i>jährlich</i>
Volkswirtschaftliche Tagung	<i>jährlich</i>
The Austrian Financial Markets – A Survey of Austria’s Capital Markets – Facts and Figures	<i>jährlich</i>

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

Oesterreichische Nationalbank

Für den Inhalt verantwortlich:

Wolfdietrich Grau, Sekretariat des Direktoriums / Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion:

Beatrix Kossinowsky, Christiana Weinzettel, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen

Inhaltliche Gestaltung:

Mag. Manfred Fluch, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen

*Mag. Dr. Reinhard Petschnigg, Abteilung für die
Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen in Ausland*

Manfred Zipko, Abteilung Bilanzierung

Grafische Gestaltung:

Peter Buchegger, Sekretariat des Direktoriums / Öffentlichkeitsarbeit

Hannes Jelinek, Hausdruckerei

Fotografien:

Herbert Fidler, Foto Simonis

Papier:

Salzer Demeter, 100% chlorfrei gebleichter Zellstoff, säurefrei, ohne optische Aufheller

Satz, Druck und Herstellung:

Oesterreichische Nationalbank, Hausdruckerei

Rückfragen:

*Oesterreichische Nationalbank,
Sekretariat des Direktoriums / Öffentlichkeitsarbeit*

Wien 9, Otto-Wagner-Platz 3

Postanschrift: Postfach 61, A-1011 Wien

Telefon: (01) 404 20 Durchwahl 6666

Telefax: (01) 404 20 Durchwahl 6696

Nachbestellungen:

Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Post- und Aktenwesen

Wien 9, Schwarzspanierstraße 5

Postanschrift: Postfach 61, A-1011 Wien

Telefon: (01) 404 20 Durchwahl 2345

Telefax: (01) 404 20 Durchwahl 2399

Internet: <http://www.oenb.co.at>

DVR 0031577

Wien 1999